Einkehr

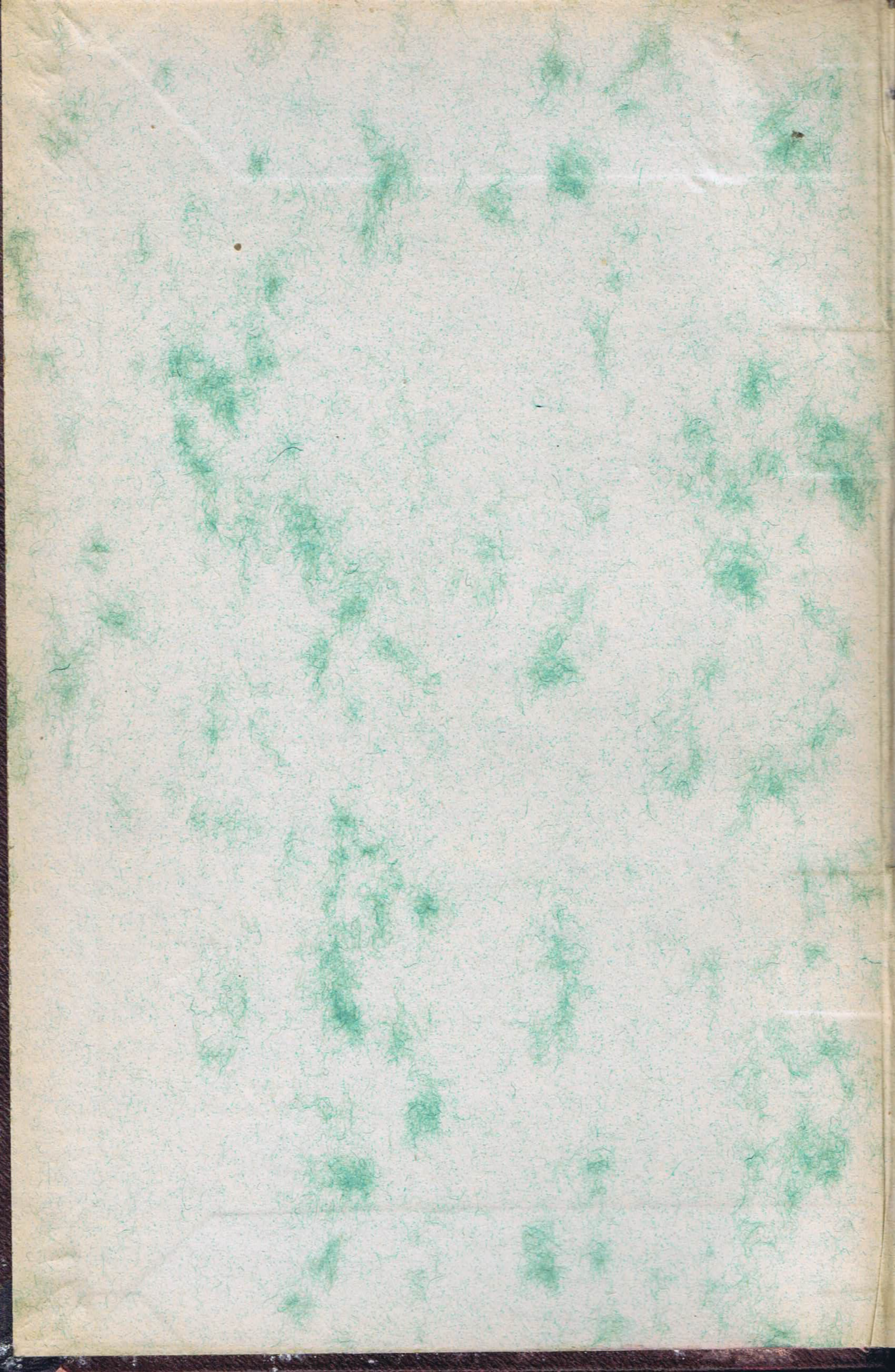
Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der deutschen Sozialdemokratie

von

Emil Kloth



Deutscher Volksverlag, München







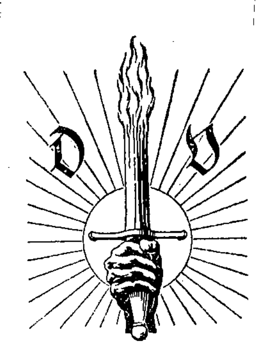
Einkehr

Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der deutschen Sozialdemokratie

von

Emil Kloth,

ehemaliger Vorsitzender des deutschen Buchbinderverbandes.



Deutscher Volks-Verlag, München 1920.

Inhaltsverzeichnis.

Druck von Dr. F. P. Datterer & Cie. München-Freising.

Wahlspruch.

Wer nie haut grade Hiebe,
Weß Wort und Sätze schleichen
Wie spürend schlaue Diebe
Und immer seitab streichen,

Wer niemals wagt zu sagen:
„So ist es" und: „das soll sein",
Wer ausweicht schlichten Fragen,
Stets will der Vorsicht voll sein,

Wer spricht: „gewisse Leute",
Und: „dürfte, möchte, könnte",
Statt daß er sich nicht scheute
Und uns Gewißheit gönnte.

Wer nie den Punkt will nennen,
Stets eingehüllt in Duft ist —
Glaubt mir, daß der zu kennen
Als Schwachkopf oder Schuft ist.

(Leisetreter von Fr. v. Sallet.)

Vorwort.

Diese Schrift ist zum größten Teil im Juli und August 1918 nach langen inneren Kämpfen geschrieben worden. Nach ihrer Vollendung ging ich einen Verleger suchen. Von einem Parteiverlag mußte ich von vornherein absehen, denn Ketzerbücher gegen die heiligen Überlieferungen der offiziellen Parteipolitik werden von den Parteibuchhandlungen nicht verlegt. Das brauchte ich nicht erst auszuproben. Ich wandte mich daher an den Verlag für Sozialwissenschaften, der fast nur Parteischriften herausgab. Dort wurde mir von dem Geschäftsführer, Genossen Baumeister, ungefähr folgende Antwort: „Lieber Genosse! Das meiste Ihrer Schrift unterschreiben wir Wort für Wort, aber Ihre Schrift wird als ein Dolchstoß in den Rücken der Partei empfunden werden, und da wir sowieso schon etwas verrufen sind, können wir den Verlag nicht übernehmen." Ich machte noch einen weiteren Versuch beim Bund deutscher Gelehrter und Künstler, dessen Geschäftsführer, Herr v. Gleichen, mich im Frühjahr zum Halten von Vorträgen und zur Ausarbeitung eines Flugblattes über „Rohstoffversorgung und Arbeiterschaft" aufgefordert hatte. Herr v. Gleichen lehnte anfänglich ab, schrieb mir aber dann am 25. September: „Die augenblickliche Lage macht mich in meinem durch Herrn Baumeister und Herrn Heyde (Schriftleiter der „Sozialen Praxis") mit veranlaßten Standpunkt wankend, ob es nicht nur ratsam, sondern dringend erforderlich ist, daß Sie durch eine Schrift, wie Sie sie planen, gegen die Leitung der Partei entsprechenden Protest erheben." Infolge der sich überstürzenden Ereignisse zerschlug sich jedoch der Plan und so ist aus der Herausgabe bisher nichts geworden.

Nachdem der Gang der Dinge aber in immer furchtbarer Deutlichkeit die Unrichtigkeit der sozialdemokratischen Dilettantenpolitik erwiesen hat, wurde es mir zur gebieterischen Pflicht, mit diesem meinem Glaubensbekenntnis, trotz alles Zeitmangels, der sich bei der teilweisen Umarbeitung und Ergänzung meiner Schrift unliebsam bemerkbar machte, nicht länger zurückzuhalten.

Zur Kennzeichnung meiner schon früher vorhandenen Anschauungen habe ich den Text möglichst unverändert gelassen und füge aus dem nämlichen Grunde den Text meines Vorwortes vom August 1918 hier an:

„Die auswärtige Politik der deutschen Sozialdemokratie hat mir nach langem Zögern die Feder in die Hand gedrückt. Ich halte diese Politik für zielunklar, in sich widerspruchsvoll, mit dem Geiste der Politik des 4. August in mancher Beziehung unvereinbar und verhängnisvoll nicht nur für Deutschland im allgemeinen, sondern auch für die Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse und somit auch der deutschen Gewerkschaften im besonderen. Ich erachte sie aber auch für verfehlt im Hinblick auf ihr Ziel: die Herbeiführung eines sogenannten Verständigungsfriedens. Einschaltend erkläre ich hier ein für allemal, daß auch ich es des Schweißes der Besten für wert erachte, einen wirklichen Verständigungsfrieden, sei es auch ohne Eroberungen und Entschädigungen, herbeizuführen, der dem entsetzlichen Blutvergießen ein Ende macht und Aussicht auf einen längeren Frieden eröffnet. Ein Verständigungsfrieden muß jedoch seinen wahren Sinn auch in der Weise erfüllen, indem er für Deutschlands Zukunft Verständnis zeigt. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß diese Absicht auch den Friedensbestrebungen unserer Partei zugrunde liegt, allein ich bezweifle die Richtigkeit der von ihr angewandten dahinzielenden Mittel.

Ja ich behaupte sogar, daß sie einen vollgemessenen Schuldanteil mit daran trägt, daß im feindlichen Auslande der Vernichtungswille noch immer obenauf ist, in den sogenannten neutralen Ländern die Stimmung gegen Deutschland nichts weniger als freundlich ist und in den mit uns verbündeten Ländern ebenso wie in Deutschland selbst der für unsere Zukunft unbedingt notwendige Wille zum Durchhalten zweifellos abgeschwächt worden ist.

Das mögen harte Anklagen sein, allein die bisherigen Wirkungen jener verhängnisvollen Politik, die ich nachfolgend einer näheren Beleuchtung unterziehe, bestätigen sie vollauf. Und danach noch zu schweigen, wäre ein Vergehen gegen das Vaterland, gegen seine Arbeiterklasse und auch gegen die sozialdemokratische Partei, der ich mehr als 30 Jahre lang angehöre. Es ist selbstverständlich, daß die von mir behaupteten Fehler nicht einer Vaterlandslosigkeit entsprießen, wie man sie der Sozialdemokratie so lange angedichtet hat, sondern lediglich einer falschen Beurteilung der Wirklichkeit auf Grund von Ideologien und Illusionen, genährt durch unverständige Behandlung der Arbeiterschaft und der sozialdemokratischen Partei seitens der Regierungen und der herrschenden Klassen in den Jahrzehnten vor diesem Weltkriege.

Die Natur des Stoffes brachte es mit sich, daß ich nicht nur an der Politik der Partei, sondern auch an Parteipolitikern als solche Kritik üben mußte. Obgleich ich mich auch letzteren gegenüber der Sachlichkeit befleißigte, so hielt ich anderseits ‚Europas übertünchte

Höflichkeit' nicht für besonders geeignet, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Wenn ich also derbe Ausdrücke gebrauchte, so folgte ich dabei nur dem Beispiel unserer großen Vorkämpfer, die davor auch nicht zurückscheuten, wenn es der Zweck erforderte. Überdies sind die am schärfsten Angegriffenen niemals diejenigen gewesen, welche ihre Gegner in der Partei mit Sammetpfötchen anfaßten.

Wenn ich in einer besonderen Schrift meine Gedanken niederlege und nicht etwa in Aufsätzen der Tagespresse oder in Zeitschriften, so einmal deshalb, weil dort der zur Verfügung stehende Raum knapp bemessen ist, zum andern, weil, wie in jeder andern Partei, so auch in der Sozialdemokratie, dasjenige sich nicht so leicht und unzensuriert Eingang zu schaffen vermag, was der parteiamtlichen Meinung stark wider den Strich geht.

Damit habe ich den Zweck meiner Schrift kurz gekennzeichnet. Möge man sie im übrigen nach ihrem Inhalt beurteilen."

Neukölln, im August 1919.

Emil Kloth.

Um was es sich im Weltkriege handelte.

Daß darüber: um was es sich in diesem Weltkriege handelt, irgendwo und irgendwie eine einheitliche Meinung bestände, wird wohl niemand behaupten wollen. Alle möglichen Erklärungen werden hervorgesucht und ebensowohl die verschiedensten Vorschläge gemacht, wie der Gefahr eines neuen Weltkrieges vorgebeugt werden könne.

Die landläufigste sozialistische Erklärung ist die, wie sie die im Juli—August 1916 im Haag tagende Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der neutralen Staaten formulierte: „Daß für den Weltkrieg in erster Instanz das ökonomische und politische System des Kapitalismus verantwortlich ist, auf dessen Boden der Imperialismus und der damit verknüpfte Militarismus sich entwickelt haben." So stand es eingangs einer langatmigen bezüglichen Resolution. Ein alter Vers aus dem Gebetbuch für internationale Sozialistenkongresse, dessen Richtigkeit meistens nicht nachgeprüft wurde, obgleich seine Wahrheit sehr anfechtbar ist, dieweil es Weltkriege, Imperien und Militarismus in irgendeiner Form schon lange vor dem Kapitalismus gegeben hat und es durchaus noch nicht sicher ist, daß es solche unter einem andern ökonomischen System, ja selbst unter dem sozialistischen System, zukünftig nicht mehr geben wird. Denn die Haltung der Sozialisten in den meisten feindlichen Ländern und die Vorgänge in Rußland sollten doch wahrlich zum Nachdenken Veranlassung geben.

Was ist übrigens Imperialismus? Ein Dutzend sozialistischer Erklärungen darüber könnte man unschwer aus den Protokollen über internationale und nationale Sozialistenkongresse zusammenlesen. Eine immer schöner als die andere, wobei es auf die Begriffsfassung nicht so genau ankam. Wo eben die Begriffe fehlen, da stellt ein guter „Ismus" zur rechten Zeit sich ein.

Name ist Schall und Rauch! Der Imperialismus oder wie man das Ding sonst nennen mag, ist nicht eine Schöpfung des Kapitalismus, sondern der natürliche Lebens- und Wachstumsdrang, der jedem lebenskräftigen ökonomischen System seit uralten Zeiten innegewohnt hat, solange es Menschen gegeben hat, die sich als Erdenbürger betrachteten und die sich nicht selbst in den engen Grenzen der Horde,

der Stammes- oder Markgenossenschaft einzwängen wollten. Auch das sich selbst genügendste und abgeschlossenste ökonomische System folgte bei Strafe der Verkümmerung oder Zertrümmerung aus inneren oder äußeren Einflüssen dem Gesetz der Fortentwicklung und mußte über sich selbst hinauswachsen.

Solange die nomadisierende Horde Jagdgründe oder Viehweiden genug besaß, um ihre geringen Lebensbedürfnisse zu befriedigen, oder wenn keine andere Horde sie daraus vertrieb, lag für sie keine Veranlassung vor, die heimischen Gefilde zu verlassen. Fielen aber diese Voraussetzungen, dann hielt höchstens Gewalt sie davon ab, auf ihre Art Imperialismus zu treiben und in die Gebiete anderer Horden einzufallen.

Reichten bei einem fruchtbaren Stamm die vorhandenen Landlose nicht mehr aus, um den überschüssig Geborenen solche zuzuteilen, so mußte ein Teil der Jungmannen unter gewählten Führern das Stammesgebiet verlassen und sich eine neue Heimat erobern, unbekümmert um die Besitzrechte anderer. Selbstverständlich wirkten auch Naturereignisse: Überschwemmungen, klimatische Verhältnisse, Mißernten, sowie das Nachdrängen anderer Stämme auf solche Abwanderungen ein und veranlaßten manchmal sogar den Aufbruch ganzer Völkerschaften aus den bisher innegehabten Landschaften. Auch Abenteuerlust, überschäumendes Kraftgefühl, die Sucht nach fremden Schätzen, die vielleicht die Heimat überhaupt nicht zu bieten hatte, trugen zu solchen Streifzügen und Völkerwanderungen bei. Der Einfall gallischer Stämme (unter Brennus) und germanischer Stämme (Zimbern und Teutonen) in Italien vor Beginn unserer Zeitrechnung, die große Völkerwanderung beim Verfall des Römerreiches, die Besitzergreifung Englands durch die Angelsachsen, die Normannenzüge nach Island, Frankreich, England, Italien, ja selbst bis nach Nordamerika auf schwankenden Drachenschiffen sind dafür bekannte Beispiele. Bei diesen Völkerverschiebungen lag für den einzelnen Stamm die Gefahr nahe, anstatt des Hammers Amboß zu sein, er suchte sich daher durch mehr oder minder engen Zusammenschluß mit verwandten Stämmen davor zu schützen, Amboß zu werden. Dadurch trat eine der Triebkräfte zur Bildung größerer Staatengebilde in Erscheinung; die Grundlage zu Nationalstaaten war damit gelegt.

Bei einer gewissen Höhe der Produktionsweise, der steigenden Kultur und politischen Macht, des wachsenden Reichtums genügen die Erzeugnisse des heimischen Bodens nicht mehr, um alle aus jenen Faktoren erwachsenden Bedürfnisse zu befriedigen. Die Volkswirtschaft drängt zur Anknüpfung weltwirtschaftlicher Beziehungen. Der Güteraustausch zwischen den verschiedenen Ländern beginnt und durchläuft

im Wandel der Zeiten mancherlei Formen: von der gewaltsamen Aneignung fremder Naturprodukte oder Erzeugnisse menschlichen Fleißes, hinweg über den handelsmäßigen Austausch von Ware gegen Ware, bis zum Kauf vermittelst des Wertmessers Geld. Derartige Handelsbeziehungen finden wir schon in der antiken Welt. Mochten ihnen auch tiefe Schatten anhaften, so darf man doch deswegen ihre Lichtseiten und fortschrittlichen Wirkungen nicht verkennen. Ohne den regen Handelsverkehr der Phönizier, Karthager und Griechen wären wahrscheinlich niemals oder doch viel später in den Randländern des Mittelmeeres blühende Kolonien entstanden, wären in den nordischen Ländern Europas die Bedürfnisse und Erzeugnisse einer höheren Kultur viel später geweckt worden. Freilich führte dieser aus mancherlei Ursachen gespeiste Handelsverkehr nicht bloß zu friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern, sondern ein starker Hang zu imperialistischen Neigungen war ihm eigen; zur wirtschaftlichen Ausbeutung der schwächeren Völker gesellte sich oft deren politische Unterjochung.

Die asiatischen Eroberer- und Despotenstaaten der Assyrier, Babylonier und Perser bilden eine besondere Art ursprünglichen Imperialismus. Ihr Ziel war die Versklavung der bezwungenen Völker und war weniger auf einer höheren wirtschaftlichen Entwicklung und Kultur als vielmehr auf politische Unterjochung begründet.

Das alte Römerreich weckte dagegen in ganz anderer Weise eine höhere Produktionsweise und damit auch eine höhere Kultur bei den meisten bezwungenen Völkern und suchte die dadurch erzeugten unermeßlichen Reichtümer für den römischen Staat und seine herrschenden Klassen dienstbar zu machen. Seine über alle beherrschten Länder verteilten Legionen hielten mit eiserner Gewalt solange alle Selbständigkeitsregungen der einzelnen Völker nieder, als sich in diesen das nationale Selbstbewußtsein nicht stark genug erwies, um die Fremdherrschaft abzuschütteln. Roms Schwäche lag darin, daß sein Volksüberschuß nicht groß genug war, um die eroberten Länder genügend mit eigenen Volksgenossen zu durchsetzen oder große Kolonien mit ihnen zu bevölkern.

Vom Mittelalter bis in die neue Zeit vollzog sich sodann in Europa die Bildung von Nationalstaaten unter fast immerwährenden blutigsten inneren und äußeren Kämpfen. Jahrhunderte hindurch war Deutschland oder wie es genannt wurde: „Das heilige römische Reich deutscher Nation", ein locker gefügtes Imperium, gegen das kein anderes an Größe und Macht aufkam. In wirtschaftlicher Beziehung vermittelte es zum überwiegenden Teil den Handelsverkehr zwischen den asiatischen und osteuropäischen Ländern einerseits und den west- und nordeuropäischen Ländern anderseits. Wie jedes kräftige Volk wirkte auch das

deutsche in der Blütezeit seiner staatlichen Geschlossenheit stark kolonisierend. Seine Ausläufer erstreckten sich weit nach den Randländern der Ostsee und nach Südosteuropa hinein und die Handelshöfe der Hansa waren nicht nur in den skandinavischen Ländern, sondern auch in England (Stahlhof in London) hochangesehen und starke Vorposten deutscher wirtschaftlicher Macht. Durch das Aufkommen der landesherrlichen Gewalt lockerte sich in dem Wahlkaiserreich Deutschland das gesamtstaatliche Gefüge, die Entdeckung des Seeweges nach Amerika und Indien lenkte den europäischen Handelsverkehr auf andere Wege; Deutschland büßte dadurch seine bevorzugte Stellung als Durchgangsland ein und England wuchs infolge seiner Lage an den hauptsächlichsten Seewegen zur neuen Welt und nach Asien gar bald als erste Handels- und Industriemacht empor. Das war es aber nicht allein, was den Aufstieg Englands bewirkte, denn England konnte diese bevorzugte Stellung nur dadurch erlangen, daß es, allerdings unter den blutigsten inneren Kämpfen, bei denen der Grundsatz galt: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein", am frühesten zur staatlichen Einigung gelangte. Die Shakespearschen Königsdramen sind ein Spiegelbild jener blutigen inneren Kämpfe.

Warum dieser kurze geschichtliche Exkurs? Er ist sehr notwendig angesichts der ethisch-pathetischen auswärtigen Politik der deutschen Sozialdemokratie, die sich trotz der Politik des 4. August immer mehr breit macht und die allmählich jede historisch-ökonomische Erkenntnis überwuchert.

Die Weltgeschichte ist eben kein Ammenmädchen, das artigen Kindern fromme Märchen von der friedlichen Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ideen erzählt. Auf ehernen Sandalen, in klirrender Rüstung und mit wehenden Locken schreitet sie einher. Das ist die Wahrheit! Sie mag furchtbar sein, aber das darf uns nicht hindern, ihr furchtlos ins Angesicht zu blicken. Denn nur so vermögen wir ihre Lehren zu beherzigen und eine Politik zu treiben, die festen Boden unter sich hat und nicht auf illusionsdurchtränkten Resolutionen, Beschlüssen buntscheckig zusammengesetzter internationaler Kongresse und dergleichen beruht, die sich im Ernstfalle als elende Papierfetzen erweisen. Fast erscheint es unverständlich, daß dieselbe Partei, deren ganze Weltanschauung theoretisch auf der materialistischen Geschichtsauffassung aufgebaut ist und die mit eiserner Folgerichtigkeit im Klassenkampfe immer wieder predigt, daß Macht Recht ist, d. h. daß ein Recht, welches nicht die Macht besitzt oder ausbildet, sich Geltung zu verschaffen, eben kein Recht ist, in der Praxis der auswärtigen Politik glaubt durch moralische Beschwörungen den rücksichtslosen Klassenkampf der feindlichen Bourgeoisien zum Verständigungsfrieden

bekehren zu können. Schon Lassalle hat nicht schlecht über die liberalen Kalbsköpfe gespottet, die nicht wahr haben wollten, daß die Macht das Recht bestimmt.

Fürwahr, darum handelt es sich: um den rücksichtslosen, mit allen Mitteln der Gewalt, der Lüge, der Verleumdung, der Aufhetzung betriebenen Vernichtungskampf der englischen oder, richtiger gesagt, der angelsächsischen Bourgeoisie gegen Deutschland und sein fleißiges und friedliebendes Volk. Deutschland soll wieder in seine alte Ohnmacht zurückgeworfen, seine staatliche und wirtschaftliche Geschlossenheit zerrissen, seine Industrie und sein Handel vernichtet werden, damit die angelsächsische Bourgeoisie weiter und noch mehr als bisher die Welt ausbeuten kann, damit sie von der quälenden Sorge eines im friedlichen Wettbewerb immer stärker emporwachsenden Mitbewerbers auf dem Weltmarkt befreit werde. „England beherrscht die Welt, und die Bourgoisie beherrscht England" — dieses Wort von Friedrich Engels gilt noch bis zu einem hohen Grade heute, wenn man statt des Wortes England das Angelsachsentum setzt.

Man hat die tiefsinnigsten Betrachtungen darüber angestellt, weshalb wir in der ganzen Welt so verhaßt seien? Alle Erklärungen auf diese Frage gehen fehl, die nicht die skrupellos gebrauchte Macht des Angelsachsentums, die alle Furien der Hölle gegen uns losgelassen hat, als die Quelle dieses Hasses erkennen. In den Rührstücken auf den Brettern, welche die Welt bedeuten, mag schließlich immer das reine Recht siegen, auf der wirklichen Weltbühne zeigen die Dinge ein anderes Gesicht, wie klärlich nicht nur die Klassenkämpfe, sondern auch die mit den scheußlichsten Verbrechen aller Art gegen kleine und schwache Nationen belastete Geschichte Englands beweist.

Und was das betrübendste für uns Sozialdemokraten ist: *Die englische Bourgeoisie hat stets bei ihren Verbrechen gegen andere Völker, sofern das im englischen Interesse lag, die Unterstützung der englischen Arbeiterklasse erhalten, und nicht zuletzt in dem jetzt tobenden Weltkriege.*

Es ist eine der verhängnisvollsten Irrtümer der deutschen Sozialdemokratie, diese Wahrheit nicht erkannt oder mindestens nicht die richtigen Schlüsse daraus gezogen zu haben. Schier unbegreiflich ist dieser Irrtum deshalb, weil die ganze Geschichte der englischen Arbeiterbewegung, ihre schwache oder im Fahrwasser der bürgerlichen Parteien schwimmende politische Vertretung, ihre geringe Neigung für internationale politische oder gewerkschaftliche Beziehungen aufs deutlichste bewies, daß sie mehr wie die Arbeiterbewegung irgendeines Landes sich von nur nationalen Beweggründen, d. h. von rein englischen bzw. angelsächsischen eigensüchtigen Interessen leiten ließ. Was die englische

Bourgeoisie in diesem Weltkriege erstrebt, das unterstützt mit allen Kräften die englische Arbeiterklasse in ihrer erdrückenden Mehrheit, gegen die die paar Eingänger oder schwache Grüppchen von Sozialisten nicht aufzukommen vermögen:

Deutschland soll wieder ein Bauernland werden, das England nötigenfalls Nahrungsmittel liefert, Hilfsvölker für Englands Kriege stellt, damit der Engländer vom Kriegsdienst befreit bleibt, und endlich Englands Industrieerzeugnisse zu möglichst hohen Preisen bezieht. Die deutsche Industrie mag dabei zugrunde gehen, seine Arbeiterklasse verhungern, seine Arbeiterbewegung in ihren Wurzeln verkümmern — das alles schiert den englischen Arbeiterführer wenig, denn auch er schwört zu den bezeichnenden englischen Wahlsprüchen: „Rule Britannia“ und „Wrong or right, my country“ („Herrsche Britannia“ und: „Recht oder Unrecht, ich stehe zu meinem Vaterlande“).

Mit Ausnahme von Japan, das seine eigene Politik treibt, sind die Verbündeten der beiden angelsächsischen Weltmächte in Wahrheit nur deren Vasallen, die als Kostgänger der englischen Weltmachtpolitik ihrem Machthunger glauben fröhnen und aus den Leibern Deutschlands und seiner Verbündeten fette Happen für sich herausschneiden zu können. Wird Deutschland besiegt, so wird es für sie eines Tages ein fürchterliches Erwachen geben. Denn in diesem Falle wären sie der unersättlichen angelsächsischen Weltmacht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.

Gibt es für uns Deutsche einen andern Weg als den des Durchhaltens gegenüber den englischen Weltunterjochungsplänen? Nein! Denn wie kein erwachsener Mensch wieder zum Kinde werden kann, so ist es unmöglich für ein großes Volk, wenn nicht alle seine Fähigkeiten verkümmern sollen, wieder zum Ausgangspunkt seiner Entwicklung zurückzukehren, sich vom hochindustriellen Volk zu einem primitiven Bauernvolk zurückzuentwickeln. Will uns aber ein herrschgewohntes Herrenvolk dazu gewaltsam zwingen, so darf ihm auch von seiten der deutschen Arbeiterklasse nur todesverachtend entgegentönen: „Lewer dod als Sklaw“, verbunden mit dem alten mutigen Kampfruf: „Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all!“

In diesem Sinne werden wir die wahren Verfechter des Rechtes der kleineren Nationen gegenüber einer sich fälschlich in gleißnerischem demokratischen Gewande darstellenden despotischen Weltmacht sein. Und die anderen Völker werden es uns vielleicht einstmals noch danken, daß wir uns nicht feige geduckt, sondern auch für — sie den Kampf gegen übermächtige Gegner für einen zukünftigen Bund wirklich freier Völker mutig bestanden haben. In diesem Sinne könnten auch die nichtenglischen Arbeiter sagen: An deutschem Wesen soll die Welt genesen!

Die Bildung großer Imperien liegt im Zuge der ökonomischen Entwicklung, nicht nur in den Tendenzen der kapitalistischen, sondern auch der zukünftigen sozialistischen Produktionsweise. Damit ist aber noch lange nicht gesagt, daß wir widerstandslos, als unabänderliches Schicksal die angelsächsische Weltherrschaft über uns ergehen und jegliches völkische Eigenleben preisgeben sollen. Mag uns auch sogar ein gewesener deutscher Botschafter und Schützling des „Vorwärts" zurufen:

„Die Welt wird den Angelsachsen, Russen und Japanern gehören und der Deutsche allein bleiben mit Österreich und Ungarn. Seine Machtherrschaft wird die des Gedankens und Handels sein, nicht aber die der Bureaukraten und Soldaten. Er war zu spät erschienen und die letzte Möglichkeit, das Versäumte nachzuholen, ein Kolonialreich zu gründen, hat der Weltkrieg vernichtet. Denn wir werden die Söhne Jahves nicht verdrängen, das Programm des großen Rhodes wird sich erfüllen, der in der Ausbreitung des Britentums, im britischen Imperialismus das Heil der Menschheit erblickte.

Tu regere imperio populus Romano, momento. Hae tibi erunt artes: pàcisque imponere morem, Parcere subjectis et debellare superbos. (Du sollst die Völker im Römerreiche regieren. Deine Kunst wird sein, Friedenssitten zu erzwingen, die Unterworfenen zu schonen und die Hochmütigen des Krieges zu entwöhnen.)"

So etwas schrieb wirklich — noch dazu in einer besonderen Denkschrift — ein Mann, der bis zum Ausbruch des Weltkrieges Botschafter des Deutschen Reiches in London war. Mit wie geringem Verstande man doch ein Fürst Lichnowsky und deutscher Botschafter sein kann!

Hinweg mit solcher Magermilch fatalistischer Erschlaffung! Jaurès dagegen hatte recht, wenn er 1907 auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart sagte:

„Die Nation ist das Schatzkästlein der Kultur". Wie England aber die „Unterworfenen schont", das sieht man an Irland und den anderen von England unterworfenen Völkern.

Die auswärtige Politik.

Mit Recht hat man der offiziellen deutschen auswärtigen Politik Systemlosigkeit und daher ein ewiges Hin- und Herschwanken, ohne feste Ziele, vorgeworfen. Nicht zuletzt ist es die Sozialdemokratie gewesen, welche diesen Vorwurf erhoben hat. Und doch war ihre Außenpolitik jener der deutschen Regierung kongenial. Sie trug daher einen wesentlichen Teil der Mitschuld an der Fahrigkeit der deutschen auswärtigen Politik.

Vor einiger Zeit hat einer der Auguren der Unabhängigen Sozialdemokratie, Rudolf Breitscheid, in der „Freiheit" schmerzlich ausgerufen: „Wir haben keine Politik!" In noch viel höherem Maße trifft diese Selbsterkenntnis auf die auswärtige Politik der Sozialdemokratie aller Richtungen vor und nach dem 9. November 1918 zu. Sie war von jeher, wenigstens seitdem Männer wie Marx, Engels und Lassalle die Augen geschlossen hatten, eine Politik des Unbewußten. Es fehlte ihr ein zutreffendes Weltbild, die Kenntnis der Machtverhältnisse und der bewegenden wirtschaftlichen und politischen Triebkräfte in den ausländischen Staaten, und sie lebte und webte dagegen in einer Welt, die von Wünschen, Forderungen, Kongreßbeschlüssen der sozialistischen Parteien bewegt wurde, mochten die Ecken und Kanten der rauhen Wirklichkeit diese Welt auch oftmals hart aus ihrer Bahn schleudern. Das Erfurter Programm geht daher bezeichnenderweise nur so im Vorbeigehen auf die auswärtige Politik ein. Im übrigen hatte man sich für den Handgebrauch ein verteufelt einfaches Rezept zurechtgemacht: Alle Regierungen sind imperialistisch gesinnt, also muß in jedem Lande die Sozialdemokratie die auswärtige Politik der Regierung mit Mißtrauen verfolgen und sie bekämpfen; ob wir die Absichten der Regierung kennen oder nicht, auf jeden Fall mißbilligen wir sie!

Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Methode den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse gerecht wurde; nur bestand und besteht jetzt noch der Unterschied, daß die zum Machtfaktor gewordenen sozialistischen Parteien des Auslandes sich von jeher verteufelt wenig um solche Beschlüsse kümmerten, in bürgerliche Ministerien eintraten

und für deren Außenpolitik sich einsetzten, während die deutsche Sozialdemokratie keusche Enthaltsamkeit übte und niemals früher den Mut fand, die Verantwortung für die Regierung unseres Landes mit zu übernehmen. Daneben wurde immer die deutsche Regierung als die verruchteste und schwärzeste gekennzeichnet, neben der sich die kapitalistischen Regierungen des Auslandes wie weiße Lämmlein ausnahmen.

Fürwahr: „Wir sind, was wir waren, und wir werden bleiben, was wir sind!" — scheint in bezug auf die auswärtige Politik ein der deutschen Sozialdemokratie eigenes erbliches Gesetz zu sein, das sich von Geschlecht zu Geschlecht fortschleppt. Oder ist es jetzt etwa anders geworden? Leider nein! Denn nach den ersten Kriegsjahren, wo die harte Logik der Tatsachen und der unzweifelhafte Wille der Mehrheit ihrer Anhänger der Sozialdemokratie die Erkenntnis und Notwendigkeit aufzwang, mit allen übrigen Volksklassen für die Verteidigung des Vaterlandes alles einzusetzen, ist man allmählich unter dem Einfluß von Ausländern, sogenannter Intellektuellen und dem Troß jüdischer Advokaten und Literaten, immer mehr in den alten deutschen Fehler verfallen, das eigene Land herunterzureißen, den „inneren Feind" mit allen Waffen des Hasses, der Verleumdung, der Herabsetzung, mit Maschinengewehren, Handgranaten und politischer und wirtschaftlicher Rechtlosmachung zu verfolgen, den raffgierigen Fängen des ausländischen Kapitalismus aber noch die Rechtstitel für seine unmenschliche Ausbeutungswut zu liefern.

Die eigene Unzulänglichkeit kam der Partei in lichten Momenten auch selbst zum Bewußtsein. So beispielsweise auf dem Parteitage zu Jena 1911. Dort lagen fünf Anträge vor, die die Behandlung der auswärtigen Politik als besonderen Tagesordnungspunkt verlangten. Dazu erklärte Bebel:

*„Ein Referat über die gesamte auswärtige Politik hier zu beschließen und zu verlangen, daß der Referent im Laufe des Parteitages darüber einen Bericht gibt, ist ein Ding der Unmöglichkeit. (Zustimmung.) Diese Frage muß sehr gründlich behandelt werden, und wer ein solches Referat bekommt, der hat ein schweres Stück Arbeit zu erledigen. Das kann man nicht ohne weiteres durch einen Beschluß hier verlangen. Die wichtigste Frage, die uns hier auf die auswärtige Politik beschäftigt, ist zweifellos die Marokkofrage, mit der ja auch eine Reihe von anderen Fragen der auswärtigen Politik in Verbindung steht. Der Parteivorstand hat schon vor Wochen darüber verhandelt, er hat bei Personen angefragt, ob sie bereit wären, das Referat zu halten. Es war niemand dazu bereit. Da habe ich erklärt: Gut, wenn

* Siehe Parteitags-Protokoll. Berlin, Buchhandlung Vorwärts. S. 174.

es nicht anders geht, dann will ich bei meinem Referat über die Reichstagswahlen auch die Frage der Marokkopolitik mit behandeln, die ja mit anderen Fragen in naher Beziehung steht. Damit war der Parteivorstand einverstanden. Wenn aber hier jemand ist, der ein Referat über die Marokkopolitik übernehmen will, dann verzichte ich mit Vergnügen darauf, selbst darüber zu sprechen. Sollte das nicht der Fall sein, dann muß ich wohl oder übel in meinem Referat die Frage behandeln. (Beifall.)"

Also in der großen deutschen sozialdemokratischen Partei fand sich kein einziger, der bereit war, über unsere auswärtige Politik zu sprechen! Ebensowenig gab es anscheinend auch nur einen deutschen Parteigenossen, der über die Balkanfrage zu urteilen kompetent war, denn nach dem Bericht des Parteivorstandes zum Jenauer Parteitag von 1913 beauftragte dieser den österreichischen Parteigenossen Otto Bauer, eine aufklärende Broschüre über „Der Balkankrieg und die deutsche Weltpolitik" zu schreiben (Protokoll S. 19 ff.). Gewiß sind die Österreicher nicht nur unsere Genossen, sondern auch unsere Bundesgenossen, allein niemand wird behaupten wollen, daß zwischen dem Standpunkt der Deutschen und der Österreicher in bezug auf Beurteilung solcher wichtigen Fragen keine Unterschiede bestehen könnten. Die langwierigen Verhandlungen deutsch-österreichischer Wirtschaftsverbände über die mitteleuropäische Politik und die damit zusammenhängenden Balkanfragen während des Weltkrieges haben das Gegenteil bewiesen. Die Weltpolitik wurde von der Partei immer nach Art des ängstlichen Pfahlbürgers behandelt, der zwar gern an Sonn- und Feiertagen in seinem Leibblatt davon liest, wie hinten weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen, der aber im übrigen seine Ruh' haben und nicht in die Händel dieser Welt verstrickt sein will.

Weltwirtschaft und Weltpolitik sind jedoch untrennbar, wie die siamesischen Zwillinge, miteinander verbunden. Wer keine Weltpolitik will, muß auch auf weltwirtschaftliche Verbindungen verzichten. Es ist einer der verhängnisvollsten Fehler unserer Partei, das verkannt zu haben. Zum weltwirtschaftlichen Güteraustausch gehören Kolonien, Niederlassungen und Vertretungen der verschiedensten Art im Auslande, in denen sowie in den Handelsschiffen und den für den Export arbeitenden inländischen Industrie- und Handelsbetrieben große Kapitalien investiert sind. Dies in die feinsten Äderungen auslaufende Handelssystem muß möglichst vor Störungen und feindlichen Zugriffen gesichert werden, soll es richtig funktionieren, und soll nicht die in der Ausfuhrindustrie beschäftigte heimische Arbeiterschaft hart mitbetroffen werden. Vornehmlich deshalb, und nicht etwa lediglich zur Verteidigung des Mutterlandes schuf England seine mächtige Kriegs-

flotte, suchte und nahm es, wenn es sein mußte, mit Gewalt Stützpunkte für seine Flotte in aller Welt. Auf diesen Sicherungen bauten die englische Industrie, der englische Handel ihre weltwirtschaftlichen Beziehungen auf.

Sicherungen für seinen Handel bedarf daher jedes weltwirtschaftlich gerichtete Volk, will es nicht von der Gnade übermächtiger seegewaltiger Völker abhängig sein. Wer nicht nach dem Ruhm geizt, in der Beschränktheit Meister zu sein, der wird zugeben müssen, daß auch die Arbeiter daran sehr interessiert sind, da Beschäftigung, Lohn und Kaufkraft des Lohnes sehr von dem ungestörten Gang unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen abhängig sind. Man braucht ja nur die Kaufkraft der deutschen Mark mit der des im Frieden ziemlich gleichwertigen englischen Schillings während des Krieges zu vergleichen. Der englische Schilling behielt ungefähr seinen Friedenswert, während die deutsche Mark nicht nur in den feindlichen Ländern gewaltig, sondern auch in den neutralen Ländern bis auf die Hälfte ihrer Kaufkraft und darunter herabsank.

Es hilft alles nichts: wir dürfen uns nicht der Erkenntnis verschließen, daß Weltwirtschaft ohne den Schutz einer starken Flotte nicht auszukommen vermag, wie die Dinge nun einmal liegen. Das, was ist, müssen wir zu ergründen suchen, hat uns schon Lassalle eindringlich zugerufen, sonst gehen wir fehl auf unsern politischen Wegen. Indem wir die ökonomischen Gesetze und ihre politischen Auswirkungen studieren, gelangen wir sicherer zum zweckentsprechenden politischen Handeln, als wenn wir uns darauf beschränken, in den Beschlüssen internationaler Kongresse nachzublättern, die doch nur das Werdende und Gewollte günstigenfalls vorbereiten können, die aber noch keineswegs Potenzen sind, welche der kapitalistischen Welt Gesetze vorzuschreiben vermögen.

Kennzeichnet sich die sozialdemokratische Außenpolitik im allgemeinen als die Politik des Unbewußten, so fehlte es ihr zuweilen doch nicht an überraschender richtiger Auffassung der Weltlage. Allein das alte Rezept, daß die eigene Regierung immer unrecht habe, stets auf verkehrten Wegen sich befände und daher bekämpft werden müsse, ließ die Partei fast niemals, auch dann nicht zu deren Unterstützung auftreten, wenn das deutsche Interesse es dringend erforderte, den ausländischen Imperialisten entgegenzuwirken. So wird im „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“ von 1907[1]) die Einkreisungs- und Annexionspolitik Englands ganz zutreffend geschildert, aber zugleich mit der unsinnigen Behauptung gewissermaßen entschuldigt, daß die deutsche

[1]) Siehe Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Berlin 1907, Buchhandlung Vorwärts S. 12—13.

Orient- und Marokkopolitik in Verbindung mit seiner Flottenvergrößerung solches verschuldet habe.

Wie verkehrt diese Auffassung war, hat der in England lebende Genosse Rothstein in der wissenschaftlichen Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, der „Neuen Zeit" [1]) nachgewiesen, wonach England schon 1904 Frankreich gegenüber sich bereit erklärte, ihm im Falle eines Krieges mit Deutschland durch eine Landung von 100000 Mann in Schleswig-Holstein zu Hilfe zu kommen und ihm später in Aussicht stellte, weitere 150000 Mann in Belgien zu landen. Und gleichfalls im Jahre 1912 hat der Engländer Morel in einer Streitschrift gegen Grey dessen Politik in ihrer ganzen schamlosen Brutalität aufgedeckt und erklärt, daß Deutschland in der ersten und zweiten Marokkokrise gar nicht anders handeln konnte und durfte, als es gehandelt hat, wenn es nicht seine Stellung als Großmacht schimpflich preisgeben wollte. [2])

Freilich ist es ja seit Jahrzehnten die schief aufgefaßte Aufgabe unserer Außenpolitik gewesen, der deutschen Regierung die Großmachtsucht auszutreiben, an der sie mit einer Zähigkeit festgehalten hat, die eines besseren Zweckes würdig gewesen wäre. Obgleich eine solche Politik als ein Prunkstück in der guten Stube der Partei in allen Handbüchern angepriesen wurde, bedeutete sie doch in Wirklichkeit eine Preisgabe der deutschen Arbeiterinteressen auf dem Weltmarkte.

Unsere großen Lehrer, Marx, Engels und Lassalle, haben sich auch keineswegs nach den Anweisungen gerichtet, wie sie die Handbücher unserer Partei gegeben haben und womit unsere Agitatoren vom M. d. R. bis zum nachbetenden Zahlstellenleiter, „ausgerüstet mit dem ganzen Wissen ihres Jahrhunderts", auf die Arbeiterschaft losgelassen wurden. In ihren Schriften und in ihrem Briefwechsel hingegen werden die Machtfaktoren nach ihrem wahren Wert eingeschätzt. Da klirrt es von blanker Rüstung. Sie schwärmten geradezu für ein wehrhaftes Deutschland, das sich in der Welt den ihm gebührenden Platz erobern müsse.

Hören wir zunächst Lassalle über den hohen Wert nationaler Spannkraft in seiner Schrift über den italienischen Krieg und die Aufgabe Preußens:

*„Die einzige würdige und große, ebensosehr in den Interessen der deutschen Nation als in denen Preußens gelegenen Haltung wäre folgende Sprache Preußens: ‚Revidiert Napoleon die europäische Karte

---

[1]) Siehe Rothstein, „Englands auswärtige Politik". Neue Zeit, 1911—12. Bd. 1 S. 518 ff.

[2]) Siehe Quessel, „Zehn Jahre britischer Geheimdiplomatie", in der „Glocke", Berlin 1916, 2. Jahrg. S. 168.

* Lassalle, Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens, in Bernstein, Lassalles Reden und Schriften. Berlin 1892, Verlag des Vorwärts. Bd. 1 S. 360.

nach dem Prinzip der Nationalitäten im Süden, so tun wir dasselbe im Norden. Befreit Napoleon Italien, gut, so nehmen wir Schleswig-Holstein. Und mit dieser Proklamation unsere Heere gegen Dänemark gesendet!'"

*„Möge die preußische Regierung diesen Nationalkrieg beginnen, schnell, ohne Zaudern, allein und aus sich selbst, ohne Bundesintriguen — möge sie erst mit dem fait accompli des erklärten Krieges vor den Bund treten, und durch diese imposante Haltung hingerissen, wird der Bund ihr folgen. Und wagten intriguante Kabinette eine undeutsche Gesinnung an den Tag zu legen, so wäre der Augenblick da, daran zu erinnern, daß schon einmal ein König von Preußen die feierliche Erklärung unterschrieben hat: ‚Jeder deutsche Fürst, der dem Aufrufe zur Befreiung des Vaterlandes nicht Folge geben wird in einem fixierten Zeitraum, wird mit dem Verlust seiner Staaten bedroht werden.'"

**„Und möge die Regierung dessen gewiß sein. In diesem Kriege der ebensosehr ein Lebensinteresse des deutschen Volkes als Preußens ist, würde die deutsche Demokratie selbst Preußens Banner tragen und alle Hindernisse vor ihm zu Boden werfen mit einer Expansivkraft, wie ihrer nur der berauschende Ausbruch einer nationalen Leidenschaft fähig ist, welche seit fünfzig Jahren komprimiert in dem Herzen eines großen Volkes zuckt und zittert."

Friedrich Engels aber schrieb an Karl Marx schon in den fünfziger Jahren, also lange vor dem deutsch-französischen Kriege, aus dem die Franzosen glauben die Berechtigung ihrer Revanchepolitik herleiten zu dürfen:

„Sollen wir uns noch länger gefallen lassen, daß dies Spiel mit uns getrieben wird? Sollen wir 45 Millionen es noch länger dulden, daß eine unserer schönsten, reichsten und industriellen Provinzen fortwährend zum Köder dient, den Rußland der Prätorianerherrschaft in Frankreich vorhält? Hat das Rheinland keinen andern Beruf, als von Krieg überzogen zu werden, damit Rußland freie Hand an der Donau und Weichsel bekommt? Das ist die Frage. W i r h o f f e n, d a ß s i e D e u t s c h l a n d b a l d m i t d e m S c h w e r t e b e a n t w o r t e t. Halten wir zusammen, dann werden wir den französischen Prätorianern und den russischen Kraguschtschiks schon heimleuchten."

Nach Engels Meinung ist Frankreichs Angriffslust gegen Deutschland nicht erst durch die Zurückgewinnung des alten kerndeutschen Landes Elsaß-Lothringen geweckt worden. Entsprechend diesem durch die Geschichte bestätigten Standpunkt behandelte auch Engels die bel-

* Ebenda S. 363.
** Ebenda S. 364.

gische Frage, wie Ernst Drahn, Der Archivar des Parteiarchivs („Friedrich Engels als Kriegswissenschaftler", „Hamburger Echo" vom 28. Februar und 14. März 1915) nachgewiesen hat, woraus ich hier einiges wiedergebe:

„Engels sagt hierzu (Po und Rhein S. 7, 43 ff. usw.): ..... Der Besitz Belgiens .... für den Angreifer ist notwendige Bedingung, sei es einer deutschen Invasion Frankreichs, sei es einer französischen Invasion Deutschlands: erst dieser Besitz sichert vollständig Flanken und Rücken der Invasion. Nur der Fall einer ganz sichern Neutralität ... könnte eine Ausnahme bilden, und dieser Fall hat bis jetzt nie existiert .... Daß Belgien durch europäische Verträge ein neutrales Land ist, ebenso wie die Schweiz, können wir hier unbeachtet lassen. Erstens muß die geschichtliche Praxis erst noch beweisen, daß diese Neutralität bei einem europäischen Kriege mehr ist als ein Blatt Papier, und zweitens wird Frankreich in keinem Falle so fest auf sie rechnen können, daß es die ganze Grenze gegen Belgien militärisch so behandeln dürfte, als bildete dieses Land einen deckenden Meerbusen zwischen Frankreich und Deutschland." ....

Soweit Engels, der mit dieser Studie eigentlich die Kriegsgeschichte des jetzigen Weltkrieges vorausgeahnt hat und in nüchterner Weise den Dingen in die Augen sieht, ohne sentimentale Zufälle zu bekommen, wenn er klipp und klar mit einer gewissen Selbstverständlichkeit von einem deutschen Durchzug durch Belgien spricht, und wenn dies nicht geschehen sollte, von einer Überschreitung der Grenze durch die Franzosen. Auf die weiteren Ausführungen der Broschüre einzugehen, erübrigt sich. Nur auf den Schluß sei noch hingewiesen:

„Soll .... die Karte von Europa revidiert werden", meint Engels, „so haben wir Deutsche das Recht zu fordern, daß es gründlich und unparteiisch geschehe und daß man nicht, wie es beliebte Mode ist, verlange, Deutschland allein solle Opfer bringen, während alle andern Nationen ihren Vorteil haben, ohne das geringste aufzugeben."

Wir sehen in diesen letzten Worten, daß der Mitbegründer der „Internationale", der Mitverfasser des kommunistischen Manifestes, mit berechtigtem Nationalstolz Forderungen des Auslandes zurückweist, ganz im Sinne der Freiligrathschen Worte:

„Daß Deutschland stark und einig sei,
Das ist auch unser Dürsten!"

Aus Engels Ausführungen könnte vielleicht gefolgert werden, nur Deutschland schrecke im Falle der Not, die kein Gebot kennt, vor der Verletzung der sogenannten belgischen Neutralität nicht zurück. Daß aber England ebensowenig davon Abstand nehmen wollte, ist nicht nur

durch zahlreiche andere Zeugnisse erhärtet worden, sondern hat auch Bernhard Shaw in einem Artikel der „New York Times“ vom 9. Juli 1916[1]) klipp und klar u. a. wie folgt erklärt:

„Wir müssen dieser belgischen Frage klar gegenübertreten. Von der Unabhängigkeit Belgiens kann ebensowenig die Rede sein, wie von der Unabhängigkeit Irlands. So ist es stets gewesen, seit Belgien als Pufferstaat zwischen die Großmächte Westeuropas eingesetzt worden ist. Solange Belgien nicht unter den Schutz einer übernationalen Organisation gestellt wird, die stärker ist als die nationalen Mächte oder ihre kampflustigen Verbände, muß Belgien sein gegenwärtiges Los als ein Bollwerk für England und Frankreich gegen Deutschland ertragen, wie Grey und auch der Reichskanzler ganz richtig gesagt haben. England ist unsere Burg, aber Belgien ist unser Außenwerk, und wir können Belgien als unser Außenwerk nicht übergeben, ebensowenig wie wir zaudern können, unsere Truppen in dieses Land zu werfen, wenn es sich nicht gegen Deutschland halten kann. Wir müßten es genau so verteidigen, als wäre es Portsmouth, ganz gleich wie stark auch Belgien dagegen protestieren möge.... Aber wenn Grey direkt im Gegensatz zu den Versicherungen der englischen Admiralität und des englischen Kriegsministers aussagt, daß ‚wir‘ nicht auf den Krieg vorbereitet wären, dann ist der Eindruck in Europa der, daß der machiavellistische Grey der deutschen Phantasie in Wirklichkeit besteht, denn das englische Kriegsministerium und die englische Admiralität haben deutlich vorausgesagt, daß der Oberbefehl in Flandern schon fünf Jahre, bevor der Krieg begann, geregelt worden sei, daß der englische Oberbefehlshaber zu dieser Zeit das Terrain studiert habe und daß die Flotte mit ihrer Aufstapelung von Munition bereits vor fünf Jahren bereit gewesen ist.“

Friedrich Engels Meinung über die Rolle der deutschen Sozialisten in einem Krieg, in dem uns Rußland und Frankreich angreifen würden, ist bekannt. Hatte er doch 1891 den französischen Sozialisten in ihrem Parteikalender warnend und prophetisch zugerufen:

„Kommt es zum Kriege, so wird zunächst Deutschland, sodann auch Frankreich Hauptschauplatz sein; diese beiden Länder werden vor allen anderen die Kriegskosten und Verwüstungen zu tragen haben.. Keines dieser Länder wird angesichts solcher Aussichten den offenen Krieg provozieren. Rußland dagegen, durch seine geographische und ökonomische Lage gedeckt gegen die vernichtendsten Folgen einer Reihe von Niederlagen, Rußland, das offizielle Rußland allein kann bei einem so furchtbaren Krieg sein Interesse finden und direkt darauf

[1]) Siehe „Chemnitzer Volksstimme“ vom 18. August 1916.

hinarbeiten. Aber in jedem Fall, wie die politischen Dinge heute liegen, ist zehn gegen eins zu wetten, daß beim ersten Kanonenschuß an der Weichsel die französischen Armeen an den Rhein marschieren. Und dann kämpft Deutschland einfach um seine Existenz. Siegt es, so findet es nirgends Annexionsstoff vor; im Westen wie im Osten trifft es nur auf fremdsprachige Provinzen, und deren hat es schon mehr als genug. Wird es besiegt, zermalmt zwischen dem französischen Hammer und dem russischen Amboß, so verliert es an Rußland Altpreußen und die polnischen Provinzen, an Dänemark ganz Schleswig, an Frankreich das ganze linke Rheinufer. Selbst wenn Frankreich diese Eroberung zurückwiese, Rußland würde sie ihm aufzwingen. Denn Rußland braucht vor allem einen ewigen Zankapfel, einen Grund unaufhörlicher Entzweiung zwischen Frankreich und Deutschland. Versöhnt diese beiden großen Länder, und es ist aus mit der russischen Vorherrschaft in Europa. Ein so zerstückeltes Deutschland wäre aber außerstande, die ihm in der europäischen geschichtlichen Entwicklung zukommende Rolle durchzuführen. Herabgedrückt auf den Stand, den ihm Napoleon nach Tilsit aufzwang, könnte es sich am Leben erhalten nur in der Vorbereitung eines neuen Krieges zur Wiederherstellung seiner nationalen Lebensbedingungen. Inzwischen aber bliebe es das gefügige Werkzeug des Zaren, der nicht ermangeln würde, sich seiner zu bedienen — gegen Frankreich.

Was würde unter solchen Umständen aus der deutschen sozialdemokratischen Partei? Soviel ist sicher: weder der Zar noch die französischen Bourgeoisierepublikaner noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit vorübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für sie alle drei ‚der Feind' ist. Man hatte gesehen, wie Thiers und Bismarck sich die Hände gereicht haben über den Ruinen des Paris der Kommune; wir würden dann erleben, wie der Zar, Constans und Caprivi — oder ihr beliebigen Nachfolger — sich in die Arme sinken über der Leiche des deutschen Sozialismus.

Nun aber hat die deutsche sozialdemokratische Partei, dank den ununterbrochenen Kämpfen und Opfern von dreißig Jahren, eine Stellung erobert, wie keine andere sozialistische Partei der Welt; eine Stellung, die ihr binnen kurzer Frist dem Heimfall der politischen Macht sichert. Das sozialistische Deutschland nimmt in der internationalen Arbeiterbewegung den vordersten, den ehrenvollsten, den verantwortungsvollsten Posten ein, es hat die Pflicht, diesen Posten gegen jeden Angreifer bis auf den letzten Mann zu behaupten.

Wenn aber der Sieg der Russen über Deutschland die Erdrückung des deutschen Sozialismus bedeutet, was wird dann, gegenüber einer solchen Aussicht, die Pflicht der deutschen Sozialisten sein? Sollen sie

die Ereignisse passiv über sich ergehen lassen, die ihnen Vernichtung drohen, sollen sie widerstandslos den Posten räumen, für den sie die Verantwortung übernommen haben vor dem Proletariat der ganzen Welt?

Keineswegs! Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunden, alle eroberten Stellungen zu behaupten, nicht zu kapitulieren, ebensowenig vor dem äußeren wie vor dem inneren Feind. Und das können sie nur, indem sie bis aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien. Sollte die französische Republik sich in den Dienst seiner Majestät des Zaren stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie. Gegenüber dem deutschen Kaisertum kann die französische Republik möglicherweise die bürgerliche Revolution repräsentieren. Aber gegenüber der Republik eines Constans, eines Rouviers und selbst eines Clémenceau, besonders aber gegenüber der Republik im Dienste des russischen Zaren, repräsentiert der deutsche Sozialismus unbedingt die proletarische Revolution.

Ein Krieg, wo Russen und Franzosen in Deutschland einbrächen, wäre für dieses ein Kampf auf Leben und Tod, worin es seine nationale Existenz nur sichern könnte durch Anwendung der revolutionärsten Maßregeln."

Und Karl Marx schrieb schon 1860:

„Als Rußland durch die Verträge von 1815 den bei weitem größten Teil des eigentlichen Polens annektierte, erhielt es eine nach Westen hin so vorgeschobene Stellung, drängte es sich so keilartig nicht nur zwischen Österreich und Preußen, sondern zwischen Ostpreußen und Schlesien, daß schon damals preußische Offiziere (Gneisenau z. B.) auf die Unerträglichkeit solcher Grenzverhältnisse gegen einen übermächtigen Nachbar aufmerksam machten. Als aber die Niederwerfung Polens 1831 dies Gebiet den Russen auf Gnade und Ungnade unterwarf, entwickelte sich auch erst der wahre Sinn des Teilens. Den Befestigungen, im größten Stile angelegt bei Warschau, Modlin (Nowogeorgiewsk), Demblin (Iwangorod), diente die Niederhaltung Polens nur als Vorwand, ihr wirklicher Zweck war vollständige strategische Beherrschung des Weichselgebietes, Herstellung einer Basis für den Angriff nach Norden, Süden und Westen. Selbst Haxthausen, der für den rechtgläubigen Zaren und alles Russische schwärmt, sieht hier eine ganz entschiedene Gefahr und Drohung für Deutschland. Die befestigte Stellung der Russen an der Weichsel bedroht Deutschland mehr als alle französischen Festungen zusammengenommen, namentlich von dem Augenblick, wo Polens nationaler Widerstand aufhören und Rußland über Polens kriegerische Kraft als seine eigene Angriffskraft verfügen würde."

Wenn die letzten Worte von Marx den Glauben widerspiegeln, als ob wir von den „edlen“ Polen Besseres als von den Russen zu erwarten hätten — Marx war Anhänger der Polenbefreiung —, so haben die Ereignisse seit der Revolution uns eines anderen belehrt.

Schwankend und teils von richtigen, teils von unrichtigen Voraussetzungen und Beurteilungen der außenpolitischen Lage durchsetzt war dagegen die Stellung Liebknechts und Bebels. Beide haben allerdings darüber keinen Zweifel gelassen, daß die deutschen Sozialisten im Falle eines Krieges ihr Vaterland nicht im Stiche lassen würden. In der hyperradikalen „Leipziger Volkszeitung“ vom 30. Oktober 1915 wurde aus der „Dresdner Volkszeitung“ eine Rede Bebels (da sie „für unsere Leser von ganz besonderem Interesse sein dürfte“) abgedruckt, die er im Jahre 1886 in Dresden, bei Anwesenheit und unter Zustimmung Paul Singers über Deutschland und die orientalische Frage gehalten hatte. Er sagte darin:

„Ein Blick auf die Presse zeigt, daß in dieser Frage die Blätter aller Parteien, die preußischen offiziösen Blätter ausgenommen, mit seltener Einmütigkeit der Ansicht sind, daß man Rußland auf der Balkanhalbinsel nicht gewähren lassen kann und daß vor allem Rußland nicht Herr in Bulgarien werden darf....

Es ist kein Zufall. Erlangt Rußland erst einmal gesicherte und menschenwürdige politische Zustände, so wird bei dem ungeheuren Bodenreichtum des Landes die Bevölkerung sich rasch vermehren. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß Rußland notgedrungen, will es dem ungeheuren Reich die nötige Lebenskraft und seinen riesigen Naturschätzen den entsprechenden Absatz sichern, danach trachten muß, Herr des Schwarzen Meeres und des Bosporus zu werden, was die Eroberung Konstantinopels und Vorderasiens bedingt. Ferner muß es bestrebt sein, die Ostsee in seine Gewalt zu bekommen, und da zeigt wiederum ein Blick auf die Karte, daß es vor allen Dingen versuchen muß, sich der Njemen- und der Weichselmündungen zu bemächtigen, weil diese beiden Hauptflüsse zum weitaus größten Teil in ihrem Laufe russisches Gebiet durchströmen. Der Versuch zur Eroberung unsrer Ostsee-Provinzen wird nur eine Frage der Zeit sein, wenn auch bis jetzt, und darin handelt Rußland äußerst schlau, darüber nie ein Wort gefallen ist. Rußland hebt sich den Schlag gegen Deutschland bis zuletzt auf und bei diesem Schlag kann es auf die Hilfe Frankreichs sicher rechnen...

Augenscheinlich ist es Rußland darum zu tun, mit Österreich fertig zu werden. Gelingt es ihm, Österreich zu einem Angriff zu provozieren — was ihm leicht wird, falls es Bulgarien in seiner Hand hat, denn dann braucht es von dort aus nur in der Herzegowina und in Serbien

sein Hetzerhandwerk wieder aufzunehmen —, so ist das deutsch-österreichische Bündnis für Österreich ohne Wert. Das Bündnis gilt nur, wenn Österreich angegriffen wird; wird in einem Kriege zwischen Österreich und Rußland ersteres geschlagen, dann ist Rußland Herr auf der Balkanhalbinsel, dann gibt es keine Macht mehr, die ihm dort den Rang streitig machen kann. Hat aber Rußland dieses Ziel erreicht, dann ist der Augenblick gekommen, wo es mit Deutschland abrechnen kann. Und für diesen Fall hebt es sich das Bündnis mit Frankreich auf; Frankreich wird Rußland jede Eroberung im Osten Deutschlands gönnen und umgekehrt wird Rußland bereit sein, Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern auch das ganze linke Rheinufer und Belgien annektieren zu lassen. Für einen solchen Fall wird aber auch das Bündnis Rußlands mit dem sonst sehr unbedeutenden Dänemark ins Gewicht fallen, das den Schlüssel zur Ostsee in der Hand hat."

Bebel schlug der Versammlung folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung erklärt, daß sie jede Erweiterung der Machtstellung Rußlands auf der Balkanhalbinsel als eine schwere Schädigung der Interessen Deutschlands ansieht, und darin zugleich eine Gefahr für die gesamte westeuropäische Kulturentwicklung erblickt; sie erachtet es daher als eine Hauptaufgabe der deutschen Politik, den Bestrebungen Rußlands nach Machterweiterung auf der Balkanhalbinsel mit allen zu Gebote stehender Mittel entgegenzutreten."

Obgleich Rußland die von Bebel gezeichneten Pläne niemals aufgegeben und das Bündnis mit Frankreich noch vertieft hatte, beurteilte es die Kriegsfähigkeit beider Länder in einer Wahlrede für Motteler in Leipzig am 20. Juni 1903 (nach einer Beilage der „Leipziger Volkszeitung") wesentlich anders und, wie die nachfolgenden Geschehnisse gezeigt haben, durchaus unzutreffend; dem ganzen Sinn der Rede nach aus dem Bestreben heraus, den deutschen Militarismus grau in grau und kriegsfördernd zu schildern. Die nachfolgende charakteristische Stichprobe aus der Rede Bebels wird dies bestätigen:

„Wie ist sonst die europäische Situation? Frankreich kann nicht mehr an weitere Rüstungen denken — Steuern, Schulden über alle Maßen. Wie sieht es im Osten aus? Rußland ist 40 mal so groß wie Deutschland, hat aber nicht ganz dreimal so viel Bevölkerung. Rußland steht am Rande des Bankerotts. Die Bauernschaft in seinen besten Provinzen nagt am Hungertuche, seit Jahren folgt eine Mißernte der andern. Die Bauern können nicht mehr die Steuern zahlen, ihr Vieh ist zu Hunderttausenden zugrunde gegangen, und

Tausende von Menschen sind dem Hungertyphus erlegen. In der Armee, in der Intelligenz, in der Arbeiterklasse lauert die Revolution. Auf der andern Seite besteht keine Möglichkeit, neue Schulden machen zu können, und es sind gar keine Mittel zum Kriegführen vorhanden. Während wir 600000 Mann stehendes Heer tatsächlich auf den Beinen haben, soll Rußland 850000 Mann haben; es hat keine 500000. Man hat kein Geld, die Soldaten zu erhalten — und da soll man einen europäischen Krieg führen können. Was denken Sie denn, wie Rußland auf dem Balkan dazwischen gefahren wäre, in Makedonien, wenn es nicht riskieren müßte, einen großen Brand zu entfachen. Weshalb kam Kaiser Nikolaus an die europäischen und andern Regierungen und verlangte den Haager Kongreß zur Festsetzung des internationalen Schiedsgerichts? Ein großartiger Gedanke und ein humaner Gedanke, und, wenn Sie wollen — da die meisten von Ihnen Christen sind — ein christlicher Gedanke, worüber jeder Pfarrer alle Sonntage hätte von der Kanzel herab predigen müssen. Ach, sie haben geschwiegen; sie bitten, wenn es zum Kriege kommt, den lieben Gott um den Sieg — der arme Gott, wie oft ist er in Verlegenheit, wenn Deutsche, Franzosen usw. gegenseitig um den Sieg bitten! Was hatte den russischen Kaiser zu diesem Vorgehen bewogen? Das Bewußtsein, daß Rußland auf Jahrzehnte hinaus keinen großen Krieg führen kann; die Erkenntnis, daß es alles aufbieten muß, zu verhindern, in einen solchen Krieg hineingezogen zu werden. Darum wurde das Schiedsgericht vorgeschlagen."

Das ist aber das reine Kinderspiel dagegen, wie Liebknecht, „der Alte", die Dinge auf den Kopf zu stellen vermochte. Ihm ging regelmäßig das Gefühl mit dem Verstand durch, wenn er andere Länder lobte, mochte er nun eine Reise nach Holland oder nach den Vereinigten Staaten von Amerika ausgeführt haben; weswegen er mit Schoenlank einmal in bittere Fehde geriet. Dann troff er über vom Lobe der dortigen Zustände, gewiß in dem Bestreben, dadurch Deutschland zur Nacheiferung anzuspornen, jedoch in kritikloser Überspannung der Lessingschen Methode: „In Preußen lobe ich Sachsen und in Sachsen lobe ich Preußen." Da er nun als langjähriger Flüchtling die Gastfreundschaft Englands genossen hatte, so war er von hoher Bewunderung für dieses Land erfüllt. Hinzu kam sein bürgerlich-demokratisch geartetes Achtundvierzigertum, das ihn mit Haß gegen das Deutschland, wie es gegen seinen Willen geworden war und das so wenig seinen englischen Überlieferungen entsprach, erfüllte. In seiner 1900 erschienenen Schrift: „Weltpolitik, Chinawirren, Transvaalkrieg (Dresden, Kaden & Co.) leistete er sich folgenden Erguß über England und die Engländer (Seite 20):

„Gegen die Engländer, die heute vielfach falsch beurteilt werden, müssen wir gerecht sein. Wir dürfen nicht vergessen, was sie für die Menschheit getan haben. England zerbrach nach den napoleonischen Kriegen die Heilige Allianz, die man heute wieder herstellen möchte. England bot allzeit den europäischen Freiheitskämpfern einen sicheren Hort, die von Land zu Land gehetzt wurden; England war das einzige Land, wohin wir uns 1849 retten konnten vor den Standrechtskugeln der deutschen Reaktion. England hat der Kultur unschätzbare Dienste geleistet, das wollen wir ihm nicht vergessen, und wir wollen ihm auch nicht vergessen, daß es das einzige Land ist, welches auch den Versuchen, das internationale Polizeigesetz über die politischen Vorkämpfer zu werfen, entgegentritt. Aber England ist auch ein Land des Kapitalismus, und der Burenkrieg ist ein Streich des Kapitalismus... Aber das englische Volk ist an diesem Raubkrieg unschuldig."

Damit vergleiche man, was Friedrich Engels Neujahr 1849 schrieb:[1])

„Das Land aber, das ganze Nationen in seine Proletarier verwandelt, das mit seinen Riesenarmen die ganze Welt umspannt hält, das mit seinem Gelde schon einmal die Kosten der europäischen Restauration bestritten hat, in dessen eigenem Schoße die Klassengegensätze sich zur ausgeprägtesten Form fortgetrieben haben — England — scheint der Fels, an dem die Revolution scheitert, das die neue Gesellschaft schon im Mutterschoß aushungert. England beherrscht den Weltmarkt. Eine Umwälzung der nationalökonomischen Verhältnisse in jedem Lande des europäischen Kontingents, auf dem gesamten europäischen Kontingente ohne England, ist der Sturm in einem Glase Wasser. Die Verhältnisse der Industrie und des Handels innerhalb jeder Nation sind beherrscht durch ihren Verkehr mit anderen Nationen, sind bedingt durch ihr Verhältnis zum Weltmarkt. England aber beherrscht den Weltmarkt, und die Bourgeoisie beherrscht England.

Die Befreiung Europas, sei es die Erhebung der unterdrückten Nationalitäten zur Unabhängigkeit, sei es der Sturz des feudalen Absolutismus, sind also bedingt durch die siegreiche Erhebung der französischen Arbeiterklasse. Aber jede französisch-soziale Umwälzung scheitert notwendig an der englischen Bourgeoisie, an der industriellen und kommerziellen Weltherrschaft Großbritanniens. Jede partielle soziale Reform in Frankreich und auf dem europäischen Kontingente überhaupt, ist und bleibt, soweit sie definitiv sein soll, ein hohler frommer Wunsch. Und das alte England wird nur gestürzt durch einen Weltkrieg, der allein der Chartistenpartei, der organisierten eng-

---

[1]) Siehe Mehring, Gesammelte Schriften von Marx und Engels. Stuttgart 1902, Dietz Verlag. Bd. 3 S. 231.

lischen Arbeiterpartei, die Bedingungen zu einer erfolgreichen Erhebung gegen ihre riesenhaften Unterdrücker bieten kann. Die Chartisten an der Spitze der englischen Regierung — erst mit diesem Augenblicke tritt die soziale Revolution aus dem Reiche der Utopie in das Reich der Wirklichkeit. Jeder europäische Krieg aber, worin England verwickelt wird, ist ein Weltkrieg. Er wird geführt in Kanada, wie in Italien, in Ostindien wie in Preußen, in Afrika wie an der Donau. Und der europäische Krieg ist die erste — Folge der siegreichen Arbeiterrevolution in Frankreich. England wird wie zu Napoleons Zeit an der Spitze der konterrevolutionären Armeen stehen, aber durch den Krieg selbst an die Spitze der revolutionären Bewegung geworfen werden und seine Schuld gegen die Revolution des 18. Jahrhunderts einlösen."

So Engels, der ein wirklicher Politiker und nicht bloß Journalist und Volksredner wie Liebknecht war.

Es kommt aber noch schöner in der weltpolitischen Beleuchtung Liebknechts. Auf Seite 10 seiner erwähnten Schrift heißt es nämlich im Anschluß an einige Ausführungen über die Überflüssigkeit einer deutschen Kriegsflotte:

„Gegen wen wollen wir denn auf dem Meere schießen? Wer greift uns denn an? England gewiß am wenigsten, es hat auch gar keinen Grund uns anzugreifen. Das englische ist uns ein stammverwandtes Volk, politisch unser Lehrmeister, wie wirtschaftlich und staatlich uns weit voran, weil es vom Mittelalter bis heute eine ununterbrochene fortschreitende Entwicklung hatte, weil dort niemals die Junker-, Militär- und Polizeiwirtschaft zur Geltung gekommen ist, weil es stets Versammlungsfreiheit, Preßfreiheit, Volks- und Schwurgerichte hatte. England ist ein freies Land. England ist aber auch ein Land, welches seine Interessen kennt und wahrzunehmen weiß. Unsere Interessen stoßen nirgends mit den seinen feindlich gegeneinander. Gegen Rußland wird England eines Tages kämpfen müssen, aber gegen Deutschland irgend zu handeln, liegen für England keine Gründe vor. Im Reichstag machten wir wiederholt geltend, daß wir ja in einem europäischen Kriege England auf unserer Seite haben würden. England kann nicht dulden, daß Rußland und Frankreich — obschon das auch unwahrscheinlich ist — im Falle eines Krieges uns niederwerfen, es würde durch seine Lebensinteressen gezwungen sein, auf unsere Seite zu treten. Also nochmals, wozu brauchen wir die große Flotte? Gegen die Macht, welche in jedem Falle auf unserer Seite steht? Das ist doch der helle Wahnsinn."

Ach, wie ist es doch so ganz anders gekommen, als Liebknecht voraussagte! Liebknecht war aber nicht der erste Beste, sondern Chefredakteur des „Vorwärts" und sozusagen der sozialdemokratische

Minister des Äußeren, der im Reichstage sowohl als auch auf den Parteitagen das Sprachrohr der Partei war. Seine politischen Fehlschlüsse auf die Zukunft mögen jedoch noch hingehen, was er aber sonst in bezug auf England ausführte, ist das mißlungenste Zerrbild der Wirklichkeit. Wie ist es bloß möglich, daß ein Mann, der wohl mehr als anderthalb Jahrzehnte in England gelebt hatte, solchen blanken Unsinn seinen geduldigen Zuhörern — seine Schrift war die Wiedergabe einer in Dresden gehaltenen Rede — erzählen konnte? Hatte denn Liebknecht gar nicht ein bißchen seinen Marx im Kopfe, der in seinem „Kapital" die englische „Blutgesetzgebung gegen die Expropriierten seit Ende des 15. Jahrhunderts" mit so brennenden Farben geschildert hatte, daß es wie ein flammendes Kainszeichen auf Englands Stirn glühte? Man schlage einmal das bezügliche Kapitel auf den Seiten 664—672 in der von Kautsky besorgten Volksausgabe[1]) nach, dort wird man finden, wie die englischen Junker und Bourgeois die englischen Proletarier nicht bloß sinnbildlich, sondern wirklich und wahrhaftig, nach Recht und Gesetz bis aufs Blut ausgepeitscht, zu leibhaftigen Sklaven gemacht, in Ketten gelegt, an Leib und Leben gestraft, die Löhne durch Gesetze niedergehalten, jede Vereinigung zu gewerkschaftlichen Zwecken verboten und die Arbeiter im Zuwiderhandlungsfalle als Verschwörer ins Gefängnis geworfen oder in die Strafkolonien unter Räuber, Diebe und Mörder geschickt haben. Das alles gehört nicht etwa einer aschgrauen Vergangenheit an, sondern die Verschwörergesetze fielen erst 1825 vor der drohenden Haltung des Proletariats. Ihr Geist blieb aber noch Jahrzehnte hindurch in der Praxis der Richter, Behörden und des Parlaments lebendig.

In England niemals Junker-, Militär- und Polizeiwirtschaft? Gehört nicht noch jetzt der größte Teil Londons englischen Junkern, die den schändlichsten Bodenwucher treiben? Ist die englische Flotte nicht ein militärisches Instrument zur Knechtung der ganzen Welt? Wurden nicht sogar noch kurz vor dem Kriege die Führer der streikenden Eisenbahner in Südafrika kurzerhand verhaftet, auf ein englisches Schiff und nach England geschafft. Hat nicht England vor und während des jetzigen Krieges zahlreiche russische Sozialisten den Henkersknechten des russischen Zaren ausgeliefert. Wenn England das Asylrecht wirklich geachtet hat, so gewiß nicht bloß aus rein humanitären und freiheitlichen Gründen, sondern politische Berechnungen egoistischer Art spielten hierbei keine zu unterschätzende Rolle.

Und England uns wirtschaftlich voraus? Das war einmal, galt aber zur Zeit der Rede Liebknechts kaum mehr und ist seitdem erst

[1]) Das Kapital von Karl Marx, Volksausgabe. Stuttgart 1914, J. H. W. Dietz.

recht zur Mythe geworden, wie die besten Kenner der englischen und deutschen Industrie behaupten und wie auch der deutsche Außenhandel beweist.

Viel zu wenig ist es bisher der deutschen Sozialdemokratie zum Bewußtsein gekommen: Dieser Krieg ist ein Ringen der rückständigeren englischen gegen die fortgeschrittenere deutsche Technik und Wirtschaftsorganisation, die mit roher Waffengewalt niedergeschlagen werden soll. England wäre daher längst unterlegen, wenn es auf sich selbst gestellt wäre. Es kämpft also nicht die Demokratie und Zivilisation, repräsentiert durch England, gegen die Barbarei und Rückständigkeit, versinnbildlicht durch Deutschland, sondern vielmehr umgekehrt.

Man muß Liebknecht und vielen anderen unserer Genossen manches nachsehen, wenn sie in den alten, oft bis zur völligen Blindheit ausartenden deutschen Fehler verfielen, immer vor allem Ausländischen staunend und lobend ihre Verbeugungen zu machen. Mehr oder minder sind wir hierin allzumal Sünder oder wenigstens Sünder gewesen. Französische Sprache, Art und Mode beherrschten früher die Höfe der deutschen Fürsten. „Echt englische Stahlwaren“, hergestellt in Solingen, in England lediglich der Stempeltaufe unterworfen, galten früher bei uns als unübertrefflich und erschwerten der deutschen Industrie durch die Vorliebe für das Ausländische das Emporkommen. Unsere Sprache wimmelt von fremdländischen und „küchenlateinischen“ Brocken. Sie gleicht einem gotischen Dom, welcher mit allen möglichen romanischen und griechischen Schnörkeln verunziert ist. In den Kreisen unserer akademisch „Gebildeten“ feiert diese Fremdsucht ihre höchsten Triumphe, auf Straßen und Wegen, in „Restaurationen“ (ein Wort, was der Franzose in dieser Anwendung gar nicht kennt) und anderen Räumlichkeiten, „pardon“ „Lokalitäten“ grinst sie uns überall entgegen; leider macht sie sich auch in unserer Arbeiterpresse breit genug. Für den „gebildeten“ Deutschen sind daher Fremdwörterbücher, die man im Auslande meines Wissens gar nicht kennt, unerläßlich. Sonst könnte es ihm leicht passieren, „Verduhn“ anstatt Verdöng mit falschem Nasenlaut zu sagen. Dem Engländer und Franzosen dagegen fällt es gar nicht ein, sich mit der richtigen Aussprache deutscher Ausdrücke und Eigennamen abzuquälen, er sagt frischweg nach seinem Sprachgebrauch Aix la Chapelle statt Aachen beziehungsweise „Berläng“ statt Berlin.

* * *

„Diener tragen insgemein ihrer Herren Liverei:
Folgt daraus, daß Frankreich Herr, Deutschland aber Diener sei?
Freies Deutschland, schäm dich doch dieser schnöden Kriecherei!“

Friedrich v. Logau.

Die Kolonialpolitik.

Mit derselben kleinbürgerlichen Auffassung, die für die Beurteilung der auswärtigen Politik im allgemeinen maßgebend war, trat die Sozialdemokratie an die Kolonialpolitik heran. Ihr unsagbar enger Gesichtskreis verkümmerte ihr jede wissenschaftliche Würdigung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, ließ ihr überall nur gewinnsüchtigen Imperialismus auch dort sehen, wo wichtige Arbeiterinteressen in Frage kamen, und sättigte ihre Kolonialpolitik mit Vorstellungen, die mit der Wirklichkeit im krassen Widerspruch standen. Sie nahm daher ganz verkehrterweise an, daß der Handelsausdehnungsdrang hauptsächlich auf die Erwerbung ausländischer Absatzmärkte entspringe, während doch vielmehr, wie die Statistik der englischen Ein- und Ausfuhr lehrte, die Erlangung von Rohstoffen und Kolonialerzeugnissen für die heimische Wirtschaft eine weit stärkere Triebkraft war.

In den Handbüchern für sozialdemokratische Wähler, die regelmäßig vor den jeweiligen Reichstagswahlen vom Parteivorstand herausgegeben wurden, wird die ganze deutsche Kolonialpolitik in Bausch und Bogen verurteilt. Im Handbuch von 1903 [1]) heißt es ebenso oberflächlich als summarisch:

„Die wirtschaftliche Förderung Deutschlands durch die Kolonialpolitik beschränkt sich auf den Vorteil einzelner Großkaufleute. Diesen nahm das Reich das Geschäftsrisiko ab und beschenkte sie mit allerdings erheblichem Gewinn. Im übrigen aber bedeuten die Kolonien das denkbar unwirtschaftlichste Unternehmen; sie fressen an der deutschen Volkswirtschaft anstatt sie zu mehren."

Im Handbuch von 1906 [2]) wird diese Ansicht unterstrichen mit den Worten:

„Dieser Kolonialpolitik, der kapitalistischsten des Deutschen Reiches, steht deshalb die deutsche Sozialdemokratie grundsätzlich ablehnend gegenüber."

Vorauf geht ihr (S. 27) eine Erklärung des Ideals sozialdemokratischer Kolonialpolitik, nämlich:

---

[1]) Siehe Handbuch 1903, Verlag Buchhandlung Vorwärts, S. 56.
[2]) Siehe Handbuch 1906, Verlag Buchhandlung Vorwärts, S. 28.

„Denkbar ist sicherlich eine Kolonialpolitik, der auch wir unsere Zustimmung geben könnten: Wenn nämlich, die wirtschaftliche Rechtfertigung des Erwerbes von Kolonialgebieten vorausgesetzt, bei der Verwaltung der Kolonien von jeder Unterdrückung und Ausbeutung der Eingeborenen Abstand genommen und nur auf deren kulturelle Hebung hingearbeitet würde; wenn die deutschen und anderen europäischen Kolonisatoren den Eingeborenen nicht als grausame Feinde entgegentreten, sondern als Freunde, Schützer und Berater zur Seite treten würden... Aber man braucht diese Möglichkeit nur anzudeuten, um bei jedem, der die Zeitereignisse verfolgt hat, die Erkenntnis auszulösen, wie durchaus feindlich die wirkliche deutsche Kolonialpolitik diesem Ideal ist."

Wirklich bloß die deutsche Kolonialpolitik? Mit Argumenten von dieser Güte müßte man sich eigentlich auch gegen die Anwendung von Maschinen wenden, denn sie dienen zuvörderst den Kapitalisten zur Förderung ihres Profits und nicht unmittelbar zur kulturellen Hebung der von ihnen beschäftigten Arbeiter. Nach dieser sozialdemokratischen Idealpolitik im luftleeren Raume durfte Amerika nicht kolonisiert werden, durfte dort kein Hundertmillionenreich entstehen, denn daß dort und anderswo die angelsächsische Rasse (nicht nur deren Kapitalisten) „nur auf die kulturelle Hebung der Eingeborenen" hingearbeitet und bloß als deren „Freunde, Schützer und Berater" aufgetreten wären, wird wohl auch der ausgewachsenste sozialdemokratische Idealpolitiker nicht behaupten wollen. Die englische Kolonialpolitik ist vielmehr mit denselben abscheulichen Auswüchsen kapitalistischer Ausbeutung belastet wie die deutsche. Eine solche ideale Kolonialpolitik, wie sie das Handbuch von 1906 konstruierte, hat bisher kein Land getrieben und wird kein Land mit kapitalistischer Produktionsweise je treiben. Da jedoch die auf Weltwirtschaft basierende kapitalistische Produktionsweise ohne Kolonialwirtschaft gar nicht mehr bestehen kann, und wir selbst dann, wenn wir die Macht besäßen, die kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische zu ersetzen, ohne Kolonialwirtschaft nicht auszukommen vermöchten, wollten wir nicht auf eine ganze Reihe der wichtigsten und unentbehrlich gewordenen Rohstoffe, Lebens- und Futtermittel verzichten — ich nenne nur Baumwolle, Kautschuk, Felle, Gerbstoffe, Hölzer, Fette, Öle, Fleisch, Palmenkerne, Bananen, Kaffee, Tee, Kakao u. dgl. m. —, so müssen wir uns schon verständigerweise mit ihr abfinden. Nicht aber etwa in der Weise, wie es das „Handbuch" von 1911 auf Seite 64 in folgender kurzsichtiger Weise tat:[1])

[1]) Handbuch für sozialdemokratische Wähler. Berlin 1911, Verlag Vorwärts-Buchhandlung.

„Nur am Handel mit den Kolonien haben auch die deutschen Arbeiter ein Interesse als Verbraucher von Kolonialprodukten oder als Arbeiter in Betrieben, die für die Kolonien produzieren. Doch liegt es auf der Hand, daß diese letztere Art von Geschäften mit den Kolonialländern keineswegs davon abhängig ist, daß dort mit deutschem Gut und Blut eine Gewaltherrschaft unter der schwarz-weiß-roten Flagge über die Eingeborenen ausgeübt wird. Denn mit andern Tropenländern, die nicht unter deutscher Herrschaft stehen, treibt Deutschland, wie auf Seite 73 nachgewiesen wird, einen weit größeren Handel, **und so wird es dauernd bleiben.**"

Es sollte vielmehr unser Bestreben darauf gerichtet sein, bei allen Kolonialwirtschaft treibenden Ländern auf die möglichste Annäherung an jenes sozialdemokratische Kolonialpolitikideal zu dringen. Ob wir dabei insbesondere auf die Unterstützung der englischen Arbeiterklasse rechnen können, ist eine Frage, die nach derem ganzen bisherigen Verhalten viel mehr verneint als bejaht werden muß.

Über diese Erkenntnis vermag uns auch der magere Trost nicht hinwegzuhelfen, daß der internationale Sozialistenkongreß zu Stuttgart 1907 erklärte: „Der Kongreß ist der Ansicht, daß die kapitalistische Kolonialpolitik ihrem innersten Wesen nach zur Knechtung, Zwangsarbeit oder Ausrottung der eingeborenen Bevölkerung der Kolonialgebiete führen muß.... Der Kongreß erklärte schließlich, daß die sozialistischen Abgeordneten die Pflicht haben, in allen Parlamenten unversöhnlich diese Methode der schonungslosen Ausbeutung und Knechtschaft zu bekämpfen, die in allen bestehenden Kolonien herrscht."

Der Kongreß hatte gut beschließen, aber danach geachtet haben nur die Deutschen, die im gleichen Jahre auf ihrem Parteitag in Essen den Beschluß bestätigten, während sich die englischen Arbeiter darum ebensowenig kümmerten wie um alle auf internationalen Kongressen gefaßten Maifeier-, Antimilitarismus- und ähnlichen Beschlüssen. Noch viel weniger natürlich die englische und französische Bourgeoisie, welche hingegen ihre Ausrottungspolitik gegen die Eingeborenen durch deren umfassenderes Drillen zum Kanonenfutter für ihre Eroberungs- und Einkreisungskriege noch erhöhten, wie leider u. a. der jetzige Krieg durch den Tod so vieler unserer braven Landsleute durch schwarze und gelbe Kolonialtruppen auf den Schlachtfeldern bewiesen hat, aller von unserer Seite früher geschehenen Spöttereien über den „Popanz" der schwarzen Armee Frankreichs zum Trotz.

Praktisch läuft also unsere Gegnerschaft gegen eigene deutsche Kolonialwirtschaft darauf hinaus, den ausländischen Kapitalisten die Ausbeutung der kolonialen Länder allein zu überlassen und ihnen zu gestatten vorweg einen Profit von allen Deutschland gelieferten Ko-

lonialerzeugnissen abzuschöpfen. Das ist weder für die deutsche Volkswirtschaft noch für die deutsche Arbeiterklasse gleichgültig, da dadurch beide im friedlichen Wettbewerb mit den ausländischen Industrien gelähmt und benachteiligt werden.

Aber noch mehr als das: Wodurch wollen wir denn die eigene Kolonien besitzenden Länder zwingen, davon abzustehen, durch Maßnahmen aller Art, die Ausfuhr von Kolonialerzeugnissen nach Deutschland zu erschweren bzw. ganz zu verbieten oder auch die Einfuhr deutscher Industrieerzeugnisse nach ihren Kolonien unmöglich zu machen? Vertraue man doch nicht zu sehr auf das Prinzip der „offenen Tür". Diese offene Tür könnte sehr wohl eines Tages dazu dienen — die Deutschen durch sie hinauszuwerfen! Unsere wirtschaftliche Macht ist allein auch nicht ausreichend, einen Zwang auf die sich abschließenden Länder auszuüben. Mit militärischer Macht aber den Willen feindlicher Länder beugen zu wollen, widerspricht erst recht unseren vorherrschenden Ansichten, da wir ja für Abrüstung schwärmten und Deutschlands Wehrmacht oft als Hindernis der allgemeinen Abrüstung hinstellten. Verbleibt noch als letzter Rettungsanker: der allumfassende Sieg des Pazifismus. Wer diesem sein Hoffnungsschiff anvertrauen will, der sehe sich nur vor, daß es nicht im ersten Sturm an den überall drohenden Klippen machtpolitischer Bereitstellungen zerschellt.

Damit soll keineswegs gesagt sein, daß Bestrebungen auf Herbeiführung internationaler Verständigung, Einsetzung von Schiedsgerichten usw. nicht nützlich und zu fördern seien. Durchaus nicht. Aber alle religiösen und philosophischen Systeme haben uns den ewigen Frieden noch nicht gebracht, weil die überstaatliche Macht fehlt, ihn nötigenfalls zu erzwingen. Die christliche Religion ist gewiß nach ihrem ganzen ethischen Gehalt eine solche der allgemeinen Menschenverbrüderung, die mächtigsten Staaten nennen sich seit vielen Jahrhunderten christliche, und trotzdem wird das Christentum nicht nur von den Kanzeln, sondern daneben immer noch recht eindringlich aus Kanonenschlünden gepredigt. Das ist nun einmal traurige Wirklichkeit!

Vaterlandsverteidigung und Militarismus.

Innere und äußere Politik stehen in Wechselwirkung zueinander. Und da die herrschenden Klassen Deutschlands und ihre Regierungen den Aufstieg der Arbeiterklasse als einen sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung ergebenden Naturprozeß nicht zu würdigen verstanden, sondern ihn mit den schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen niederzuhalten versuchten, so war der Konflikt gegeben. Die Drachensaat des Sozialistengesetzes ist eine der hauptsächlichsten Ursachen der Verständnislosigkeit der deutschen Sozialdemokratie gegenüber der auswärtigen Politik, also eine Schuld des Bürgertums. Und da das Heer leider allzu oft von allerhöchster Stelle und auch sonst von den herrschenden Klassen als ein Bollwerk gegen den „inneren Feind" angepriesen und die Erziehung der Soldaten zum guten Teil darauf zugeschnitten wurde, so galt der Militarismus bei der Arbeiterklasse zugleich als ein Unterjochungsinstrument gegen andere Völker, obgleich der deutsche Militarismus ein recht zahmer Bursche im Vergleich mit seinen englischen (Seemilitarismus), französischen und russischen Genossen war und viel weniger als diese Eroberungsgelüsten dienstbar gemacht wurde.

„Dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen" — übrigens ein bürgerliches Schlagwort der sechziger Jahre — wurde das Leitmotiv der Sozialdemokratie sowohl in der inneren als auch in der auswärtigen Politik. Die unsinnige grundsätzliche Verweigerung des Budgets war die weitere Folge einer solchen Politik, die sie wie einen unseligen Schatten auf ihrem bisherigen Lebenswege mitschleppte. Wir müssen uns freimachen von diesem Schatten der Vergangenheit, wenn wir die deutsche Arbeiterklasse nicht dauernd auf unfruchtbaren Gefilden wandern lassen wollen. In der Politik, sagt man, gibt es keine Dankbarkeit, es darf daher auch keine ewige Nachträglichkeit geben, weil wir uns dabei in das eigene Fleisch schneiden.

Das mit dem Edelrost der Vergangenheit überzogene altehrwürdige Erfurter Programm ignoriert fast ganz die auswärtige Politik. Ein Fehler, der so bald als möglich wieder gutgemacht

werden sollte. Wohl spricht es von der Erziehung zur allgemeinen Wehrpflicht, wohl heißt es in den „Erläuterungen zum Erfurter Programm von Karl Kautsky und Bruno Schoenlank“:[1])

„Der leitende Gedanke, welcher Umfang und Weise der Turn- und Kampfspiele bestimmt, ist die Erziehung der Bürger zur Wehrhaftigkeit. Ein freies Volk muß verstehen, die Waffen zu führen, seine kriegerische Tüchtigkeit ist ein Schutz und Schirm für den Frieden des Gemeinwesens. Schon dem Kinde ist die Auffassung einzuimpfen, daß es niemand verdient, ein Freier zu heißen, der nicht die Waffen zu führen und mit seinem Blut für die Freiheit einzustehen und für sie zu sterben weiß.“ —

Allein es rechnet nur damit, „einen kecken Feind von der Heimat fernzuhalten“, aber nicht genügend mit Verwicklungen, die sich aus weltwirtschaftlichen Interessengegensätzen ergeben können, sondern trägt sich allzusehr mit der Hoffnung, daß diese gütlich durch Schiedsgerichte beigelegt werden können, obwohl es die Möglichkeit kriegerischer Austragung in äußerster Not „unter dem härtesten Zwang der Dinge“ offen läßt.

Ganz anders dagegen Friedrich Engels in seiner bereits im Jahre 1865 erschienenen Schrift: „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei“ (Hamburg, Otto Meißner). Mit überlegener Beweisführung setzt Engels den Widerspruch der damaligen Fortschrittspfahlbürger in das rechte Licht, die einesteils „von Morgen bis Abend Preußens Ruhm, Preußens Größe, Preußens Machtentfaltung auf der Zunge führen, aber sie verweigern diesem Ministerium die verstärkte Armee“.... „Weshalb das alles? Weil sie fürchten, diese Verstärkung werde nur der Reaktion zugute kommen, werde den heruntergekommenen Offiziersadel heben und überhaupt der feudalen und bürokratisch-absolutistischen Partei die Macht geben, mit einem Staatsstreich den ganzen Konstitutionalismus zu begraben.“ Mit Kindereien, wie: Aufhebung der Kommandogewalt, Entfernung der Rangabzeichen, die Wahl der Offiziere durch die Mannschaft, wie sie der mehrheitssozialistische ehemalige Reichstagsabgeordnete Davidsohn noch am 9. Januar 1919 in der „Freiheit“ erhob, gab sich Engels überhaupt nicht ab. Es dünkte ihm jedenfalls zu lächerlich, solche die Manneszucht sowohl als auch das Ehrgefühl der Offiziere in Frage stellende und daher die Tüchtigkeit des Heeres untergrabende Forderungen überhaupt zu erörtern.

Die gleiche Furcht vor einer schlagfertigen, von Manneszucht erfüllten Armee beseelt heutzutage die phrasengeschwollenen Seichtbeutel

[1]) Berlin 1912, Verlag Buchhandlung Vorwärts.

der sogenannten radikalen Sozialdemokratie. Sie haben nicht eine bloße Ahnung davon, daß sich eine blühende Arbeiterbewegung nur auf dem Boden eines großen, sich durch eigene Kraft schützenden Wirtschaftsgebietes entfalten kann. Wer die Weltwirtschaft will, der muß auch Weltpolitik treiben. Dies erkennt auch Engels unumwunden durch folgende Ausführungen an:

„Welches ist nun die Stellung der Arbeiterpartei zu dieser Armeereorganisation und zu dem daraus entstandenen Konflikt zwischen Regierung und bürgerlicher Opposition?"

„Die arbeitende Klasse gebraucht zur vollen Entfaltung ihrer politischen Tätigkeit ein weit größeres Feld als es die Einzelstaaten des heutigen zersplitterten Deutschlands darbieten. Die Vielstaaterei wird für das Proletariat ein Bewegungshindernis sein, aber nie eine berechtigte Existenz, ein Gegenstand des ernsthaften Denkens sein... Ob die Militärlast durch die Reorganisation sich etwas vermehrt oder nicht, wird der Arbeiterklasse als Klasse wenig ausmachen. Dagegen ist es ihr durchaus nicht gleichgültig, ob die allgemeine Wehrpflicht vollständig durchgeführt wird oder nicht. Je mehr Arbeiter in den Waffen geübt werden, desto besser, die allgemeine Wehrpflicht ist die notwendige und natürliche Ergänzung des allgemeinen Stimmrechts; sie setzt die Stimmenden in den Stand, ihre Beschlüsse gegen alle Staatsstreichversuche mit den Waffen in der Hand durchzusetzen. Die mehr und mehr konsequente Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ist der einzige Punkt, der die Arbeiterklasse Deutschlands an der preußischen Armeereorganisation interessiert."

Engels legte das Schwergewicht der militärischen Ausbildung in die Jugenderziehung. Er schrieb:

„Endlich ist als ein Äquivalent der verkürzten Dienstzeit — und als das wesentlichste anzusehen eine bessere körperliche Erziehung der Jugend. Nur muß man dann auch zusehen, daß wirklich etwas geschieht. Man hat zwar in allen Dorfschulen Barren und Recke aufgestellt, aber damit können unsere armen Schullehrer noch wenig anfangen. Man setze in jeden Kreis mindestens einen ausgedienten Unteroffizier hin, der sich zum Turnlehrer qualifiziert, und gebe ihm die Leitung des Unterrichts im Turnen; man sorge dafür, daß mit der Zeit der Schuljugend das Marschieren in Reih und Glied, die Bewegungen eines Zuges und einer Kompagnie, die Vertrautheit mit den betreffenden Kommandos beigebracht werden. In sechs bis acht Jahren wird man reichlich dafür bezahlt werden und — mehr und stärkere Rekruten haben."

Auch Ernst Drahn gibt in seinen bereits erwähnten, im „Hamburger Echo" erschienenen Aufsätzen: „Friedrich Engels als Kriegswissenschaftler" ähnliche Engelssche Gedankengänge wieder:

Es heißt dort auszüglich aus Engels Schriften: „Daß das Schwergewicht der militärischen Ausbildung in die Jugenderziehung zu legen ist... Daß der Schuljugend aller Klassen das Frei- und Gerüstturnen systematisch und gründlich beigebracht werde, solange die Glieder noch elastisch und gelenk sind, statt daß man wie jetzt die zwanzigjährigen Burschen im Schweiß ihres Angesichts vergebens abrackert, um die steif gewordenen Knochen, Muskeln und Bänder wieder locker und gefügig zu machen.... Gehört denn ein für den amtlichen Horizont unerreichbarer Grad von Einsicht dazu, daß man dreimal bessere Soldaten erhält, wenn man dieser Verkrüppelung in Volksschule und Fortbildungsschule rechtzeitig vorbeugt.

Das ist aber nur der Anfang. Den Jungen kann auf der Schule die Bildung und Bewegung militärisch geschlossener Trupps mit Leichtigkeit gelehrt werden.... Die Bewegungen im Zug und in der Kompagnie lassen sich in jeder Schule einüben. ... Die Fühlung und Richtung im Frontmarsch und Schwenken ... werden von Schuljungen spielend erlernt, sobald das Exerzieren systematisch mit ihnen betrieben wird. Wird ein guter Teil des Sommers zu Märschen und Übungen im Terrain verwendet, so wird Körper und Geist der Jungen nicht weniger dabei gewinnen als der Militärfiskus .... Daß solche militärischen Spaziergänge sich ganz besonders dazu eignen, Aufgaben des Felddienstes von Schülern lösen zu lassen, und daß dies in hohem Grade geeignet ist, die Intelligenz der Schüler zu entwickeln, und sie zu befähigen, eine speziell militärische Ausbildung in relativ kurzer Zeit sich anzueignen, dafür hat mein alter Freund Beust, selbst ehemaliger preußischer Offizier, in seiner Schule in Zürich den praktischen Beweis geliefert....

.... Schulmeister (sollen die ausgedienten Unteroffiziere) werden. .... Turnen und Exerzieren sollen sie lehren....

.... Wenn die Unteroffiziere erst aus der Heimlichkeit der Kaserne und Militärgerichtsbarkeit ans Tageslicht des Schulhofes und des bürgerlichen Strafprozesses versetzt sind, dann, wette ich, bringt unsere rebellische Schuljugend auch dem ärgsten ehemaligen Soldatenschinder Mores bei...."

Diese Engelsschen Ausführungen sollten uns veranlassen, der gemeinsamen militärischen Ausbildung der proletarischen und bürgerlichen Jugend keinen unbeugsamen Widerstand mehr entgegenzusetzen, trotz aller Bedenken.

Solches und ähnliches schrieb Engels damals gegen die preußische Bourgeoisie. Das liest sich noch so frisch und lebendig, als ob es heute geschrieben wäre; allerdings nicht gegen unsere heutige Bourgeoisie, sondern gegen die in wirklichkeitsfremden Anschauungen verrannten angeblichen Erbpächter sozialdemokratischer Überlieferungen, die, selbst ohne wissenschaftlich gefestigte Überzeugung, fortwährend von Angst befallen sind, die Arbeiter könnten beim Zusammenarbeiten mit den anderen Volksschichten zum Wohle des Vaterlandes ihr Klassenbewußtsein verlieren. Davon fühlte sich Friedrich Engels frei, obwohl zu seiner Zeit, wie er selbst in seiner Schrift anführt, das Proletariat viel schwächer und die Bourgeoisie weit stärker war als jetzt. Felsenfeste Überzeugung, echtes Kraftbewußtsein und unanfechtbare vaterländische Gesinnung atmen daher auch die folgenden, auch für unsere Zeit hochaktuellen Sätze:

„Bei der obigen Kritik des Reorganisationsplanes haben wir uns, wie gesagt, lediglich an die tatsächlich vorliegenden politischen und militärischen Verhältnisse gehalten. Zu diesen gehört die Voraussetzung, daß unter den jetzigen Umständen die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie und Fußartillerie die höchsterreichende Verkürzung der Dienstzeit war. Wir sind sogar der Meinung, daß ein Staat wie Preußen den größten Bock begehen würde — sei an der Regierung, welche Partei da wolle —, wenn er die augenblickliche Dienstzeit noch mehr verkürzte. Solange man die französische Armee auf der einen, die russische auf der anderen Seite hat und die Möglichkeit eines kombinierten Angriffs beider zu gleicher Zeit, braucht man Truppen, die die ersten Elemente der Kriegsschule nicht erst vor dem Feinde zu lernen haben. Wir nehmen daher keinerlei Rücksicht auf die Phantasien von einem Milizheer mit sozusagen gar keiner Dienstzeit: wie man sich die Sache vorstellt, ist sie heute für ein Land von 18 Millionen Einwohnern und sehr exponierten Grenzen unmöglich und selbst für andere Verhältnisse nicht in dieser Weise möglich."

Von Friedrich Engels könnten unsere heutigen Parteiführer lernen, wie man derartige Angelegenheiten großzügig behandeln muß. Besonders in den ersten Kriegsjahren haben sie auch im vertrauten Kreise zugegeben, daß ihre bisherige Militärpolitik eine verkehrte gewesen sei und daß man es als Glück für Deutschland betrachten müsse, daß die bürgerlichen Parteien das Heeresbudget immer bewilligt und dadurch Deutschland in den Stand gesetzt hätten, sich der vielen Feinde kräftig zu erwehren. Allein öffentlich gaben sie nicht zu, wie sehr die amtliche Parteipolitik ihnen und ihren Anhängern das Gehirn verkleistert und ihnen den Blick für die nackte Wirklichkeit

getrübt habe. Sie ahnten wohl, welch furchtbares Schicksal Deutschland im Falle des Unterliegens drohte, aber die Abschüttlung der preußischen Junkerherrschaft war manchen von ihnen wichtiger als die Abwehr eroberungs- und rachsüchtiger Feinde. Insbesondere gilt dies von den Führern des linken Flügels der Partei, der später als unabhängige Sozialdemokratie sich zu einer besonderen Partei formte. Was Lassalle einst vom Bürgertum behauptete: seine großen Geister seien wie ein Zug von Kranichen über seine Häupter dahingerauscht, trifft in weit höherem Maße auf derartige „Führer" zu. Was wissen sie von Friedrich Engels? Wahrscheinlich haben sie niemals seine militär-wissenschaftlichen Schriften gelesen, geschweige denn Werke, wie Clausewitz' Buch vom Kriege. Freilich für demagogische Reden in Volksversammlungen und leider auch in Parlamenten reichen ja schließlich auch ein Paar Zitate aus, ist ein tieferes Wissen sogar schädlich. Wahrscheinlich wäre der Ausgang des Weltkrieges ein anderer gewesen, wenn die deutsche Sozialdemokratie schon in Friedenszeiten im Engelsschen Geiste gehandelt und die notwendigen Militärausgaben bewilligt hätte, statt der Regierung jeden Mann und jeden Groschen zu verweigern. Unsere Führer buhlen ja sonst so gern um die Gunst der ausländischen Genossen, warum nehmen sie dann bezüglich der Vaterlandsverteidigung nicht das als Richtschnur, was deren größte Geister in dieser Richtung laut ihren Volks- und Klassengenossen predigten?

Ich habe den internationalen sozialistischen Kongressen in Stuttgart (1907), Kopenhagen (1910) und Basel (1912) als Vertreter des deutschen Buchbinderverbandes beigewohnt und gerade auf ihnen habe ich es tief empfunden, wie die größten Geister des internationalen Sozialismus trotz ihrer internationalen Solidarität oder vielmehr gerade deswillen sich mit ihrem eigenem Volke innig verbunden fühlten. Wie kann man auch andere Völker lieben, wenn uns die Gemeinschaft mit dem eigenen Volke kalt läßt. In Stuttgart war es, wo Frankreichs großer Sohn und des französischen Sozialismus schmetternde „Trompete" (so nannten ihn seine französischen Parteigenossen ob seiner gewaltigen Rednergabe), der glühende Anhänger internationaler Verständigung, Jean Jaurès Gustav Hervé, dem damaligen Apostel des Aufruhrs und bewaffneten Widerstandes gegen jeden Krieg und jetzigen Erzfranzosen zurief:

„Hervés Rezept ist eine atavistische Brutalität. Das Vaterland will Hervé zerstören, wie einst der kaum geweckte Proletarierzorn die Maschine entzweischlug. Wir wollen das Vaterland wie die Produktionsmittel sozialisieren zum Nutzen für das Proletariat. Denn die Nation ist das Schatzhaus des menschlichen Genies und Fort-

schritts, und es stände dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern."

Als Ergänzung hierzu kann dienen, was Jaurès in seinem Buche: „Die neue Armee" (verlegt bei Eugen Diedrichs in Jena 1913) ein Jahr vor dem Weltkriege schrieb:

„Ich habe die Paradoxe, die gegen den Begriff des Vaterlandes gerichtet werden, niemals tragisch genommen. Das Vaterland ist keine überlebte Idee, der Vaterlandsgedanke verändert und vertieft sich. Ich bin immer überzeugt gewesen, daß das Proletariat in seinem innersten Wesen keiner Lehre des nationalen Verzichts, der nationalen Knechtschaft zustimmen kann. Sich gegen den Despotismus der Könige, gegen die Tyrannei der Herrenklasse und des Kapitals empören und sich widerstandslos das Joch der Eroberung, die Herrschaft eines fremden Militarismus auferlegen lassen; das ist ein so kindisch-kläglicher Widerspruch, daß ihn beim ersten Alarm alle Kräfte des Instinkts und der Vernunft hinwegfegen müßten. Daß die Proletarier, die durch den Eroberer vom Kapital nicht befreit werden, einwilligen sollten, überdies noch tributpflichtig zu werden, ist eine Ungeheuerlichkeit. Niemals wird ein Proletariat, welches der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und damit der Verteidigung seiner eigenen freien Entwicklung entsagt hätte, die Kraft besitzen, den Kapitalismus zu besiegen; und wenn es zum Joch des Kapitals widerstandslos auch noch das Joch des Eindringlings auf seinen Nacken genommen haben wird, wird es nicht einmal die Versuchung mehr fühlen, sein Haupt zu erheben. Diejenigen Franzosen — wenn es noch solche gibt — die erklären, es sei ihnen gleichgültig, ob sie unter deutscher oder französischer Kriegsknechtschaft, ob sie unter der Pickelhaubenherrschaft oder des bürgerlichen Präsidenten leben, begehen einen Sophismus, der durch seine Absurdität auch die Widerlegung auf eine falsche Bahn führt." (S. 317/18.)

„Ein Land, das in kritischen Tagen, in denen selbst sein Leben auf dem Spiele steht, nicht auf die nationale Ergebenheit der arbeitenden Klassen rechnen könnte, wäre nur ein elender Fetzen." (S. 4.)

„Eine Partei, der der Mut fehlt, vom Volke alle die Opfer zu verlangen, die für seine Existenz und Freiheit notwendig sind, wäre eine verächtliche Partei und würde bald an ihrer eigenen Unwürdigkeit zugrunde gehen." (S. 18.)

„Das Proletariat steht also nicht außerhalb des Vaterlandes. Wenn das kommunistische Manifest von Marx und Engels im Jahre 1847 den berühmten, oft wiederholten und nach jeder Richtung ausgeschroteten Satz aussprach: ‚Die Arbeiter haben kein Vaterland', so bedeutete dies nur eine leidenschaftliche Laune, eine durch und durch

paradoxe und übrigens unglückselige Antwort auf die Angriffe der patriotischen Bourgeois, die den Kommunismus der Zerstörung des Vaterlandes anklagten. Übrigens beeilte sich Marx selbst, den Sinn seiner Formel richtigzustellen und einzuschränken: ‚Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.‘"

„Sie (die Proletarier. D. V.) können ihr hohes Ideal nur in der autonomen Nation verwirklichen, nach den Regeln der Politik und des Kampfes, die eines jeden Landes Geschichte bedingt, mit den Elementen, die jede nationale Substanz ihnen liefert."

Dementsprechend waren die Vorschläge, welche Jaurès in seinem Buche für die Wahrhaftigkeit Frankreichs machte, die nichts von dem „neuen Geist von Weimar" atmeten.

Nachdem der Militarismus nicht abgenommen, sondern zugenommen hat, nachdem England seinem Seemilitarismus den Landmilitarismus durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hinzugefügt hat, nachdem auch Amerika, allen schönen pazifistischen Reden zum Trotz, in die Reihe der Militärmächte eingetreten ist, und nachdem sogar die russische Sowjetrepublik gezwungen war, ihrem Traum auf Abrüstung zu entsagen und statt dessen nach allen Himmelsrichtungen sich mit Waffengewalt zu verteidigen, besteht auf absehbare Zeit keine Hoffnung auf allgemeine Abrüstung. Wehe dem Lande, das sich auf philosophische und religiöse Systeme vom ewigen Frieden verlassen wollte! Erbarmungslos wird der Schwächere niederzureiten versucht. Wo blieb in diesem Kriege die vielgerühmte Ritterlichkeit der Franzosen dem mit zehnfacher Macht bekämpften Gegner Deutschland gegenüber? Waren es nicht in erster Reihe auch französische Sozialistenführer, die Deutschland immer neue Feinde zu erwecken versuchten, seinen heldenhaften Kampf, der seinesgleichen nicht in der Geschichte hat, in den Schmutz zu zerren trachten, obgleich die rohen Zahlen barbarischen Übergewichts auf der anderen Seite lagen?

Die rauhe Wirklichkeit wird daher auch in der Zukunft ihre Rechte geltend machen. Ob bei den hochentwickelten technischen Waffen: Riesenkanonen, Maschinengewehre, Minenwerfern, giftigen Gasen, Flammenwerfern, schwimmenden Seefestungen, Unterseebooten, Luftflugzeugen aller Art, die zweifellos einen zahlreichen Stamm von Berufsmilitärs erfordern, noch das von uns bisher befürwortete Milizsystem als das allein richtige angesehen werden kann, muß einer eingehenden sachverständigen Prüfung unterworfen werden, soll das deutsche Volk im Ernstfalle nicht einer furchtbaren Strafe für leichtfertige Unterlassungssünden ausgesetzt werden.

Inzwischen ist uns ja allerdings von dem famosen „Völkerbund“ das Söldnerheer, der „Menschenfleischhandel“, wie die Franzosen nach Engels es nannten, aufgezwungen und die allgemeine Wehrpflicht verboten worden, während alles um uns herum von Waffen starrt. Hoffentlich werden wir dies Schandmal vollendeter Sklaverei nicht ewig zu tragen haben. Es zeigt uns aber so recht, wohin es führt, wenn man die Partei über das Vaterland stellt. Letzten Endes ist es doch immer wieder die Arbeiterklasse, welche für solche verhängnisvollen Verirrungen am meisten zu büßen hat, wie der Waffenstillstands- und Friedensvertrag klärlich allen denjenigen beweist, die nicht mit Blindheit geschlagen sind.

Friedensgeflenne und Stockholmerei.

Jedes Streben, einen annehmbaren Frieden herbeizuführen, ist zu begrüßen, wenn dabei vorsichtig und klug alle Schritte erwogen und die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Bestände die äußerst schwierige Kunst des Friedenherbeiführens nur darin, daß man immerwährend den Ruf nach Frieden auszustoßen brauchte, so wäre das ja ein verteufelt einfaches Rezept. Leider ist diese Methode die ungeeignetste, die man sich denken kann. Selbst der Führer der sozialdemokratischen Partei, der Reichstagsabgeordnete Scheidemann, hat nach einer Nummer der Chemnitzer „Volksstimme“ vom Januar 1917 damals vor dem „Irrwahn“ gewarnt, daß man durch „Friedensgeflenne“ den Frieden erreichen könne. Mir scheint aber, daß nicht nur der „Vorwärts“ unter Stampfers Leitung in eine solche „Illusions-Friedenspolitik“ abgeglitten ist, wie in gleicher Nummer die „Volksstimme“ behauptete, sondern schon lange vorher auch selbst Scheidemann mitsamt der sozialdemokratischen Partei. Mag es in ihr eine Minderheit geben, die diese Politik nicht vertritt, so bestimmt sie natürlich doch nicht die Politik der Partei. Wie ich ausdrücklich hervorhebe, ist das Wort „Friedensgeflenne“ also nicht von mir geprägt, ich halte es aber für richtig und anwendbar auf die sogenannte Friedenspolitik der sozialdemokratischen Partei, die durch eine immerwährende konsequente Inkonsequenz fortgesetzt gerade das Gegenteil von dem getan, was sie in besserer Erkenntnis selbst theoretisch als unzweckmäßig bezeichnet hat. Sie erntete dafür von den Sozialisten der feindlichen Länder den vorauszusehenden Lohn und erreichte das genaue Gegenteil von dem, was sie sich als Ziel gesetzt hatte. Kaleidoskopartig wechselten in der sozialdemokratischen Außenpolitik die Bilder richtigen theoretischen Erkennens mit entgegengesetzter Praxis.

Das geht nun schon jahrelang so fort und alle „Instanzen", vom Zahlabend beim Budiker bis zum Parteiausschuß und Parteitag billigen diesen „bewährten" Kurs. Höchst merkwürdigerweise ist dabei das Verfehlte des Friedensgeflennes schon im Anfang des Jahres 1915 von keinem Geringeren erkannt worden, als von dem anerkannten offiziellen Führer der Partei: Philipp Scheidemann. Damals erschien ein Flugblatt, das außerordentlich kennzeichnend ist für die damalige klare Erkenntnis Scheidemanns über die Schädlichkeit von Friedensbekundungen, wenn sie keinen Widerhall in den feindlichen Ländern erwecken, und so verdient es auch nachstehend im Wortlaut wiedergegeben zu werden:

Warum wir durchhalten müssen.

Kein verständiger Mensch würde einen für alle Beteiligten ehrenvollen Frieden bis übermorgen verschieben wollen, wenn er morgen abgeschlossen werden könnte. So weit sind wir aber leider noch nicht.

Als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 die Kriegskredite bewilligte, ließ sie eine Erklärung abgeben, in der es unter anderm hieß:

„Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht."

Das war deutlich genug. Als dann die zweite Kreditforderung am 2. Dezember 1914 bewilligt wurde, erklärte die Fraktion erneut:

„Wir bleiben bei dem, was wir am 4. August gesagt haben: Wir fordern, daß dem Kriege..."

Durch die Wiederholung wurde die erste Erklärung in markantester Weise unterstrichen. Für die Weihnachtsnummer des englischen „Labour Leader" war ein Neujahrswunsch des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie erbeten worden. Der Vorstand schrieb:

„Unsere wärmste Sympathie ist in dieser schicksalsschweren Zeit bei allen Bestrebungen, die auf eine rasche Beendigung dieses männermordenden Völkerringens gerichtet sind."

Die deutsche Sozialdemokratie hat also dreimal öffentlich in unzweideutiger Weise vom Frieden gesprochen. Was hat sie für Antworten bekommen? Eine Aufforderung der englischen Arbeiterführer zur Rekrutierung überholte die andere! Am 15. Oktober veröffentlichten 60 Arbeiterführer und Abgeordnete Englands eine Erklärung, in der es unter anderm hieß:

„Frieden kann es nicht geben, bis die Macht, die Belgien geplündert und fast ganz Europa in dies entsetzliche Elend, Leiden und Schrecken des Krieges gestürzt hat, niedergeschlagen ist."

Hyndman, einer der hervorragendsten Arbeiterführer, der Vorsitzende der sozialistischen Partei, forderte Italien auf, aus seiner Neutralität herauszutreten, um

„sich offiziell den Mächten anzuschließen, die sich als eine Liga gegen den brutalen Militarismus von Berlin zusammengefunden haben. Es gibt recht gute Gründe für eine solche Entscheidung:

1., 2., 3. —

4. um Italien das Recht zu sichern, solche Abtretungen von Gebieten zu fordern, die es mit vollem Rechte wünscht. Das sowohl aus historischen wie aus Gründen der Rasse.

Wenn Italien noch zögern würde, eine derartige Entscheidung zu fällen, so scheint mir, daß es sowohl moralisch wie politisch einen Fehler begehen würde. Diejenigen, welche nicht wagen, ein kleines Risiko auf sich zu nehmen, werden nie erwarten können, besonders beachtet zu werden, wenn der Kampf beendet ist."

Wir wollen nicht verschweigen, daß die kleinste der sozialistischen Gruppen in England, die J. L. P., sich entschieden gegen den Krieg gesträubt hat. Aber was bedeuten die paar sympathischen Versammlungen und Zeitungsartikel der Genossen Macdonald, Keir Hardie und anderer gegenüber den erwähnten Kundgebungen der Vertreter der englischen Arbeitermassen! Und gerade in diesem Augenblick fällt unser Blick wieder auf die „The Daily Citizen", in denen unausgesetzt mit Riesenlettern zum Eintritt ins Heer aufgefordert wird. Und der Schlußsatz lautet stets: G o t t s e g n e d e n K ö n i g!

Nach Hyndman soll Italien also ein „kleines Risiko" auf sich nehmen; es soll sich an dem furchtbaren Kriege aktiv gegen Deutschland beteiligen, um die Abtretung von Gebieten, die es wünscht, fordern zu können.

Das sind einige englische Stimmen.

Von Rußland können wir leider nichts berichten. Die sozialistischen Abgeordneten dieses Landes, das gemeinsam mit Indiern, Senegalnegern, Turkos und Franzosen gegen die deutsche Barbarei, für Menschenrecht, Freiheit und einen sanften Frieden kämpft, sind längst eingesperrt worden.

Also zu Frankreich! In der Deputiertenkammer hat die sozialistische Fraktion kein Wort geredet; weder am 4. August, noch am 22. September. Und doch hatte Viviani, der Ministerpräsident, in der zweiten Sitzung unter anderm gesagt:

„In der jetzigen Stunde ist nur eine Politik möglich: Kampf ohne Gnade bis zur endgültigen, durch einen völlig siegreichen Frieden gesicherten Befreiung Europas ...."

Trotzdem kein Wort der Fraktion. Aber drei Tage später, am 25. Dez., hat sie in der „Humanité" erklärt, warum sie geschwiegen hat:

„Getreu der Disziplin der Einigkeit, welche die Nation sich dem Feinde gegenüber auferlegt, hat die sozialistische Fraktion im Parlamente auch nicht mit einem Worte die von allen Franzosen beschlossene Einheit trüben wollen. Sie hat sich jeder Erklärung enthalten. Sie hat bei dem allgemeinen Zusammenschluß die Losung akzeptiert, welche die verantwortliche Regierung formuliert hat..."

Diese Losung kennen wir, wir haben sie weiter oben von Viviani gehört: „Kampf ohne Gnade!" „Rache!"

Wir wissen nun, warum die französischen Sozialisten in der Kammer nichts gesagt haben. Sie wollen die Einheit der Nation nicht stören, sie bekennen sich zur Losung ihrer Regierung. Sie wollen kämpfen, damit Elsaß-Lothringen zu Frankreich kommen könne; sie wollen diesen „schrecklichen Krieg" durchkämpfen („er wird uns nicht mürbe machen" — sie wollen also durchhalten!), damit „nicht der lügnerische Friede der Rüstungen, sondern der sanfte Friede der befreiten Völker über Europa und der Welt herrsche"; das heißt nach Lage der Dinge: Kampf bis zur Vernichtung des Gegners.

Von den Genossen, die in die französische Regierung der nationalen Verteidigung eingetreten sind, wird gesagt, daß sie „den Geist der Entschlossenheit und Kühnheit bekundet haben, der unsere Partei beseelt". In einer Kundgebung dieser Regierung hieß es:

„Unsere tapferen Verbündeten, die Russen, marschieren entschlossenen Schrittes auf Berlin."

Wem derartige Kundgebungen an Deutlichkeit zu wünschen übrig lassen, der lese, was der alte Kommunard Vaillant, der seit dem Tode unseres Freundes Jaurès Hauptwortführer der „Humanité" ist, geschrieben hat:

„Der Krieg muß so lange fortgesetzt werden, bis der deutsche Imperialismus vernichtet ist. Mit ihm verhandeln, hieße mit ihm Frieden machen."

Wir dürfen uns keinen Täuschungen hingeben: die Vernichtung des deutschen Imperialismus heißt in diesem Falle nichts anderes als Vernichtung der deutschen Heere, „Kampf ohne Gnade", also Vernichtung unserer Brüder und Genossen im Waffenrock. Damit das Ziel sicher erreicht werden kann, ruft Vaillant nach der Hilfe Japans, während Jules Guèsde, gleich dem Engländer Hyndman, Italien auffordert, seine Neutralität aufzugeben.

Unter dem 17. Januar meldet das WTB. aus Lyon, daß die sozialistische Gruppe am 15. Januar in der Deputiertenkammer zu einer Beratung zusammengetreten sei. Der Beratung hätten die französischen Minister Genossen Sembat und Guèsde sowie der belgische Minister Genosse Vandervelde beigewohnt. (Vandervelde, der Minister,

ist gleichzeitig Vorsitzender des Internationalen sozialistischen Bureaus.) Von Vandervelde heißt es in dem Telegramm:

„Dieser unterbreitete den Vorschlag der englischen und belgischen Sozialisten bezüglich einer eventuellen Zusammenkunft der Sozialisten der verbündeten Staaten, um die Bedingungen, unter denen der Krieg fortgeführt werden solle, zu prüfen und ihre Gesichtspunkte über den Krieg darzulegen. Die Gruppe ist dem Vorschlag im allgemeinen günstig gestimmt, sie ist jedoch für eine Weiterführung des Krieges bis zum vollständigen Siege der Verbündeten. Ein endgültiger Beschluß wurde nicht gefaßt."

Nur mit großem Schmerz kann ein deutscher Sozialdemokrat von alledem Kenntnis nehmen. Aber es kann in dieser schweren Zeit wirklich nur mit Tatsachen gerechnet werden. Und deshalb müssen wir unsern deutschen Genossen, die von allen diesen Dingen bisher wenig oder gar keine Kenntnis erhalten haben, leider noch mehr sagen: alle Schritte, die zur Verlegung des Internationalen Bureaus oder zur Veranstaltung internationaler Konferenzen und Kongresse von Genossen aus neutralen Ländern aus eigener Initiative getan worden sind, wurden verdächtigt als Machenschaften der deutschen Sozialdemokratie, die wahrscheinlich im „Einverständnis mit der deutschen Regierung" handle.

Wir müssen uns, so schwer es jedem einzelnen auch werden mag, mit allen diesen Tatsachen abfinden. Alle unsere Bekundungen des guten Willens, dem Frieden die Wege zu ebnen, haben ein gleichtönendes Echo nicht hervorgerufen. Ja, Schlimmeres und Ernsthafteres muß festgestellt werden: Jede Kundgebung der Friedensbereitschaft wird gedeutet als Zeichen der Schwäche! Und deshalb können wir ein viertes Mal kaum sagen, was dreimal unbeachtet geblieben ist oder nur Verdächtigungen und Vernichtungsdrohungen hervorgerufen hat.

Die Reden von der absoluten Notwendigkeit der Niederzwingung oder Vernichtung der deutschen Barbaren und „Boches" stützen sich auf die verlogenen Berichte der ausländischen Presse über „entsetzliche Zustände in Deutschland". Solche Berichte werden veröffentlicht, um die Hoffnung auf den Sieg immer wieder zu nähren, den Willen zum Kampf bis zur Vernichtung des Feindes immer wieder zu beleben. Wir hätten in Deutschland, so wird behauptet, nahezu nichts mehr zu essen, da uns England die Zufuhr sperre; wir hätten weder Kupfer, noch mancherlei andere Dinge, die zur Kriegführung unentbehrlich seien.

Da fehlte in der Tat nichts weiter als eine vierte Bekundung unserer Bereitschaft zum Frieden, um die Überzeugung in England und Frankreich felsenfest zu machen: Deutschland kann nicht mehr, es ist am Ende

seiner Kraft! Nun noch eine äußerste Kraftanstrengung der Verbündeten und die deutsche Barbarei ist vernichtet!

Diese Täuschung jenseits der Grenzen könnte eine wesentliche Verlängerung des Krieges zur Folge haben. Und viele Tausende unserer Brüder, Söhne und Genossen, die im Felde stehen, müßten ihr Leben dafür opfern. Das will aber niemand bei uns. Deshalb bleibt uns gar nichts anderes übrig: wir müssen durchhalten!

Das Wort geht vielen gegen den Strich und mancher deutets falsch. Durchhalten heißt bei uns nicht, wie es uns aus dem feindlichen Ausland entgegenklingt: „Kampf bis zur Vernichtung des Gegners!" In unserm Sinne heißt es:

Durchhalten, bis das Ziel der Sicherung des Vaterlandes erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind!

Nach den Gesetzen der Logik hätte man nun annehmen sollen, daß nach einem so offenen Bekenntnis ihres Führers: „daß eine weitere Bekundung unserer Bereitschaft zum Frieden nur die Überzeugung in England und Frankreich felsenfest machen würde: Deutschland kann nicht mehr, es ist am Ende seiner Kraft", und: „diese Täuschung jenseits der Grenzen könnte eine wesentliche Verlängerung des Krieges zur Folge haben und viele Tausende unserer Brüder, Söhne und Genossen, die im Felde stehen, müßten ihr Leben dafür opfern" — die Partei dementsprechend handeln und von weiteren Friedensbekundungen Abstand nehmen würde.

Weit gefehlt! Gerade das Gegenteil wurde gemacht, obwohl nach wie vor, bis auf den heutigen Tag, jede Friedenskundgebung von deutscher Seite die gleiche Wirkung wie immer auf feindlicher Seite erzeugte, wie Scheidemann sie vorausgesagt. Lassen wir die Tatsachen reden: Im „Vorwärts" vom 26. Juni 1915 veröffentlichte der Parteivorstand eine Kundgebung, datiert vom 23. Juni, in der er auf die verschiedenen Friedenskundgebungen der Partei hinwies. Am 12. und 13. April hätten die Vertreter der Parteileitungen der Sozialdemokratie Deutschlands, Österreichs und Ungarns in einer Besprechung in Wien aufs neue ihre Friedensliebe bekundet. Das nämliche hätten namens der Partei die Abgeordneten Ebert und Scheidemann am 29. Mai im Reichstage nach dem Eingreifen Italiens in den Krieg getan. Also auch Scheidemann hatte seine politische Kalkulation vom Januar in die Tasche gesteckt und glaubte augenscheinlich, daß in der politischen Arithmetik 2×2 nicht mehr gleich 4 sein müsse, sondern auch manchmal gleich 5 sein könne. Das naive Verlangen an die

deutsche Regierung am 29. Mai im Reichstage, Friedensverhandlungen anzubahnen, ist ein Glanzstück politischer Fehlrechnung. Denn nach dem Eintritt einer weiteren feindlichen Großmacht in den Weltkrieg auf irgendeinen Zweckerfolg zu rechnen, grenzt hart an parlamentarischen Kretinismus, vor dem schon Karl Marx gewarnt hatte. Besonders die Gewerkschaftsvertreter im Reichstage hätten der Partei aus den wirtschaftlichen Kämpfen der deutschen Arbeiter doch nachweisen können, wie unzeitige Friedenswünsche erst recht den auf Niederwerfung sinnenden Feind zum Durchhalten anspornen, zumal wenn er soeben gewaltigen Machtzuwachs erhalten hat. „Mit schmerzlichem Bedauern" mußte daher der Parteivorstand in seinem Aufruf vom 23. Juni selbst konstatieren, daß alle Versuche internationaler Verständigung vornehmlich an dem Verhalten der sozialistischen Partei Frankreichs gescheitert seien, daß der Vorsitzende des Internationalen Sozialistischen Bureaus Vandervelde für den Krieg bis ans Ende gesprochen hätte und daß ebenso „die große Masse der dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossenen Sozialisten Englands und Frankreichs, ihre Organisationen und Leitungen, mit ihren Regierungen den Krieg fortführen wollen bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands". Aber ein unentwegtes sozialdemokratisches Gemüt läßt sich trotz aller „Schwierigkeiten, Widerstände und Verdächtigungen", über die der Parteivorstand sich beklagte, nicht von dem einmal als richtig oder, wie in diesem Falle, selbst als unrichtig Erkannten abbringen, und so hieß es ganz treuherzig am Schluß des Parteivorstands-Aufrufes: „Wir erwarten von unsern Parteigenossen in den anderen kriegführenden Ländern, daß sie in gleichem Sinne auf ihre Regierungen einwirken werden."

Wahrlich, ich sage euch, einen solchen Glauben habe ich in Israel noch nicht gefunden! Leider besaß dieser Glaube nicht die Kraft, Berge zu versetzen. Die Erwartung des Parteivorstandes ging daher und deshalb fehl, weil man im Bureau des Parteivorstandes für die geistige Veranlagung der Genossen in den feindlichen Ländern nicht das richtige Augenmaß hatte und die dort wirkenden Triebkräfte völlig falsch einschätzte.

Mitbestimmend für die widerspruchvolle Haltung der Partei waren verschiedene Ursachen: das Fehlen eines außenpolitischen Programms, die Furcht vor dem unlauteren Wettbewerb der Parteiopposition, die Rücksicht auf die teils falsch eingeschätzte, teils durch eigene Unklarheiten, Hin- und Herpendeleien, Halbheiten und Festhalten an alte Schlagworte und Methoden ungünstig beeinflußte Stimmung der Massen. In den leitenden Kreisen der Partei hielt man immer noch an der irrigen Meinung fest, daß über kurz oder lang eine Geschlossen-

heit der Partei wieder erreicht werden könnte, wenn man sie mit einem politischen Heiltrank „Mampe halb und halb“ traktierte: Politik des 4. August einerseits, Duldung der entgegengesetzten Strömung der Haase, Kautsky, Liebknecht und Genossen anderseits. Ein solches Gemisch von Verschwommenheits-, Furcht-, Stimmungs- und Illusionspolitik war freilich nicht geeignet, auf die Arbeiter und Sozialisten der feindlichen Länder irgendeinen friedensfördernden Eindruck zu machen. Überall, ja selbst in den meisten neutralen Ländern, wurden die immer wiederholten krampfhaften Anstrengungen der Partei, den Frieden herbeizuführen, als Schreie aus tiefster Not angesehen. Man sagte sich dort ganz logisch: Wenn der Führer der deutschen Partei selbst deren Friedensbemühungen in ihrer Wirkung als zweckwidrig bezeichnet, aber trotzdem mit nimmer versagendem Eifer sein vergebliches Bemühen fortsetzt, wenn nicht nur die Opposition die Niederlage Deutschlands an die Wand malt, sondern auch sonst von leitenden Angehörigen der Parteimehrheit pessimistische Vergleiche über die materiellen Machtmittel der kriegführenden Parteien angestellt werden, die schließlich in dem Satze Scheidemanns gipfelten: „Ein Narr, der noch an den Sieg glaubt“, dann kann doch dafür nur das tiefwurzelnde Gefühl bei den Deutschen maßgebend sein, daß die endgültige Niederlage Deutschlands bei längerer Dauer des Krieges unabwendbar sei. „Also halten wir durch, bis dieser Zeitpunkt eingetreten ist.“

Mit dieser kurzen Skizzierung deutschsozialistischer „Friedenspolitik“ — die stets das Gute will, doch stets das Böse schafft — mag es hier vorläufig sein Bewenden haben. Später wird darüber noch mehr zu sagen sein.

Ich überspringe den Zeitraum von Mitte 1915 bis Ende 1916 und bemerke nur noch, daß auch während dieser Zeit die deutsche sozialdemokratische Partei hemmungslos bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von Friedensbereitschaft überfloß, natürlich mit dem nämlichen Mißerfolg wie bisher.

Es läßt sich darüber streiten, ob der Sieger oder der militärisch Starke verpflichtet sei, dem Unterlegenen großmütig die Hand zum Frieden zu bieten, oder ob dadurch nicht gerade der Schwächere der Ansicht zugeneigt werden könnte, daß sein Gegner mehr wie er selbst des Friedens bedürftig sei. Läßt man aber die Ansicht von der Verpflichtung des Siegers zur Großmut gelten, dann kann man schließlich der Meinung beipflichten, daß nach der Niederwerfung Rumäniens der Zeitpunkt für Deutschland gekommen war, als Sieger ein Friedensangebot zu machen. Das geschah am 12. Dezember 1916. Welche Aufnahme dieses Angebot bei den feindlichen Mächten fand, ist bekannt. Die Antwort war eine brutale Ablehnung eines Verständigungsfriedens und niederschmetternd für jeden Friedensfreund.

Wie wurde nun die Antwort von dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dem „Vorwärts" beurteilt? Heute so, morgen so und übermorgen wieder anders. Wohlgemerkt: unter der neuen Leitung Stampfers. Von klarer Erfassung dessen, was vor sich ging, nicht die Spur. Das Bild der Wirklichkeit entschleierte sich ihm erst vierzehn Tage nach Bekanntgabe der Vielverbandsantwort, jedoch nur auf wenige lichte Augenblicke. Es ist wahrhaftig kein Vergnügen, der Echternacher Springprozession des „Vorwärts", des sogenannten leitenden Parteiorgans zuzuschauen. Ach, wer sich seiner Leitung in der auswärtigen Politik anvertraut, der wandelt meistens im Nebel oder auf Irrwegen!

Am 2. Januar 1917 fand nämlich der „Vorwärts" die Note der Gegner auf das deutsche Friedensangebot gar nicht so übel: „In dem Schriftstück der „Agence Havas" ist trotz aller Schärfe der Ausdrucksweise von Eroberungs- und Zerschmetterungsabsichten nicht die Rede. Nichts von Elsaß-Lothringen, von Polen, Ostpreußen, Triest, Konstantinopel oder von einer allgemeinen Kriegsentschädigung. Nur von Belgien." Immerhin meinte aber auch der „Vorwärts": „Nachdem der Vorschlag einer Friedenskonferenz von den Gegnern abgelehnt ist, sind die Mittel, die die Regierungen der Zentralmächte zur Wiederherbeiführung des Friedens anwenden können, bis auf weiteres erschöpft. Der Krieg dauert fort, und die Verantwortung dafür werden die Staatsmänner der Entente nicht von sich abschütteln können." Im Anschluß daran gab der „Vorwärts" dem Gedanken einer Vermittlung der Neutralen Ausdruck.

Als am 4. Januar der Reichstagsabgeordnete Cohen-Reuß angeblich „in Übereinstimmung mit einer ganzen Anzahl wohlbekannter Parteigenossen" dann im „Vorwärts" gegen dessen merkwürdige Beurteilung der Ententeantwort polemisierte, stellte sich die Redaktion das Zeugnis aus, sich den klaren Blick für Tatsächliches durch Gefühlsaufwallungen nicht verdunkeln zu lassen, und auf Grund dieser Selbstbeurteilung meinte sie schließlich feststellen zu können: „Das deutsche Friedensangebot hat einen merkbaren Umschwung in der Stimmung der Arbeiterklasse Englands und Frankreichs hervorgerufen." Der so dokumentierte „Blick für Tatsächliches" paßte zu der Wirklichkeit wie die Faust aufs Auge, denn von einem Stimmungsumschwung war nichts zu merken.

Am andern Tage, am 5. Januar, lautete es im Leitartikel auch schon wesentlich anders. Nachdem der „Vorwärts" den Gegnern nochmals bezeugt, daß seit dem 12. Dezember 1916 sie allein die Schuld am Kriege trügen, während „seit dem 12. Dezember jeder Zweifel

daran geschwunden, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führt, und die Pflichten jedes deutschen Sozialdemokraten gegenüber seinem Lande noch viel klarer als je zuvor sind" — was ich festzuhalten bitte, da der „Vorwärts" später ganz anders geurteilt hat — bezeichnet er die Sozialisten der feindlichen Länder sehr richtig als nicht reif zur ruhigen Würdigung der Politik der deutschen Sozialdemokratie.

Die Bekanntgabe der Kriegsziele des Vielverbandes an Wilson enthüllte endlich auch dem „Vorwärts" das ihm bisher verschleierte Bild. Am 13. Januar 1917 mußte er in seinem Leitaufsatz: „Das entschleierte Bild", zugeben:

„Die Note der Gegner sagt ganz aufrichtig, warum ein Frieden jetzt noch nicht möglich sein soll. Die Mittelmächte sollen ausgeplündert und beraubt werden, und zu diesem Zweck muß man sie erst besiegen. Es wird den Mittelmächten keineswegs zugemutet, heute schon die Kriegszielforderungen ihrer Gegner als Friedensbedingungen anzunehmen, denn solche Zumutungen stellt man nur an einen Feind, dessen Hauptstädte man besetzt hat und dessen Widerstandskraft hoffnungslos gebrochen ist.

Die Note an Wilson ist also weit davon entfernt, ein Friedensangebot zu sein. Sie ist eine neue Kriegserklärung mit uferlosen Eroberungszielen.

An die Erreichbarkeit dieser Ziele kann man auch drüben nicht glauben. Aber indem man unentwegte Siegesgewißheit zur Schau trägt und maßlose Forderungen erhebt, glaubt man, Deutschland und seine Verbündeten einschüchtern zu können. Man vergißt dabei, daß die Nachgiebigkeit der deutschen Regierung an dem Willen des Volkes eine Schranke finden müßte, der nach so namenlosen Opfern und so gewaltigen militärischen Erfolgen nicht dulden könnte, daß sich Deutschland ohne Zwang in die Rolle des Besiegten findet. So sehr es die Massen des deutschen Volkes billigen, daß die deutsche Regierung mit dem Erfolg der Verteidigung ihr Kriegsziel als erreicht betrachtet, so sehr verlangen sie auch, daß dieser Erfolg unbedingt aufrechterhalten wird.

Die Taktik des Aufschlagens und Einschüchterns wird ihr Ziel verfehlen. Aber eine schwere und bittere Zeit wird ganz Europa noch durchleben müssen, bis sie die Aussichtslosigkeit ihres Bemühens erkannt haben wird. Nur stückweise, mit jedem Mißerfolg ihrer Waffen, werden die Gegner ihr Weltprogramm der Eroberungen abtragen können, ihre jetzt im Amte befindlichen Regierungen werden verschwinden müssen, und ihr Amt an Nachfolger abtreten müssen, die nicht mit unerfüllbaren Versprechungen belastet sind. Erst dann kann Europa den Frieden bekommen!

Hier in Deutschland hat man mittlerweile die Frage diskutiert, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn auch die deutsche Regierung ihre Kriegsziele bekanntgegeben hätte, und die Behauptung ist hervorgetreten, die Regierung hätte sich nur zu einem Programm ohne Annexionen bekennen müssen, um einen ‚Frieden ohne Sieger und ohne Besiegten' zu erhalten. Diese Behauptung kann nach der Zehnverbandsnote an Wilson nicht mehr aufrechterhalten werden.

Die deutsche Regierung hat klar genug gesagt, wie sie über Annexionen denkt, und es ist sicherlich nicht anzunehmen, daß Friedensverhandlungen, wenn sich die Gegner zu ihnen bereitgefunden hätten, an ihren Eroberungsabsichten gescheitert wären. Die Gegner konnten und können darüber gar nicht im Zweifel sein. Aber sie haben die Zurückhaltung Deutschlands und seiner Bundesgenossen mit desto größerer Dreistigkeit vergolten. Ein noch deutlicherer Verzicht auf Annexionen hätte höchstens die Folge gehabt, daß die Gegner erklärt hätten: ‚Deutschland sieht jetzt ein, daß es seine Eroberungsziele nicht verwirklichen kann, und so ist die Reihe an uns, die unseren zu verwirklichen.' Sie wollen ja keinen ‚Frieden ohne Sieger und Besiegten', sondern sie wollen Deutschland besiegen und zwar so gründlich, daß es ‚Frieden um jeden Preis' nimmt. Das ist aber etwas, was kein Mensch in Deutschland will."

Es wäre wider die Natur des „Vorwärts" gewesen, wenn er lange bei diesen vernünftigen Ansichten beharrt hätte. Nun ist der „Vorwärts" ja noch nicht die Partei oder die Parteileitung, aber doch immerhin das Zentralorgan der Partei. Sein Chefredakteur wohnt den Sitzungen des Parteivorstandes bei und man darf bei der jetzigen Zusammensetzung der Redaktion, auf die der Parteivorstand einen maßgebenden Einfluß ausübte, wohl dessen Einverständnis mit der „Vorwärts"-Politik annehmen, zumal Scheidemann Ende Januar 1917 in einer Zuschrift an die Chemnitzer „Volksstimme" ausdrücklich seine Freude über die Unermüdlichkeit der Arbeit, die der „Vorwärts" für den Frieden geleistet hat, bekannte.

Mittlerweile begannen die Aussichten auf das Stattfinden von internationalen Sozialistenkonferenzen in Stockholm greifbare Gestalt anzunehmen. Im feindlichen Auslande wurden sie sofort als deutsche Mache bezeichnet, obwohl sie von dem sogenannten holländisch-skandinavischen Komitee anscheinend ausgingen. Aus der Luft gegriffen war jene Behauptung übrigens nicht, denn in einer Zahlabendversammlung in Steglitz, in der ich referierte und wo Scheidemann als Teilnehmer anwesend war, erklärte dieser vertraulich, daß die deutschen Mehrheitssozialisten den Anstoß zu den Verhandlungen in Stockholm gegeben hätten. Und der „Neutrale" Branting, der

als „Unparteiischer" mit zu den Häuptern jenes Komitees gehörte, wird sicher nicht verfehlt haben, von dem Ursprung der Stockholmerei seinen Ententefreunden Mitteilung zu machen. Um so mehr hätte es Vorsicht und Klugheit geboten, von deutscher Seite Stockholm nicht mit allzu schmetternden Fanfaren zu begrüßen. Allein die Mutter der Weisheit hat beim „Vorwärts" nicht Pate gestanden. Sein 1. Mai-Artikel: „Der auferstehende Maigedanke. Einberufung der Konferenz von Stockholm", war daher ein einziger Dithyrambus, aus dem folgende Kraftstelle dessen Gedankeninhalt illustrieren mag:

„Wenn jemals Sorge dafür getragen ist, daß der Maigedanke durch Generationen hindurch nicht vergessen und verloren werden kann, dieser Krieg hat das Äußerste dazu getan.

Aber nicht nur diese Zuversicht allein ist es, die am dritten Kriegsmai unsere Hoffnung aufrecht erhält. Nicht nur der Gedanke lebt, auch sein Werkzeug, die Internationale, sie ist nicht tot! Schwätzen und jubeln die Alltagsjournalisten noch über den Zusammenbruch der Internationale? O nein, sie bangen und sorgen. Denn der Aufbau der Internationale vollzieht sich schneller, als selbst unsere Hoffnungen es beim Ausbruch des Krieges anzunehmen wagten. Wir hofften auf einen Zusammentritt der Internationale vielleicht während, vielleicht auch erst nach der allgemeinen Friedenskonferenz der kriegführenden Mächte. Doch die Internationale zeigt die Kraft, noch während des Krieges sich als Phönix aus der Asche zu erheben: Gerade am Vorabend des 1. Mai trifft die Nachricht ein, daß bereits am 15. d. M. die Stockholmer Konferenz zusammentreten wird.

Nach Stockholm werden sich in wenigen Tagen die Augen und Herzen von Millionen Sozialisten und Arbeitern aller kriegführenden Länder richten. Aber auch unzähliger anderer Menschen. Leute, die vor dem Kriege niemals etwas mit der Sozialdemokratie zu tun haben wollten, schauen hoffend und bangend dort hin, denn von der Tagung der sozialistischen Internationale winkt der Frieden. Nicht, daß wir überschwenglich hoffen können, die Stockholmer Tagung würde unmittelbar den Frieden herbeiführen. Soweit sind wir nicht, und es wäre falsch, sich mit neuen Illusionen zu belasten, die nur zu neuen herben Enttäuschungen führen müßten. Aber die Stockholmer Tagung kann den Pfad durch die zwischen den Völkern aufgetürmten Drahthindernisse brechen, auf dem sich dann auch die Vertreter der Regierungen einander nähern werden, um das Ende des Vernichtungskampfes miteinander zu beschließen."

Wie mögen wohl die nüchternen, von jeglicher Internationalitis unangekränkelten englischen und amerikanischen Arbeiterführer höh-

nisch die glattrasierten Gesichter verzogen haben, als ihnen dieser Leitartikel des „Vorwärts“ zur Kenntnis kam: „Goddam, diese Deutschen sollten doch jetzt noch den Rat von Palmerston befolgen und in den Lüften segeln, philosophische Systeme bauen, sich damit begnügen, das Volk der Dichter und Denker zu sein, denn von praktischer Politik verstehen sie ja doch nichts!“

Ach nein! Der Phönix konnte sich noch nicht zur Sonnenhöhe erheben und saß noch flügellahm in der Asche, den der Weltkrieg zusammengewirbelt hatte.

Freilich muß man dem „Vorwärts“ zugute nehmen, daß er mit seinen Verzückungen nicht allzu sehr aus dem Rahmen der offiziellen Parteipolitik herausfiel. Kurz vorher hatte nämlich der Parteiausschuß getagt, wo die alte Illusionspolitik durch die russische Revolution neue Impulse empfangen hatte, weshalb man dort „mit leidenschaftlicher Anteilnahme den Sieg der russischen Revolution und das durch ihn entfachte Wiederaufleben der internationalen Friedensbestrebungen“ begrüßte. Und wie es in Deutschland so parteiüblich ist, daß man die leitenden Redakteure der führenden Parteiblätter aus dem Auslande bezieht, so blieb man nur in der Gepflogenheit, wenn man auch die politischen Schlagworte dem Auslande entlehnte. Was ja auch in Anbetracht des Fehlens eines eigenen Programms für auswärtige Politik naheliegend war. Zu der bezüglichen Resolution bemerkte Scheidemann ausdrücklich nach dem offiziellen Protokoll: „Wir haben die Resolution mit voller Absicht so gefaßt, daß sie eine Antwort darstellt auf die Beschlüsse des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, *daher haben wir aus diesen Beschlüssen wörtliche Zitate in die Resolution übernommen.*“

„Frieden ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen“ wurde von nun ab die Parteiparole und das Ziel der Stockholmerei. Den Unterschied zwischen russischen und deutschen Verhältnissen, die Betrachtung der militärischen Lage beider Reiche glaubte man dabei ganz außer acht lassen zu dürfen. Für Rußland, das militärisch geschlagen war, wo die breiten Massen der Bauern und Arbeiter deshalb des Krieges überdrüssig waren, bedeutete die Friedensformel des Arbeiter- und Soldatenrates die militärische Räumung alles besetzten russischen Gebietes durch die feindlichen Mächte sowie letzten Endes auch die Räumung Serbiens, Montenegros und Rumäniens, aber die Beibehaltung aller in früheren Zeiten geschehenen russischen Eroberungen. Denn von einem Selbstbestimmungsrecht der unterjochten Völker dergestalt, daß sie sich auch von Rußland loslösen konnten, war bis zum Siege der Bolschewisten, der erst im November 1917 eintrat, mit keinem Worte die Rede. Man beachtete seitens des Parteiausschusses

auch nicht, daß neben den Sozialisten die russische Bourgeoisie die Revolution in der Hoffnung gemacht hatte, den Krieg noch energischer als bisher führen und womöglich auch die alten, nie aufgegebenen Eroberungspläne durchsetzen zu können. Das war ein wohl zu beachtender Faktor um so mehr, als die Sozialisten um Kerenski diesem Bestreben der Bourgeoisie gar nicht so feindlich gegenüberstanden. Vor allem übersah aber der Parteiausschuß, daß ein Agrarland wie Rußland nicht so ohne weiteres den Sprung über die kapitalistische Entwicklungsstufe hinweg in die sozialistische Gesellschaftsordnung vollziehen kann, sondern daß vielmehr mit jahre- oder jahrzehntelangen Umwälzungen in Rußland zu rechnen ist, während welcher Zeit es für die internationale Politik kein ausschlaggebender Faktor sein kann. Derartige Probleme sind eben nicht einfach durch Beschlüsse zu lösen, mag man auch zehnmal dazu die Zustimmung aller Zahlabende, Extrazahlabende, Bezirkstage, Parteiausschüsse und Parteitage einholen und in der Parteipresse von Zustimmungsresolutionen aller möglichen Volksversammlungen berichten. Und bei eben dieser Unsicherheit der russischen Zustände, bei der Ungewißheit darüber, wer in Rußland schließlich einmal die Oberhand gewinnen wird, im Rückblick auf die russischen Eroberungsabsichten auf die östlichen Provinzen Deutschlands, wie sie durch Veröffentlichung der russisch-französischen Geheimabkommen zweifellos dokumentiert worden sind, hätte es der deutschen Sozialdemokratie wohl angestanden, in allererster Linie deutsche Politik zu treiben und auf die Sicherung unserer Ostgrenze Bedacht zu nehmen und dementsprechend für Beseitigung des gefährlichen russischen Keils in den Weichen Deutschlands und Österreichs — Russisch-Polen — einzutreten, zumal Rußland seinem lieben Verbündeten Preußen 1807 den größten Teil dieses Gebietes im Frieden von Tilsit erst abgenommen hatte. Auch in anderer Beziehung übernahm man in der Folgezeit blindlings die Parole der russischen Politik: kein Sonderfriede, sondern allgemeiner Frieden, obwohl unter den gegebenen Verhältnissen letzterer ganz unwahrscheinlich war, weil die übrigen Mächte an einen Frieden „ohne Annexionen und Entschädigungen" gar nicht dachten, sondern vielmehr an ihren Eroberungsabsichten festhielten; und England beispielsweise nicht im geringsten gewillt war, seine türkischen Faustpfänder aus der Hand zu geben. Bewußterweise durchkreuzte die deutsche Sozialdemokratie so die Absichten der deutschen Regierung, die die Lage viel richtiger beurteilte und durch Funkspruch des Oberbefehlshabers Ost dem russischen Volke einen für beide Teile ehrlichen Frieden angeboten hatte. In einem Leitartikel des „Vorwärts" vom 22. Juli 1917 wurde hingegen „die Politik, deren Träger Kerenski ist, von vollkommener

logischer Konsequenz" gepriesen, was Scheidemann in einer großen Berliner Versammlung am 26. Juli noch unterstrich, indem er sagte: „Hoffentlich wird man nicht in den alten Fehler verfallen, Rußland einen Sonderfrieden anzubieten."

Die Genialität einer solchen Politik wird dadurch erst in das rechte Licht gerückt, als der „Vorwärts" in seinem erwähnten Leitartikel selbst das Scheitern der Kerenskischen Politik befürchtete. Politik ist bekanntlich die Kunst des Möglichen und nicht des Unwahrscheinlichen. Die gepriesene Kerenskische Politik auf Wiederaufrichtung eines militärisch starken Rußlands erlitt daher bei der russischen Offensive in Ostgalizien ihren vorauszusehenden völligen Zusammenbruch, was der „Vorwärts" bereits am 30. Juli selbst zugeben mußte, indem er schrieb: „Jetzt steht Rußland vor der Wahl, entweder wirklich der Landsknecht der Entente zu werden, der es, zum mindesten seit dem Sturz des Zarismus, nicht gewesen ist, oder aber durch eine letzte Anspannung seines politischen Willens eine entscheidende Tat für den Frieden zu tun. Diese Tat ist aber nur dann möglich, wenn es seine Bundespflichten nicht bedingungslos erfüllt, sondern ihre Erfüllung an bestimmte Bedingungen knüpft."

Das hinderte jedoch die deutschen Parteivertreter in Stockholm einschließlich der Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften keineswegs, nach wie vor mit den verblendeten Russen gegen den Ostfrieden und für einen unmöglichen allgemeinen Frieden einzutreten, weil erstere angeblich ein feindliches Vorgehen Japans gegen Rußland bei einem Sonderfrieden desselben fürchteten.

Gegenteilige Meinungen gegen diese von unrichtigen Berechnungen und Voraussetzungen gesättigte Parteipolitik wurden einfach unterdrückt, wie es mir mit einem bereits am 10. Mai 1917 eingesandten Aufsatz für das „Korrespondenzblatt der Generalkommission" erging. So wurde künstlich und gewaltsam eine „einhellige" und sogar erfolgreiche Politik vorgespiegelt, die ihrem verdienten Schicksal des völligen Zusammenbruchs aber nicht entging, wenn man es auch nicht eingestehen will. Tatsachen sind eben härter als Illusionen. Stockholm hat die Friedenssehnsucht in den feindlichen Ländern nicht befördert — das ist das Fazit der endlosen Konferenzen!

Weshalb die Stockholmerei scheitern mußte.

Unleugbar wurden nicht nur in weiten Parteikreisen, sondern auch in anderen Kreisen, sogar bis in die Regierungskreise hinein, große Hoffnungen auf Stockholm gesetzt. Wäre die Arbeiterschaft in allen oder doch in den ausschlaggebenden kriegführenden Ländern entschlossen gewesen, auf ihre jeweiligen Regierungen den nötigen Druck auszuüben, um sie zu einer Aussprache über die aufzustellenden Friedensbedingungen zu veranlassen, sie hätte zweifellos die Macht dazu besessen. In noch höherem Grade hätte der englischen Arbeiterschaft die Macht zur Verfügung gestanden, ihre Regierung zur Erteilung von Pässen nach Stockholm zu zwingen — wenn sie nur wollte. Ja, wenn sie nur wollte — das ist es! Aber der feste Wille dazu fehlte, somit eine der Vorbedingungen des Gelingens von Stockholm.

Warum bei der englischen Arbeiterschaft dieser Wille fehlte, können wir an der Hand der materialistischen Geschichtsauffassung ergründen. Das Wirtschaftsleben Englands ist auf die Ausbeutung anderer Völker mehr als das irgendeinen anderen Landes eingestellt. In allen Weltteilen besitzt es Kolonien, die das Mutterland mit Rohstoffen speisen und den englischen Industrieerzeugnissen ein lohnendes Absatzgebiet bieten, und die außerdem für Englands überschüssige Bevölkerung das gegebene Auswanderungsland sind. Das englische Kapital übt aber auch außerhalb der englischen Kolonien, in den meisten Kolonialländern anderer Nationalitäten einen beherrschenden Einfluß aus — siehe in den romanischen Ländern Südamerikas — und seine Interessen vertritt die englische Staatskunst auch in ökonomisch wenig entwickelten Ländern, wie der Türkei, China, Persien, Mexiko usw. mit abgefeimter Klugheit und, wenn es sein muß, mit vor nichts zurückschreckender Rücksichtslosigkeit. Englands leitender Grundsatz dabei ist: Macht ist wertvoller als Reichtum. Denn Macht ist der Baum, an dem die Früchte des Reichtums bei richtiger Pflege ersprießen müssen. Deshalb besitzt England an allen militärisch und handelswirtschaftlich wichtigen Straßen Stütz- und Sperrpunkte, um sein weltwirtschaftliches Übergewicht nötigenfalls gewaltsam aufrecht erhalten zu können. Gibraltar, Malta, Suez und früher auch Helgoland sind hiefür die bekanntesten Beispiele. Die außerenglische Welt hatte sich an diese Zustände durch jahrhundertelange Unterordnung in das scheinbar Unabänderliche so gewöhnt, daß schließlich das von der eng-

lischen und England dienstbaren Presse geflissentlich verbreitete Märchen: England verstehe so gut zu kolonisieren und bezwungene Völker zu versöhnen, daß diese ganz zufrieden mit der englischen Herrschaft seien — geglaubt wurde. Das entvölkerte, zur Schafweide gemachte, mit allen Foltern roher Gewalt niedergehaltene Irland, das seiner Ernährungsgrundlage beraubte, zum Baumwollieferanten für England herabgedrückte Ägypten, das ausgesogene, von furchtbaren periodisch wiederkehrenden Hungersnöten geschüttelte Indien, das vielmals vergewaltigte Burenvolk zufrieden mit ihrem englischen Schicksal? Ja, die Welt will wirklich betrogen sein, wenn sie so etwas glaubt!

Wenn die übrige Welt sich solchen Glauben einprägen ließ, um wieviel mehr mußte das erst in England selbst der Fall sein. Hier, wo noch starke wirtschaftliche Interessen mit der alles beherrschenden Idee verknüpft sind, daß die englische bzw. angelsächsische Rasse zur Weltherrschaft, mindestens aber zur politischen und wirtschaftlichen Suprematie berufen sei. Von dieser Idee ist auch die englische Arbeiterklasse, und nicht nur in ihren führenden Kreisen beherrscht. Das hängt wiederum mit deren ökonomischen Interessen, wie sie sich wenigstens in national-kurzsichtiger englischer Arbeiterauffassung widerspiegeln, zusammen. Früher fand diese Beurteilung der englischen Arbeiterklasse auch in der deutschen Parteipresse zuweilen ihren Niederschlag, bevor sie in dem ethisch-ästhetischen Brei seicht journalistischer Sonntagnachmittagsprediger rettungslos verloren ging. Damals hieß es: die englische Bourgeoisie ist reich genug, um die englische Arbeiterklasse in ihren ausschlaggebenden Oberschichten, d. h., die gelernten Arbeiter, insoweit zufriedenzustellen, daß sie sich mit der Herrschaft der Bourgeoisie abfindet und ihr unbedenklich die Machtmittel ihrer Herrschaft zur Verfügung stellt. Selbst einem der Seichtesten der Seichten, dem rabiaten Spießbürger Ledebour dämmerte diese Erkenntnis einmal, als er als Berichterstatter der Antimilitaristenkommission auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Kopenhagen (1910) den englischen Sozialisten zornig die Worte zurief:

„Woher nehmen Sie denn das moralische Recht, andern Völkern den Generalstreik zu gebieten, wenn Sie im eigenen Lande nicht so konsequent antimilitaristisch sind, wie alle anderen sozialdemokratischen Parteien? Solange Sie das Budget und damit die Waffen bewilligen, zur Ausrüstung der englischen Söldnertruppen, die die Völker knechten und die Kriege führen, dürfen Sie uns mit so weitgehenden Anträgen nicht kommen."[1])

[1]) Siehe das Protokoll des Internationalen Sozialistenkongreßes 1910, Berlin 1910, S. 33.

Hier haben wir das Geheimnis des Programms der englischen „Antimilitaristen". Die Wehrkraft der andern Völker soll gebrochen werden, damit der englische Seemilitarismus unumschränkt die andern Völker knechten und auszubeuten vermag. Natürlich stehen den englischen Arbeiterführern genug Feinheiten der diplomatischen Sprache zur Verfügung, um dies wahre Ziel ihrer Politik zu verschleiern. Hört man sie so reden auf ihren Partei- und Gewerkschaftskongressen, bei den interalliierten Konferenzen und sonstwo, dann ist die allbritische Politik von den edelmütigsten Beweggründen um die Befreiung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker getragen; besonders uns Deutschen soll der englische Aushungerungskrieg nur eine notwendige Vorstufe zur irdischen Glückseligkeit durch Englands Gnade sein. Selbst der dünnen und einflußlosen Schicht der englischen Sozialisten und Pazifizisten ist der Gedanke der gottgewollten englischen Suprematie so sehr angeboren, daß sie die Auflehnung Deutschlands dagegen im Grunde ihres Herzens eigentlich als unverzeihlichen Frevel verabscheuen. Lloyd George, der übrigens früher ihren Kreisen angehörte, ist nicht etwa deswegen nicht ihr Mann, weil seine Ziele grundverschieden von den ihrigen sind, sondern weil sie hoffen, auf anderm, minder gewaltsamen Wege zu demselben Ziele als er zu gelangen. Von den bis-zum-Ende-Leuten Henderson, Barnes, Hodge, Appleton, O'Grady, Ben Tillet, Havelock Wilson gar nicht zu reden, war es doch sogar der Sozialist und „Pazifizist" Mac Donald, der während dieses Krieges die seinerzeitige Preisgabe Helgolands an Deutschland als unverzeihliche Dummheit der damaligen englischen Regierung erklärte, der weiter auf dem im September 1915 in Bristol tagenden englischen Gewerkschaftskongreß eine eindrucksvolle, mit stürmischem Beifall belohnte Rede gegen die pazifizistische Friedensagitation hielt und die Arbeiter zur Einigkeit ermahnte, denn — „Wir alle stimmen darin überein, daß es Bürgerpflicht ist, auf seiten der nationalen Ehre zu stehen. — Man darf sich der nationalen Pflicht nicht entziehen. In diesen Tagen nationaler Bedrängung ist vieles, was uns früher teuer war, in die Ferne gerückt. Unter uns sind viele Friedensfreunde, aber heute wandern ihre Gedanken nach den Schützengräben, wo ihre Söhne dem Tode ins Auge sehen, um das Vaterland zu verteidigen." Also sprach der „Pazifizist" Mac Donald!

„Ja, so reden halt die Führer, die Massen denken darin ganz anders" — höre ich mir entgegenrufen. Trügerische Annahme und merkwürdige demokratische Auffassung, zu glauben, die Führer dürften andauernd unbeschadet ihrer Führerrolle, ganz anders reden und handeln, als die Massen fühlen und wollen! Es hieße die Massen als Herden- und Stimmvieh einschätzen und es wäre zugleich ein tödlicher

Schlag gegen die Demokratie, wenn jener Unsinn wirklich wahr wäre. Obgleich ich den Glauben oberflächlicher Parteischriftsteller nicht teile, daß uns England in bezug auf Demokratie um eine ganze Rennbahnlänge voraus wäre, so hat doch auch dort die Arbeiterklasse zweifellos genügend Spielraum, um ihren Willen bei den Parlamentswahlen deutlich zum Ausdruck und durch Wahl entsprechender Vertreter zur Anerkennung zu bringen, wenn sie nur will. Und für so dumm schätze ich die englische Arbeiterschaft nicht ein, daß ich annehmen müßte, sie weiß nicht, was sie will. Nach ihrer Zahl vermöchten die englischen Arbeiter die Mehrheit der Parlamentssitze zu erobern. Machen sie von dieser Möglichkeit Gebrauch? Keineswegs. Denn von den 628 Abgeordneten gehören nur 40 der Arbeiterpartei, die nur zum kleinsten Teil aus Sozialisten besteht, an; also ein Verhältnis von 1:15,70 zwischen Arbeitervertretern und bürgerlichen Vertretern. Damit ist der unwiderlegliche Beweis erbracht, daß die große Masse der englischen Arbeiterschaft ihre politische Vertretung der Bourgeoisie anvertraut, vornehmlich deshalb, um die bisherige weltbeherrschende Stellung Englands aufrecht zu erhalten und möglichst noch zu erweitern. Damit im vollen Einklang steht auch die unumstößliche Tatsache der Teilnahme von Ministern aus der Arbeiterpartei an der englischen Bourgeoisregierung.

Es ist deshalb kein bloßer Zufall, wenn die englische Arbeiterklasse, ungleich der deutschen, keine eigentliche politische Parteiorganisation besitzt — denn die schwachen sozialistischen Organisationen sind bedeutungslos —, wenn sie nicht eine einzige Tageszeitung ihr eigen nennt, sondern in der Bourgeoispresse ihr geistiges Futter sucht, und wenn ihre nüchternen gewerkschaftlichen Vierteljahrs- oder Monatsberichte auch nicht im entferntesten ein so reiches geistiges Leben wie in der deutschen Gewerkschaftspresse widerspiegeln können.

Aber auch noch ein anderes kennzeichnendes Beispiel für die Stimmung der englischen Arbeiterwähler während der Kriegszeit. Als des Kriegsgegners Keir Hardies Tod dessen Parlamentsmandat erledigt hatte, da bewarb sich um dasselbe u. a. auch Robert Smillie, der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, welcher in seinen politischen Anschauungen ungefähr Keir Hardie entsprach. Die überwiegende Mehrzahl der Wähler bestand aus Bergarbeitern, Keir Hardie war gleichfalls aus dem Arbeiterstande hervorgegangen. Wählten nun etwa die Bergarbeiter ihren Verbandsvorsitzenden und den Gesinnungsgenossen ihres bisherigen Vertreters, den Kriegsgegner Robert Smillie? Das fiel ihnen gar nicht ein, sondern statt dessen hoben sie einen der wütendsten Kriegshetzer auf den Schild. Dem Weisen genügts!

Was will demgegenüber alles Gerede besagen: Die englischen Arbeiter hätten ihr wahres Klasseninteresse noch nicht erkannt und seien demzufolge noch Schleppenträger ihrer Bourgeoisie; sie würden sich schon noch eines Besseren besinnen? Wird doch dadurch nur das bestätigt, was ich behaupte. Ein Narr, wer darauf noch während des Weltkrieges zu hoffen wagt. Es sei denn, daß auch in der Vorstellungswelt der englischen Arbeiter jede Hoffnung schwindet, durch Waffengewalt Deutschland niederzuzwingen.

Wie bei der englischen Bourgeoisie, so stachelt auch die englische Arbeiterklasse die quälende Sorge von der unleugbaren technischen Überlegenheit der deutschen Industrie an, alles daran zu setzen, den gefährlichen Wettbewerber niederzuboxen, koste es, was es wolle. Das Wort des Admirals Fisher zu Anfang des Krieges: keine falsche Humanitätsduselei, kein Mitleid mit und keine Gnade für den Feind, sondern Kampf mit allen Mitteln gegen denselben, wenn sie nur zum Ziele führen, entspricht so recht allgemeiner englischer Wesensart und jahrhundertelanger Gepflogenheit, wie die Geschichte zur Genüge lehrt. Daher die maßlosen Wutausbrüche englischer Arbeiterführer gegen Deutschland seit Ausbruch des Krieges.

Vollends verkehrt erst, auf das Erwachen internationaler Gefühle bei den englischen Arbeitern zu rechnen. Sie sind deren stets bar gewesen. Noch auf dem letzten internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen wurde den englischen Gewerkschaften, die die englischen Arbeiter mehr wie jede andere Institution repräsentieren, mit Recht der Vorwurf gemacht, sie hätten beim schwedischen Generalstreik 1909 „in grober Weise ihre Pflicht vernachlässigt“, und Viktor Adler meinte dort: „Auf Grund ihrer Statuten haben sie (die Engländer) prinzipiell jede Hilfe für das Ausland abgelehnt... Er möchte wissen, ob wenigstens jetzt die Engländer bereit sind, diese Gewerkschaftsstatuten zu ändern.“[1])

Solchen hartgesottenen Sündern gegenüber versagen daher alle Appelle an die internationale Solidarität der Arbeiterklasse. Wie konnte der Parteivorsitzende Ebert dennoch — in einem Leitaufsatz des „Vorwärts“ vom 18. August 1917, nachdem er zutreffend die Sabotage von Stockholm durch die Engländer und Franzosen und deren Anpassung an die Politik ihrer Regierungen geschildert — an die Möglichkeit einer Wendung der englischen und französischen Arbeiterschaft glauben und hoffnungsfroh ausrufen:

„Wie aber auch die englische Arbeiterpartei und die französischen Sozialisten sich zur Paßverweigerung stellen mögen, das Wachstum

[1]) Siehe Protokoll S. 97 und 98.

des Friedenswillens bei den Ententevölkern ist unaufhaltsam. Auch dort herrscht bei den Massen starke Friedenssehnsucht, die sich mit Gewaltmaßregeln nicht zurückdämmen läßt. Der Kampf zwischen Friedensverlangen und Kriegswillen wird schärfer wie bisher in Erscheinung treten, neue Kräfte werden sich für die Friedensarbeit einsetzen.... So bleibt trotz Lloyd George, Ribot usw. Stockholm für die Völker aller Länder das Symbol der Verständigung, der baldigen Beendigung des Blutvergießens."

Ist von dieser Weissagung bis jetzt, nach über Jahresfrist, irgend etwas eingetroffen? Einmal wird dieser fürchterliche Krieg ja sicher ein Ende finden. Stockholm wird jedoch nicht das Verdienst dafür in sein Lorbeerbuch eintragen können.

Weit nüchterner als Ebert beurteilte damals der jetzige Redakteur der „Neuen Zeit", die Stockholmerei. In der „Bremer Bürgerzeitung" vom 31. August schrieb er, die Beschlußfassung für Beschickung der Stockholmer Konferenzen durch die englischen und französischen Sozialisten auf ihrer bevorstehenden Londoner Konferenz für möglich erachtend: .... „aber völlig verkehrt wäre es, deshalb wieder, wie im Mai dieses Jahres, als der Plan der Stockholmer Tagung Gestalt zu gewinnen schien, schwülstige Pfingstgrüße nach Stockholm zu richten, in naiv-optimistischen Artikeln die demnächstige glanzvolle Wiederaufrichtung der Internationale zu feiern und neue Weltwenden anzukündigen. (Das war ein wohlverdienter Hieb gegen den „Vorwärts". Der Verfasser.) Eine etwas nüchterne Betrachtung der politischen Vorgänge im Rahmen der Gesamtverhältnisse und des geschichtlichen Gesamtverlaufs ist durchaus nötig, wenn künftig unsere Partei vor fortgesetzten bitteren Enttäuschungen bewahrt bleiben will. Das Hindernis einer Verständigung in Stockholm liegt auch nicht darin, daß vielleicht die Lloyd Georgische und die Ribotsche Regierung selbst bei einem starken Votum der Londoner Konferenz für Stockholm auf der Verweigerung der Pässe beharren könnten. Die englische und französische Arbeiterschaft hat, wenn sie nur will, es jederzeit in der Hand, durch Aufkündigung ihres bisherigen Verhältnisses zu diesen Regierungen deren Widerstand zu brechen. Das Hindernis liegt vielmehr in der Art und Weise, wie man in der englischen Arbeiterpartei und der unter der Führung von Thomas und Renaudel stehenden französischen Parteimehrheit den Zweck der Stockholmer Verhandlungen auffaßt und mit welchen Absichten man nach Stockholm geht. Nichts ist verkehrter als die Annahme, jene, die in London für den Gang nach Stockholm eintreten, seien auch zu einem ehrlichen Verständigungsfrieden auf der Basis ‚Keine Annexionen und keine Entschädigungen!' bereit. Die meisten

wünschen im Gegenteil, wie Henderson offen erklärt hat, die Fortsetzung des Krieges bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands. Der Grund, der sie veranlaßt, für Stockholm zu stimmen, besteht in der Befürchtung, das Fernbleiben der Ententesozialisten von Stockholm könnte in Rußland verstimmen und die russischen Sozialisten bewegen, sich mit dem Gedanken des Abschlusses eines Sonderfriedens vertraut zu machen, zweitens aber der Stockholmer Kongreß könnte dann ohne Beteiligung der Engländer und Franzosen stattfinden und mit irgendwelchen Erfolgen der deutschen und österreichischen Sozialisten enden."

Kennt man die englische Arbeiterbewegung, so hat man auch den Schlüssel für ihren Ableger, die amerikanische Arbeiterbewegung, mit dem Unterschied, daß sie sich noch mehr als die englische in nationalistischen und kapitalistischen Bahnen bewegt. Der „Demokrat" Wilson machte deshalb mit den paar aufsässigen Elementen in ihr kurzen Prozeß, indem er nicht nur die Pässe für die Vertreter nach Stockholm verweigerte, sondern nahezu die ganze sozialistische Presse, die in englischer Sprache erschien, unterdrückte. Alles was sonst Bedeutung hatte, die amerikanischen Gewerkschaften mit Gompers an der Spitze, stellte sich rückhaltlos in den Dienst der Wilsonschen Kriegspolitik.

Von der französischen sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsschaftsbewegung durfte man nach ihrer Vergangenheit und nach ihrer sonstigen geräuschvollen Demonstrationspolitik wohl eine andere Stellungnahme zu der französischen Regierung und deren Revanche- und Eroberungspolitik während des Krieges erwarten. Wer aber den leicht entflammten, beweglichen und unsteten gallischen Charakter kannte, der wurde nicht besonders enttäuscht, als die französischen Arbeiter und deren Führer in das Gegenteil umschlugen und die fanatischsten Verteidiger der französischen „culture" gegen „deutsche Barbarei" wurden und als Verfechter aller möglichen Menschenrechte „l'union sacrée" (Die heilige Einigkeit), mit den bürgerlichen Parteien „jusque abont" (bis zum Ende) eingingen. Hervé ist nicht etwa eine Abart, sondern ein Typ in Reinkultur des französischen Nationalcharakters. Das ist nun so des Landes Brauch und menschlich um so eher bei den Franzosen zu verstehen, da ihr Land von Anfang an Kriegsschauplatz war. Zu erwarten war von ihnen aus diesen und den von Cunow gezeichneten Gründen für Stockholm nichts.

Ebensowenig von den italienischen Sozialisten, deren eine Hälfte unter Bissolati zu den fanatischsten Verfechtern des „heiligen Egoismus" italienischer Verräter- und Eroberungspolitik gehörte, während die Kriegsgegnerschaft der anderen Hälfte Zimmerwaldscher Richtung mindestens ebenso zweifelhaft war wie seinerzeit die „Gegnerschaft" der

damals noch geeinten italienischen Partei gegen das Tripolisabenteuer, einer der unverhülltesten Raubzüge mitten im Frieden, welche die Geschichte aufzuweisen hat. In der „Neuen Zeit" hat damals Oda Olberg diese pflaumenweiche Gegnerschaft der italienischen sozialistischen Partei gebührend gekennzeichnet. Nichts besseres war von den italienischen Gewerkschaften zu erwarten, die zum guten Teil in das Hetz- und Kriegsgeschrei gegen die „teutonischen Barbaren" schon vor dem Eingreifen Italiens in den Krieg mit eingestimmt hatten und die zudem an Zahl schwach und durch innere Gegensätze syndikalistischen Charakters zerrissen waren.

Über Rußland ist schon an anderer Stelle das Nötige gesagt und die schwachen sozialistischen Parteien der kleineren feindlichen Staaten vermochten nichts zugunsten von Stockholm in die Wagschale zu werfen.

Der Einheitsfront der Sozialisten der Ententestaaten gegenüber konnte von einer solchen der Sozialisten der mit uns verbundenen Völker nicht gesprochen werden. Im Gegenteil: die Tschechen propagierten einen besonderen Staat im Staate mit den Slowaken und wollten überdies den Polen gleichfalls einen selbständigen Staat zuerkennen, als dessen „angemessene Grundlage" sie alle von polnischer Bevölkerung besiedelten Gebiete für geeignet erachteten. Die Deutschen Böhmens sollten natürlich der tschechischen Wenzelskrone untertan werden und unsere östlichen, mit polnischer Bevölkerung durchsetzten Provinzen sollten dem neuen polnischen Staate einverleibt werden. Auch die ungarischen Sozialisten wollten uns großmütig von den östlichen Provinzen zugunsten der Polen „befreien". Sogar auf die deutsch-österreichischen Sozialdemokraten war kein sicherer Verlaß, daß sie dem deutschen Standpunkt gerecht werden würden. Kamen doch in dem führenden Blatt der österreichischen Sozialdemokratie, der Wiener „Arbeiterzeitung", immer mehr Anschauungen obenauf, die wie ein Ei dem anderen denen unserer „Unabhängigen" glichen, nur mit dem Unterschied, daß man dort es mit dem Ruf nach einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen nicht so genau nahm, wenn dabei die sogenannte austro-polnische Lösung und Grenzregelungen auf Kosten Rumäniens mit unterlaufen sollte.

Wäre es also nach den bundesbrüderlichen außenpolitischen Programmen gegangen — über Elsaß-Lothringen sollten wir auch mit uns reden lassen, wurde uns zugeredet —, so wäre Deutschland, das die größten Lasten des Krieges getragen hatte, wie ein gerupfter Vogel aus dem Weltkriege hervorgegangen; trotz des Geschreies gegen Annexionen, östlich und westlich seiner unentbehrlichsten Provinzen und

Sicherungen beraubt, womit ein Stoß in das Herz Deutschlands für zukünftige Fälle vorbereitet gewesen wäre.

Es ist einer der untilgbarsten und unverzeihlichsten Schuldtitel des „Vorwärts“, nicht kräftig demgegenüber den deutschen Standpunkt gewahrt zu haben, obgleich er dazu schon in Rücksicht auf die Denkschrift der deutschen sozialdemokratischen Delegation an das holländisch-skandinavische Komitee verpflichtet gewesen wäre.

Die verächtlichste und widerlichste, aber nicht zu unterschätzende Gegnerschaft hatte die deutsche Sozialdemokratie in Stockholm von den aus ihren Reihen hervorgegangenen „Unabhängigen“ zu erwarten, die man, wenn auch aus durchsichtigen Gründen — weil sie, es sei dahingestellt, ob bewußt oder unbewußt, die Geschäfte des Auslandes besorgten — im Auslande als die „wahren“ Sozialisten bewertete, während man die Mehrheitssozialisten als Verräter ihrer früheren Prinzipien zu bezeichnen beliebte.

Standen nach alle diesem von vornherein die Aussichten für Stockholm auf Null, so hätte es vielleicht eine Möglichkeit gegeben, sie zu bessern, wenn das holländisch-skandinavische Komitee eine wirkliche Macht hinter sich, das nötige Verständnis für die durch den Weltkrieg aufgeworfenen Probleme und was für Deutschland dabei auf dem Spiele stand, besessen hätte. Leider waren diese Vorbedingungen nicht gegeben.

Daß kleine Staaten, wie Holland und die skandinavischen Staaten, nur geringe Macht in die Wagschale zu werfen haben, bedarf nicht erst einer langatmigen Beweisführung. Und mit Ausnahme von Dänemark, das aus mancherlei Gründen sich möglichst neutral halten muß, sind sie englisch orientiert, vornehmlich weil sie die englische Seetyrannei fürchten und genau wissen, daß England seine Seegewalt rücksichtslos gegen störrische kleine Völker anwendet. Holland hat dies nicht erst, wie Griechenland, in dem jetzigen Kriege erfahren, sondern schon in früheren Kriegen gegen England, in denen es schließlich unterlag. Sein Handel und seine Kolonien sind von der Gnade Englands abhängig; es rechnet wenigstens mit diesem als einer in absehbarer Zeit nicht zu ändernden Tatsache. Norwegen ist wirtschaftlich von England abhängig; ein Netz englischer Unternehmungen überspinnt das Land und seine zahlreichen Handelsschiffe stehen meistens im Dienste Englands. Schwedens wirtschaftliche Interessen bedingen zwar nicht die Anlehnung von England, allein man muß nun einmal mit der Tatsache rechnen, daß sich besonders unter Brantings Einfluß Schweden mehr und mehr der englischen Einschüchterungspolitik unterworfen hat. Wirtschaftliche Interessen pflegen aber auch die politischen Handlungen der Arbeiter und Sozialisten der meisten

Länder zu bestimmen; diese lassen sich daher nicht von so verstiegenen Ideologien wie viele deutschen Sozialisten leiten, von denen manche solche ökonomischen Zusammenhänge nur als ein Buch mit sieben Siegeln kennen. Unter den so gegebenen Verhältnissen war es wahrlich kein Wunder, wenn das Manifest der Neutralen an die Internationale derb vielverbandsfreundlich ausfiel und ähnliche Mahnungen und Zumutungen an die deutsche Bescheidenheit und Verzichtfreudigkeit gestellt wurden, wie sie bereits die neutrale sozialistische Konferenz im Haag im Vorjahre für gut befunden hatte, wo nicht nur „als eine selbstverständliche Vorbedingung jeder Unterhandlung über den Frieden die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens als selbständige Staaten" erklärt, sondern auch die Erwartung ausgesprochen wurde, „daß auch die deutsche Sozialdemokratie bereit sein wird, über die elsaß-lothringische Frage mit der französischen Partei zu verhandeln". Von den gehäuften Sünden des Vielverbandes im Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker schwieg auch dort des Sängers Höflichkeit. Irland, Burenland, Indien, die Türkei, Ägypten, Persien, Tunis, Tripolis, Marokko, Griechenland, die Seetyrannei Englands, die vielen despotisch unterjochten Völker Rußlands standen dort nicht im Schuldbuch des Vielverbandes. Es versteht sich am Rande, daß man für die französischen und englischen Sozialisten sowie für Vandervelde alle möglichen und unmöglichen Entschuldigungsgründe ins Feld führte, während die Deutschen mit der schlechtesten Zensur bedacht wurden. Selbst Troelstra warf ihnen den Burgfrieden und weiter vor, keinen ernsthaften Kampf für die Einführung des parlamentarischen Systems gewagt zu haben.

Und das alles, obgleich der deutsche Parteivorstand der Haager Konferenz eine Denkschrift unterbreitet und darin alle seine Bemühungen zur Herbeiführung eines baldigen Friedens dokumentarisch dargelegt hatte. Der Parteivorstand hätte schon damals daraus die Lehre ziehen sollen: wer sich entschuldigt, klagt sich an, und wer jeder eingebildeten Friedensgelegenheit nachjagt, dafür leicht Gefahr läuft, mit Fußtritten bedacht zu werden. Seine Denkschrift nach Stockholm war, hieran gemessen, immerhin eine Tat, welche die sogenannten Neutralen daran erinnerte, daß es auch noch einen anderen Standpunkt als den der Entente gäbe.

Einzig und allein die dänischen Sozialisten, allen voran der tapfere Byorgberg, der Chefredakteur des Kopenhagener „Sozialdemokraten", hatten, abgesehen von einigen holländischen und schwedischen Genossen, den Mut, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Der Kopenhagener „Sozialdemokrat" schrieb daher u. a. am 23. Juli 1917:

„Der größte Widerstand gegen einen baldigen Frieden kommt von Frankreich, England und Amerika. Frankreich verblutet zweifellos, die Regierung hält aber krampfhaft die Kriegsstimmung aufrecht durch die Hoffnung auf Elsaß-Lothringen. England hat seine Kriegsziele erreicht: es hat Deutschland in der ganzen Welt unpopulär gemacht, seinen Welthandel gelähmt, seine Kolonien erobert, Arabien von der Türkei getrennt und sich in Süd-Persien und Mesopotamien festgesetzt. Wäre England sicher, bei Friedensschluß dies alles behalten zu können, so wäre der Friede schon morgen da; die elsaß-lothringische, polnische und ähnliche Fragen würden für den englischen Imperialismus zu Kleinigkeiten werden.

England hat, trotz allem Liberalismus, namentlich in den letzten Jahren, seine Stellung auf Ausbeutung aller Weltteile aufgebaut, und zwar durch zahlreiche Kriege. Allein seit 1871 hat es 34 Kriege geführt und 59 Millionen Menschen unter seine Herrschaft gebracht. Nirgends kann das Wort Imperialismus mit solchem Rechte gebraucht werden, wie bei England. Es ist nur Heuchelei, wenn in der englischen Chauvinistenpresse der ganze Krieg unter dem Schlachtruf: ‚Gegen den deutschen Imperialismus' geführt wird. Es handelt sich um Deutschlands friedliche Handelsentwicklung, die Englands Weltmonopol bedrohte. England wollte allein das Weltreich bleiben und einem Konkurrenten keinen Platz lassen. Fragt man, wer am Weltkrieg interessiert war, so kann die Antwort: England nicht zweifelhaft sein. Deutschland hatte vom Frieden nur Vorteile."

Aber eine Schwalbe macht keinen Sommer. Nicht von ungefähr fanden die Konferenzen in Stockholm statt, wo der Geist Brantings über den Wassern schwebte. Brantings, der sich der Entente mit Leib und Seele verkauft hatte. Man braucht das Wort „verkauft" nicht wörtlich zu nehmen, obgleich es nicht sonderlich überraschen würde, wenn später einmal aus geheimen Archiven bekannt werden sollte, daß er, ein schwedischer Karl Vogt, aus dem Reptilienfond der Entente gespeist worden wäre, um seine wiederholten kostspieligen Reisen an die französische Front, sein Techtelmechtel mit dem russischen Gesandten, seine sonstigen der Entente geleisteten unzähligen Dienste gebührend zu honorieren. On la femme, cherchez la femme! Seine französische Frau wird ihn gewiß nicht an seinen Ententediensten gehindert haben. Herr Branting ist anläßlich des schwedischen Generalstreiks 1909 in Berlin von Gewerkschaftsbureau zu Gewerkschaftsbureau gelaufen, um Hilfe für die schwedischen Arbeiter zu erlangen. Sie ist ihm in hohem Maße zuteil geworden, denn über eine Million Mark haben damals die deutschen Arbeiter für ihre schwedischen Arbeitskameraden aufgebracht. Seine englischen und französischen

Freunde haben Branting damals völlig im Stiche gelassen, wie auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Kopenhagen (1910) nachdrücklichst betont wurde. Oder sind etwa die schwedischen Streikenden 1909 von den 20 Franken (!) Unterstützung und der dazu gehörigen bombastischen Resolution der Franzosen, die mit den Worten schloß: „Es lebe die soziale Revolution", satt geworden?[1]) Das ist der Dank vom Hause Branting: die deutschen Arbeiter zu beschimpfen, ihre wirtschaftliche Zukunft zu untergraben und ihre schwedischen Verteidiger als deutschfreundliche Aktivisten, wie beispielsweise den kenntnisreichen Professor Steffens, zu verdächtigen und sie deshalb aus der sozialdemokratischen Partei hinauszuwerfen!

Wie es um Stockholm bestellt war, hat seinerzeit der sicher nicht deutschfreundliche Karl Radek durch eine scharfe Kritik am Friedensentwurf des holländisch-skandinavischen Komitees wie folgt bekundet:

„Von den englischen Eroberungen in Asien und Afrika spreche es kein Wort. Von der Wiedergabe Bagdads und Arabiens zu schweigen, aber die Unabhängigkeit Belgiens unbedingt zu fordern, heiße unter der Maske der Anerkennung des früheren Besitzstandes den glatten Sieg des englischen Imperialismus wollen. Die Verbindung Bulgariens mit Österreich verbieten und die Abtrennung Armeniens und Mesopotamiens stillschweigend gutheißen — das sei das Stockholmer Programm der neutralen Sozialisten und das Programm eines siegreichen Englands, auf Kosten der Mittelmächte wie der übrigen Ententestaaten. Die Herren Branting und Troelstra hätten sich nur bei der Aufstellung ihres ‚gerechten' Programms ein falsches Bild von der militärischen Lage nach der irreführenden Lektüre ihrer Leibblätter gemacht. Etwas besser unterrichtet seien die Sowjet-Kreise mit ihren Friedensvorschlägen. Aber solange sie am Bündnis mit der Entente-Bourgeoisie festhielten, sei auch dieses Programm nur Schein. Sie forderten die Neutralisierung der Seewege — mit Ausnahme Gibraltars. Ähnliche Einwände könnte man dutzendweis erheben. Das schlimmste aber sei, daß sich auf diese Kompromißprogramme kein Mensch einigen könne."

Aus allen diesen Gründen mußte der schillernde Film Stockholm über die Leinwand gehen, ohne irgendwelche friedensfördernde Spuren zu hinterlassen.

Nur in der ferneren äußeren Politik der deutschen Sozialdemokratie hat Stockholm bis auf den heutigen Tag seine Spuren deutlich eingegraben, gemäß dem Gesetz der Schwere oder der Trägheit, das eine Kugel noch lange auf der einmal eingeschlagenen Bahn fortrollen läßt.

---

[1]) Siehe Protokoll des Kongresses S. 33.

Der Rütlischwur vom 19. Juli 1917.

Am 19. Juli 1917 erlebte die staunende Welt ein merkwürdiges Schauspiel. Im deutschen Reichstage traten Zentrumsleute, Volksparteiler und Sozialdemokraten zu einem Rütlischwur zusammen für einen Frieden ohne erzwungene Gebietsabtretungen, für Demokratisierung und Parlamentarisierung Deutschlands. Es ist jedenfalls nicht sicher erwiesen, daß in unserer nüchternen Gegenwart Zeichen und Wunder geschehen. Daß es aber in der sozialdemokratischen Partei noch hervorragende Leute gibt, die an Zeichen und Wunder glauben, daran ist nicht zu zweifeln. Nicht etwa, daß ich damit das Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien überhaupt verspotten wollte. Im Gegenteil: wie in andern Ländern halte ich auch in Deutschland die Zusammenfassung aller Volkskräfte in dem gigantischen Ringen um Sein oder Nichtsein während des Weltkrieges hinauf bis zum Ministerialismus für dringend notwendig und bin auch in zahlreichen Aufsätzen der Parteipresse („Neue Zeit", „Sozialistische Monatshefte", Chemnitzer „Volksstimme", „Glocke" sowie auch in der von mir redigierten „Buchbinderzeitung") für diese Auffassung eingetreten. Aber wenn schon, dann schon mit einem möglichst fest umrissenen Kompromißprogramm. Jene Geburtsstunde absonderlichen deutschen Parlamentarismus glich jedoch einem Dreigespann, wovon jedes der Rosse den Reichskarren nach einer andern Richtung hinzuzerren versuchte. Das übersah die Reichstagfraktion mitsamt dem „Vorwärts" in illusionärer Verblendung und in der Maienblüte ihres stockholmerischen Rausches, obgleich die Vorgänge am voraufgegangenen 15. Mai sie hätten warnen sollen, den Überschwang ihrer Hoffnungen nicht so sehr in die Halme schießen zu lassen. Damals hatte Herr Spahn namens des Zentrums, der Volkspartei, der Nationalliberalen und der Mehrheit der Deutschen Fraktion eine eingehende Erörterung über die Friedensziele als den Interessen Deutschlands nicht dienlich sowie eine Festlegung auf den Gedanken eines Friedens ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen abgelehnt. Mochte der wandlungsfähige und wandelbare Herr Erzberger auch für einen Augenblick den Anschein erwecken, als ob die

Mehrheit jener Parteien so schnell umgelernt habe, so hat doch die Folgezeit bald das Gegenteil ergeben.

Hierüber brauchte man sich von vornherein keinen Täuschungen hinzugeben, da eine praktische Politik auf Grund der sozialdemokratischen bzw. ursprünglich russischen Friedensformel unmöglich und das allerungeeignetste Instrument für das erstrebte Ziel war bei den Gedankengängen, in denen sich die ablehnende Politik der feindlichen Mächte bewegte. Zum Friedenschließen gehören nun einmal zwei, und nachdem auf den so oft vergeblich ausgeworfenen deutschen Friedensangelhaken nicht der kleinste Hecht im Karpfenteiche der Entente angebissen, hätte man endlich genug sein lassen sollen des grausamen und unnützen Spiels. Körbe hatte man doch nun schon mehr als genug bekommen. Männlicher, würdevoller und zweckdienlicher wäre es daher gewesen, die Partei hätte etwa folgende Sprache geführt:

„Man kann unsere Haltung nur durch eins ins Unrecht setzen, nämlich durch den Nachweis, daß die feindlichen Regierungen nicht das Kriegsziel haben, Deutschlands Wirtschaftsmacht vernichtend zu treffen, daß sie im Gegenteil bereit seien, einen Frieden zu schließen, der unserem Lande auch nur die gleiche wirtschaftliche Bewegungsfreiheit ließe, die es vor dem Kriege hatte. Wäre dies nachgewiesen — dann, ja dann müßten wir all unseren Einfluß aufbieten, um dem Kriege auch gegen den Willen der Regierung ein Ende zu machen! Wer aber nicht die ganze Kriegszeit verschlafen hat, der kann über die Absicht der feindlichen Regierungen nicht mehr im Zweifel sein. Nach dem Hohn, mit dem man von drüben das deutsche Friedensangebot beantwortet hat, nach der Veröffentlichung des ganzen Annexionsprogramms der Entente, bedarf es keines Wortes mehr darüber. Das deutsche Volk kämpft in der Tat nur um das Recht, seinen 70 Millionen auch künftig im eigenen Lande ausreichende Nahrung bieten zu können. Und diese Millionen sind nicht nur Kommerzienräte, Großindustrielle und Großbauern — ihre Masse bildet das werktätige Volk in Fabrik und Werkstatt, in Gruben, auf dem Bauplatz und auf dem Acker. Um deren Zukunft wird heute ebenso gekämpft wie um die Gewinne des Großkapitals. Für das Schicksal dieser Massen fühlt die Partei sich mitverantwortlich."

Damit hätte die Partei sich nichts vergeben, sondern nur wörtlich das wiederholt, was der Parteivorstand als einem „Appell an Denkende" in einer recht verständigen Rechtfertigungsschrift[1]) nicht lange vorher geschrieben hatte. Hatte er das inzwischen alles „verschlafen"?

[1]) „Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen. Ein Appell an Denkende". Herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Ich bestreite übrigens ganz entschieden, daß, wie behauptet wird, neunzig Prozent des deutschen Volkes ohne weiteres und zu jeder Zeit für den „Scheidemannfrieden" gewesen wären. Ich erinnere mich noch recht lebhaft dessen, wie ein Unterschriftensammler für eine der Friedenspetitionen des Parteivorstandes enttäuscht auf einem Parteizahlabend eingestand, daß vielfach die Unterschrift deshalb verweigert worden sei, weil man es nicht einzusehen vermöchte, daß alle die Angreifer Deutschlands, sie möchten ihre Zerstücklungspläne aufrechterhalten, einen Frieden ohne Annexionen ausschlagen und den Krieg so lange fortsetzen wie sie wollten, nichts als milde Verzeihung für alle ihre Sünden und für die unerhörten Blutopfer, die sie Deutschland auferlegt hätten, bekommen sollten. Dieses Empfinden ist so natürlich und sittlich-rechtlich, daß alle parlamentarische Sophisterei dagegen nicht aufzukommen vermag.

Übrigens widerspricht es straks der geschichtlichen Wahrheit, wenn man jetzt nur der damaligen Regierung, der Obersten Heeresleitung und den alldeutschen Annexionsabsichten nachsagt, denn auch unter den sozialistischen Führern gab es solche, die nicht aus Eroberungsgier, wohl aber aus Rücksicht auf die zukünftige Sicherheit Deutschlands und auf dessen wirtschaftliche Entwicklung sowie im Hinblick auf die ausgesprochenen und von je betätigten Eroberungsziele der feindlichen Mächte Gebietserwerbungen Deutschlands für zulässig hielten. Bei den Zusammenkünften der sogenannten „Heidelberger" (benannt nach der Gastwirtschaft „Zum Heidelberger", wo die Zusammenkünfte des öfteren stattfanden), die ein Gegengewicht zu der Opposition der Haase und Genossen bilden sollten und an denen u. a. die Reichstagsabgeordneten Bauer (der jetzige Reichskanzler), David, Lensch, Cohen-Reuß, Südekum, Schöpflin, Silberschmidt, der Redakteur des „Korrespondenzblattes der Gewerkschaften" Jansson, Baumeister von der „Internationalen Korrespondenz", Poetzsch vom Bureau des Parteivorstandes, die Gewerkschaftsführer Leipart (Holzarbeiterverband), Schmidt (Landarbeiterverband), Paul Müller (Transportarbeiterverband) und ich vom Buchbinderverband teilnahmen, wurde durchaus nicht jede Annexion abgewiesen. Ich entsinne mich sehr wohl noch einer Sitzung, wo nach gewaltigen Niederlagen der russischen Armee das Annexionsproblem behandelt wurde und wo der Abgeordnete David die Dünalinie für die am besten die zukünftige Sicherung Deutschlands vor russischen Angriffen gegebene Grenze an der Hand einer Karte bezeichnete.

Wie berechtigt solche Vorsichtsmaßnahmen gegenüber den feindlichen Mächten waren, beweist ja am deutlichsten der uns von ihnen aufgezwungene Unterjochungsfriede.

Wie reimt sich das übrigens zusammen: wenn einerseits Scheidemann im Reichstage am 15. Mai 1917 den „Milchmädchenrechnungen" der Alldeutschen eine Gegenrechnung unter der Annahme eines nur um 100 Tage verlängerten Krieges vorhielt — „das bedeutet zehn Milliarden Kriegskosten, 12000 Tote und 300000 Verwundete und Verstümmelte mehr" usw. — und im Anschluß daran mit der Revolution drohte, wenn die deutsche Regierung um Eroberungsziele willen den Krieg fortsetzen wolle, anderseits aber den feindlichen Regierungen und Völkern einen Freibrief für weitere jahrelange Fortsetzung des Krieges um Eroberungsziele willen ausstellt und ihnen auch für diesen Fall gleichsam zuruft: Euch sei alles vergeben und vergessen? Nahm sich aber einmal jemand heraus, auf das natürliche Empfinden des Volkes hinzuweisen, dann wurde er strenge in die Schranken der vorgeschriebenen amtlichen Parteidenkweise zurückverwiesen. So erging es beispielsweise dem Angestellten des Bergarbeiterverbandes Leimpeters nach einem bezüglichen Aufsatz in der „Glocke". Pünktlich erfolgte eine feierliche Verwahrung des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes gegen eine solche Ketzerei, die natürlich in der Parteipresse mit Wohlgefallen abgedruckt wurde. Kraftvoll dagegen eine solche Gesinnung, deren man sich wahrlich nicht zu schämen brauchte, vertreten, wie es der sozialdemokratischen Partei nicht schlecht angestanden hätte, würde natürlich auch die Stimmung der sozialdemokratischen Massen entsprechend beeinflußt und selbst im Auslande einen viel besseren Eindruck gemacht haben als die ewige Friedensbettelei, in die man auch die bürgerlichen Parteien und die Regierung durch Bitten und Drohungen mit dem Zorn des Volkes, mit der Kredit- und Budgetverweigerung und schließlich mit der Revolution, nicht immer ohne Erfolg, wie der 19. Juli bewies, hinabzuziehen sich bemühte.

Welch ein ganz anderes Bild in den Ententeländern! Mit welcher robuster Selbstverständlichkeit standen dort alle Bevölkerungsklassen für ihre Kriegsziele ein und gelobten sich gegenseitig durchzuhalten, bis die Mittelmächte niedergerungen seien, da sonst der Friede nur ein fauler sein könne. Ein Lloyd George, ein Clemenceau wurden dort als die rechten Männer auf dem rechten Platze befunden. Sydnei Webb, der Geschichtsschreiber der englischen Gewerkschaften, bekundete erst wieder am Schlusse des vierten Kriegsjahres den festen Entschluß der englischen Arbeiter, bis zum vollen Siege über die Mittelmächte den Krieg fortzusetzen. Gerade dieser immer wiederholte unerschütterliche Hinweis auf die Gerechtigkeit der eigenen Sache (obwohl sie von wilder Eroberungsgier und Zerschmetterungsabsichten durchtränkt ist), hielt den Glauben im eigenen Volke hoch

und zwang schließlich auch das neutrale Ausland in seinen Bannkreis. Zum wenigsten erweckte es den Anschein, daß der Vielverband im Bewußtsein seiner Überlegenheit, trotz der jeweiligen glänzenden militärischen Lage Deutschlands an seinen endgültigen Sieg nicht zweifelte.

In diesem Bewußtsein wurden sie durch niemand mehr bestärkt als durch den Wortführer der deutschen Sozialdemokratie, Scheidemann, der nicht müde wurde, immer wieder zahlenmäßig die „gewaltige Übermacht der Feinde" zu betonen. Dabei haben die Quadratkilometer- und Einwohnermillionenzahlen des Genossen Scheidemann selbst einen starken Strich milchmädchenhaftes an sich, wie der bisherige Verlauf des Krieges klar erwiesen hat. Denn bis jetzt hat jene roh zahlenmäßige Überlegenheit der Feinde noch nicht in der militärischen Lage sich Geltung verschaffen können. Es kommen sehr wesentlich auch noch andere Faktoren in Betracht als Flächengröße und Volkszahl. Kohle und Eisen, Stand der Industrie, Intellekt der Bevölkerung u. dgl. m. spielen dabei eine wichtige Rolle. Ja, unter Umständen kann die verhältnismäßige Kleinheit eines Gebiets eine größere Kraftquelle sein, als wenn die Kraftströme erst tausende Kilometer hergeleitet werden müssen. Ein amerikanischer Ingenieur, Finlay, hat im Jahre 1915 in der „Mining and Metallurpical Society of Amerika" in New York einen Vortrag[1]) über den Einfluß der Produktion von Kohle und Eisen und die damit zusammenhängende industrielle Leistungsfähigkeit auf den Ausgang des Krieges gehalten und war auf Grund seiner Untersuchungen zu dem Ergebnis gelangt, daß Deutschlands Übergewicht sowohl an Eisen und Kohle, wie auch an Leistungsfähigkeit seiner Arbeiter über seine Gegner unzweifelhaft sei, zumal da man den Besitz der Eisen- und Kohlenschätze von Belgien und Nordfrankreich mit in Rechnung stellen müsse. Es wäre richtiger für die deutsche Sozialdemokratie gewesen, sich solche Berechnungen zu eigen zu machen, anstatt auf ihre „Milchmädchenrechnungen", unrichtigen Voraussetzungen, falschen Schätzungen und trügerischen Hoffnungen ihre Politik aufzubauen, womit sie den Kriegswillen in den feindlichen Staaten erfahrungsgemäß nur gestärkt hat. Friedrich Engels als Militärschriftsteller könnte ihr dabei als leuchtendes Beispiel dienen. Die Berufung darauf, Deutschland sei bloß im Verteidigungskrieg unüberwindlich, wirkt nun einmal im feindlichen Auslande nicht überzeugend, wenn man vorher die materielle Überlegenheit desselben mit den höchsten Flötentönen verkündet hat. Mit einem solchen Rattenfängerliede lockt man im feindlichen Auslande keinen Friedensfreund hinter dem Ofen hervor; höchstens kleinbürger-

[1]) Siehe Berliner Tageblatt, 2. Beiblatt, vom 10. November 1915.

liche deutsche Parteiführer vom Schlage des Herrn Matthias Erzberger und anderer.

Was ist denn von all den Hoffnungen Scheidemanns und des „Vorwärts" beim Rütlischwur mit den bürgerlichen Parteien am 19. Juli 1917 übrig geblieben? Ein „Scherbenhügel", wie verzweifelnd der Reichstagsabgeordnete Hermann Wendel — übrigens einer der ethisch-ästhetisch „orientiertesten", dem Phantom des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Nationen (Serbien) nachjagenden sozialdemokratischen Politiker — später ausrief.

Freilich, schlägt man die damalige Rede Scheidemanns im „Vorwärts" nach, „so konnte es keinen Reichskanzler mehr geben, der nicht im Sinne unserer Entschließung (dem Rütlischwur vom 19. Juli) handeln müßte". Nach ihm war „der demokratische Fortschritt nicht mehr ein Parteiziel, sondern ein deutsches Volksziel geworden". „Heute sind es nicht mehr die zornigen Stimmen der Machthaber, die über Kriegsschuld und Kriegsziele reden. Jetzt spricht — wie in Stockholm — Volk zu Volk. Menschen reden zu Menschen und fordern sie auf, untereinander einen ehrlichen Frieden zu schließen" — so rief er, mehr begeistert als zutreffend, aus. Der gute alte „Vorwärts" stimmte natürlich in den Schwanengesang auf eine begrabene Zeit mit ein:[1])

„In der Annahme dieses Programms liegt für die Regierung ein unwiderstehlicher Zwang, nach ihm zu handeln. Sie kann auf der zukünftigen Friedenskonferenz nicht mit Forderungen auftreten, die diesem Programm widersprechen. Es ist darum von heute ab sehr gleichgültig, wie dieser oder jener einflußreiche Mann über die Kriegsziele denken möchte. Töricht wäre der deutsche Staatsmann, der sich durch Winkelzüge aus der Bindung dieses Reichstagsbeschlusses zu befreien versuchte. Zu bald müßte er erfahren, daß solche Versuche vollkommen aussichtslos sind."

Alle diese Träume mußten wie Spreu vor dem Winde zerstieben, weil sie, in völliger Verkennung der Wirklichkeit, mit eingebildeten Größen rechneten. Praktische Anwendung einer solchen Politik war daher unmöglich. Ein zerrüttetes, in chaotischer Gärung befindliches Rußland entzog sich auf Jahre, ja vielleicht auf Jahrzehnte lang jeder Berechnung, bot kein Feld für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die bezüglichen Experimente Kerenskys und der ihm in der Herrschaft folgenden Bolschewisten zeigten vielmehr unter allerlei sozialistischen und revolutionären Verkleidungen das eine Ziel: Großrußland unter allen Umständen gegenüber seinen widerstrebenden Randvölkern aufrecht zu erhalten. — Und fügst du dich nicht willig, so brauch' ich

[1]) „Vorwärts" vom 20. Juli 1917.

Gewalt! Aus der großen französischen Revolution kann man sehr wohl die Lehre ziehen, welcher langjährigen Zuckungen ein Land unterworfen wird, wenn es vom Feudalsystem zum kapitalistischen System übergeht, um wie viel mehr ist das zu erwarten, wenn ein halbfeudales Land mit noch gering entwickelter kapitalistischer Produktionsweise in eine sozialistische Republik übergeführt werden soll. Ein Russe, Berow, war es, der in der „Internationalen Korrespondenz" vom 28. Januar 1918 nachwies, welch ein „heller Wahnsinn" es sei, für die durcheinandergewürfelten Großrussen, Ukrainer, Polen, Tataren, Weißrussen, Juden, Letten, Esten, Litauer, Armenier, Grusinier und sonstigen Völker Rußlands deren Selbstbestimmungsrecht durchzuführen. Im Brutofen parlamentarischer Beredsamkeit mag solch ein politischer Homunkulus scheinbar zu erzeugen sein, wirkliches Leben wird man ihm jedoch nicht einzublasen vermögen.

Man mag sich zu den Einzelheiten und den Begleiterscheinungen des Ostfriedens stellen wie man will, so darf man doch nicht das Ziel deutscher Politik dabei außer acht lassen: unsere Ostgrenzen zu sichern, den Russen den Weg nach Konstantinopel überhaupt, insbesondere aber über Berlin zu verlegen und zu verhüten, daß nicht unmittelbar an Deutschlands bisherigen Grenzen neue Brutstätten feindlicher Angriffsabsichten sich auftun konnten. Über die Richtigkeit der getroffenen Friedensvereinbarungen darf man streiten und ob sie endgültig aufrecht zu erhalten sind, wird die Zukunft lehren. Ob die sozialdemokratische Politik etwas besseres an deren Stelle zu setzen vermocht hätte, muß billigerweise bezweifelt werden. Den bürgerlichen Parteien durfte man um so weniger zumuten, sie als untrüglichen Leitfaden zu befolgen, als in der sozialdemokratischen Fraktion die verschiedensten Meinungen sich kreuzten und einem planlos zusammengefügten Flickenteppich glichen. Nach einer Veröffentlichung des Abgeordneten Schöpflin im „Sächsischen Volksblatt" ergab sich bei der Abstimmung über den Russenfrieden folgendes buntgescheckte Bild: Für die Annahme des Vertrages stimmten 25 Fraktionsmitglieder, für die Ablehnung 12, für Stimmenthaltung 29. In einer zweiten Abstimmung waren 25 für und 40 gegen Annahme. In der dritten Abstimmung wurde dann die Stimmenthaltung mit 48 Stimmen beschlossen. Mehr an „Zielklarkeit" kann man wirklich nicht verlangen!

Vielleicht war der „Vorwärts" gerade deswegen ein angemessenes Barometer der wechselnden Stimmungen in den sogenannten führenden Kreisen der Partei, wenn er in unregelmäßigen Pendelschwingungen bald himmelhoch jauchzend die Demut vor der Entente als den Weg zum Frieden, bald zum Tode betrübt keinen andern Weg

zum Frieden als den über den uns verheißenen Sieg verkündete. Am 6. November 1917 warf er die Frage auf: „Warum noch Krieg?" und beantwortete sie wörtlich und tiefgründig damit:

„Wir müssen uns heute klar darüber sein, daß die eigentliche und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt", da „es der Welt eine Kraftprobe gegeben, die sie überrascht und erschreckt hat.... Und so ergibt sich der tragische Konflikt, daß uns der militärische Erfolg den Frieden nicht bringen kann, weil das politische, wirtschaftliche, geographische Übergewicht der andern zu groß ist, und daß wir das einzige Mittel, das uns nach feindlicher Behauptung den Frieden bringen soll, nämlich den eigenen militärischen Mißerfolg, aus Gründen der Selbsterhaltung nicht wollen können."

Als Gegenstück dazu hieß es in seinem Leitartikel, überschrieben „Gewalt gegen Gewalt", vom 8. April 1918 bei Besprechung einer Wilson-Rede zur Geburtsfeier des deutsch-amerikanischen Krieges:

„... Es kann darum ernstlich im deutschen Volke gar keine Meinungsfreiheit darüber geben, was jetzt gewollt und angestrebt werden muß.... Wieder sind die Dinge auf des Schwertes Spitze gestellt. Und dem auch über Gräbern Hoffenden zeigt Wilson den ganzen furchtbaren Ernst der Lage. Ist doch seine ganze Rede auf den Ton gestimmt: Wir oder sie? Und darauf gibt es dann freilich nur eine Antwort, daß wir es nicht sein wollen, die auf der Strecke bleiben.... Jetzt gibt es keinen andern Weg zu ihm (d. h. zum Frieden — D. V.) als über den uns verheißenen militärischen Sieg."

Veränderlich wie das Aprilwetter — der letztere Aufsatz erschien, wie gesagt, im April — ist die Politik des „Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei Deutschlands", was der „Vorwärts" ja bekanntlich ist. Denselben Wilson hatte der „Vorwärts" am 10. Januar 1918 ob seines „Weltfriedensprogramms" über den Schellendaus gelobt, seine bezügliche Rede im amerikanischen Parlament bezeichnete der „Vorwärts" „geradezu als ein Muster staatsmännischer Mäßigung". Forderte nach dem „Vorwärts" Wilson u. a. „als einzig mögliches Programm" doch „nur"

„die Räumung des ganzen russischen Gebietes; Belgien muß geräumt und wieder aufgerichtet werden; das ganze französische Territorium müßte befreit und die besetzten Teile wieder hergestellt werden, sowie das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde, sollte wieder gutgemacht werden; es müßte eine Berichtigung der italienischen Grenze durchgeführt werden; Rumänien, Serbien und Montenegro müßten geräumt und Serbien müßte einen freien und sicheren Zugang zur

See erhalten; ein unabhängiger polnischer Staat, der alle Länder, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt sind, und der einen gesicherten freien und zuverlässigen Zugang zur See besitzt und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie territoriale Unverletzlichkeit durch internationalen Vertrag garantiert sein müßten, sollte errichtet werden".

Die Türkei sollte mit etwas andern Worten der Aufteilung verfallen und was dann Deutschland und seine Verbündeten für ihre ungeheuren Opfer an Blut und Gut erhalten sollten, davon schwieg dies „Muster staatsmännischer Mäßigung" vollkommen; ihnen wurden nur Lasten und Hergabe besessener Gebiete zugemutet.

Eine so schwankende Grundlage, wie die Resolution vom 19. Juli 1917 erwies sich in keinerlei Weise als das Bett, in dem der deutsche Parlamentarismus gezeugt werden konnte. Auch auf die innere Politik trifft das ebenso wie auf die äußere Politik zu, wie das Jammerbild der zur Unzeit und mit untauglichen Mitteln in Szene gesetzten sogenannten preußischen Wahlreform aufs klarste erwiesen hat. Traurig zu sagen, daß daran die Politik der sozialdemokratischen Partei ihr vollgerüttelt Maß an Schuld beigetragen.

Die Internationale.

Schon Karl Marx und seine Freunde haben seinerzeit weidlich über die übertriebenen Vorstellungen von der Macht der ersten Internationale bei den Regierungen und den bürgerlichen Parteien gespottet. Im Grunde genommen war sie jedoch nur die in den Anfängen stecken gebliebene Verkörperung einer Idee, die mehr Offiziere als Mannschaften hinter sich hatte und die nach einigen Jahren an inneren Streitigkeiten zugrunde ging. Das hat aber nicht verhindert, daß besonders das deutsche Bürgertum ähnlichen Wahnvorstellungen betreffs der 1889 in Paris gegründeten zweiten Internationale verfiel, worauf auch die übertriebene Bedeutung zurückzuführen ist, welche man den Stockholmer Konferenzen im Sommer 1917 beimaß. Allerdings stellte die zweite Internationale eine ganz andere Macht dar als die erste Internationale; besonders hatte sie in Deutschland ihren stärksten Zweig. Daraus schloß man irrtümlich auf eine gleiche Stärke in den anderen Kulturländern. Ich habe schon 1916 auf diesen Irrtum hingewiesen und ihn bekämpft;[1]) freilich genützt hat es nicht viel. Ich greife nachstehend das wichtigste aus diesem Aufsatz heraus.

Ohne Zweifel haben auch unter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Anschauungen über das Wesen und den Einfluß der Internationale geherrscht, die in schroffem Widerspruch zur Wirklichkeit standen. Nur dadurch erklärt sich die herbe Enttäuschung über ihr Versagen beim Kriegsausbruch. In der Vorstellung weiter Kreise erschien die Internationale als ein mystisches, weltumspannendes Gebilde; man glaubte, daß sie über Krieg und Frieden bestimmen oder mindestens einen starken Einfluß bei der Entscheidung darüber üben könne. Heute, wo man allgemein wohl ein besseres Augenmaß für diese Dinge hat, dürfte es sich, will man eine neue Zukunft vorbereiten, empfehlen zunächst einmal die Vergangenheit genau zu prüfen.

An sich ist der Gedanke eines Weltbunds der Arbeiter gewiß ein hoher und edler Wunsch, wert verwirklicht zu werden, vorausgesetzt,

---

[1]) Siehe Kloth: „Was stand hinter der Internationale?" Sozialistische Monatshefte 1916, 3. Heft S. 141.

daß dies unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und der nationalen Interessen angestrebt wird. Beobachtet man die Bewegungsgesetze staatlicher Entwickelung, und bedenkt man, welch ein langer Weg zurückgelegt werden mußte, um die einzelnen, oft auseinanderstrebenden Teilchen einer Sprachgemeinschaft zu großen nationalen Verbänden wie unseren heutigen Großstaaten zusammenzuschmieden, so wird man ermessen können, welch eine Riesenaufgabe es ist in ähnlicher Weise, wenn auch in weit loserer Form, einen internationalen Staatenbund zusammenzufügen. Generationen werden sich an einer solchen Aufgabe abzumühen haben. Gewiß aber ist sie nicht in ein paar Jahrzehnten und durch Beschlüsse internationaler Arbeiterkongresse lösbar, die ja zudem nur einen winzigen Teil der verschiedenen Völker vertreten. Es ist nämlich ganz falsch zu argumentieren: Die Arbeiterschaft bildet die stärkste Klasse in den kapitalistischen Staaten, also besitzt sie auch die größte Macht; solange nämlich diese Macht nicht entsprechend ihrer Stärke organisiert ist. Ebenso greift man fehl, wenn man die internationale Verbindung der Arbeiter als eine ganz einzigartige geschichtliche Erscheinung hinstellt, der auf seiten ihrer wirtschaftlichen Gegner nichts Gleichartiges gegenüberstände. Den internationalen Arbeiterkongressen, dem Internationalen Sozialistischen Bureau, dem Internationalen Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftssekretariat entsprechen auf der Gegenseite Staats-, Handels- und Zollverträge, Trusts (Petroleumring, Tabaktrusts), Schiffahrtsvereinbarungen, Arbeitgeberverbände usw. Ja, die Interessengruppen, die hinter diesen internationalen Vereinigungen stehen, bestimmen in viel höherem Grad über Krieg und Frieden mit als die internationalen Verbände der Arbeiter. Denn deren politische und wirtschaftliche Organisationen befinden sich vielfach noch auf primitiver Stufe und haben nicht einmal auf die Mehrheit der Arbeiter entscheidenden Einfluß.

Das ersehen wir sofort aus der nachstehenden Gegenüberstellung der Zahl der sozialistischen und der bürgerlichen Vertreter in den Parlamenten der verschiedenen Länder. (Siehe nebenstehende Seite).

Ungarn und die Türkei fehlen in dieser Liste, weil es in den Parlamenten beider Staaten keine sozialistischen Abgeordneten gibt. Es ist auch möglich, daß durch Nachwahlen kleine Verschiebungen in den Zahlen eingetreten sind, doch ändert das an dem Ergebnis wenig. In Rußland hat sich dagegen die Zahl der sozialistischen Abgeordneten durch Verhaftungen und Ausschluß aus der Duma bis auf 7 vermindert, wenn ich recht unterrichtet bin. Aus der Aufstellung geht klar hervor, daß in keinem Parlament der angeführten Staaten die Sozialisten die Mehrheit oder auch nur ein Drittel der Mandate inne-

Land	Anzahl der Abgeordneten		Verhältnis der Sozialisten zu den Bürgerlichen
	sozialistische	bürgerliche	
Schweden . . .	73	157	1 : 2,15
Dänemark . . .	32	82	1 : 2,56
Deutsches Reich .	111	286	1 : 2,57
Frankreich . . .	131 a)	422	1 : 3,22
Belgien	39	145	1 : 3,71
Holland	18	82	1 : 4,55
Norwegen . . .	20	103	1 : 4,15
Österreich . . .	82	434	1 : 5,29
Italien	79 b)	429	1 : 5,43
Schweiz	16	173	1 : 10,80
Bulgarien . . .	18 c)	227	1 : 12,61
England . . .	40 d)	628	1 : 15,70
Rußland . . .	15 e)	427	1 : 28,46
Serbien	2	163	1 : 81,50
Spanien . . .	1	407	1 : 407,00
Vereinigte Staaten	1	433	1 : 433,00

a) 102 Geeinigte, 29 Unabhängige, b) 52 Offizielle, 27 Reformisten und Wilde, c) 9 Weitherzige, 9 Engherzige, d) Mitglieder der Labour Party, e) 8 Menschewiki, 7 Bolschewiki.

haben. Freilich ist in den meisten Ländern das Wahlrecht oder die Wahlkreiseinteilung oder manchmal auch beides den Sozialisten ungünstig, so daß die Zahl ihrer Mandate nicht den abgegebenen Stimmen entspricht. Immerhin brachte selbst die deutsche Sozialdemokratie bei der Wahl von 1912 nur 34,8% der abgegebenen Stimmen auf, 4 250 000 sozialistische gegen 7 957 128 bürgerliche Stimmen. Auffällig ist die geringe Zahl der sozialistischen Abgeordneten der Schweiz mit ihrem demokratischen Wahlrecht. Noch auffälliger das Verhältnis in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo ein gleichfalls durchaus demokratisches Wahlrecht die Möglichkeit bietet eine starke sozialistische Vertretung ins Parlament zu senden, und wo die riesige industrielle Entwickelung eigentlich diese Möglichkeit ins Unbegrenzte steigern müßte. Ebenso merkwürdig ist auch die geringe Zahl der sozialistischen Abgeordneten in dem kapitalistischen Belgien, obwohl dort das Mehrstimmenwahlrecht, das für die Arbeiter ungünstig ist, einen Teil der Schuld daran tragen dürfte. Im letzten Wahlkampf 1912 fiel dieser Umstand indes zum guten Teil weg, da die Sozialisten gemeinsam mit den Liberalen vorgingen. Trotzdem erreichten sie auch da nur 44 Mandate, so daß zusammen mit den 2 christlichen Demokraten die gesamte Opposition nur mit 85 Abgeordneten den 101 Klerikalen gegenüberstand. Mit einer ausschlaggebenden Macht der Sozialisten ist daher noch in keinem Land der Welt zu rechnen. Wollen sie etwas durchsetzen, so bedürfen sie dazu der Unterstützung anderer Parteien.

Auch die australischen Kolonien Englands bilden keine Ausnahme, wenn auch dort hin und wieder die Arbeiterpartei ans Ruder kommt; denn als sozialistische Partei kann diese nicht bezeichnet werden.

Wie war nun die Vertretung der verschiedenen Länder im Internationalen Sozialistischen Bureau und auf den internationalen Kongressen geregelt?

Die Zahlen der Vertreter und Stellvertreter der sozialistischen Parteien im Internationalen Sozialistischen Bureau waren nach dem 10. Bulletin des Bureaus vom Jahr 1913 folgende: Es hatten Frankreich 6; die Schweiz 5; Deutschland, Rußland je 4; Böhmen, Finnland, Großbritannien, Holland, Italien, Norwegen, Österreich, Schweden, Serbien, Spanien, Ungarn-Kroatien je 3; Belgien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Luxemburg, Polen, Rumänien, die Türkei, die Vereinigten Staaten von Amerika je 2; Argentinien 1 Vertreter. Auf dem internationalen Kongreß in Kopenhagen betrug die Gesamtzahl der Delegierten nach Prüfung der Mandate 896; auf die einzelnen Länder verteilten sie sich folgendermaßen: Argentinien 1, Belgien 26, Böhmen 44, Bulgarien 7, Dänemark 146, Deutschland 189, Finnland 19, Frankreich 49, Großbritannien 84, Holland 14, Italien 9, Norwegen 31, Österreich 65, Polen 24, Rumänien 2, Rußland 39, Schweden 86, Schweiz 13, Serbien 3, Spanien 5, Türkei mit Armenien 2, Ungarn 14, Vereinigte Staaten 24. Dagegen standen auf dem außerordentlichen internationalen Kongreß in Basel (1912) den 75 deutschen und gar nur 13 englischen Vertretern 127 französische gegenüber. Die Verteilung der Stimmen an die einzelnen Nationen wurde auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart (1907) folgendermaßen geregelt: Es erhielten Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland je 20, Italien 15, die Vereinigten Staaten 14, Belgien 12, Dänemark, Polen und die Schweiz je 10, Australien, Finnland, Holland und Schweden je 8, Spanien, Ungarn und Norwegen je 6, Südafrika, Argentinien, Bulgarien, Japan, Rumänien und Serbien je 4, Luxemburg 2 Stimmen. Welche Grundsätze diese Stimmenverteilung bestimmten, ist durchaus unerfindlich. Ich wenigstens vermag es weder mir noch anderen zu erklären, weshalb beispielsweise Österreich-Ungarn zusammen 26, dagegen Deutschland nur 20 Stimmen in die Wagschale werfen durfte, oder warum dem kleinen Dänemark mit seinen kaum 3 Millionen Einwohnern halb so viel Stimmen zuerkannt wurden wie Deutschland mit über 65 Millionen Einwohnern. Freilich mag es schwer gehalten haben die richtige Stimmenverteilung nach der Stärke der Parteien zu finden; aber man durfte dann auch nicht verlangen, daß die Parteien der einzelnen Länder sich bedingungslos den Beschlüssen internationaler

Kongresse fügten, die auf solchem Weg zustande gekommen waren und überdies manchmal die reinen Zwangsgeburten waren.

Auf den internationalen Kongressen wurde auch im vertrauten Kreise genug über die „Vertreter und Vertreterinnen“ mancher Völker gespottet, von denen auch die größten Weisen oft nicht wußten, welche Organisationen hinter ihnen standen. Manche von ihnen waren von irgendeinem politischen Diskussionsklub gesandt. Aber bei wichtigen Abstimmungen gaben manchmal sie gerade den Ausschlag. Die Luft auf den internationalen Sozialistenkongressen war mit radikaler Phraseologie geschwängert. Leute wie Rosa Luxemburg spielten dort eine hervorragende Rolle. Sie galt als die konsequenteste „deutsche“ Sozialistin, obwohl sie nicht nur aus Russisch-Polen stammte, sondern auch eine sagenhafte russisch-polnische „Partei“ im Internationalen Sozialistischen Bureau vertrat, von der man mit Sicherheit nur das eine wußte, daß Rosa Luxemburg ihre Führerin war und daß viel eher der Zar aller Reußen seine Krone verlieren würde als Rosa Luxemburg jene Vertretung.

Bei den Beschlußfassungen machten sich stark von aller Erdenschwere unbelastete Ideologien sowie persönliche Beziehungen der Parteiführer geltend. Liebknecht der Vater stimmte einst in seiner bereits erwähnten Schrift „Weltpolitik, Chinawirren, Transvaalkrieg“ (S. 23) folgende Hymne an:

„Auf unserm Friedenskongreß von Paris, dem nächsten internationalen Arbeiterkongreß, wird die gesamte Arbeiterschaft der Welt vertreten sein. Dort werden die Grundlagen der Zukunftsgesellschaft dem Sehenden gezeigt werden. Dort wird sich die gemeinsame Weltpolitik des Proletariats für Kultur, für Emanzipation vom Kapitalismus, für Organisation der Arbeit enthüllen. Eine Gesellschaft der Freiheit, der Gleichheit, der Brüderlichkeit wird dort angebahnt, deren höchstes es sein wird, die Arbeit so zu organisieren, daß jeder Mensch menschenwürdig leben kann, und Menschen zu wirklichen Menschen zu erziehen, die allesamt in vollem Maße ihre Fähigkeiten und Neigungen an den Errungenschaften der Kunst, Wissenschaft, überhaupt der Kultur teilnehmen können. Das ist die Weltpolitik des Proletariats — die Weltpolitik der internationalen Sozialdemokratie.“

Wenn so eine phantasiebegabte Lerche im deutschen Dichterwald jubiliert hätte, möchte es leidlich erscheinen, aber der solche Verzückungen in dichtgedrängte Versammlungen hineinschmetterte, war einer der hervorragendsten Führer der Partei. Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen. Sein Sohn Karl übertraf den Vater noch in schwärmerischer Internationalitis, stand ihm aber weit nach in

ökonomischen und weltpolitischen Kenntnissen. In einer 1916 als Manuskript gedruckten kleinen Schrift für seine Anhänger schildert er seine Teilnahme an der Nationalfeier 1914 in Frankreich, wo es jubelnd von den Sozialisten gefeiert wurde. „Diese Erinnerungen sind mir ins Hirn eingebrannt. Sie begleiten mich seit dem 23. Juli 1914, wo immer ich bin“ — so endigt er seine Beschreibung. Ja, dem Manne hatte die krankhafte Überspannung einer Idee so das Gehirn verbrannt, daß er darob die heiligen Pflichten gegen sein Vaterland vergaß.

Solchen Phantasten gegenüber kamen die Gewerkschaftsvertreter auf den internationalen Kongressen wenig zur Geltung. Sie spotteten über die zügellose Übersehung der Wirklichkeit, legten auch hier und da Verwahrung gegen allzu unsinnige oder nicht zu verwirklichende Beschlüsse ein, fügten sich aber als brave Parteigenossen in das Unabänderliche mit dem Troste: es wird schon nicht so heiß gegessen, als es gekocht wird.

Auf den internationalen rein gewerkschaftlichen Tagungen ging es weit sachverständiger zu, weil die Männer, welche dort zusammenkamen, sehr wohl wußten, daß sie nicht gesandt seien, um schöne Schaugerichte zu zeigen, um ideale Entschließungen zu drechseln, sondern um für das hausbackene Leben etwas Brauchbares zu schaffen.

Die hauptsächlichsten Träger der Internationale waren die deutsche sozialdemokratische Partei und die deutschen Gewerkschaften. Sie waren immer beflissen, den Beschlüssen der internationalen Kongresse gerecht zu werden, die Partei sprang mit Geldhilfe ein, wenn es galt, eine Bruderpartei im Wahlkampf oder bei der Aufrechterhaltung ihres Parteiblattes oder in anderer Weise zu unterstützen, während die deutschen Gewerkschaften bei allen großen Ausständen des Auslandes, wo die internationale Hilfe angerufen wurde, den Löwenanteil zu tragen hatten. Wie sehr die deutschen Gewerkschaften das Rückgrat der internationalen Gewerkschaftsbewegung bildeten, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß ihnen in der Person des Genossen Legien nicht nur die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbunds anvertraut war, sondern auch die Verwaltung von 26 der bestehenden 31 internationalen Gewerkschaftssekretariate. Nur die Sekretariate der Bergarbeiter (Manchester), Diamantarbeiter (Antwerpen), Handlungsgehilfen (Amsterdam), Steinarbeiter (Basel) und Textilarbeiter (Colne in Lancashire) befanden sich im Auslande.

Diese internationale Hilfsbereitschaft ist der deutschen Arbeiterklasse übel gedankt worden. Auch sie ist fortgesetzt mit den Jauchekübeln bedacht worden, mit denen das feindliche Ausland, leider auch Neutrale und sogar ehrvergessene Deutsche unser Vaterland über-

gossen haben. Um so widerlicher das Kratzbuckeln, das Indenstaubwerfen sozialistischer Arbeitervertreter, besonders unabhängiger und kommunistischer Observanz vor dem Auslande. Sie sollten doch des Wortes eingedenk sein: Man liebt zwar den Verrat, aber verachtet den Verräter. Selbst die ausländischen Arbeiter werden innerlich durch ein solches Tribun angeekelt werden, denn ihnen ist bei ihrem ausgeprägten Nationalbewußtsein das Wort unseres großen Schillers längst in Fleisch und Blut übergegangen:

Ans Vaterland, ans teure schließ dich an; hier findest du die Wurzeln deiner Kraft, das halte fest mit deinem ganzen Herzen!

Die Einwirkungen auf die innere Politik.

Wenn das deutsche Volk von den ringsum wider ihm in erschreckender Zahl aufstehenden feindlichen Mächten nicht erdrückt werden wollte, so mußte es alle seine Kräfte zusammen nehmen, so mußten alle Volksklassen zu Schutz und Trutz zusammenhalten. Das fühlten auch die deutschen Arbeiter. Deshalb strömten sie in hellen Scharen zu den deutschen Fahnen, ohne langes Besinnen, nicht erst erwägend, ob man etwa einen Generalstreik zur Verhinderung des Krieges inszenieren sollte. Von diesem alles überwältigenden Gefühl wurden auch unsere deutschen Genossen im Auslande ergriffen; unaufgefordert stellten sie sich zu Tausenden ihrer Pflicht. Aus dieser Stimmung heraus wurde die Politik des 4. August geboren, die daher auch zweifellos dem Willen der wirklichen Massen entsprach.

Dieser beherrschende Gedanke, daß alles sonstige hinter der Verteidigung des Vaterlandes zurückstehen müsse, hätte der maßgebende bleiben sollen.

Fast zugleich mit dem heiligen Gelöbnis, für das Vaterland einzustehen, war jedoch der heiße Wunsch aufgetaucht, das es nunmehr mit Preußen erster, zweiter und dritter Klasse endlich einmal ein Ende nehmen, daß das preußische Dreiklassenwahlrecht an Haupt und Gliedern reformiert werden müsse.

Vaterländisch und politisch klug wäre es gewesen, wenn die konservativen Parteien, die Hauptgegner einer Wahlrechtsreform, sich klipp und klar bald nach Kriegsausbruch für eine solche Reform in der Richtung des Reichstagswahlrechts erklärt hätten. Das taten sie jedoch nicht.

Damit war der günstigste Zeitpunkt für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, ebenso auch die Gelegenheit zu einem unwiderstehlichen Druck auf die öffentliche Meinung, die Konservativen und die Regierung vorübergegangen. Denn war im Anfang des Krieges die öffentliche Meinung durchweg der Sozialdemokratie wohlgesinnt, in dankbarer Anerkennung von deren bekundeter vaterländischer Gesinnung und richtiger Erfassung von der unbedingten Notwendigkeit der Einigkeit des ganzen Volkes, so verschob sich je mehr diese Meinung, als die Agitation der Parteiopposition gegen die Politik des 4. August an Umfang und Heftigkeit zunahm und dafür eine selbstmörderische Politik empfahl, die in ihren Folgen zum militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch wie in Rußland führen mußte. Und das verderblichste war, daß weder Parteivorstand, noch Parteiausschuß, noch Reichstagsfraktion die Willens- und Tatkraft aufbrachten, entweder die unvernünftige aufsässige, jede Parteidisziplin mit Füßen tretende Opposition zur Unterordnung zu zwingen oder sie aus der Partei auszuschließen. In solchen Dingen, wo sich die Auffassungen wie Feuer und Wasser unterscheiden, kann es kein Verkleistern, sondern nur ein Auskämpfen der Gegensätze geben; da heißt es: Entweder — oder! Statt dessen duldete der Parteivorstand, nur immer mahnend und jammernd, jahrelang die skrupellose Agitation der Opposition und überließ dieser auch noch kleinmütig dazu die drei von ihm abhängigen Hauptorgane der Partei: „Vorwärts", „Neue Zeit" und „Gleichheit" (Stuttgart, Klara Zetkin). Wo sich die Parteigenossen aber aus eigenem Entschluß ihr Hausrecht gegenüber den Parteikrakehlern wahren wollten, da fiel ihnen der Parteivorstand auch noch hindernd in den Arm, wie beispielsweise in Württemberg.

Diese schwächliche Haltung, in Verbindung mit der sonstigen auswärtigen Politik des Unbewußten und Utopischen waren zweifellos keine Wärmeleiter, um selbst in ehrlichen bürgerlichen Kreisen das Feuer für eine preußische Wahlreform zu einer weißglühenden Flamme anzufachen. Eine hohe Berechnungskunst gehörte auch nicht dazu, um sich zu sagen, wie erst die Feinde der Wahlreform beides ausnützen und überall den Schwankenden zuraunen würden: „Seht, das sind die Leute, denen ihr vermittelst der völligen Demokratisierung Preußens und Deutschlands Schicksal überantworten wollt." Hätten unsere Parteiführer bei den andern Parteien angefragt oder sich besser vergewissert, wieweit man auf deren Beistand rechnen konnte, so hätten sie wahrscheinlich nicht nach dem schönen Sprüchlein verfahren: „Ich hab' meine Sach' auf nichts gestellt."

Denn was hatten sie denn hinter sich, wenn die bürgerlichen Parteien versagten? Die eigenen Parteigenossen? Ja, diese wohl, aber sie allein konnten den Wahlrechtskarren nicht aus dem Dreck ziehen, zumal man sie zu politischen Massenstreiks nicht aufrufen durfte, weil das eine Gefährdung der Vaterlandsverteidigung im Gefolge hatte, also das Volk viel tiefer schädigen konnte als eine Vertagung der preußischen Wahlreform bis nach Kriegsbeendigung. Einer scharfsinnigen Vorausberechnung bedurfte es auch nicht, um sich zu sagen, daß die Anwendung solcher Mittel scharfen Widerspruch nicht nur in den leitenden bürgerlichen Parteikreisen, sondern auch unter deren an sich wahlreformfreundlichen Gefolgschaft finden und selbst die eigenen Parteigenossen nur im geringen Maße mit tatentschlossener Begeisterung erfüllen würde.

Allein die Politik des Unbewußten machte sich auch in der inneren Politik der Partei geltend und diese machte die größte Dummheit, die sie von ihrem Standpunkte aus machen konnte, indem sie teils aktiv, teils passiv — die Systemlosigkeit wurde auch hier zum ungewollten System — den Reichskanzler Bethmann-Hollweg mit stürzen half, ohne auch nur danach zu fragen: wer kommt nach ihm? Und dabei war Bethmann-Hollweg einer derjenigen, dessen auswärtiger Politik man eine gewisse Gleichartigkeit in den Zielen und in ihrer oft „kongenialen" Aufmachung mit der der Sozialdemokratie nicht absprechen konnte; der er zudem in der inneren Politik weit entgegenzukommen bereit war.

Das „Korrespondenzblatt" der Generalkommission wies ihm, im Gegensatz zur Partei, dafür einen „Ehrenplatz in den Reihen der fortschrittlichen Staatsmänner" an, bedauerte die „Neutralität" der Partei beim Sturze Bethmanns und nannte diesen Sturz selbst „nichts anderes als die Tragikomödie des Parlamentarismus" .... Den Befähigungsnachweis zum Mitregieren haben die Mehrheitsparteien des Reichstages hierdurch nicht gerade erbracht. Zu diesen Mehrheitsparteien gehörte bekanntlich auch die sozialdemokratische Partei.

Auf die von den großen „Demokraten" Wilson, Lloyd George, Clemenceau und anderen ausgelegten Leimruten, daß der Vielverband nicht zuletzt für die Demokratisierung Deutschlands und Befreiung des preußischen Volkes von seiner Junkerherrschaft kämpfe, um zukünftige Kriege „der Barbarei gegen die Zivilisation" unmöglich zu machen, ging mancher Gimpel im sozialdemokratischen Blätterwalde ein, wobei sich der „Vorwärts" als Vorsänger des öfteren bemerkbar machte. Und da man auch einmal „russisch" mit der Regierung reden wollte, so kam Ende Januar 1918 jener unglückselige Streik in Berlin und verschiedenen Großstädten zustande — das radi-

kale Leipzig blieb merkwürdigerweise so gut wie ganz davon verschont — für den niemand öffentlich die Verantwortung übernehmen wollte, weder die „Unabhängigen", noch die Mehrheitssozialisten. Daß Zündstoff zur Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft infolge der schlechten Lebensmittelversorgung, der Verschleppung der preußischen Wahlreform und wegen der langen Dauer des Krieges vorhanden war, ist erklärlich, daß aber der Streik rein impulsiv aus der Arbeiterschaft entstanden sein sollte, läßt sich nicht beweisen. Nicht nur die Unabhängigen haben bei seiner Entstehung und Führung die Hände heimlicherweise im Spiele gehabt, sondern auch der Parteivorstand nebst der Generalkommission. Das muß einmal zur Ehre der geschichtlichen Wahrheit offen heraus gesagt werden. Ich führe dafür folgende Tatsachen an. Auf der am 1. Februar 1918 im Parteivorstandshause stattfindenden Vorständekonferenz der Gewerkschaften, auf der ich als Vorsitzender des Buchbinderverbandes anwesend war und die sich ausschließlich mit dem Streik beschäftigte, gab der damalige zweite Vorsitzende der Generalkommission, jetziger Reichskanzler Bauer einen Bericht über seine bezüglichen Verhandlungen mit dem Parteivorstand, mit dem Reichskanzler Hertling und sonstigen Regierungsvertretern, aus dem man zwischen den Zeilen sehr deutlich eine Sympathie mit dem Streik zur Erlangung der preußischen Wahlreform und eines baldigen Friedens herauslesen konnte. Bauer machte sich über den Murmelpreis Hertling lustig, dem man weisgemacht, die Verweigerung von militärischen Transporten durch streiklustige Eisenbahner verhindert zu haben. Hertling habe dagegen auf die Wirkung des Streiks auf Rußland und die Westmächte verwiesen und wie Friedensvorschläge der Mittelmächte nur immer das Gegenteil des Gewollten bewirkt hätten. Cohen, der Berliner Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes und Mitglied der Generalkommission stellte die bemerkenswerte Tatsache fest, daß am ersten Streiktage nur etwa 60000 Streikende vorhanden waren, erst als der Parteivorstand sich an den Verhandlungen mit den Streikenden beteiligte, stieg jene Zahl ganz gewaltig. Päplow, der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, rügte das verspätete Eingreifen der Generalkommission, die schon 14 Tage früher hätte die Konferenz einberufen müssen, wenn sie den Streik verhindern wollte. Das müßige Friedensgerede hätte unterbleiben sollen, denn wir wollten keinen bedingungslosen Frieden, wie die Russen ihn vorschlagen. Auch Schlicke, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes und jetziger Reichsarbeitsminister machte der Generalkommission und dem Parteivorstande den Vorwurf, manches versäumt und nicht rechtzeitig vor dem Streik gewarnt zu haben. Jetzt mit Erklärungen hinterher zu

humpeln, habe keinen Zweck. Die Mehrzahl der Streikenden weiß nicht, warum sie streikt. Das Selbstbestimmungsrecht in den Fabriken sei der reine Hohn: Die Vertrauensmänner beschließen und die anderen folgen wie die Schafe, ohne zu wissen, um was es sich handelt. Ziemlich eindeutig war die Erklärung Legiens: „Mit den übrigen Gewerkschaftsgruppen (Christliche und Hirsch-Dunkersche) haben wir diesmal keine gemeinsame Erklärung erlassen, weil die politische Lage eine andere geworden sei." Die Generalkommission wollte also den Streik, den die christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften hatten schon vor Beginn der Streiks ihre Mitglieder vor der Teilnahme daran gewarnt. Die den christlichen Gewerkschaften nahestehende Westdeutsche Arbeiterzeitung nannte damals die Streiks „eine Kapitaldummheit, mehr als das: ein Vergehen am Vaterlande. Ein Deutschland, gegen das die Waffenindustrie der ganzen Welt aufgeboten ist, kann sich den Luxus müßiger Tage in der Kriegsindustrie nicht leisten: jede Stunde Arbeitsverweigerung bedeutet unter allen Umständen eine Schwächung der Schlagkraft unserer Armeen. Haben das die Streikenden nicht bedacht? — Nun haben die innerpolitischen Rückwärtser einen billigen Vorwand, um im Sinne ihrer Wünsche tätig zu sein. „Seht", sagen sie „wie verantwortungslos die Arbeiter sind. Seht, sie wollen diktieren, eine Gewaltherrschaft nach maximalistischen Muster aufrichten. Auf sie ist kein Verlaß und keine Zukunftspläne sind darauf aufzubauen." Solche Erwägungen fanden auf der Vorständekonferenz keinen fruchtbaren Boden. Sie nahm vielmehr eine Entschließung an, die eigentlich von A bis Z die Streikenden in Schutz nahm. Und als ich auf den merkwürdigen Widerspruch hinwies, daß die Konferenz einerseits die ganze Art der Aufmachung und der Führung des Streiks durch unverantwortliche Leute für verfehlt halte sowie dessen baldigen Zusammenbruch für unabwendbar erachte, andrerseits aber tausend Entschuldigungsgründe für die Streikenden in Bereitschaft habe, fand ich nur Achselzucken. Die betreffende Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Zufällig traf ich während der Konferenz im Vorraum mit dem damaligen Parteivorsitzenden, jetzigen Reichspräsidenten Ebert zusammen. Auf meine Bemerkung, daß es mit dem Streik wohl bald Matthäi am letzten sei, meinte Ebert anscheinend besorgten Tones: „Ja, aber in der Provinz scheint es erst losgehen zu wollen, wie aus verschiedenen Berichten an uns hervorgeht." Nach einigen Tagen löste sich das Rätsel. Da schrieb der Bezirksleiter des Buchbinderverbandes in Chemnitz an uns im Verbandsvorstand, dort in Chemnitz habe nach der Vorständekonferenz der Reichstagsabgeordnete Noske, unter Berufung auf einen ge-

heimen Beschluß des Parteiausschusses, in einer Sitzung von Gewerkschaftsfunktionären ganz kräftig für einen politischen Massenstreik in Chemnitz Stimmung zu machen versucht. Die Gewerkschaftsvertreter hätten sich aber darauf nicht eingelassen. Wir lobten letzteres und erbaten von der Generalkommission Aufschluß über ein solch merkwürdiges Verhalten. In einer persönlichen Unterredung mit dem Genossen Bauer gab dieser den betreffenden Beschluß des Parteiausschusses zu und daß Noske somit auch nicht auf eigene Faust gehandelt habe. Darüber brauchten wir uns doch nicht so sehr zu wundern, denn in der Politik käme es doch vor, daß man heimlich etwas unterstütze, was man öffentlich verleugne. Wir täten am besten, den bezüglichen Briefwechsel mit unserm Bezirksleiter in Chemnitz und mit der Generalkommission zu vernichten, damit Noske nicht Gefahr laufe, wegen Landesverrat angeklagt zu werden. Wir kamen zwar diesem Ratschlage nach, ließen aber ausdrücklich nach geschehener Rücksprache mit unserem Gesamtvorstand — an der Unterredung mit Bauer nahmen nur ich als erster und mein Kollege Harder als zweiter Verbandsvorsitzender teil — dem Genossen Bauer wissen, daß unser Vorstand nach wie vor eine solche zwiespältige Politik mißbillige und eine ehrliche Politik ohne doppelten Boden besonders gegenüber den eigenen Klassengenossen in jeder Beziehung für richtiger hielte.

Aus dunklen Andeutungen einer späteren Vorständekonferenz konnte man entnehmen, daß eine Art Wohlfahrtsausschuß oder ein geheimer Rat eines kleineren Kreises von Gewerkschaftsführern ohne Wissen der übrigen Verbandsvorsitzenden geheime Abmachungen mit der Partei bezüglich politischer Streiks getroffen hatte.

Zur Verständlichmachung dieser „pfiffigen" Politik der führenden Parteikreise muß man folgendes beachten: Letztere glaubten zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen: die Junkerherrschaft zu beseitigen, und das Ende des Krieges herbeizuführen. Denn nach der schon damals sich immer mehr ausbildenden Parteidoktrin, bildete ja der Einfluß der Vaterlandspartei und der Obersten Heeresleitung das Haupthindernis für einen Frieden ohne Entschädigungen und Annexionen, und außerdem gaben sich die leitenden Parteiführer der fehlgegangenen Hoffnung hin, daß die Streiks in Österreich sowie in Deutschland auch in den feindlichen Weststaaten ähnliche friedenfördernde Streiks auslösen würden.

Die Quittung für die mit dem Streik verknüpfte verkehrte politische Arithmetik gaben die Scharfmacherblätter durch lauten Jubel über die Bloßstellung der Partei, die bürgerlichen Parteien sowie die christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften aber durch ein-

mütige scharfe Erklärungen gegen den Streik und seine Veranstalter. Dadurch wurden erstens die Einigkeit der Mehrheitsparteien — soweit man von einer solchen reden kann — zu denen doch auch die sozialdemokratische Partei gehört, erschüttert und der „Viermillionenblock der Arbeiter und Angestellten", wie man etwas hochtrabend das immer noch etwas schwachbrüstige Kind „Volksbund für Freiheit und Vaterland", manchmal nannte, empfing dadurch auch keine kräftigende Muttermilch. Von der beteiligten Arbeiterschaft aber mußten Hunderte und Tausende den Streik und seine Begleiterscheinungen schwer büßen.

Der weitere tragikomische Verlauf der Wahlrechtskomödie ist bekannt und gab denen recht, die vor einer Aufrollung der ganzen Frage während des Krieges gewarnt hatten.

Die Sozialdemokratie besaß nicht das nötige Vertrauen in die eigene Kraft nach dem Kriege und auf den unwiderstehlichen Drang der aus dem Kriege zurückkehrenden Millionen, um dann ein besseres Wahlrecht in Preußen erzwingen zu können.

So führte auch hier falsche Beurteilung der Lage und unrichtige Einschätzung und Einsetzung der für die innere Politik wirkenden Triebkräfte zu ungenügenden Ergebnissen. Der ungeschulte deutsche Parlamentarismus erntete daher infolge unsachkundiger Ackerbestellung Früchte, die weder ihn noch das Volk zu befriedigen geeignet sind.

Es war das Verhängnis unserer Partei, daß sie nur immer in unseliger Verblendung den Junkerstaat Preußen als der Übel größtes ansah, in dem sich aber doch trotz alledem ein blühendes wirtschaftliches, geistiges und politisches Leben entfalten konnte, während unter dem Leichentuch eines französisch-angelsächsischen Gewaltfriedens alles Leben verkümmern wird. Es ist daher endlich Zeit für uns, Einkehr zu halten und reuig zu beachten, was damals der ihr gewiß nicht übel gesinnte Professor Max Weber in der „Frankfurter Zeitung" der Sozialdemokratie als Warnung zurief:

„Jede Partei, welche direkt oder indirekt einen schlechten Frieden verschuldet, oder indem sie den deutschen Unterhändlern in den Rücken fällt, den Friedensschluß erschwert, würde ihre Rolle in Deutschland ausgespielt haben. Noch nach Jahrzehnten würde ihr das nachgehen. Und diese Gefahr besteht."

Der Einfluß der Juden und der Ausländer in der Sozialdemokratie.

Ich schneide ein gefährliches Kapitel an. Denn unter allen Todsünden in der Sozialdemokratie ist dies die schlimmste, wenn man gegen das ungeschriebene Gebot verstößt:

Du sollst keinen Juden und Ausländer anklagen, noch ihn erzürnen, sondern bescheiden vor ihm zurücktreten. — Gedenke, daß Du nur ein Deutscher bist!

Wer ein parteigefälliges und geruhiges Leben in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit führen will, der lasse sich nicht gelüsten, gegen dies heilige Gebot zu verstoßen. Und doch: es sei! Ja, es muß sein, um des Übels Wurzel zu treffen, um der deutschen Arbeiterschaft ein natürliches nationales Empfinden zurückzugeben, um sie mit berechtigtem Selbstbewußtsein zu erfüllen, um sich als gleichberechtigten Teil der großen deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft zu betrachten, um an deren Neuaufbau freudig mitzuarbeiten, um sie vor Verzweiflung und Selbstzerfleischung zu bewahren.

In keinem Lande der Welt ist der Einfluß der Juden auf das gesamte wirtschaftliche, politische, öffentliche und geistige Leben so groß wie in Deutschland. Nicht das von steinigen Kalkbergen, gestrüpp- und krautbewachsenen Felsen und wüstenartigen Strecken durchzogene, verkommene Palästina, das sehr wenig mehr dem biblischen Lande gleicht, wo Milch und Honig fließt, ist in Wahrheit das gelobte Land der Juden, sondern Deutschland.

In Palästina werden kaum 100 000 Juden ein kärgliches Leben führen, in Deutschland dagegen hausen sie weit über 600 000 in meist behaglicher, ja wohlhabender und zum nicht geringen Teil sogar in glänzender wirtschaftlicher Lage und in voller Gleichberechtigung mit allen übrigen Staatsbürgern. Sollte aber wirklich einmal ein jüdischer Sprößling nicht zum Offizier oder zum Richter unter der alten Herrschaft befördert worden sein, Du lieber Gott, so wird das selbst kein verständiger Jude als babylonische Judenverfolgung empfunden haben.

An sich braucht der ganz unverhältnismäßige Einfluß des Judentums in Deutschland dem Deutschen Volke nicht zum Nachteil zu ge-

reichen, falls dieser Einfluß durch hervorragende Eigenschaften rassischer, körperlicher und geistiger Tüchtigkeit erworben worden ist und nützlich für die Gesamtheit wirkt. Denn das Wohl der Gesamtheit ist und bleibt in aller Ewigkeit das höchste Gesetz. Aber es ist rein sachlich und voraussetzungslos zu untersuchen, ob der Einfluß des Judentums diese Nutzwirkung für Deutschland hervorgebracht hat. Prüfen wir also an der Hand von Tatsachen, ob und wieweit der jüdische und ausländische Einfluß — wobei jüdisch und ausländisch fast als sich deckende Begriffe hingenommen werden können — auf das deutsche öffentliche Leben, im allgemeinen und im besonderen auf das sozialdemokratische Parteileben nützlich eingewirkt haben. Ergänzend möchte ich hier die Tatsache noch betonen, daß wie in Deutschland vor allen Ländern der jüdische Einfluß am größten, so wieder in den sozialistischen Parteien er sich vor allen anderen geltend macht. Angesichts dieser Tatsachen erhebt sich daher unwillkürlich die Frage: ergibt sich das aus einer gewissen Rückständigkeit der Deutschen gegenüber den Juden oder sind andere Tatsachen dafür wirksam?

Ganz unbedenklich kann man als Hauptgrund für das ganz besondere Hervortreten des Judentums die uralte, schon an anderer Stelle hervorgehobene Fremdsucht der Deutschen anführen. Als Ausstrahlung unserer Fremdsucht kann man auch mit vollem Recht die anscheinend unausrottbare Neigung bezeichnen, sehr wichtige Posten unserer Parteipresse mit ausländischen Leuten, deren Eigenschaft als Parteigenossen nicht einmal in allen Fällen gewährleistet war, zu besetzen. Wo ist es in irgendeinem Lande jemals vorgekommen, daß man die Leitung der führenden Parteiblätter Ausländern übertrug, wie es bei der „Neuen Zeit“ und dem „Vorwärts“ der Fall war und zum Teil noch ist? Nirgends! Soweit trieb man in keinem Lande die Geschmacklosigkeit und Internationalität wie bei uns. Heißt dies nicht auch geradezu die Meinung erwecken, die große deutsche sozialdemokratische Partei hat einen solchen Mangel an tüchtigen Kräften, hat so wenige aus sich geboren, daß sie sie aus dem Auslande beziehen muß?

Ich will die Verdienste Kautskys, besonders als er noch jünger war und die Welt mit frischen Augen betrachtete, nicht herabsetzen, als er aber der versteinerte und eigensinnige alte Professor wurde, der alle Ereignisse in die spanischen Stiefel dogmatischer Formalien einzuschnüren suchte, wovon immer eine die andere aufhob, da sprachen die „Männer vom Bau“ nur noch mit einem spöttischen Kräuseln der Oberlippe von der „Neuen Zeit“, der „wissenschaftlichen“ Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Was darunter für Leute waren, die im Stab der „Neuen Zeit“ als Mitarbeiter auftauchten, das

mögen die ewigen Götter wissen; man wußte weder, woher sie kamen, noch wohin sie gingen. Für deutsche Politik hatten diese Irrlichter durchweg nicht das geringste Verständnis. Wie sollten sie auch, da sie vielfach aus dem Auslande, aus Galizien, Wolhynien, Russisch-Polen, Holland usw. kamen und sie auch dort hatten zuweilen den Staub von ihren Füßen schütteln müssen, weil man für ihre verstiegenen Ideen oder ihre ganze Art nicht das nötige Verständnis aufzubringen vermochte? Kautsky selbst ist wohl kaum jemals das richtige Verständnis für eine wohlüberlegte Politik der deutschen Arbeiterklasse aufgegangen, vielleicht deshalb nicht, weil er ein im tschechischen Gebiet geborener Jude war und in seiner Jugend tschechisch-national geschwärmt hat. Eine Neigung, die wahrscheinlich niemals ganz abgestorben ist. Dafür spricht wenigstens, daß Kautsky trotz jahrzehntelanger Anwesenheit in Deutschland hier niemals die Staatsangehörigkeit erworben hat. Erst als er Unterstaatssekretär geworden war, mußte er sich notgedrungen dazu verstehen. Auch wiederum ein Beispiel von dem zweierlei Maß in der Partei: Die gemeinen Genossen verpflichtete man, keine Kosten zu scheuen, um das Staats- und Gemeindebürger- und Wahlrecht zu erlangen, so ein Obergenosse wie Kautsky jedoch kehrte sich nicht an das, was er anderen predigte. — Er stand insbesondere den deutschen Gewerkschaften innerlich fremd gegenüber. Er betrachtete ihre mühsame, zähe und erfolgreiche Tätigkeit als „Sisyphusarbeit", weswegen er mit den leitenden Gewerkschaftsleuten scharfe Zusammenstöße hatte. Dafür bedachte er sie im geheimen noch mehr als öffentlich mit ausgesuchten „Kosenamen". Nach der sogenannten „Geheimkonferenz" der Gewerkschaftsvorstände im Febrauar 1906 schrieb Kautsky nach der Veröffentlichung des bezüglichen Protokolls durch die syndikalistische „Einigkeit" an mich:

„Der ‚Vorwärts' sprach jüngst von der ‚Infamie' der ‚Einigkeit'. Mit weit größerem Recht könnte man von der Infamie jener Gewerkschaftsbeamten reden, die Parteigenossen hinter ihrem Rücken verleumden und dann die Geheimhaltung dieser Verleumdungen verlangen, damit die Verleumdeten sich nicht wehren können... Aber die Zeit der Abrechnung mit jenen dunklen Ehrenmännern, die da einen Geheimbund gegen die Partei bilden, wird wohl noch kommen."

Nicht viel anders ist die allzu starke Durchsetzung der „Vorwärts"-Redaktion mit Ausländern zu bewerten. Im Augenblick, wo ich dies schreibe (im August 1918), sollen neben dem Chefredakteur Stampfer zwei weitere jüdische Österreicher als Redakteure tätig sein. Das halte ich für keinen glücklichen Zustand, und scheue mich nicht, das

unumwunden auszusprechen. Wie ich überhaupt die offene Aussprache über die Ausländerfrage für dringlich notwendig erachte. Um den besonders auch im „Vorwärts" so beliebten Vorwurf: Aha, ein Alldeutscher! — von vornherein abzutun, so bemerke ich erstens, daß ich diesen Vorwurf für ebenso töricht und abgeschmackt halte wie die frühere Gepflogenheit bürgerlicher Kreise, sozialdemokratische Vorschläge deshalb abzulehnen, weil sie von sozialdemokratischer Seite kamen; zum andern, daß ich ein recht inniges Zusammenarbeiten mit unsern österreichischen Genossen, schon wegen der Gemeinsamkeit vieler Interessen, aber keinen einseitigen Redakteuraustausch für wünschenswert und zweckdienlich erachte; und zum dritten, weil ich der Meinung bin, daß jeder in seinem Lande am besten die einschlägigen Verhältnisse kennt und demzufolge hier am ersprießlichsten wirken kann. Ich kann mich hierbei übrigens sogar auf Kautsky berufen, der in einer Fußnote zu Bebels Lebenserinnerungen[1]) schreibt, daß er es Ende 1880 abgelehnt, in die Redaktion des „Sozialdemokrat" einzutreten: „weil ich als Österreicher, der noch nie in Deutschland gelebt, mir nicht zutraute, unter den damaligen schwierigen Verhältnissen immer die richtige Auffassung der deutschen Politik zu treffen."

Ist übrigens die Sozialdemokratie Österreichs denn wirklich so vorbildlich, daß wir von ihr unsere führenden journalistischen Kräfte entnehmen müssen? Keineswegs! Das Aufkommen des tschechischen Separatismus, die auseinanderstrebenden Bestrebungen der übrigen slavischen Volksteile ist zum Teil ihrer unentschiedenen und nachgiebigen echt österreichischen Fortwurstelei zu verdanken. Männer wie Karl Renner mit starken organisatorischen und aufbauenden Eigenschaften müssen auch in ihr vor „klassenbewußteren" Klopffechtern und schriftstellernden „revolutionären" Prinzipienwächtern zurücktreten. Leute wie Renner beruft der Parteivorstand auch nicht nach Deutschland.

Was für Heil haben erst die sonstigen ausländischen Genossen und anarcho-sozialistischen „Genossen", die Rosalie Lübeck alias Rosa Luxemburg, Sobelsohn-Radek, Pannekonk, Hilferding und wie sonst die leuchtenden Sterne aus dem Osten und Westen heißen mögen, die am Himmel unserer Parteipresse und Parteischule glänzten, den deutschen Arbeitern gebracht? — „Wissenschaftliche" und politische Erörterungen höchst fragwürdiger Natur, die fast regelmäßig in elendstes Literatengezänk ausarteten und lediglich die aufbauende Tätigkeit der Partei, der Gewerkschaften und Genossenschaften zu lähmen geeignet waren! Polnisch-jüdische Verschwörertaktik mochte meinetwegen viel-

[1]) Siehe Bebel, Aus meinem Leben. 3. Teil, S. 168. Stuttgart 1914, Verlag Dietz.

leicht in Lodz und ähnlichen Sumpfstätten einer eigenartigen politischen und kapitalistischen Umwelt eine unumgängliche Vorstufe zur Befreiung der Arbeiterklasse sein, sie aber unter ganz anderen Umständen einer hochentwickelten Arbeiterbewegung aufpfropfen zu wollen, zeugt mindestens von einer großen Verständnislosigkeit. Lange genug haben die deutschen Arbeiter ein solches frevelhaftes Geduldspiel zu ihrem Schaden sich gefallen lassen.

Im Zusammenhang hiermit muß der unheilvollen Doppelrolle solcher gedacht werden, die bald in deutscher, bald in polnischer, bald in anderer Bekleidung erschienen. So trat beispielsweise der „unabhängige" Reichstagsabgeordnete Dr. Oskar Cohn 1910 auf dem Internationalen Kongreß zu Kopenhagen als Vertreter der rumänischen Sozialdemokratie auf. Vielleicht vertritt er rumänische Interessen besser als deutsche Arbeiterinteressen. Wenigstens beweisen seine Deutschland frech herunterreißenden, nach Inhalt und Ton widerlichen Reichstagsreden, daß dieser jüdische Rechtsanwalt am wenigsten zum deutschen Arbeitervertreter geeignet ist. Wie einem überhaupt bei manchen Reden solcher Herren der 48er Spottvers auf das damalige Frankfurter Parlament einfällt:

Hundertundfünfzig Professoren, Vaterland du bist verloren!
Hundertundfünfzig Advokaten, Vaterland du bist verraten!

Was wirklich an organisierter Macht hinter solchen „Vertretern des Proletariats" stand, war oft schwer zu ergründen. Was ihnen etwa hierin abging, ersetzten sie jedoch reichlich durch Zungenfertigkeit und durch die Dreistigkeit, mit der sie Andersdenkende herunterrissen. Der Unwille über solche Elemente ging bis in die leitenden Parteikreise hinein, welche ja auch genug unter ihrer Anmaßung und Streitsucht zu leiden hatten, aber leider nicht die nötige Tatkraft besaßen, sich ihrer zu entledigen. Wirkliche Arbeiter waren kaum einmal unter ihnen, den überwiegenden Prozentsatz stellten Literaten, Advokaten, Ärzte, die sich eine Praxis erwerben wollten. Kaum war so ein Held der Versammlungstribüne, mochte seine Einsicht in die wirtschaftspolitischen Triebkräfte noch so gering sein, aus seinen bürgerlichen Eierschalen herausgekrochen und zur Partei gekommen, flugs wurde er zum Redakteur, Reichstags- oder Landtagskandidaten oder, wenn es gut ging, sogar gleich zum M. d. R. befördert.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei gesagt, ich predige nicht etwa die Alleinherrschaft der „schwieligen Faust". Im Gegenteil. Denn wir brauchen auf den weitverzweigten Gebieten der Reichs-, Staats- und Gemeindepolitik die freiwillige freudige Mitarbeit von Ärzten, Rechtsanwälten, Schulmännern, Technikern, Schriftstellern und

deren sachverständiges Urteil. Sie alle müssen uns daher gegebenenfalls als Parteigenossen willkommen sein, besonders wenn sie sich befleißigen, der Partei ihr wirkliches Wissen und Können zur Verfügung zu stellen, anstatt den Arbeitern in ihre ureigenen Klassenbestrebungen und Klassenkämpfe ungerufen und unberufen hineinreden und sich deren Führung aneignen zu wollen. Dazu brauchen die Arbeiter die „Intelligenz" anderer nicht, wie die nur von Arbeitern geleitete deutsche Gewerkschaftsbewegung aufs schlagendste beweist. Ich wende mich also nicht gegen die wirklichen, sondern nur gegen die sogenannten „Intellektuellen".

Unverhältnismäßig stark vertreten ist nun einmal unter den „Intellektuellen" der Partei das jüdische Element. Das muß einmal rückhaltlos und offen ausgesprochen werden. Mit dem bloßen Tuscheln im traulichen Kreise bis hinauf in die leitenden Parteikreise, ja selbst unter einsichtigen Juden, ist es nicht mehr getan. „Haltet den Antisemiten" werden zwar jene Herren, die es angeht, rabulistisch ausrufen, allein das macht nichts, denn ich bin darauf gefaßt und ich werde dadurch nicht zum Antisemiten.

Ich denke selbstverständlich nicht daran, die Juden als solche staatsrechtlich oder von Partei wegen ihrer bürgerlichen Rechte zu entkleiden. „Freie Bahn dem Tüchtigen!" soll auch für sie gelten. Ich wende mich lediglich gegen jene unter ihnen, die ihre Bevorzugung mehr den ihnen eigenen Eigenschaften vordrängender „Unbescheidenheit" und ausgesuchter Demagogie als ihrer Tüchtigkeit verdanken, wogegen andere tüchtigere, sachverständigere und opferbereitere Genossen zurückstehen müssen. Die Zerrüttung und Spaltung der Partei während des Krieges hätte niemals einen solchen Umfang annehmen können, wenn den zernagenden jüdischen Elementen nicht ein so großer Einfluß auf leitende Stellen eingeräumt worden wäre.

Das zeitigte übrigens noch eine andere schädliche Einwirkung auf unsere auswärtige Politik, die bisher viel zu wenig beachtet worden ist. Es hat das allermeiste Erstaunen erregt, daß der Vater des Revisionismus, der kenntnisreiche, aber ewig unbeständige Eduard Bernstein, welcher heute das zerschlägt, was er gestern noch angebetet, während des Krieges zu den Unabhängigen übergeschwenkt und einer ihrer Propheten geworden ist. Er, der noch nach Kriegsbeginn aufs kräftigste die nationale Fahne geschwenkt und in das Kriegshorn geblasen hatte. Mit ihm schwenkte fast der ganze Troß jüdischer Intellektueller, auch die, welche vorher unentwegt der revisionistischen Fahne Bernsteins gefolgt waren, in die unabhängigen Bahnen ein. Des Rätsels Lösung dürfte in dem neuerwachten Bestreben zu suchen sein, einen jüdischen Staat in Palästina zu bilden und Anerkennung der

Juden als besondere Nation in den übrigen Ländern zu erlangen. An das holländisch-skandinavische Komitee in Stockholm reichte daher auch der Jüdisch-Sozialistische Verband „Poale-Zion“ seine bezüglichen Wünsche ein, die zudem den Ententezielen auf Zerstückelung Deutschlands und Österreichs zur „Befreiung der kleinen Völker“ weit entgegenkamen. In der Chemnitzer „Volksstimme“, dessen Redakteur Kranold unermüdlich für „Poale-Zion“ wirkt, ist damals (am 17. Aug. 1917) dies „jüdisch-sozialistische Programm“, wie die Überschrift des betreffenden Aufsatzes lautete, veröffentlicht worden, das unter anderem die Zerstückelung Österreich-Ungarns, der Türkei und auch Deutschlands mit folgenden, wörtlich der „Volksstimme“ entnommenen Ausführungen „unterstützte“:

„Der Verband Poale-Zion unterstützt die Forderung der ukrainischen und tschechischen Delegation, daß allen Völkern das Recht zustehen soll, erforderlichenfalls gegen die Schmälerung ihrer Rechte die Intervention des zu errichtenden internationalen Tribunals anzurufen.

Die Delegation forderte die Wiederherstellung von Belgien, Serbien und Montenegro, Rumänien, die Vereinigung und Unabhängigkeit von Polen innerhalb seiner ethnographischen Grenzen, die Umwandlung von Rußland, Österreich, Ungarn, der Türkei in Nationalitäten-Bundesstaaten, die Verbürgung der Rechte der nationalen Minderheiten. Eine Urabstimmung der Bevölkerung umstrittener Gebiete soll über deren staatliche Zugehörigkeit entscheiden. In bezug auf die Armenier, Ukrainer und Tschechen schloß sich die Poale-Zion den Forderungen der betreffenden Delegationen an.“

Von einer Wiederherstellung des zerstörten Ostpreußens, der deutschen Kolonien, von der Unabhängigkeit des durch England vergewaltigten Ägyptens, Irlands, Persiens, der Burenstaaten usw. ist bezeichnenderweise nicht die Rede; was aber sehr erklärlich, weil „Poale-Zion“ mit den Ententeländern im trauten Verkehr stand. Wie ich nämlich wiederum der Chemnitzer „Volksstimme“ (vom 15. Okt. 1917) aus einem Aufsatz: „Die Hoffnungen des Zionismus“ entnehme, handelte man durchaus im Einvernehmen mit der Entente und man plante sogar zur Durchsetzung der Forderungen mit englischem Einverständnis die Gründung jüdischer Legionen. Hieß es doch wörtlich in der „Volksstimme“:

„Es ist bekannt, wie sehr Wilson sich für das Projekt der jüdischen Besiedelung Palästinas interessiert. Die Palästinakommission, die Wilson einsetzte, sein großes Interesse für den geplanten Judenkongreß in Amerika legen Zeugnis davon

ab, daß die amerikanische Regierung für die Verwirklichung des Zionismus arbeiten will. In den Verbandsländern überhaupt steht man dem zionistischen Plan sympathisch gegenüber. Sokolow, das Mitglied des Engeren Aktionskomitees der zionistischen Weltorganisation, hat unlängst mit der französischen und italienischen Regierung über den Zionismus Unterhandlungen geführt und hat an beiden Orten die Antwort bekommen, daß die Regierung bereit ist, die Schritte zur Verwirklichung des Zionismus zu unterstützen. Bei einer Unterredung, die Sokolow mit dem Papst hatte, sagte ihm dieser: ‚Wir werden gute Nachbarn sein.‘ England zeigte sein offenes Interesse für den Zionismus unter anderem auch durch die Gründung jüdischer Legionen, die die zionistische Fahne führen sollten. In der Presse der Verbandsländer erscheinen oft Artikel über ‚Die jüdische Republik‘, den ‚Judenstaat‘ usw.“

Triumphierend wurde dann noch verkündet: „Aus allen Ländern laufen Berichte ein von großen Zionistenkonferenzen und allgemeinjüdischen Kongressen, die das zionistische Programm annehmen. Heute ist der Zionismus nicht mehr Sache einer bestimmten Partei im Judentum, sondern man kann gewiß sagen, daß die überwiegende Mehrheit des jüdischen Volkes heute zionistisch denkt und vom kommenden Friedenskongreß mit Bestimmtheit die zionistische Lösung der Judenfrage erwartet. Selbst in Ländern, wo die Juden vor dem Kriege jeden Zusammenhang mit ihrem Volksstamm verloren zu haben schienen, erwachte unter dem Einfluß des Krieges der jüdische Nationalismus.“

Daran mag viel wahres sein, denn wie die sozialdemokratische „Fränkische Tagespost“, deren Hauptschriftleiter, Adolf Braun, gleichfalls Jude ist, am 29. November 1917 in einem Leitartikel mitteilte, zählten bereits im Jahre 1912 die zionistischen Vereinigungen 200 000 Mitglieder, die über 40 zionistische Zeitschriften verfügten und ein Vermögen von 7 Millionen Mark angesammelt haben sollen. Von welchem Geist auch die zionistische Bewegung in Deutschland beseelt ist, erkennt man so recht deutlich aus einem Aufsatz von Dr. Paul Nathan: „Wirtsvolk“ und „Gastvolk“ im „Berliner Tageblatt“, Morgenausgabe vom 3. Jan. 1919, der auf Auslassungen des führenden Blattes der deutschen Zionisten, die „Jüdische Rundschau“, bezug nimmt und dagegen polemisiert. Da ein Nachdruck des Aufsatzes ausdrücklich verboten ist, so muß ich den Abdruck der charakteristischen Stellen unterlassen und mich darauf beschränken, kurz den Gedankengang wiederzugeben, und der ist dieser: Was auch in und mit Deutschland vorgehen mag, meint die „Jüdische Rundschau“, das geht den Zionisten nichts an. Denn er kann sich ja allen daraus entspringenden Folgen dadurch entziehen, indem er Deutschland verläßt. In Rücksicht auf die Nichtzionisten ist höchstens

nur eine Anteilnahme zulässig, jedoch vermag kein deutsches, sondern nur ein jüdisches Interesse diese zu rechtfertigen, und wo dieses Interesse aufhört, da hört auch jede moralische Berechtigung zur Aktivität auf. Dagegen wendet sich freilich Dr. Nathan, weil aus einem solchen Standpunkte die Antisemiten mit Recht ihre Folgerungen ziehen und dem deutschen Volke als „Wirtsvolk" genau dasselbe Kündigungsrecht gegenüber seinem „Gastvolk" zusprechen würden, wie letzteres es gegenüber dem ersteren durch jene kaltherzigen Ausführungen beanspruche. Für die Nichtzionisten, die die Mehrheit der Juden in Deutschland bildeten, sei Deutschland nicht ein Vaterland auf Kündigung, sondern das Vaterland schlechthin. Inwieweit Dr. Nathans Auffassung von der Mehrheit der deutschen Juden geteilt wird, läßt sich schwer feststellen. Manche Erscheinungen des politischen Lebens sprechen dafür, daß im Gegensatz dazu die Anschauungen der „Jüdischen Rundschau" auch die weiter Kreise des Judentums sind.

In diesem Zusammenhang gewinnen folgende Tatsachen erhöhte Bedeutung: Die starke Beteiligung jüdischer Intellektueller an der „unabhängigen" Bewegung, die Delegation von sieben Juden seitens der „Unabhängigen" nach Stockholm und die seinerzeit in vertraulichen Parteikreisen viel erörterte Äußerung Bernsteins zu Friedrich Stampfer, dem nachherigen Chefredakteur des „Vorwärts": „Es fließt doch jüdisches Blut in Ihren Adern, also sind Sie doch auch verpflichtet, der internationalen Aufgabe des Judentums im Weltkriege Rechnung zu tragen." Wie Bernstein diese Aufgabe auffaßt, hat er in einer besonderen Schrift[1]) dargestellt. Im Vorwort derselben lehnt Bernstein zwar die Ziele der Zionisten ab, aber der Inhalt der Schrift kommt doch ihren Anschauungen bedenklich nahe, indem er den Juden schlechtweg die „besondere Mission" auferlegt, übernational, „auf Grund der Geschichte ihres Volkes die geborenen Pazifizisten" zu sein. „Das sollte ihm (dem Juden) die Geschichte des Volkes, dem er entstammt, das sollte ihm die Stellung des Judentums in der Welt zur natürlichen Richtung seines weltpolitischen Denkens, die Erinnerung daran, daß das Judentum als ein Ganzes Mitbürger aller Völker ist, zum elementaren Pflichtgebot machen."[2]) Bernsteins Stammesgenosse, Adolf Braun, erkannte die gefährlichen Folgerungen, die sich aus dieser Stammestheorie gegen die Stellung der Juden als deutsche Volksgenossen ergeben mußten, und rüffelte ihn daher auch unwirsch in der von ihm geleiteten und leider auch durch seine seichte Einerseits-Anderseitspolitik stark heruntergewirtschafteten „Fränkischen Tagespost"

---

[1]) Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege von Eduard Bernstein. Berlin 1917, Erich Reiß.

[2]) Ebenda S. 34.

ab. Verständlich ist danach auch, wenn Bernstein unbeirrt den Nichts-alsinternationalisten Karl Liebknecht als den wahren Verkünder der alten sozialistischen Grundsätze feierte. Gerade Eduard Bernstein ist ein im wahren Sinne des Wortes sehr redendes Beispiel dafür, wie wenig auf die Vaterlandstreue vieler Juden Verlaß, wie schwach entwickelt bei uns Deutschen das Nationalgefühl ist und ein wie unpolitisches Volk wir sind. Denn in anderen Ländern hätte eine politische Wetterfahne wie Bernstein schon längst seine Rolle ausgespielt, bei uns wird aber dieser Saboteur des deutschen Nationalgefühls, trotzdem er seine gleichzeitige Mitgliedschaft bei den „Unabhängigen" gar nicht aufzugeben gewillt war, wieder in den Schoß der alten Partei aufgenommen, mit den wichtigsten Aufgaben betraut und als Unterstaatssekretär im Amte belassen. Lassen wir doch dieses Chamäleon in allen seinen Farben schillern, indem wir ein paar Kostproben seiner schriftstellerischen Tätigkeit darbieten.

In seiner Frühperiode, als Schriftleiter des Züricher „Sozialdemokrat" war Bernstein Antinationalist. Noch als Herausgeber von Lassalles Reden und Schriften im Anfang der neunziger Jahre bemühte er sich, den Beweis dafür zu erbringen, daß Lassalles patriotische Äußerungen eigentlich nur den revolutionären Kern seines wirklichen Wollens umhüllt hätten. Ganz andere Töne schlug Bernstein in seiner 1899 erschienenen Schrift: „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie" (Stuttgart, Dietz) an. Als Bernstein, Arm in Arm mit Haase und Kautsky während des Krieges am schlimmsten gegen die alte Partei tobte und ihr in der „Leipziger Volkszeitung" vorwarf, ihr treues Festhalten an der Pflicht der Landesverteidigung stehe „mit unzweideutigen Beschlüssen der Parteitage in offenbarem Widerspruch", da habe ich in der Chemnitzer „Volksstimme" vom 2. Februar 1917 ihm aus seiner erwähnten Schrift einige Vorhaltungen gemacht, wie er selbst früher über solche Sachen gedacht, die ich nachstehend wiedergebe:

„Man spricht heute viel von der Eroberung der politischen Herrschaft durch die Sozialdemokratie und es ist wenigstens bei der Stärke, die diese in Deutschland erlangt hat, nicht unmöglich, daß ihr dort durch irgendein politisches Ereignis die entscheidende Rolle in die Hand gespielt wird. Gerade dann aber würde sie, da die Nachbarvölker noch nicht soweit sind, gleich den Independenten der englischen und den Jakobinern der französischen Revolution national sein müssen, wenn sie ihre Herrschaft behaupten will, d. h. sie würde ihre Befähigung zur leitenden Partei beziehungsweise Klasse dadurch zu bekräftigen haben, daß sie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigte, Klasseninteresse und nationales Interesse gleich entschieden wahrzunehmen.

Sie wird auch gemäß ihrem Programm in solchen Fällen, wo sich Konflikte mit anderen Nationen ergeben und eine direkte Verständigung nicht möglich ist, für die Erledigung auf schiedsgerichtlichem Wege eintreten. Aber nichts gebietet ihr, dem Verzicht auf Wahrung deutscher Interessen der Gegenwart oder Zukunft das Wort zu reden, wenn oder weil englische, französische oder russische Chauvinisten daran Anstoß nehmen. Wo es sich auf deutscher Seite nicht bloß um Liebhabereien oder Sonderinteressen einzelner Kreise handelt, die für die Volkswirtschaft gleichgültig oder gar nachteilig sind, wo in der Tat wichtige Interessen der Nation in Frage stehen, kann die Internationalität kein Grund schwächlicher Nachgiebigkeit gegenüber den Prätensionen ausländischer Interessen sein. (‚Voraussetzungen', Seite 144/145.)

Vorahnend trat damals Ed. Bernstein für eine möglichst energische Auslandspolitik ein. Schrieb er doch auf Seite 146: ‚Die Nationen gehen heute nicht mehr so leicht in den Krieg, und ein festes Auftreten kann unter Umständen dem Frieden dienlicher sein als fortgesetzte Nachgiebigkeit.'

Um jeden Zweifel an unserer Bejahung der Landesverteidigung auszuschließen, schlug Ed. Bernstein vor, den Programmsatz ‚Volkswehr an Stelle der stehenden Heere' umzuändern in ‚Umwandlung der stehenden Heere zur Volkswehr', ‚weil sie das Ziel feststellt, und doch der Partei freie Hand läßt, heute, wo die Auflösung der stehenden Heere nun einmal nicht angeht'.

Sollte es trotz unserer Friedensliebe einmal zum Krieg kommen, so riet uns der Stratege Ed. Bernstein, den Krieg möglichst rasch in Feindesland zu tragen.

‚Im gegebenen Falle hieße es daher fähig sein, den Krieg so schnell als möglich in das Feindesland zu tragen und dort zu führen, da in modernen Ländern Krieg im eigenen Lande schon die halbe Niederlage ist.'

Bernstein wollte also damals Kriegskredite nicht erst bewilligen, wenn für Ledebour die Voraussetzungen dafür gegeben sind, das heißt die Franzosen am Rhein und die Russen an der Oder stehen.

Daß er jemals so vollständig umlernen würde, hätte gerade Bernstein wohl selber nicht gedacht. Wohl aber traute er damals dem Bürgertum eine große Fähigkeit zu, hinzuzulernen und sich zu bessern. Schrieb er doch — es klingt wie eine Satire auf sein jetziges Treiben:

‚Nicht als die Chartistenbewegung sich am revolutionärsten gebärdete, erlangten die englischen Arbeiter das Stimmrecht, sondern als die revolutionären Schlagworte verhallt waren und sie sich mit dem radikalen Bürgertum für die Erkämpfung von Reformen ver-

bündeten. Und wer mir entgegenhält, daß ähnliches in Deutschland unmöglich sei, den ersuche ich nachzulesen, wie noch vor 15 und 20 Jahren die liberale Presse über Gewerkschaftskämpfe und Arbeitergesetzgebung schrieb und die Vertreter dieser Parteien im Reichstage sprachen und stimmten, wo darauf bezügliche Fragen zu entscheiden waren. Er wird dann vielleicht zugeben, daß die politische Reaktion durchaus nicht die bezeichnendste Erscheinung im bürgerlichen Deutschland ist.' (‚Voraussetzungen', Seite 167.)

Heute schreibt die bürgerliche Presse über Gewerkschaften und Arbeitergesetzgebung ja noch ganz anders als in der Zeit des Zuchthausgesetzentwurfes, in der Bernsteins ‚Voraussetzungen' erschienen. Freilich noch viel mehr hat sich seit Ende September 1914 die Schreibweise Ed. Bernsteins geändert. Warum? Wir wissen es nicht. Aber schon in seinen ‚Voraussetzungen' hat Bernstein gegen manche Parteigenossen einen Vorwurf erhoben, über dessen Berechtigung man heute vielleicht auch besser aufgeklärt ist als zu jener Zeit. Er schrieb:

‚Es gibt in der Sozialdemokratie Leute, denen jedes Eintreten für nationale Interessen als Chauvinismus oder Verletzung der Internationalität und der Klassenpolitik des Proletariats erscheint.' (‚Voraussetzungen', Seite 150.)"

Ja, es gibt wirklich solche Leute und Ede Bernstein ist ihr Vorbeter geworden.

Zwar im Anfang des Krieges da war Bernstein der Patriotischsten einer; da schrieb er im „Vorwärts" gleich eine ganz hochnationalistische Aufsatzfolge: „Abrechnung mit Rußland", da rechtfertigte er in den „Sozialistischen Monatsheften"[1]) durchaus das Verhalten der Mittelmächte und die Forderungen Österreichs an Serbien nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares:

„Mochten sie vielleicht brutal klingen: sie waren für Österreich-Ungarn vom Zwang der Selbsterhaltung diktiert. Diejenigen, die über das Vorgehen Österreichs ein großes Geschrei erhoben haben, seien auf den Vergleich hingewiesen, den ein Engländer, der Redakteur des „Economist", Francis W. Hirst, im „Daily Chronicle" vom 29. Juli seinen Landsleuten vor Augen geführt hat: „Wenn die Afghanen versucht hätten, auf Kosten Indiens ein Großafghanistan zu errichten und einen Prinzen und eine Prinzessin von Wales in den Straßen von Poschawar ermordet hätten, sicherlich hätte dann die Stimme der britischen Nation einen Marsch auf Kandahar verlangt, und ich weiß ganz genau, daß Österreich keinen Protest dagegen erhoben hätte."

---

[1]) Siehe Bernstein: „Der Krieg, sein Urheber und sein erstes Opfer". Sozial. Monatshefte, 1914. 16. Heft.

Sogar seinem geliebten England erteilte Bernstein eine schlechte Zensur für sein Eingreifen in den Krieg und kam dann zu folgender Zusammenfassung:

„Indes ist es jetzt nicht an der Zeit, die Frage zu erörtern, welche Motive die englische Regierung zu ihrem in jedem Betracht verwerflichen Entschluß bestimmt haben. Jetzt handelt es sich nur darum, daß Deutschland mit Österreich im Bund gegen seine Widersacher Sieger bleibt. Dazu braucht es allerdings des Aufgebots aller Kräfte, über die die Nation verfügt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat dies anerkannt und der Regierung die für die Kriegführung und die Pflege der Opfer des Krieges erforderlichen Mittel bewilligt. Sie tat es aus reinem Pflichtgefühl für das Interesse des eigenen Volkes, ohne den geringsten Anflug von Chauvinismus. Sie handelte damit auch im Geist des großen und edlen Franzosen, der zugleich der bedeutendste Patriot und der hingebendste Verfechter des Internationalismus im heutigen Frankreich war und als erstes Opfer dieses von Rußland entfachten Weltbrandes gefallen ist: ein Geist unseres unvergeßlichen, leider unersetzlichen Jean Jaurès."

Lange hielt diese erfreuliche vaterländische Gesinnung nicht an, nach einigen Monaten schlug sie um und wechselte dann immer mehr und mehr ins Gegenteil über. In in- und ausländischen Blättern suchte Bernstein die alleinige Schuld der Mittelmächte am Kriege durch wahrscheinlich sehr hoch honorierte Aufsätze nachzuweisen und stellte unbekümmert um die daraus sich ergebende Verelendung Deutschlands dessen Wiedergutmachungspflicht der zerstörten Gebiete Frankreichs und Belgiens fest. Nach dem Zusammenbruch Deutschlands, an dem Bernstein und Genossen eine erhebliche Schuld tragen, setzte er dies verwerfliche Treiben erst recht fort, indem er zugleich das deutsche Volk mit seinen rednerischen und schriftstellerischen Judasküssen zur ergebenen Duldung des ihm aufgezwungenen Gewaltfriedens ermahnt; denn, wie er auf dem nach Pfingsten 1919 zu Weimar stattgefundenen Parteitage sagte: „Neun Zehntel davon erkennen wir als Notwendigkeit an." Um die Partei völlig zu kurrumpieren, um jedes urwüchsige Nationalbewußtsein mit Stumpf und Stiel auszurotten, ist er mit heißem Bemühen beflissen, sie der Wiedervereinigung mit der unabhängigen Partei zuzuführen. So fällt er Deutschland fortgesetzt in den Rücken und versucht die Entente zu rechtfertigen. Was schiert ihm die Not des deutschen Volkes? Er wird nicht davon betroffen, denn sein Ministergehalt und seine sonstigen hohen Einkünfte entheben ihn der Sorgen des gemeinen Mannes. Das schlimmste daran jedoch ist, daß diesem politischen Schaukelpferde

überall gestattet wird, in der Presse, auf den Parteitagungen, in der Regierung, auf internationalen Kongressen sich als Paradepferd zu produzieren und seine zerrüttenden Lehren vorzutragen!

Und dieser Judas Ischariot ist leider keine Ausnahme, sondern ein Typ der dünnen, aber sehr einflußreichen Schicht des sozialistischen Judentums in Deutschland; er ist deren Patriarch, dessen talmudistisch-zionistischen Lehren sie Herz und Ohr öffnet. Beispiele beweisen! Und ein solches Beispiel furchtbarster Deutlichkeit sind die „Sozialistischen Monatshefte", Herausgeber Dr. Josef Bloch, Geldgeber Leo Arons, beide jüdischen Stammes, wie sich das eigentlich von selbst versteht. Wie prächtig war ihre nationale Haltung zu Beginn des Krieges und wie entgegengesetzt ist sie jetzt! In ihrer Nummer vom 13. August 1914 schrieb Dr. Bloch in einem Aufsatz: „Der Krieg und die Sozialdemokratie" mit fester Hand folgende prächtige Sätze:

„Die deutsche Sozialdemokratie fand sich, als es ernst wurde, sofort in die neue Lage. Sie verabschiedete frühere Axiome, deren Geltungslosigkeit nun erkannt wurde, und bewilligte dem Reiche alle Mittel, die für seine Verteidigung, für die Führung des Krieges notwendig waren. Gerade bei ihr, der Vertreterin der größten im eigentlichen Sinne produktiven Klasse, mußte auch das Bewußtsein von der Einheit der Nation mit der größten Intensität zum Durchbruch kommen..."

„Jetzt geht es in einen Kampf um Sein oder Nichtsein des nationalen Lebens, *der höchsten moralischen Einheit, die die Menschheit bisher hervorgebracht hat*, der gegenüber der individuelle wie der Geschlechtsegoismus, *ja selbst das Klasseninteresse zu schweigen hat...*"

„Wir wissen, daß es hier nicht so sehr auf die einzelnen Fakte ankommt, die den Anlaß gebildet haben, daß von einem höheren Gesichtspunkt aus vielmehr nur die Sache derjenigen Nation gerecht ist, die unter dem eisernen Zwang eines Pflichtgebots handelt; daß daher das ganze Schema der völkerrechtlichen Regeln, der Streit darüber, von wem die Kriegserklärung ausging, und dergleichen nichtig ist und von der Geschichte als nichtig erkannt werden wird. Deutschland kann mit ruhigem Gewissen in den Kampf ziehen. Es wollte niemanden in seinem innerlich berechtigten Wirken stören, es kämpft nur um die Möglichkeit zu leben und zu geben. Auch hier stand die wahre Ethik gegen das kodifizierte Recht. *Die Durchbrechung der international garantierten Neutralität Belgiens war eine Rechtsverletzung, aber moralisch gerechtfertigt*, obgleich England dadurch einen Vorwand bekam, der es ihm gestattete, die

Durchführung seiner lange vorher bestimmten Pläne nun auch noch als Wahrung des Rechts hinzustellen ..."

„Daß die deutsche Sozialdemokratie ... mit solcher Schnelligkeit und Gewalt die Sache der deutschen Nation als die ihrige erkannte, ist neben dem positiven nationalen Gefühl vor allem auch dem Umstand zu danken, daß der Angreifer Rußland war. Man braucht sich hier noch gar nicht auf Marx und Engels zu berufen, um einen Krieg gegen Rußland zu rechtfertigen; jedem, auch dem dogmatisch völlig verbildeten, war es sofort klar, daß der Kampf Deutschlands gegen Rußland zugleich ein Kampf der Menschenwürde gegen Menschenerniedrigung ist. Indem wir gegen Rußland gehen, bewahren wir nicht nur unsere eigene Freiheit, sondern bringen diese auch den von Rußland unterdrückten Fremdvölkern, ja dem russischen Volke selbst."

„Daß es gleichzeitig auch gegen Frankreich ging, war uns wohl ein Schmerz; denn die Berührung der deutschen und der französischen Kultur sind zu nahe und zu vielfältig. Aber das unglückselige Bündnis mit Rußland, in das sich Frankreich durch seinen Revanchetraum verstrickt hatte, und das Weltmachtstreben seiner führenden Politiker, dem bei der sinkenden Bevölkerungszahl und Produktivität des Landes doch die innere Berechtigung fehlt, hatten es zu einem Mitschuldigen von Unterdrückungsgelüsten gemacht. Hier durfte keine Sentimentalität mitsprechen, und Deutschland handelt auch im Interesse Frankreichs, wenn es ihm jetzt durch die Tat zeigt, wohin sein Weg es geführt hat."

Für Englands Eingreifen in den Krieg fand Bloch nur herbe Worte der Mißbilligung, indem er sich dabei auf einen Ausspruch Mac Donalds berief, der am 3. August 1914 im englischen Parlament der englischen Regierung den Vorwurf entgegenschleuderte: „Ich bin davon überzeugt, daß die Regierung unrecht hat. Ihre Argumente sind unrecht und ihre Handlungen sind unrecht ... Warten Sie ab, die Geschichte wird es ausweisen." Und Bloch ließ seinen Aufsatz ausklingen in die prophetischen Worte:

„In dem größten Krieg der Weltgeschichte, der jetzt begonnen hat, hat die deutsche Nation den Willen zum Sieg. Sie darf ihn haben, weil sie für eine innerlich gerechte Sache kämpft. Daher wird sie siegen."

Wenn diese Weissagung nicht in Erfüllung gegangen ist, so nicht zuletzt deshalb, weil Bloch selbst nicht an seinen obigen Ansichten festhielt und viele seiner Stammesgenossen, die Bernstein, Haase, Herzfeld, Cohn, Cohen, Eisner, Simon, Hilferding, Hirsch, Rosenfeld, Wurm, Jaffé, Grelling, Levien, Leviné, Luxemburg und wie sie sonst alle

heißen mögen sowie der Halbjude Karl Liebknecht (Mutter Jüdin, Frau russisch-jüdische Millionärin) alles getan haben, um sie zu vereiteln. Bloch fing im Verlaufe des Krieges an für die östliche, d. h. russische Orientierung zu schwärmen, mauserte sich dann zur kontinental-europäischen Politik mit Frankreich an der Spitze durch, suchte auch die Beiträge der Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte" demgemäß umzumodeln und ist mit Eduard Bernstein bereit, den Franzosen fast alles zu gewähren, nach dem ihr Herz verlangt: Elsaß-Lothringen, Saargebiet, „Verwaltung" der Rheinprovinz — mein Liebchen, was willst du noch mehr? Zeigen wir uns, so verstümmelt, ergeben in unser Schicksal, so daß die Franzosen hoffen dürfen, ihren Raub ungestört verdauen zu können, dann beginnt das tausendjährige Reich deutsch-französischer Freundschaft!

Ich glaube, daß in ganz Deutschland in beiden sozialistischen Parteien kaum 10000 eingeschriebene jüdische Parteigenossen aufzutreiben sein werden; vielleicht gibt es nicht einmal 5000 davon. Eine außerordentlich geringe Zahl gemessen an der großen Zahl von Juden in Deutschland und besonders gemessen an dem überragenden Einfluß der ganz ungewöhnlich großen Zahl jüdischer Führer. Und dann lege man sich doch einmal die Frage vor, haben diese Führer denn den Beweis ihrer Eignung für ihr Führeramt erbracht, haben sie schöpferisch neue lebensfähige Formen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens gezeigt und geschaffen, haben sie die Massen des Volkes mit Willens- und Tatkraft erfüllt, um jenen Formen Lebenskraft einzuhauchen? Wer wagt es, diese Frage zu bejahen angesichts der jämmerlichen Zustände, in denen wir uns befinden? Zwar wirft man jetzt alle Schuld auf das alte Regime, und ich bin auch weit entfernt davon, dieses von aller Schuld freisprechen zu wollen, allein im Grunde genommen ist eine solche Abwälzung doch nur ein bequemes Lotterbett, um auf ihm alle eigenen Sünden ausschwitzen zu können. Die ununterbrochenen Klagen von sozialdemokratischen und unabhängigen Ministern über mangelnde Arbeitslust, Rückgang der Produktion, überhaupt über den Zerfall unserer ganzen Volkswirtschaft, wofür man doch früher höchst bequemerweise die Regierung oder das herrschende System verantwortlich zu machen pflegte, wie will man alle Schuld daran von sich abwälzen? Freilich haben die Unabhängigen und Kommunisten, die fast vollkommen von fremdrassischem Blut beherrscht werden, noch eine andere Schieberseife in Verwahrung, um sich reinzuwaschen von all' den nicht erfüllten Versprechungen, mit denen man die betrogenen Massen genarrt hat: Das Nichtweitertreiben der Revolution sei schuld an der Nichteinlösung jener Zukunftswechsel. Und so hetzt man die Massen zum Bürgerkrieg, gegen die anderen Bevölke-

rungsklassen, gegen die deutschen Unternehmer, anstatt ihnen die Wahrheit zu sagen, ihnen zu zeigen, wie die ausländischen Kapitalisten sowohl die deutschen Arbeiter als auch das deutsche Volk insgesamt zehnmal schlimmer durch den Gewaltfrieden, und zwar ganze Geschlechter hindurch, auszubeuten trachten, als es jemals die deutschen Kapitalisten zu tun vermöchten. Alles, was vom feindlichen Auslande Böses gegen uns unternommen wird, umkleiden diese Volksverführer bereitwilligst mit einem Schein des Rechts, suchen sie als gerechte Vergeltung für deutsche Missetaten hinzustellen, und meuchlings fallen sie dem deutschen Volk, der deutschen Regierung in den Rücken, wenn diese sich dagegen zur Wehre setzen; mag es sich nun um die salbungsvolle Heimtücke eines Wilsons, die kaltherzige Niederborung eines Lloyd George's, die rachsüchtigen Tiegerinstinkte eines Clemenceaus oder die Leichenfleddereien polnischer oder tschechischer Hyänen handeln. Pfui Teufel über solche Feigheit! Denn das ist es trotz aller scheinrevolutionären Kraftmeierei. Den eigenen, fast wehrlos gemachten Volksgenossen setzt man die Pistole nicht bloß sinnbildlich auf die Brust, den eigenen Klassengenossen ruft man zu: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein", aber an den waffenstarrenden Ententekapitalismus wagt man sich nicht heran, vor dem katzbuckelt man in Hundedemut.

Selbst wenn man von dem besten Willen beseelt ist, so wird man vergeblich nach Verdiensten suchen, die sich die vielgenannten jüdischen Helden der Parlamente und Versammlungen um das deutsche Volk im allgemeinen und die deutsche Arbeiterklasse im besonderen erworben haben könnten. Es sei denn, man wolle folgendes als Verdienste anerkennen: Wenn Herr Hugo Haase vom Anfang des Krieges an eine zweideutige doppelzüngige Rolle spielte; wenn der damalige Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt Dr. Oskar Cohn, genannt der Russen-Cohn, „4 Millionen Rubel für die Zwecke der deutschen Revolution" vom russischen Gesandten Joffe zur Verfügung gestellt erhielt (s. Cohns bezügliche Erklärung im [Morgen-]„Vorwärts" vom 27. Dezember 1918); wenn das jüdische Halbblut Karl Liebknecht gleichfalls in der russischen Botschaft sich seine Verhaltungsvorschriften holte und nur für den Fall die Erlaubnis zum Eintritt in die revolutionäre deutsche Regierung erhielt, wenn er in dieser für die Auseinandertreibung des Reichstags, Terror gegen die Bourgeoisie und die Offiziere eintrete (s. „Vorwärts vom 27. Dezember 1918, morgens); wenn der ehemalige preußische Justizminister und jetziges Mitglied der preußischen Nationalversammlung, Dr. Kurt Rosenfeld, einen Millionär als Schwiegervater hat, der durch Kriegsgeschäfte in Leder sich sehr „verdient" gemacht hat; wenn der weiland Handelsminister der Republik

Bayern, Herr Josef Simon, Vorsitzender des Schuhmacherverbandes, die Last recht vieler Ämter — Verbandsvorsitzender, Reichstagsabgeordneter, Landtagsabgeordneter, Magistratsrat, Aufsichtsratsvorsitzender des Konsumvereins Nürnberg usw. — gleichzeitig nebst den dazu gehörigen Diäten sowie sonstigen Entschädigungen zu tragen und dann auch noch in Volksversammlungen entrüstet und vom heiligen Zorn durchglüht gegen die „Tantiemenschlucker" bürgerlicher Aktiengesellschaften zu wettern vermochte; wenn Herr Dr. Josef Herzfeld, Reichstagsabgeordneter, sich mit den Erträgnissen eines Bündels deutsch-amerikanischer Petroleumaktien neben seinem „bescheidenen" Einkommen als Rechtsanwalt begnügte; wenn sich die Herren Cohen, Ledebour, Adolf Hofmann, Eduard Bernstein und tutti quanti in der russischen Botschaft zusammenfanden und ihre geschwächten Magen laut Speisenkarte der Botschaft mit folgenden Gängen beschwerten: Vorspeisen, Gerstensuppe, Forellen, jungen gebratenen Enten, römischen Salat, Selleriegemüse, Melbaeis und Nachtisch. — Man vermißt dabei die nötigen Weine, welche doch zum hinunterspülen unumgänglich notwendig sind. Doch sie werden schon nicht gefehlt haben, weil es rücksichtslos im höchsten Grade wäre, bei so schwerer Arbeit im Dienste der Revolution eine solche Erquickung versagen zu wollen. Die gewöhnlichen parteisteuerzahlenden Proletarier wissen leider meistens gar nicht, welche schwerverdaulichen Arbeiten ihre Führer auf sich nehmen müssen. Denn nicht nur an allzu reich bestellter Tafel müssen diese ihre Kräfte erproben, sondern sie müssen sich auch in elegante Bekleidung einzwängen, um würdig bei unabhängigen Millionären des auserwählten Volkes, wie bei Herrn Paul Cassierer, früher Mitglied des Kaiserlichen Automobilklubs, die Massen vertreten zu können. Zweifellos sind bei manchen der vorstehend geschilderten Vorkommnisse Verdienste erzielt worden, es fragt sich nur, ob um die Wohlfahrt des deutschen Volkes? Man ist ebensowenig gezwungen, diese Frage zu bejahen, als man verpflichtet ist, es für besonders passend zu finden, daß ausgerechnet ein reicher Villenbesitzer in Babelsberg, Herr Max Cohen (Reuß) der Vorsitzende des Zentralarbeiterrats Deutschlands sein muß. Ebensowenig ist man verpflichtet die Schwenkung der „Sozialistischen Monatshefte" vom deutschen Nationalismus zum jüdischen Zionismus als eine für das deutsche Volk erfreuliche Tatsache zu feiern. Auch selbst dann nicht, wenn wir es glücklich schon zu einer jüdischen sozialdemokratischen Partei in Deutschland gebracht haben.

Bald hätte ich eines Staates vergessen, wo sich die politische Fähigkeit unserer jüdischen Mitbürger in Reinkultur entfalten konnte: Bayern! Dort war es zuerst Adolf Braun, der schon von Anfang Okto-

ber 1918 ab mit steigender Hartnäckigkeit und Heftigkeit die Abdankung der Hohenzollern in seiner „Fränkischen Tagespost" forderte. Ich habe schon damals die Befürchtung geäußert, daß die Abdankung oder Absetzung des Kaisers uns einen um keinen Deut besseren Frieden bringen würde als unter einer republikanischen Regierung, daß aber sehr wahrscheinlich bei einem solchen Ereignis der militärische Zusammenhalt vollends aus dem Leim gehen und das dann wehrlose Deutschland eine leichte Beute aller feindlichen Völker werden würde. So ist es ja leider auch gekommen. Adolf Braun werden solche Erwägungen wohl keine Beschwerden bereitet haben. Er war jedoch nur der Wegbereiter für einen Größeren, ein Johannes der Täufer für den Messias, Kurt Eisner.

Als Führer der Münchener Unabhängigen schwang sich Eisner bei Ausbruch der Revolution, die in München am 7. November ihren Anfang nahm, zum Führer Bayerns auf. Hier entwickelte er seine sprunghafte Tätigkeit. Der „Vorwärts" charakterisierte sie in seiner Nummer vom 2. Dezember 1918 wie folgt:

„Als am 8. November die Kunde kam, daß Eisner bayerischer Ministerpräsident geworden sei, erfüllte Heiterkeit die Redaktionsstuben, sie pflanzte sich fort in die Setzer- und Maschinensäle. Es war keiner unter uns, der Eisner nicht von alter Zeit her liebte und schätzte, keiner, der ihm übel wollte oder mißachtete. Dennoch Heiterkeit überall, wohlwollende Heiterkeit. Wozu wären wir ein befreites Volk, wenn es nicht erlaubt wäre, einem alten Freund offen und öffentlich zu sagen: ‚Du hast in deinem Leben schon viele Böcke geschossen, aber daß du dich von deinen revolutionären Schwabinger Literaturfreunden zum Ministerpräsidenten machen ließest, das war dein allergrößter Bock! Wir alle, in der alten und in der neuen Partei wünschen dir alles Gute und schätzen deine wirklichen Fähigkeiten. Kein Parteitag, weder ein sozialdemokratischer noch ein unabhängiger, würde dir in freier Wahl einen politischen Wirkungskreis von entscheidender Bedeutung anvertrauen. Du lebst in einer Welt des holden Wahnsinns, wenn du glaubst, du eingewanderter Berliner Literat, der im öffentlichen Leben Bayerns noch nie eine Rolle gespielt hat und den man in Bayern bis vor drei Wochen kaum kannte, du könntest dich auf das Vertrauen des bayerischen Volkes stützen. Alles, was du in deinem Leben gut gemacht hast, verdirbst du mit diesem tollen Streich!' So würde jeder aufrichtige Freund zu Eisner gesprochen haben. Aber es scheint, daß ihm in München aufrichtige Freunde fehlten, und so ist das Unglück geschehen. Als ein aus allen Himmeln Gestürzter und Zerbrochener

wird dieser Phantast binnen kurzem sein Amt verlassen, nachdem er namenloses Unheil angerichtet haben wird.

Was tut die Berliner Parteileitung der Unabhängigen, um den holden Schwärmer zu zügeln? Leider, so weit zu sehen ist, nicht das allermindeste, und die „Freiheit", die gefällige Offiziosin aller unabhängigen Ministerstreiche, bestärkt ihn noch in seinen Verrücktheiten. Unsere Kollegen vom Schiffbauerdamm denken doch über diese abenteuerliche Ministerpräsidentschaft genau so wie wir. Warum sagen sie es nicht? Wo bleibt da die Preßfreiheit. Diese Ministerpräsidentschaft hat mit dem großen Ernst der Zeit nichts zu tun. Sie steht zu ihm in erschütterndem Gegensatz. Kasperlekomödie des Lebens, frei nach Frank Wedekind, von Kurt Eisner mit dem Dichter in der Titelrolle. München-Schwabinger Naturtheater. In fünf Minuten geht der Vorhang herunter, und dann ist Schluß."

Soweit gut und schön. Nur eins vergaß der „Vorwärts" zu erwähnen, diesem Literaturzigeuner Eisner war vorher jahrelang die Leitung des Zentralorgans der Partei, des „Vorwärts", also „ein politischer Wirkungskreis von entscheidender Bedeutung" anvertraut gewesen. — Ein Blitzlichtbild: der Literat beherrscht die Partei mit einem Troß von Advokaten, schönrednerischer „Intellektuellen" und Agitatoren, während die Vertreter der großen Berufsorganisationen, die eigentlichen Arbeitspferde und volkswirtschaftlichen Sachverständigen bescheiden zurückzustehen haben oder nur dann eines hervorragenden Platzes gewürdigt werden, wenn sie vermöge ihrer Stellung in der Generalkommission nicht so leicht beiseite geschoben werden können oder wenn sie sich der Parteiunwelt anpassen, damit aber auch des besseren Teils ihres Wertes verlustig gehen. Und dabei nennen sich die sozialdemokratischen Parteien marxistisch! Mit welchem heiligen Donnerwetter würde Marx dazwischenfahren, wenn er noch unter uns weilte! Er, der von jeher das entscheidende Gewicht den wirtschaftlichen Mächten zugesprochen hatte. So kann man aber nur seufzend ausrufen: Heiliger Marx, siehe dein Volk an, es sind lauter Zigeuner! Doch zurück zu Bayern! Es kam so, wie es selbst der niemals besonders hellseherisch veranlagte „Vorwärts" vorausgesagt hatte: bevor Kurt Eisner gewaltsam von der Weltbühne abtreten mußte, hatte er namenloses Unheil angerichtet, hatte er besonders die mit 10×10 zu multiplizierende Überdummheit (wenn man sie nicht als Verbrechen der Verworfenheit am deutschen Volk bezeichnen will) begangen, aus geheimen Archiven unter Fälschung der Akten die alleinige Schuld Deutschlands am Weltkriege nachweisen zu wollen. Ein Kunststück, was ihm übrigens die famosen Unterstaatssekretäre Kautsky und Bernstein nachzumachen sich bemühten. Daß dann Deutschland als

dem Alleinschuldigen auch alle Kriegslasten und Entschädigungen aufgeladen werden würden, konnte nachgerade jeder politische ABC-Schütze an den Fingern abzählen, nur jene gelehrten Häuser rechneten nach einem ganz anderen Einmaleins. — Auf Eisner folgten ihm bald in der Regierung der Republik Bayern Lewien und Lewiné, auch zwei russische Juden. Was alle diese Leute aus dem auserwählten Volke geleistet, braucht hier nicht geschildert zu werden, weil es mit blutigen Lettern im Buch der Geschichte geschrieben steht. Derselbe „Vorwärts" aber, der Eisner so treffend als Politiker geschildert und verdientermaßen lächerlich gemacht hatte, brachte es bei Eisners Tode fertig, ihm als Schriftsteller lange lobende Nekrologe zu bringen und geflissentlich damit sein unheilvolles politisches Wirken zu verschleiern. Mit demselben Recht hätte man dem verflossenen Präsidenten der Republik Braunschweig, dem verdrehten Schneiderlein Merges nachsagen können: er war zwar kein Politiker, aber einen Hosenboden verstand er einzusetzen, vor dem selbst der Neid verblassen mußte. Denn was dem einen recht, ist dem andern billig.

Werfen wir einen Blick auf die Gemeindepolitik, so finden wir da denselben breiten jüdischen Einschlag, zumal in der Reichshauptstadt oder genauer gesagt in Groß-Berlin, aber auch dasselbe Mißverhältnis zwischen großsprecherischen Worten und Gesten und wirklichen Taten. Unter Emanuel Wurms Regiment als Lebensmitteldezernent hatten die jüdischen Händler, Schleichhändler und Schieber gute Tage. Die sozialistische Fraktion im Berliner Rathause mit all ihren jüdischen Millionären, Rechtsanwälten, Ärzten und Literaten führte ob ihrer Impotenz in Großberliner Parteikreisen den Spottnamen: „Alte Herrenriege". Ein jüdischer Arbeiter war nicht darunter, wie überhaupt ein jüdischer Arbeiter ein höchst seltenes Exemplar der species homo in Deutschland ist. Zwar wird uns des öfteren versichert, von welchen idealen Beweggründen unsere jüdischen Mitbürger bei ihrem politischen Wirken getrieben würden; mit Verlaub: seit dem Fall des Sozialistengesetzes gehörte kein besonderer Mut dazu, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, und die recht einträgliche Praxis sozialistischer jüdischer Rechtsanwälte und Ärzte beweist doch wohl nicht, daß ihnen daraus materieller Schaden erwachsen ist. Erzählte mir doch einstmals ein Berliner Arbeitersekretär, daß ein vielgenannter jüdischer Rechtsanwalt für die Führung der Prozesse einer einzigen großen Gewerkschaft allein in einem Jahre 30000 Mark als „angemessenes Honorar" erhalten hätte. Und die Verteidigung in großen politischen Prozessen geschah doch auch nicht um reinen Gotteslohn. Aus meiner eigenen zehnjährigen Erfahrung als Rixdorf-Neuköllner Stadtverordneter weiß ich doch auch, mit welchen gemischten

Gefühlen sich die Genossen die Führerschaft des Neffen von Eduard Bernstein, des Dr. Silberstein, seines Zeichens Arzt, gefallen ließen. Als Fraktionsvorsitzender hatte er beispielsweise in der Regel die Etatrede zu halten. Da ging ihm gewöhnlich der Gaul mit dem Munde durch. Mit erstaunlicher Kühnheit, unbekümmert um irdische Gebundenheit, verglich er die Leistungen der armen Arbeitergemeinde Neukölln mit denen der reichen westlichen Vororte. Die Galerie, auf der sich die Kundschaft Dr. Silbersteins befand, nahm seine schmetternde Kritik natürlich mit Wohlgefallen auf, während unten im Sitzungssaal die Genossen aus dem Rechnungsausschuß wie auf Nadeln saßen, dieweil ihr Führer den Etat zerpflückte, den sie selbst unter qualvoller Arbeit, im Schwanken zwischen Wollen und Nichtkönnen wegen der bescheidenen zur Verfügung stehenden Mittel mit geschaffen und gutgeheißen hatten. Man bedeutete ihm denn auch eines Tages: entweder gehen Sie mit in den Rechnungsausschuß und schaffen einen besseren Etat oder sie halten gefälligst den Schnabel bei der Etatdebatte. Gern hätte man sich seiner auf anständige Art als Fraktionsvorsitzender entledigt und man wollte ihn deswegen als Magistratsmitglied vorschlagen, allein man scheute teils vor dieser Pferdekur zurück, teils verhinderte dies die Eifersüchtelei wegen der Neubesetzung des Postens des Fraktionsvorsitzenden, denn mehr als einer hätte gern auf diesem Sessel gesessen. Einst wäre es freilich bald um die Herrlichkeit des Dr. Silbersteins sowohl als Fraktionsvorsitzender als auch als Magistratsmitglied geschehen gewesen. Das war Ende 1916, wo der Neffe gleichwie der Onkel Ede zu den Unabhängigen übergeschwenkt war und wo die bis auf drei Mitglieder zur Parteimehrheit gehörende Fraktion bestimmt erklärte, ihn unter den Umständen nicht wiederwählen zu wollen. Aber siehe da: kommt Zeit, kommt Rat; Anfang 1917 erklärte Silberstein, daß er sich die Sache anders überlegt habe und das Geschäft mit der Mehrheit machen wolle. Und Freude war im Fraktions-Himmel über den reuigen Sünder, der Buße tat. Warum auch nicht? Denn mit ihm vollführte der tapfere Vorwärtsredakteur Alfred Scholz denselben Kopfsprung, indem er zugleich die Solidarität mit seinen Redaktionskollegen, die wegen der Boykottierung des „Vorwärts" dessen Redaktionsstube verlassen mußten, im wesenlosen Scheine weit hinter sich ließ. Jetzt ist Dr. Silberstein Stadtrat und Scholz Bürgermeister. Dem Verdienste seine Krone. So lohnt sich der Mannesmut vor Parteithronen!

Selbst nach solchen bitteren Lebenserfahrungen pflegen wir gutmütigen Deutschen weiter Parteisteuern zu zahlen und das Maul zu halten. Da aber dadurch die Anmaßung unserer jüdischen Genossen um so größer wird, dürfte es wohl endlich an der Zeit sein, nicht mehr so in schafsdämlicher Geduld alles über sich ergehen zu lassen.

Als Schlußbild eine Szene aus der Lebensmittelkommission einer Großberliner Vorortgemeinde. Dort erklärte eines Tages unter der verständnisvollen Zustimmung aller Mitglieder, einschließlich der sozialdemokratischen, der Stadtrat-Lebensmitteldezernent entrüstet: Meine Herren, glauben Sie mir, ich bin kein Antisemit, aber Tatsache ist es, überall, wohin ich komme, um für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung tätig zu sein, sei es bei den Reichs-, Landes- und sonstigen Behörden, bei den Kriegswirtschaftsstellen, beim Viehhandelsverband, bei der Eierversorgung, Kartoffelversorgung, bei den Schiedsgerichten zur Begutachtung mangelhafter Lieferungen usw. usw. überall stoße ich auf irgendeinen Löwensohn, Blumenthal, Itzig oder den Träger eines ähnlichen klangvollen Namens, der vorweg den Rahm von der Milch zum Schaden der Bevölkerung abschöpft, ohne daß im geringsten die Notwendigkeit einer solchen Vermittlertätigkeit vorläge.

Gleichwie in dem Netz einer Riesen-Kreuzspinne sind wir von einer unheimlichen Macht umsponnen. Diese beherrscht die Presse, die Theater, die Kinos; der Verlagsbuchhandel ist ihr zum guten Teil verfallen, in die Universitäten ist sie eingedrungen, das wirtschaftliche Leben durchseucht sie mit ihrer laxen Geschäftsmoral und das politische Getriebe vergiftet sie mit ihrer skrupellosen Rabulistik. Seht hin auf einen der Ihren, den Witkowsky, der sich öffentlich Maximilian Harden nennt, weil es besser klingt. Allen Mächten, von Bismarck bis Hugo Haase hat er schon gedient. Mit dem geistreichelnden, abgehackten Stil seiner auf miserablen Papier gedruckten teuren „Zukunft" zerschlägt er die Zukunft des deutschen Volkes. Aber das Geschäft bringt was ein, da es geschickt die Konjunktur und Sensation in seinen Dienst stellt. Eine Villa im Grunewald, von wo aus der alte Schauspieler politisch schauspielert oder schauspielernd politisiert, ist gewiß kein Pappenspiel. Wie oft mag dort ein schallendes Gelächter in vertraulicher Runde erklingen über die Dummen, die nicht alle werden? Doch das geschieht uns recht so, denn jeder wird so behandelt, wie er es sich gefallen läßt. Und was wir uns bieten lassen, das zeigt uns recht eindringlich ein Stammes- und Artgenosse Hardens, der Herausgeber der „Weltbühne", in der sich leider auch sozialistische Schriftsteller ein Stelldichein geben, Siegfried Jakobsohn, der einst wegen eines ungewöhnlich dreisten literarischen Diebstahls aus der Berliner Presse hinausgeworfen wurde. Er beschuldigte in der „Weltbühne" die Sozialdemokratie, „die ruchlose Kriegspolitik einer verbrecherischen unfähigen Regierung" vier Jahre hindurch mit „verlogenen haltlosen Scheingründen" gestützt zu haben. Dann ließ er den Verfasser der in der Schweiz während des Krieges erschienenen landesverräterischen Schrift „J'accuse!" („Ich klage an!"), die von der Entente in Massen-

auflagen verbreitet wurde, Herrn Richard Grelling, den Sohn einer jüdischen Bankierfamilie, die Bretter der Weltbühne betreten, der also unser Vaterland in den Schmutz zog.[1])

„Deutschland, das noch vor kurzem äußerlich so blühende mächtige Reich, ist zum odium generis humani, ist das Ziel des Universalhasses und einer noch schlimmeren Geringschätzung geworden, weil es — lange, lange vor 1914 und während des Krieges — alle großen Prinzipien edler Menschlichkeit: Recht, Güte, Großmut, Milde, Gerechtigkeit mit absprechender Gebärde, oft auch mit egozentrischem Deliranten-Wahnsinn von sich gewiesen hat und wie ein toll gewordener Renner dem Prestige, dem Nutzen, dem Erwerb, dem Erfolg, der Macht in überheblicher Selbsteinschätzung nachgesagt ist."

Die edlen Rassegenossen Grellings trugen beileibe keine Schuld daran. Braucht man sich da zu wundern, wenn wir im Auslande verachtet und gehaßt werden, wenn wir uns so etwas von Landesverrätern nachsagen und ruhig gefallen lassen, als ob die Schilderung des Herrn Grelling richtig und die ausgemachteste Sache von der Welt sei? Muß nicht das neutrale und gar das feindliche Ausland einer solchen Anschauung huldigen, wenn das Bildnis eines solchen „Deutschen" im „Weltspiegel" des im Auslande vielgelesenen „Berliner Tageblattes" mit einer außerordentlich schmeichelhaften Unterschrift gebracht wurde? Im Auslande hält man das „Berliner Tageblatt" für das führende Blatt des deutschen demokratischen Bürgertums und man dürfte dort nur wenig oder gar keine Kenntnis davon haben, daß sein Besitzer, Rudolf Mosse, jüdischer Millionär und sein Hauptschriftleiter, Theodor Wolff, gleichfalls jüdischer Rasse ist. Mit Recht sagt man sich daher im Auslande: wenn so etwas von Deutschen in deutschen Büchern, Zeitungen und Zeitschriften geschrieben wird, dann muß es doch wahr sein. Ganz befangen in dieser Auffassung schrieb mir jüngst meine Schwester, die „J'accuse" gelesen hatte, mit einem Franzosen verheiratet ist und seit Jahrzehnten in Frankreich wohnt, — daß Deutschland der Friedensbrecher und Frankreich sein unglückliches Opfer sei.

Wie riesengroß die Anmaßung der ausländischen Juden innerhalb der sozialistischen Parteien Deutschlands bereits gediehen ist, beleuchtet der Antrag des „Unabhängigen" Dr. Hilferding auf der jüngst in Luzern stattgefundenen internationalen sozialistischen Konferenz: Die deutsche sozialdemokratische Partei (Mehrheitspartei) aus der Internationale auszuschließen. Geschieht uns wiederum allerdings recht, denn diesen Dr. Hilferding hat die Partei sich früher aus Galizien

[1]) Siehe „Schlaitzer, Deutschfeindlicher Schmutz". Tägliche Rundschau vom 27. Mai 1919.

oder aus einem sonstigen Kulturwinkel Österreichs verschrieben, um an der Parteischule als Lehrer — Gott bewahre uns vor solchen Lehrern! — und als Schriftsteller am „Vorwärts" sowie an der „Neuen Zeit" zu wirken.

Das beschämendste und schlimmste an solchen Zuständen ist, daß wir uns schon so an sie gewöhnt haben, daß wir sie gar nicht mehr als unwürdig und schimpflich empfinden; ja, daß derjenige Gefahr läuft, des Antisemitismus bezichtigt und aus der Partei hinausgeworfen zu werden, der sie bloß legt und beim rechten Namen nennt. So korrumpierte der Jude das natürliche Volksempfinden!

Gewiß ist es ein eigenartiges Volk dieses Judentum. Wie die Zigeuner von unwiderstehlichem Wandertrieb beseelt durch die Jahrtausende schweifen, so hat es im brudermörderischen Kampf von Kain an erst im Stammlande sich selbst zerfleischt und hat dann in ewiger Unrast durch Jahrtausende hindurch die Völker, bei denen es zu Gast wohnte und wo es zu Einfluß gelangte, mit Zersetzung erfüllt. Nichts natürlicher daher, wenn diese sich auf ihre Art gegen solche destruktiven Tendenzen zu wehren versuchten und Juda mit gesättigtem Groll verfolgten oder doch seine zersetzenden Triebe zu bändigen versuchten. Das war und ist ein Gebot der Selbsterhaltung. Wie hat beispielsweise das „demokratische" Frankreich jedesmal das Haus Rothschild zurechtgewiesen, wenn es scheinbar vielleicht nur den Verdacht auf sich lud, dem judenverfolgenden russischen Zarentum die Mittel für seine russisch-französische Kriegspolitik zu versagen. Man verlangte von ihm, daß es das französische Volksinteresse über alles setzte.

Anders dagegen das langmütige, duldsame deutsche Volk, obgleich hier bei dem durch jahrhundertelange Zerrissenheit schwach entwickelten Nationalgefühl doppelte Vorsicht vonnöten wäre. Hier im eigenen Lande wollen uns sogar die Juden zwingen, von unserm Selbsterhaltungstrieb Abstand zu nehmen. Ein Beispiel dafür von vielen. Im Herbst 1914 forderte mich Dr. Bloch zur Mitarbeit an seinen „Sozialistischen Monatsheften" auf, weil ich in einer Referentenversammlung der Partei eine unzweideutige deutsche Politik gegenüber der im alten Geleise agitatorischer Schlagworte fortwursteln-den Referentin der Versammlung gefordert hatte. Im Frühling dieses Jahres kündigte er mir dagegen, wenn auch nicht mit bestimmten Worten, so doch deutlich genug, diese Mitarbeit, weil ich an meinem alten Standpunkt festhielt und ihn in der „Täglichen Rundschau" auch öffentlich vertreten hatte, da mir der „Vorwärts" die Gelegenheit dazu verweigerte. „Ja, wenn Sie das ‚Berliner Tageblatt' benutzt hätten", meinte Herr Dr. Bloch, „aber die alldeutsche ‚Tägliche Rundschau', wie konnten Sie das bloß tun?"

Ich ließ mich aber nicht beirren und verzichtete lieber auf die Mitarbeit an den „Monatsheften", weil ich mir meiner nationalen Pflicht als Deutscher und auch als deutscher Arbeitervertreter bewußt war, der gegenüber „selbst das Klasseninteresse zu schweigen hat" — wie Dr. Bloch selbst so schön in den Sozialistischen Monatsheften vom 13. August 1914 geschrieben hatte. Übrigens hatte ich ebensowohl in diesem Falle als auch in allen sonstigen Fällen die feste Überzeugung, daß das wohlverstandene deutsche Arbeiterinteresse niemals im Gegensatz zu dem des deutschen Volkes steht.

Unsere jüdischen Mitbürger müssen dessen eingedenk sein: das deutsche Volk hat das Recht, ja sogar die Pflicht, von ihnen wie von allen anderen Staatsbürgern zu fordern: deutsch zu sein und als Deutsche zu handeln, sonst begeben sie sich selbst des Rechtes der Gleichberechtigung.

Du aber, deutsches Volk, wahre dein gutes Recht im eigenen Hause gegen wen es auch sei!

Partei und Gewerkschaften.

Das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften war im allgemeinen ein freundnachbarliches. Das heißt von der Partei wurde es im großen ganzen so aufgefaßt, daß die Gewerkschaften nicht als ein selbständiger Teil der Arbeiterbewegung anerkannt, sondern als Rekrutenschule und als eine besondere Waffe der Partei angesehen und behandelt wurden. Die Gewerkschaften begnügten sich im allgemeinen mit dieser untergeordneten Rolle, obgleich sich immer wieder Bestrebungen innerhalb ihrer Reihen geltend machten, dieses Verhältnis abzuschütteln, ihre Selbständigkeit zu wahren und nur in Anlehnung an der Partei sich die freie organische Entwicklung durch Beseitigung der entgegenstehenden gesetzlichen und behördlichen Hindernisse zu bahnen. Dieser Hang zum Widerstreben und zur gleichzeitigen Annäherung lag in den deutschen Verhältnissen begründet. Je mehr nämlich durch das Zusammenschweißen Deutschlands zur nationalen Einheit ein einheitliches Wirtschaftsgebiet und eine mächtig aufblühende Industrie entstand, um so mehr wurden von der Arbeiterschaft die buntscheckigen, arbeiterfeindlichen Vereinsgesetze der einzelnen Bundesstaaten als Hemmnisse ihres wirtschaftlichen Aufstiegs empfunden. Ihre Wegräumung konnte nur auf dem Boden des politischen Kampfes bewirkt werden, und dazu waren infolge der Einsichtslosigkeit der Regierungen und der bürgerlichen Parteien die sozialdemokratischen Parteien das geeignetеste Instrument. Andrerseits wirkten die nicht nur mit geistigen Waffen ausgefochtenen Kämpfe zwischen Lassalleanern und den sogenannten Eisenachern (Richtung Marx-Bebel-Liebknecht) abstoßend und zerrüttend auf eine einheitliche Kampffront, zumal beide Parteien an den Wert der Gewerkschaften für den Befreiungskampf des Proletariats durchaus nicht immer hoch einschätzten, ja ihn zuweilen für mehr schädlich als nützlich bezeichneten oder den politischen Kampf der Arbeiterklasse für weit wichtiger und erfolgreicher als den wirtschaftlichen Kampf erachteten. In dieser Anschauung wurde die später in eins verschmolzene Partei noch bestärkt, als selbst nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Gewerkschaften nicht recht vorwärts zu kommen vermochten. Das kam drastisch auf dem 1893 zu Köln stattfindenden Parteitage zum Ausdruck.

Schon im gedruckten Bericht des Parteivorstandes findet sich bezüglich der Gewerkschaften folgende pessimistische, aber auch charakteristische Stelle:

„Es ist eine Erscheinung, die sich immer und überall wiederholt, daß mit dem Beginn einer Lohnbewegung die indifferenten Arbeitermassen in großen Scharen den gewerkschaftlichen Organisationen zuströmen, daß deren Reihen sich aber wieder lichten, sobald die Arbeitsverhältnisse sich verschlechtern und die Aussichten auf Erfolge durch ein gewerkschaftliches Vorgehen schwinden. Es macht sich dieser Wechsel im Zu- und Abgang bei uns um so stärker bemerkbar, als die staatliche Organisation der Arbeiterversicherung (Krankenkassen, Alters- und Invaliditätsversicherung) den Gewerkschaften eines der wesentlichsten Mittel nimmt, die indifferenten Mitglieder an ihre Kassen zu fesseln."

Wenn so etwas in dem Berichte des Parteivorstandes stand, dessen Verfasser der vorsichtige und klug abwägende Auer, Parteisekretär und Reichstagsabgeordneter, war, so kann und muß man das wohl als Glaubensbekenntnis des Parteivorstandes hinnehmen.

Besonders bedeutungsvoll wegen des Sprechenden waren die Ausführungen Bebels auf dem Parteitage. Nachdem er erklärt: „Der Vorstandsbericht hat unwiderleglich nachgewiesen, warum die Bewegung nicht so groß werden kann", fuhr er fort:

„In Deutschland ist durch die sozialpolitische, zumal die Versicherungsgesetzgebung, dieser Zweig der gewerkschaftlichen Tätigkeit entzogen und ihr damit ein Lebensnerv durchschnitten worden, der gerade in England und bei den deutschen Buchdruckern zur Blüte beigetragen hat. Weitere wichtige Gebiete, deren Bearbeitung mit zu den Hauptaufgaben der Gewerkschaften gehörten, sind ihnen durch die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung entzogen worden, und das wird noch in größerem Umfange eintreten, wenn der Berlepsche Entwurf oder auch unser eigener Arbeiterschutz-Gesetzentwurf Gesetz werden sollte. Von diesem Gesichtspunkte aus beleuchte man einmal die Frage! Mit jeder Erweiterung der staatlichen Befugnisse wird das Feld der gewerkschaftlichen Betätigung noch mehr eingeengt.

Wir mögen gewerkschaftlich organisiert sein wie wir wollen, wenn das Kapital einmal allgemein eine solche Macht erobert hat, wie bei Krupp und Stumm, in der Dortmunder Union, in den Kohlen- und Eisenindustriebezirken Rheinlands und Westfalens, dann ist es mit der gewerkschaftlichen Bewegung aus, dann hilft nur noch der politische Kampf. Aus ganz natürlichen und selbstverständlichen Ursachen wird den Gewerkschaften ein Lebensfaden nach dem andern abgeschnitten."

An dem Lebensfaden der Gewerkschaften schnitt auch Klara Zetkin herum, indem sie resolut erklärte: „Darüber darf man sich nicht täuschen, daß der Wirkungskreis der Gewerkschaften immer und immer verkleinert wird.“ Wie die Alten sungen, so zwitscherten die Jungen. In dieselbe Kerbe haute deshalb auch Schoenlank, bisher Redakteur am „Vorwärts“ und seit kurzem Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“. Auch er meinte, „die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werde stets nur ein kleiner Teil der Arbeiterklasse bleiben. Wie wolle man denn die kleingewerblichen Arbeiter oder gar die Unter- und Staatsbeamten in dieser Weise organisieren?“ Kopfschüttelnd steht man vor solchen Expektorationen eines Doktors der Nationalökonomie. Noch besser als Schoenlank machte es Richard Fischer-Berlin, der den ganzen Streit als eine Modesache bezeichnete: „Vor einigen Jahren war der Austritt aus der Landeskirche das Stichwort; wer diesen Augenblicksmumpitz nicht sofort mitmachen wollte, war ein Verräter an der Partei. Heute ist es die Klage, daß die Parteiführer Gegner der Gewerkschaften seien.“ Auch sonst erging er sich in bissigen und höhnischen Bemerkungen über die Tätigkeit der Generalkommission, der er überdies einen gesuchten Gegensatz zur Partei vorwarf, indem er sagte: „Man wollte eben eine Art parlamentarisches Komitee der Gewerkschaften bilden, welches mit der Parteileitung wie von Macht zu Macht verhandelte. Weil dieser Größenwahn Schiffbruch litt, entstand der Streit.“

Diese Furcht vor der Rivalität der Generalkommission und der Gewerkschaften zog sich wie ein roter Faden nicht nur durch die Verhandlungen des Parteitages, sondern war auch noch viele Jahre danach die Ursache schwerer Sorge in der Partei. Sie war unberechtigt, sofern jedem Teil die nötige Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit zugestanden wurde. Faßte man allerdings das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften im Auerschen Sinne auf, wonach die Gewerkschaften als eine Spezialwaffe der Partei zu gelten hätten, wie sich etwa die Artillerie zur Gesamtarmee verhält, so war diese Sorge berechtigt. Denn mit ihrer Erstarkung mußten die Gewerkschaften es ablehnen, lediglich als Rekrutenschulen einer politischen Partei zu gelten, sondern es war ein Gebot der Notwendigkeit für sie, ihren hohen Aufgaben in voller Selbstbestimmung nachzugehen.

Nach solchen Debatten traf der Delegierte Paul-Hannover, seines Zeichens Maurer, den Nagel auf den Kopf, wenn er mit erfrischender Deutlichkeit erklärte:

„Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gange der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden. (Widerspruch.) Ja, so ist es, und die bösen Folgen davon werden sich draußen

bald zeigen. Die Agitation in den Kleinstädten und auf dem Lande, die gerade die Gewerkschaftler betreiben, ist schwer und mühsam, viel schwerer, als von einer großen Stadt zur anderen zu fahren, vor zehntausend Menschen zu sprechen, sich nach der Rede beglückwünschen zu lassen und um dann wieder abzufahren. (Heiterkeit.) Zahlreiche Führer und rednerische Kräfte der Partei sind tatsächlich der Gewerkschaftsbewegung abgeneigt und ihre Haltung beeinflußt natürlich auch das Gedeihen der Bewegung höchst ungünstig. Wie sollen wir vorwärts kommen, wenn auch an kleinen Orten der Führer der Partei es ablehnt, sich mit dem „Gewerkschaftsquatsch" zu befassen, und uns erklärt, er halte bloß politische Reden, natürlich hochpolitische Reden. Aber die Zeit der Gewerkschaften ist noch nicht erfüllt; ihre Bedeutung ist nicht herabgemindert, sie sind notwendiger als je. In den gegnerischen Parteien widmet man ihnen heute erhöhte Aufmerksamkeit, man gründet überall katholische oder evangelische Vereine, um die Arbeiter von den Gewerkschaften abzuhalten."

Wäre es nach den Reden der Parteiführer auf dem Kölner Parteitage gegangen, so hätte die Gewerkschaftsbewegung wegen Mangel an Sauerstoff ein kümmerliches Dasein führen, nach und nach immer mehr zusammenschrumpfen müssen, da ihr ja „ein Lebensfaden nach dem andern abgeschnitten würde".

Es ist aber weidlich anders gekommen! Woraus man ersehen kann, daß sich die Entwickelung nicht durch Resolutionen noch so mächtiger Körperschaften meistern läßt. Resolutionen bleiben dann ein wertloses Stück Papier, das von der Elementarkraft geschichtlicher Notwendigkeiten in tausend Fetzen zerrissen wird, wenn sie auf falschen Voraussetzungen aufgebaut sind.

Die ganz „Klassen- und Zielbewußten" stehen eigentlich immer noch auf dem Boden der falschen Beurteilung des Kölner Parteitages. Ihnen ist der naturgemäße Vorrang der wirtschaftlichen Organisationen vor den politischen ein Scheuel und Greuel.

Und doch ist es eine Umkehrung, ein dialektischer Umschlag der materialistischen Geschichtsauffassung, wenn es anders ist. Denn auch nach Marx sind die Gewerkschaften die berufenen Vertreter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Das gilt selbstverständlich auch für die äußere Politik, die im Zeichen der Weltwirtschaft mehr als je mit den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse verflochten ist. Die Gewerkschaften sollten sich daher nicht ihr Erstgeburtsrecht schmälern lassen, nicht aus alter Gepflogenheit den Politikern folgen, die sich schon so oft in den wichtigen Fragen verrannt haben, sondern kühl abwägenden Verstandes und warm empfindenden Herzens für das Volksganze unbeirrt die für richtig erkannten Wege wandeln.

Die sozialdemokratische Partei aber wird sich je mehr im Sinne ihrer geschichtlichen Aufgaben auf richtigen Wegen befinden, ein um so feineres Ohr sie für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter bekundet und je mehr sie den durch Erstgeburt dazu berufenen Gewerkschaften es in allererster Linie überläßt, die daraus entspringenden Forderungen in zweckentsprechender Weise zu formulieren und zu vertreten. Das ist auch der wahre Sinn der von Marx und Engels gelehrten materialistischen Geschichtsauffassung. Da alle politischen Kämpfe nur der Abglanz wirtschaftlicher Ursachen sind, so kann nicht das politische Instrument von Daseinsformen wirtschaftlicher Mächte diese selbst beherrschen; das wäre unnatürlich und widersinnig. Sondern das politische Instrument, im gegebenen Falle die sozialdemokratische Partei, muß als Vertreterin der hinter ihr stehenden Volksklassen zur Erkennung, Förderung und Durchsetzung von deren wirtschaftlichen Forderungen auf politischem Gebiete gewissermaßen als feinkonstruierter Seismograph die unterirdischen Erdbeben wirtschaftlicher Kräfte ansagen und, je nachdem, deren Sprachrohr sein. Sie vermag weder den mit urwüchsiger Eigenbewegung ausgestatteten wirtschaftlichen Kräften willkürlich eine bestimmte Richtung vorzuschreiben, noch ihnen naturwidrige Seitensprünge zu gebieten. Wohl aber vermag sie nach wahrhaft wissenschaftlichen Grundsätzen und durch Kenntnis ihrer Bewegungsgesetze wirtschaftlichen Naturkräften ein Bett zu bereiten, wo sie segensreich sich auswirken können. Versucht sie dagegen, den Eingebungen politischer Dilettanten zu folgen, welche den Mechanismus des wirtschaftlichen Getriebes nicht kennen, so kann ihr das zum Verderben gereichen und die brausende Flut ungebundener Naturkräfte kann über sie hinweggehen und alle künstlichen Staudämme verfehlter Systeme hinwegschwemmen.

Eine neue „Irrlehre" — das sage ich den Ketzerrichtern — wird damit nicht aufgestellt. Stellt doch auch der Parteivorstand in seiner 1916 erschienenen Schrift: „Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen" (Seite 1) fest:

„Unter allen Kräften aber ist das ökonomische Interesse von überragender Größe und Bedeutung, es spielt im Leben der Völker die gleiche letzthin entscheidende Rolle wie im Leben des einzelnen Menschen und der einzelnen sozialen Gruppe."

Die Lehre von der Gewerkschaftsbewegung als „Rekrutenschule" ist längst von allen einsichtigen Parteigenossen aufgegeben worden, weil sie sich nicht aufrechterhalten ließ. Und die Partei ist nicht schlecht dabei gefahren. Schrieb doch auch der Parteivorstand in seiner bereits erwähnten Schrift über „Die Kriegspolitik der Partei im Lichte der wirtschaftlichen Tatsachen" (S. 10) sehr verständig: „Die

Zeit des ökonomischen Aufstiegs der Arbeiterklasse war zugleich die Zeit der glänzendsten Entwicklung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen."

Das war damals, wo ein gesundes nationales Empfinden der Partei noch nicht abgestorben war. Damals, im Sommer 1916, gaben auch die deutschen Gewerkschaften ein Manifest in Massenauflage heraus, mit der Überschrift: „Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914", in dem es u. a. hieß:

„Was besagt die Politik des 4. August? Sie ist die Politik der gemeinsamen Landesverteidigung ohne Unterschied von Religion, Klasse oder Partei. Sie ist eine Politik der organisatorischen Hebung und Stärkung der Widerstandskraft unseres Volkes gegen die Niederringung Deutschlands mit anderen Mitteln als durch die Überlegenheit der Waffen. Sie ist in Summa die Politik deutscher Selbsterhaltung!

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung ist oft genug erörtert worden; sie soll hier nicht weiter berührt werden. Für die Arbeiter als Wirtschaftsglied ist das Vaterland nicht bloß Heimat, der heimatliche Herd im weiteren Sinne, den es zu verteidigen gilt gegen jeden äußeren Angriff, sondern es verkörpert für sie zugleich die Wirtschaftseinheit. Als Wirtschaftseinheit ist es für sie die Voraussetzung für das Gedeihen von Industrie, Gewerbe und Handel, Landwirtschaft, Verkehr und für die Wissenschaft in ihren vielgestaltigen Beziehungen zum Berufsleben, also auch für das Gedeihen der deutschen Arbeit. Diese Wirtschaftseinheit umfaßt Gebiete, deren Naturschätze der Industrie, der Landwirtschaft unentbehrlich und unersetzlich sind, sie umfaßt den Boden, den wir im Interesse der heimischen Lebensmittelversorgung nicht entbehren können; sie umschließt Ströme, die für den Binnen- und Durchgangsverkehr eine Lebensnotwendigkeit sind, Häfen, in denen Deutschlands Anteil am Güteraustausch des Weltmarktes lagert. Jede fremde Invasion droht uns diese Voraussetzungen unserer heimischen Volkswirtschaft nicht allein vorübergehend während des Krieges, sondern nach den Plänen unserer Gegner auch dauernd zu entreißen, deutschen Boden in Feindesgewalt zu bringen, deutsche Landwirtschaft wie in Ostpreußen zu vernichten, deutsche Industriestätten zu zerstören, deutschen Handel dauernd lahmzulegen. Alles dies bedroht auch die deutsche Arbeit, die von der Entwickelung der heimischen Volkswirtschaft lebt, die von Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft in hohem Maße abhängig ist.

Das Gedeihen der deutschen Arbeit ist aber die Grundlage für ein gedeihliches Wirken der deutschen Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände der Arbeiterklasse. Jede Zerstückelung der deutschen Wirtschaftseinheit fällt in ihren Wirkungen auf letztere zurück. Unter der

Ausschaltung irgendeiner deutschen Industrie vom Weltmarkt leiden erfahrungsgemäß am allermeisten deren Arbeiter; das haben uns die Handelskriege und Krisen genugsam gelehrt. Die Vernichtung des deutschen Anteils am Welthandel würde nicht bloß dessen Angestellte und Arbeiter, sondern auch die industriellen Erzeuger der in Frage kommenden Produkte in ihren Existenzbedingungen aufs schwerste gefährden. Und es ist eines der eingestandenen Kriegsziele unserer Feinde, Deutschlands Industrie und Handel zu zerstören, ein Ziel, dem sie schon seit dem Kriegsbeginn mit Zähigkeit nachstreben und das ganz wesentlich zur Verschärfung des Krieges beigetragen hat. Deutschlands Anteil an der Weltproduktion und am Welthandel soll vermindert, sein Wettbewerb auf dem Weltmarkt unschädlich gemacht werden. In diesem Anteil an der Weltwirtschaft steckt aber auch der Anteil deutscher Arbeit, den wir zu verteidigen haben, deutscher Arbeit als Erschaffenes und Errungenes, deutscher Arbeit als weitere Entwickelungsmöglichkeit für die deutsche Arbeiterklasse, nicht zuletzt deutscher Arbeit als Organisation! Denn auch die Arbeiterorganisation gedeiht nur in einem wirtschaftlich entwickelten und entwickelungsfähigen Lande. Was wir als Organisation geworden sind, danken wir neben der eigenen Kraft auch einem blühenden deutschen Wirtschaftsorganismus.

Deutsche Arbeit! Wir dürfen uns mit Stolz zu ihr bekennen, denn sie hat unsere Stellung auf dem Weltmarkte begründet und den früher verachteten Namen „made in Germany" zu einem Ehrentitel gemacht. Sie sichert dem deutschen Arbeiter in allen Weltteilen ein hohes Maß von Achtung, die seinem Fleiß, seiner Gründlichkeit, seiner Geschicklichkeit gezollt wird. Deutsche Arbeit in der Zukunft! Wer wollte die Zeiten zurückwünschen, da unser Land seine arbeitskräftigen Hände über die Grenzen hinauswandern sah, weil es ihnen nicht genügend Beschäftigung zu geben vermochte? Deutsche Arbeiterorganisation! Sie, die an Stärke und Leistungen die aller anderen Nationen überragte und zur Führung im Reigen aller Völker berufen schien, — wer möchte sie von ihrer Höhe herabstoßen und in chronischen Wirtschaftskrisen ihre Kräfte aufzehren sehen?

...Die Politik des 4. August 1914 ist die Voraussetzung für die Zukunft der Gewerkschaften, für die Verwirklichung ihrer großen Ziele und Ideale, denn nicht von außen her kommt uns die Befreiung vom ökonomischen Lohnjoch, sondern wir müssen dereinst die Kraft haben, uns selbst zu befreien. Das Volk, das vor dem Zarismus und seinen Verbündeten die Selbsterhaltung preisgibt, hat in der Zukunft des Sozialismus seinen entscheidenden Einfluß verloren!"

Ach, und später haben die Gewerkschaften die Einsicht, welche aus dieser erhebenden Kundgebung sprach, wie ein lästiges Gewand bei-

seite geworfen. Sie machten die zwar gutgemeinte, aber politisch unkluge Stockholmerei mit und die Generalkommission verwehrte gegenteiligen Ansichten die Ausdruckgabe in ihrem „Correspondenzblatt". Sie begünstigte die schädlichen politischen Streiks im Januar-Februar 1918, sie nahmen den Wilsonschen Völkerbundrummel ernst, lauschten gläubig in dem vom Volksbund für Freiheit und Vaterland Anfang Oktober 1918 einberufenen Versammlungen den die Heilsbotschaft Wilsons erklärenden Worten des Herrn Dernburg und ein hervorragendes Mitglied der Generalkommission, der jetzige Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, ein sonst gerade nicht in Gefühlsüberschwang sich ergehender Mann, brachte es fertig, in einer Parallelversammlung das wie schneidender Hohn klingende Wort als Schlußparaphrase auszurufen: „Glückauf zum neuen Deutschland!" Wiederum sperrte die Generalkommission ihr „Correspondenzblatt" solchen Stimmen, die vor dieser Komödie der Irrungen warnten. Zum Beweise dessen folgender von mir an das „Correspondenzblatt" eingesandter Aufsatz:

Wollen die Gewerkschaften untätig zusehen?

Eine Welt wird neu geformt. Ein kommender Völkerbund wird uns verkündet. Doch dieser Völkerbund wird nichts von dem an sich haben, was unsere Sehnsucht erträumte, sondern er wird angelsächsisch-kapitalistisch vom reinsten Wasser sein. Die Wilson-Noten bilden das Präludium des verheißenen Völkerbundes.

Ich habe es nie begreifen können, wie man selbst in Deutschland daran glauben konnte, der Präsident der Vereinigten Staaten wolle und könne als Friedensengel für die gequälten Völker Europas erscheinen und sich als Bahnbrecher einer neuen Weltordnung betätigen. Wenn die englischen und selbst die französischen Gewerkschaftsvertreter sich den Anschein gaben, als glaubten sie an diese Mission Wilsons, so ist das von ihrem nationalen Standpunkt aus begreiflich, denn die 14 Punkte Wilsons bargen alles in sich, was England und Frankreich befriedigen konnte, wenn sie in ihrem Sinne ausgelegt wurden. Und an dieser Auslegung war schon vor dem Erscheinen der letzten Wilsonschen Noten an Deutschland nicht zu zweifeln bei dem Charakter der amerikanischen Politik.

Man hat mit Recht früher über die Geschichtsplitterung der amtlichen Schulbücher gespottet, nach denen die Welt ihre Bewegungsgesetze lediglich von den Fürsten und ihren Staatsmännern erhielt. Las man aber beispielsweise die Leitaufsätze des „Vorwärts" über Wilsonsche Noten seit dem Friedensangebot der deutschen Regierung im Dezember 1916, so konnte man die tröstliche Einbildung haben,

daß auch heutigentags noch die großen Staatsmänner der Welt Gesetze als Extrakt ihrer philosophischen und staatsrechtlichen Anschauungen vorzuschreiben mächtig genug sind, ohne Rücksicht auf die Umwelt, die sie zur Macht emporgetragen.

Wollen wir die Welt aber nicht in dem Hohlspiegel illusionärer Auffassungen sehen, so tun wir gut, uns der materialistischen Geschichtsauffassung zu bedienen. Geschieht das, so fällt der Schleier völkerbundlichen Hohenpriestertums von Wilson ab und er steht da als das, was er ist: der oberste Beamte einer großkapitalistischen Bourgeoisrepublik. Er ist um so mehr der Sachverwalter eines kapitalistischen Staates — ob Republik oder Monarchie spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle — als ihm jedes Gegengewicht einer wirklich klassenbewußten oder sozialistischen Arbeiterpartei fehlt, vielmehr der allein eine wirkliche Macht darstellende Gewerkschaftsbund unter Gompers Führung von jeher den beiden großen bürgerlichen Parteien der Demokraten und Republikaner, je nach deren Versprechungen Schleppenträgerdienste geleistet und sich von Anbeginn wütend für die Wilsonsche Kriegspolitik ins Zeug gelegt hat.

Warum jetzt noch mit dem hinter dem Berge halten, was die Feinde unter Wilsons Führung aus einem geschlagenen und niedergeworfenen Deutschland machen wollen? Eine verhüllende Geheimdiplomatie dürfte gerade in diesem Falle weniger als je angebracht sein. Was droht also aus den Wilsonschen Noten dem deutschen Volke und der deutschen Arbeiterschaft? — Im Westen die Annexion Elsaß-Lothringens und vielleicht noch Teile des linken Rheinufers durch die Franzosen; im Osten Abtrennung Westpreußens und Posens und Teile von Oberschlesien zugunsten des neuen Polens; „Wiedergutmachungen" in Belgien, Frankreich, Serbien, Montenegro und Rumänien, also Frondienste Hunderttausender oder Millionen deutscher Arbeiter unter fremder Knute oder Aufwälzung einer ungeheuren Schuldenlast auf das deutsche Volk, von der die deutsche Arbeiterschaft den Löwenanteil zu tragen haben wird. Dazu die Erschwerung der Zufuhr notwendiger Rohstoffe, indem wir völlig auf die Gnade oder Ungnade Englands-Amerikas angewiesen sein werden und diese Abhängigkeit auch der beim Absatz auf dem Auslandsmarkte zu spüren bekommen werden.

Der Zersetzungsprozeß in Österreich-Ungarn verschlimmert noch unsere Lage und wird dazu beitragen, die Grundlage unserer Volkswirtschaft mit zu unterhöhlen, ohne daß die neugeschaffenen selbständigen Völker des benachbarten Doppelstaates davon irgendeinen Nutzen haben, sondern vielmehr sich dadurch in die wirtschaftliche Knechtschaft des angelsächsischen Kapitalismus begeben werden. Der Eisen-

bahn- und Postverkehr der mitteleuropäischen Völker wird unterbunden, die Geldwährung äußerst unsicher, der Warenumtausch sehr erschwert werden.

Was wird die unmittelbare Folge für die deutsche Arbeiterschaft und die deutsche Gewerkschaftsbewegung sein? Verschlechterung der Ernährung durch Abtrennung von Überschußgebieten, chronische Arbeitslosigkeit, riesige Auswanderung nach feindlich gesinnten Ländern (wo unsere Brüder einer empörenden Behandlung ausgesetzt sein werden), Verkümmerung der Gewerkschaften und der ganzen Arbeiterkultur.

Sollen die Gewerkschaften das alles stumm duldend über sich ergehen lassen? Nein und dreimal Nein! sondern sie müssen in alle Welt hinausschreien, wie man seitens der ausländischen Kapitalisten die deutsche Arbeiterklasse bis aufs Blut ausbeuten will? Sie dürfen nicht einen Augenblick damit zögern.

Sie müssen auch sonst zu dem Neuen, was da werden will, mitgestaltend Stellung nehmen. Es geht nicht an zu sagen: wir wollen erst abwarten, bis die Zustände sich geklärt, bis die entstehenden politischen Gebilde und die daraus entspringenden wirtschaftlichen Veränderungen bestimmte und dauernde Formen angenommen haben. Will man solange warten, dann ist es zu spät. Damit würde man anderen die Tat überlassen und sich selbst zur Untätigkeit verurteilen und darauf verzichten, mitzuschaffen an dem Neuen, was da werden will. Es ist dieses Mitschaffen auch keineswegs allein Sache der politischen Parteien. Ganz abgesehen davon, daß die politischen Parteien doch ganz unzweifelhaft des sachverständigen Rates der Gewerkschaften bedürfen, ist der Weitblick der bestimmenden politischen Parteien keinesfalls so vertrauenerweckend gewesen, um ihnen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft, der Gewerkschaften allein anzuvertrauen.

Mächtige Kundgebungen der deutschen Gewerkschaften werden auch nicht ohne Einfluß auf das Ausland bleiben, mindestens dessen Arbeiterschaft nicht unberührt lassen, weil man sich auch im feindlichen Auslande der Erkenntnis nicht verschließen wird, daß ein Wilsonscher Gewaltfriede den Keim zu neuen blutigen Kriegen in sich trägt. Vielleicht tragen auch wuchtige Kundgebungen der deutschen Gewerkschaften zum Aufdämmern des Bewußtseins in den festländischen Völkern Europas bei, daß sie wirtschaftlich stark aufeinander angewiesen und daß eine englisch-amerikanische Weltherrschaft als ein schwerer Druck auch auf sie alle lasten, Europa sozusagen zum Kolonialland jener Weltherrschaft herabdrücken wird.

Ich nicht allein erachte es für notwendig, daß die Generalkommission sich mit dieser hochwichtigen Angelegenheit befaßt und hoffe, daß es bald geschieht.

Emil Kloth.

Als Antwort erhielt ich eine einfache Postkarte, wonach die Generalkommission eine Veröffentlichung nicht für angebracht halte.

Während des Zusammenbruchs Deutschlands und während der Revolution spielte die Generalkommission eine untätige Rolle, weil, wie Legien in einer Vorständekonferenz erklärte, die Parteileitung es so wünschte. Sie, die Gewerkschaften, stemmten sich auch nicht genügend der von der Entente und leider auch von verlorenen Söhnen Deutschlands verbreiteten Lüge, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege trüge, entgegen. Sie gaben damit ihre eigene Kriegspolitik gewollt oder ungewollt preis und beförderten damit das immer stärkere Emporkommen fanatischer, unduldsamer und gewalttätiger unabhängiger und kommunistischer Leute sowohl in der politischen als auch in der gewerkschaftlichen Bewegung. Bei den wichtigsten Fragen war die Generalkommission, wie Legien in einer Vorständekonferenz selbst beklagend erklärte, beschlußunfähig, weil der größte Teil ihrer Mitglieder es vorzogen, ihre Parteitätigkeit ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit voranzustellen. Alles dieses als Ausfluß einer mißverstandenen Solidarität mit der Partei und als Folge einer Personalunion, die manche gute Seiten an sich haben mag, die aber in vielen Fällen schädlich gewirkt hat.

Die Gewerkschaften trugen durch solches Tun an ihrem Teil dazu bei, daß eine deutsche Republik entstand, die am Gängelband der Entente zappelnd, sich als unfähig erwies und sich ferner als unfähig zeigen wird, das auf dem Papier schön ausgeklügelte sozialpolitische Programm der deutschen Gewerkschaften erfüllen zu können.

Die Schuld an Deutschlands Zusammenbruch.

Wilder Streit herrscht zwischen den Parteien darüber, wer an dem Zusammenbruch Deutschlands die Schuld trage. Keine Partei kann sich ganz von dieser Schuld freisprechen und jede sollte daher Einkehr halten und sich sagen: Hast du alles getan, was zum Siege Deutschlands beitragen konnte, und hast du alles unterlassen, was die Niederlage Deutschlands herbeizuführen geeignet war? Und wenn jede Partei sich so ernstlich prüft, dann wird sie zugestehen müssen, daß sie in mancher Beziehung gefehlt hat.

Ohne Frage hat das deutsche Volk einen Kampf zu bestehen gehabt wie kaum jemals ein Volk der Erde. Die physische Übermacht war zweifellos auf seiten unserer Feinde, um so mehr mußten wir alle unsere moralischen und intellektuellen Kräfte bis aufs äußerste anspornen, um in diesem gewaltigen Kriege nicht zu unterliegen, der über unser zukünftiges Schicksal als selbständiges Volk entschied, nicht nur für das lebende Geschlecht, sondern auch für die nachkommenden Geschlechter. Ungewöhnliches ist auch in Erkenntnis dieser Sachlage vom deutschen Volke geleistet worden. Vier Jahre lang hat es sich gegen eine Welt von Feinden behauptet. Noch standen seine Heere tief in Feindesland, und nur ein kleiner Zipfel vom Elsaß war in Feindesbesitz, als der Zusammenbruch herannahte. An sich wäre das Unterliegen gegen eine solche Übermacht keine Schande für das deutsche Volk gewesen. Aber tief innerlich glimmt in vielen von uns doch die mit gefesselter Empörung durchtränkte Überzeugung: es wäre wahrscheinlich anders gekommen, es hätte der Zusammenbruch vermieden werden können, wenn nicht einzelne Glieder der Kette eisernen Notgebots, die uns zusammenschloß, von bösen Zweifeln und üblem Wollen zerfressen gewesen wären.

Schwere Fehler sind vor und während dem Kriege von unserer zünftigen Diplomatie gemacht worden. Eine geschickte Diplomatie mit klaren weitsichtigen Zielen, die sich nicht bloß vom Augenblicke nährte, sondern in Jahrzehnten und in Weltteilen dachte, hätte es wohl fertig bringen müssen, den Weltverband gegen uns schon im Entstehen zu vereiteln. Allein schon der Gedanke ist grotesk, sich

Bethmann-Hollweg oder Herrn Immerobenauf Matthias Erzberger als starke Säulen einer solchen Politik vorzustellen.

Und gar erst unser Parlamentarismus: wie durfte man von ihm große Leistungen erwarten? Freilich, unsere Parlamentarier, und nicht zuletzt diejenigen demokratischer und sozialdemokratischer Färbung wollen jetzt entweder das kommende Unheil schon lange vorausgesehen haben oder als ahnungslose Engel dazumal von der Regierung betrogen worden sein. Überwiegend stellen sie sich jedoch als die Betrogenen hin, die von den früheren Regierungen nicht genügend in den Stand der Kriegslage sowie in die hier und da aufgetauchten Friedensmöglichkeiten eingeweiht worden wären. Darin mag ein nicht allzu kleines Körnchen Wahrheit liegen. Aber warum waren denn unsere sozialistischen Parlamentarier in allem so schlecht unterrichtet, weshalb kamen sie so oft zu einer falschen Beurteilung und hatten sie so wenig Einfluß auf den Gang der Politik? Ganz einfach doch deshalb, weil die Auslese für die führenden Stellen in der Partei mehr nach der schärfsten Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft, der Werbetätigkeit für die Partei, rednerischer Zungenfertigkeit und leichtflüssiger Journalistik als nach positiven Kenntnissen, sachlicher Nüchternheit und schöpferischer Kraft getroffen wurde. Es herrschte daher, und als Folge der immer geübten Enthaltsamkeit an Regierungsgeschäften und Regierungsverantwortlichkeit, ein geradezu trostloser Mangel an militärischen und diplomatischen Sachverständigen unter unseren Politikern. Für solche Fälle, wie den Weltkrieg langte das wohlgefüllte Arsenal feingedrechselter Parteitags- und Kongreßentschließungen, die sich kühn über alle Erdengebundenheit hinwegsetzten und im reinen Äther ihre Schlösser bauten, nicht einmal für den Handgebrauch aus. Zum Teil hätte dieser Mangel behoben werden können, wenn man wenigstens während des Krieges dazu übergegangen wäre, die Erscheinungen auf der Weltbühne, hinter und vor den Kulissen, aufmerksam zu beobachten und danach seine Politik einzurichten. Aber dem wurde so gut wie gar nicht entsprochen. Ging irgendein Südekum einmal nach Italien oder nach Rumänien, so schlugen die werdenden „Unabhängigen" sofort Lärm über ein solches Techtelmechtel mit der Regierung, und der Parteivorstand beeilte sich pflichtschuldigst, eine solche Absicht zu dementieren. Besonders anreizend für die Regierung, der Partei ihre Geheimnisse anzuvertrauen, konnte es doch auch nicht wirken, wenn von ihr gegebene vertrauliche Mitteilungen bald darauf vom „Vorwärts"-Redakteur Heinrich Ströbel oder sonst einem gleichgestimmten Geist deutschfeindlichen Blättern vom Schlage der „Berner Tagwacht", übermittelt wurden. Trotz alledem waren aber unsere Parlamentarier eifersüchtig

darauf bedacht, daß die Oberste Heeresleitung, bei der doch nun einmal der größte Teil der Verantwortung lag, ohne ihr Wissen keinen Sperling vom Dache fallen lassen durfte.

Die Kardinalfrage ist und bleibt: war die innere Front schuld am Zusammenbruch Deutschlands?

Diese Frage muß mindestens dahin beantwortet werden, daß ihr die Hauptschuld am Zusammenbruch zufällt. Gewiß sind auch von den herrschenden Klassen schwere Fehler begangen worden. Schleichhandel und Wucher traten mehr und mehr in Erscheinung; der Krieg wurde als günstige Gelegenheit zum Geschäftemachen betrachtet. Das berüchtigte Wort Guizots, des Ministers Ludwig Philipps, an die französische Bourgeoisie: „Bereichert euch", wurde leider auch von den maßgebenden Stellen als zugkräftiges Losungswort von Rüstungsfabrikanten und Heereslieferer zur Steigerung der Produktion angesehen. Das wirkte ansteckend auf die übrigen Volksschichten, besonders auch auf die Arbeiter der kriegswichtigen Industrien. Von oben bis unten wurde dadurch der Krieg zu einer großen Lohnbewegung gestempelt. Die gleichen Erscheinungen mögen wohl auch in den feindlichen Ländern ausgelöst worden sein, sie wurden dort anscheinend aber mehr als bei uns durch die nationalen Instinkte der Selbsterhaltung gebändigt.

Da es jedoch die hauptsächlichste Aufgabe dieses Buches ist, Einkehr in den eigenen Reihen herbeizuführen, so hebe ich vor allem die zermürbenden Erscheinungen im eigenen Lager hervor. Die Partei hat ihren großen Einfluß auf die Stimmung der Massen nicht immer in zweckdienlicher Weise ausgenutzt. Erkenntnisvolle Aufrufe, welche das Zusammenhalten aller Volksklassen gegen den äußeren Feind als das höchste Gebot der Stunde betonten, wechselten ab mit quälenden Zweifeln, ob das „wahnsinnige Morden" nicht etwa bloß zur Machterweiterung des deutschen Kapitalismus und Imperialismus und deren Nutznießer veranstaltet sei und weitergeführt werde. Dahinein klangen schmachtende Melodien an die „Genossen" im feindlichen Lager, durchwoben mit dem Leitmotiv der Wiederversöhnung und der immer wieder hervortretenden Hoffnung, daß jene eines Tages sich zu der nämlichen Anschauung durchringen, ihren Regierungen die Gefolgschaft versagen und einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen erzwingen würden, mochten sie auch noch so oft mit unerschütterlicher Beharrlichkeit ihren festen Entschluß bekunden, koste es, was es wolle, den „preußischen Militarismus", d. h. Deutschland, niederzuwerfen, bevor an Friedensverhandlungen und an Friedensschluß gedacht werden könne. Ebenso verfehlt wie diese Hoffnung auf die feindlichen „Brüder" im Auslande war die auf die Brüder im

Inlande gesetzte. Selbst als die Methoden der Parteiopposition immer mehr zur Streikbrecherei der Vaterlandsverteidigung unter Führung der wurzellosen, fremdstämmigen Haase, Bernstein, Kautsky, Rosa Luxemburg, Radek, Cohn usw. ausartete, pflanzte der schlechtberatene Parteivorstand seine Hoffnung noch am Grabe auf, dämpfte er den Mißmut gegen die Opposition oder versuchte er gar, wie beispielsweise in Württemberg, die Selbsthilfe gegen die Parteikrakehler zu verhindern, ließ er Leute wie Legien, die den Ausschluß Karl Liebknechts aus der Reichstagsfraktion beantragten, mutig im Stich. Legien hat in einer Vorständekonferenz der Gewerkschaften dem anwesenden Parteivorsitzenden Ebert gehörig deswegen den Text gelesen. Infolge dieser schwächlichen Haltung, die weder Fisch noch Fleisch, mehr lau als warm war, wuchs die Opposition, entfaltete sie immer dreister ihre Sabotierung der Kriegführung hinter und leider auch an der Front. Zur verheerenden Flut schwollen die Briefe, Flugschriften, Zeitungen, parlamentarischen und außerparlamentarischen Handlungen zur Behinderung der Rüstungsindustrie und der Kriegführung überhaupt an. Vorher haben ja die Herrschaften diese Absicht meistens abgeleugnet, weil das Eingeständnis damals gefährlich war, nach der Revolution haben sie sich jedoch dessen gerühmt und nicht mehr verhehlt, daß sie schon seit 1915 beflissen gewesen wären, die innere und äußere Front zu zermürben und dazu landesverräterischerweise die Hilfe des Auslandes in Anspruch zu nehmen.

Bringt man hiermit die mit der Länge des Krieges und der Hungerblockade sich steigernden Kriegsleiden in Verbindung, so wird man sich vorstellen können, wie die skrupellose Agitation der Parteiopposition auf die arbeitenden Klassen, von deren Stimmung und Tatkraft doch nicht zuletzt der Ausgang des Krieges abhing, wirken mußte. Wirken mußte auch deshalb, weil die Partei niemals die rechten und genügend Kräfte sowie auch in manchen ihren Trägern gar nicht den ernstlichen Willen besessen hatte, die großen Massen ihrer Anhänger über die tatsächlichen Zusammenhänge der inneren und äußeren Politik aufzuklären und auch den gegnerischen Parteien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Neue Scharen von Anhängern zu werben, sie mit „echtem proletarischen Geist", d. h. mit parteiwohlgefälligen Anschauungen, unbeirrt von allen Zweifeln an überkommene Parteidoktrinen, zu erfüllen, sie in Opferwilligkeit in Hergabe von Parteibeiträgen zu erziehen — das war die Aufgabe der geaichten Parteiagitatoren. Wer sich in dieses Schema nicht einfügte, der galt nicht als prinzipienfest und zielbewußt, dessen proletarisches Empfinden wurde nicht als wurzelecht vor den reichen „radikalen" Advokaten der Partei befunden, mochte er auch zeit-

lebens mit Sorgen und Not gekämpft und ein rechtes Proletarierdasein geführt haben. Insofern haben ja freilich die Unabhängigen und Kommunisten recht, wenn sie von sich behaupten, die Träger der alten geheiligten Überlieferungen der Partei zu sein. Begreiflich daher auch, wenn sie je mehr und mehr Zulauf bekamen, besonders als in der alten Partei gleichfalls eine Stimmung und Richtung obenauf kam, die in Rücksicht auf die kriegsmüde Stimmung der Massen glaubte der besseren Einsicht von der Deutschland durch die Entente drohenden Gefahr und der bisherigen Kriegspolitik Valet sagen und vor allen Dingen der Befreiung von der Junkerherrschaft zustreben zu müssen.

Damit gab die Partei den eigentlichen Kern ihrer bisherigen Kriegspolitik, der Politik des 4. August, und selbstverständlich auch die Vaterlandsverteidigung preis. Sie wechselte dafür den Glauben an den Wilsonschen Völkerbund und an die Bibelworte der Bergpredigt ein: „Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Söhne heißen . . . Ich aber lehre euch, dem Übel nicht zu widerstehen, sondern dem, der dich streicht auf die linke Wange, auch die rechte zu bieten" (Evangelium Matthäus, Kap. 5, V. 9 und 39). Wenn alle in der Welt so dächten, möcht's leidlich scheinen, aber liest man im Buche der Wirklichkeit und schätzt man die salbungsvollen Worte des Herrn Wilson als Präsidenten des Landes der unbegrenzten Möglichkeiten kapitalistischer Heuchelei und Prellerei nach ihrem wahren Werte ein, so wird man wohl nicht umhin können, den Sinnspruch auf einem alten deutschen Ritterschwerte als passender für unsere eisenbewehrte, von Gewalttaten strotzende Zeit zu befinden:

Ich bin kein heil'ges Fränzchen,
Kein sanftes Lämmerschwänzchen,
Kein frommer Pietist,
Ich bin ein Heidenchrist.
Und wer mich schlägt auf die linke Wang',
Dem hau' ich zwei auf die rechte;
So will ich's halten mein Leben lang
Im ehrlichen Gefechte.

So ganz ohne inneren Kampf wandte man sich ja auch nicht der neuen Heilslehre vom Völkerbund und ewigen Weltfrieden zu. In der gemeinsamen Sitzung des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion am 23. September 1918 erklärte Scheidemann laut Bericht des „Vorwärts": „Wir haben also die nationale Verteidigung zu organisieren." Ja, der „Volksbund für Freiheit und Vaterland" betonte sogar noch am 27. Oktober 1918 in einer angenommenen Entschließung „die ungebrochene Kraft des deutschen Volkes in Heer und Heimat". Und das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" vom 19. Oktober 1918 schrieb nach

einer Darlegung der Wilsonschen Forderungen: „Soweit ist Deutschland noch nicht; diesen Frieden um jeden Preis lehnen wir nach wie vor ab."

Allein das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären. Durch schwere Mitschuld war die innere Front von quälenden Zweifeln, nagendem Mißtrauen, heimlicher und offener Widersetzlichkeit gegen die Pflicht der Vaterlandsverteidigung zerfressen. Was von ihr etwa an die äußere Front ging, bedeutete durchweg nicht deren Kräftigung, sondern weit mehr ihre Schwächung. Vergebliches Beginnen, es jetzt leugnen zu wollen, daß in den letzten Monaten des Krieges diejenigen Truppenkörper oft als „Streikbrecher" bezeichnet wurden, welche es noch ernst nahmen mit ihrer Pflicht der Landesverteidigung. So eben hatte das Gift der landesverräterischen Umtriebe den Körper der Armee durchseucht. Deshalb mußten auch unsere Parteikörperschaften davon Abstand nehmen, zur nationalen Verteidigung aufzurufen, was unter anderen Verhältnissen das natürliche und gegebene und nicht aussichtslos gewesen wäre. Es sei nur an das Beispiel der Sansculotten der großen französischen Revolution erinnert, die freudig ihr Leben einsetzten, um das Vaterland von den fremden Eindringlingen zu säubern, um freie Bahn für die Entwicklung der jungen Republik, ungehindert von fremden Gewalthabern, zu schaffen. Die werdende deutsche Republik war dagegen von vornherein mit dem Brand- und Schandmal behaftet, von der Gnade und Ungnade ausländischer Despoten abhängig zu sein.

Wollen sich unsere zünftigen Politiker jetzt damit ausreden, sie hätten nicht wissen können, daß hinter den gleißnerischen Worten Wilsons von Völkerbund und Selbstbestimmungsrecht der Völker ein derartiger Gewaltfrieden steckte, wie er Deutschland und seinen Verbündeten dann aufgezwungen wurde, als sich Deutschland selbst wehrlos gemacht hatte, so darf man das nicht gelten lassen, denn in einer Vorständekonferenz im Anfang Oktober 1918 hatte Legien schon sehr bestimmte Andeutungen von den Grundzügen des uns bevorstehenden Friedensvertrages nach den Ansichten der führenden Parteikreise gemacht, die einem das Blut in den Adern erstarren ließen. Zudem hatte ich selbst darauf ein bezügliches Eingesandt an den „Vorwärts" gerichtet, in dem ich klaren Wein für das Volk und endlich die versprochene Beiseitesetzung der Geheimdiplomatie verlangte. Der „Vorwärts" lehnte die Aufnahme ab und ich mußte daher das Gastrecht der „Täglichen Rundschau" in Anspruch nehmen, das mir auch freundlichst durch Aufnahme eines Aufsatzes: „Der Wilsonsche Völkerbund und die neue Geheimdiplomatie" (in Nr. 567 vom 5. Sept. 1918, Abend-Ausgabe) gewährt wurde, aus dem ich hier nachfolgendes wiedergebe:

„Warum diese neue Geheimdiplomatie, nachdem man die alte der ewigen Verdammnis überliefert hat? Hält man das Volk noch nicht für reif, die politische Weisheit der Exzellenzen zu verstehen? Will man jede freie Meinungsäußerung aus dem Volke heraus verhindern?

Fast scheint es so, als ob man nur den führenden Männern ein gereiftes Urteil beimißt und als ob man die Presse nicht als eine Tribüne für freie Meinungsäußerung herzugeben gewillt ist. Schon vor Monatsfrist habe ich in einem Eingesandt an den „Vorwärts" verlangt, auszusprechen, das was ist; zu sagen, was in Wirklichkeit hinter dem Wilsonschen Friedensprogramm und seinen Noten steckt. Der Chefredakteur Stampfer lehnte die Einsendung ab und schrieb: ‚Ihre Einsendung müßte eine Diskussion zur Folge haben, die wir uns heute aus politischen und technischen Gründen nicht leisten können.' Da haben wir's. Wäre ich allerdings in Galizien, Wolhynien, Holland oder sonstwo geboren und hieße Sobelsohn, Pannekoek oder sonstwie, dann wäre es mir vielleicht nicht so ergangen, da ich aber nur ein simpler Deutscher bin, so erwartete man jedenfalls in der „Vorwärts"-Redaktion die landesübliche Demut, die sich selbst bezwungen, von mir. Ich habe ja auch einen Monat lang geschwiegen, obgleich ich ein Verschweigen der Wilsonschen Völkerbundspläne für äußerst verhängnisvoll und schädlich halte. Es ist eben so, wie ich in meinem erwähnten Eingesandt an den ‚Vorwärts' schrieb:

‚Ein englischer Friede bedeutet: Abtrennung von Elsaß-Lothringen, vielleicht auch des linken Rheinufers, zugunsten Frankreichs, Oberschlesiens, der Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen von Deutschland zugunsten Polens, Annexion der deutschen Kolonien durch England, ungeheure Kriegsentschädigungen an alle feindlichen Mächte und dazu die Last unserer eigenen Kriegsschulden. Das übrigbleibende Westdeutschland unter den Feuerschlünden englisch-französischer Kanonen. Deutschland wird im übrigen seine Kriegsflotte an England herausgeben müssen, damit der englische Seemilitarismus noch unumschränkter als bisher die Welt beherrschen kann. Auch sonst wird Deutschland militärisch so gefesselt werden, daß es in absehbarer Zeit sich nicht gegen das auferlegte Joch aufzubäumen vermöchte. Seine Industrie und sein Handel werden durch Vorenthaltung von Rohstoffen, Absperrung der Absatzmärkte vermittels Strafzölle aller Art zur Verkümmerung gebracht. Die deutsche Arbeiterklasse wird darunter am meisten zu leiden haben. Furchtbare, andauernde Arbeitslosigkeit wird sich über sie ausbreiten, der Lohn wird schnell und tief sinken; die meisten Lohnbewegungen sind daher von vornherein zum Scheitern verurteilt. Zu Hunderttausenden werden die Arbeiter jährlich aus-

zuwandern gezwungen und einer demütigenden Behandlung im Auslande ausgesetzt sein. — Das ist in großem Umrissen, ohne Schwarzmalerei, ein uns aufgezwungerner englischer Friede.'

Warum, frage ich, soll es nicht gestattet sein, dem Volke diese furchtbare Wahrheit — die noch durch einige Striche vervollständigt werden könnte, z. B. Wegnahme unserer Handelsflotte für die versenkten feindlichen Schiffe — vor Augen zu halten und es selbst entscheiden zu lassen, ob es auf einen solchen Frieden eingehen oder weiter zu kämpfen gewillt ist? Jetzt dürfte es allerdings zu spät sein, nachdem man systematisch allen Widerstandsgeist niedergedämpft hat, die nationale Verteidigung zu organisieren.

Hält man die nationale Verteidigung für aussichtslos, so braucht uns das im geringsten nicht zu hindern, laut und deutlich völlige Klarheit von Wilson darüber zu verlangen, wie nun der Völkerbund im einzelnen, besonders in bezug auf Deutschland eigentlich gestaltet werden soll. Ja, wir sollten jetzt schon vor aller Welt unsere bezüglichen Befürchtungen äußern und feierlichst erklären, daß ein so geartetes Institut am allerwenigsten geeignet ist, einen dauernden Frieden zu gewährleisten, das mit der unerhörten Knechtschaft eines großen Volkes anfängt.

Für die Armen im Geiste mag vielleicht die Wilsonsche Botschaft einschmeichelnd klingen, wenn er nur die autokratischen Herrscher in Deutschland strafend treffen zu wollen erklärt, in Wirklichkeit werden aber die breiten, werktätigen Schichten des deutschen Volkes die unerhörten Lasten eines verstümmelten Landes, einer zugrunde gerichteten Volkswirtschaft zeitlebens zu tragen und mit Schweiß und Blut den ausländischen Kapitalisten zu fronden haben.

Nach wie vor bleibt es unwiderlegliche Wahrheit: viel schlimmer als irgendein ‚innerer Feind' bedroht uns der äußere Feind jetzt in absehbarer Zukunft. Es ist das widerlichste Schauspiel, wenn Deutsche gegen Deutsche sich gegenseitig die Schuld an der jetzigen Lage Deutschlands zuschieben und mit Zurrechenschaftziehung drohen, um vor den ausländischen Machthabern als die Vertrauenswürdigen bestehen zu können, die schon von jeher den hohen Schwung Wilsonscher Weltbeglückungsideen begriffen hätten. Manch einer, der kürzlich noch vor jeder leeren Hofequipage devotest den Hut zog, ist jetzt ‚unentwegter Demokrat' geworden. Die Fixigkeit der Wandlung verbürgt noch nicht deren Richtigkeit. Es ist aber auch das Dümmste, was man tun kann, sich würdelos bewundernd vor den ausländischen Machthabern und ihren Plänen in den Staub zu werfen. Sind wir besiegt und können wir nicht weiter kämpfen — nun gut, dann müssen wir uns

so gut es geht, mit dem unabänderlichen Schicksal abfinden und trotzalledem auf die Zukunft hoffen.

Wenn etwas ist gewalt'ger als das Schicksal, so ist's der Mensch, der's unerschüttert trägt!

Dann aber hinweg mit der neugeborenen Geheimdiplomatie, sondern die reine Wahrheit dem Volke, das sich damit abfinden und danach an den Bau seiner Zukunft gehen wird."

Irgendeine Einwirkung auf die Parteipolitik habe ich dadurch freilich nicht erzielt. Der „Vorwärts" nahm nur insofern davon Vermerk, als er mich den Parteigenossen als einen Kerl hinstellte, der sich selbst kennzeichne, indem er bei der alldeutschen „Täglichen Rundschau" zu Gast ginge. Es ist eben viel leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Parteiketzer nationaler Färbung im „Vorwärts" an der Unfehlbarkeit der Parteipäpste Kritik üben darf. Ede Bernstein und andere Größen des auserwählten Volkes dürfen sich dagegen zu jeder Zeit ausschleimen, selbst dann, wenn sie gar nicht zur Partei gehören. Ja, Bauer, das ist auch ganz etwas anderes! Von Judas Zusammenhalten können wir Deutschen wahrhaftig viel lernen. Hoffentlich tun wir's auch.

Jede Schuld rächt sich hier auf Erden.

Indem die Partei sich betreffs der Schuldfrage am Kriege und in der Beurteilung des Krieges überhaupt den Unabhängigen bedenklich näherte, gab sie damit auch ihre Kriegspolitik selbst preis, entzog sie ihren Anhängern den Glauben an ihre Aufrichtigkeit und Urteilsfähigkeit und verstärkte sie sowohl im neutralen als auch im feindlichen Auslande selbst bei den Wohlmeinenden oder zur sachlichen Beurteilung Geneigten das Gefühl von der Unehrlichkeit ihrer Politik. Ist es doch auch fast unglaublich, daß eine Partei vier Jahre lang eine Politik mit Überzeugung vertreten kann, um sie dann plötzlich gleichfalls mit dem Brustton der Überzeugung und preisend mit viel schönen Reden dem neuen Genius geistiger Größe, dem der Geist roher Macht gewichen sei, preiszugeben. Schon im Jahre 1915, am 12. Juli war's, hat sogar in der „Welt am Montag" des deutsch-nationalen-nationalsozialen-demokratisch-unabhängigen Herrn v. Gerlach Hans Leuß in einem recht verständigen Leitaufsatz: „Bergpredigt und Internationale", ganz zutreffend geschrieben:

„Eine Millionenpartei, die nach einem solchen Kriege erst für ihre eigene Haltung in diesem vor Deutschland und dem Auslande in Sack und Asche Buße tun müßte, wenn sie andere politische Faktoren mit jener Waffe aus dem Sattel heben wollte, würde mir nur noch lächerlich vorkommen. Wenn die Minderheit ihren Willen durchsetzt, muß sie nach dem Kriege jahrelang in jeder Versammlung vor jedem

Gegner die Segel streichen, der ihr zumutet, fünf Sechstel der 111 roten Reichstagsabgeordneten als Schwachköpfe preiszugeben, die im großen Momente nicht wußten, was sie taten. Der Vorsitzende der Partei (Haase d. Verf.) selbst würde dem tötenden Fluche der Lächerlichkeit verfallen, wenn man ihm vorhielte, daß er am 4. August sich bereit gefunden hat, die von der großen Mehrheit gegen ihn durchgesetzte Fraktionserklärung zu verlesen."

Fast scheint es so, als ob heutzutage der Fluch der Lächerlichkeit für Politiker nicht mehr tödlich wirkte, denn gar viele der Vertreter der Politik des Unbewußten sitzen ja in den höchsten Partei- und Regierungsämtern mit dem unerschütterlichen Bewußtsein, daß ein Amt auch den dazu gehörigen Verstand gibt.

Die Abwälzung der Schuld am Zusammenbruch Deutschlands auf andere geschieht jedoch mit mehr Eifer als Verstand und Beweiskraft. Denn leugnen läßt sich doch nun einmal nicht, daß das alte Regime mit erstaunlicher Kraft vier Jahre hindurch sich übermächtiger Feinde zu erwehren wußte, während das neue Regime einen solchen Befähigungsnachweis noch nicht erbracht hat.

Darum: Einkehr und nochmals Einkehr!

Die Revolution.

Zwischen der Regierungspartei und den Unabhängigen ist lange darüber gestritten worden, wer den größten Anteil an der Revolution gehabt, wer die Revolution gemacht habe. Die Regierungssozialisten nahmen den gleichen Anteil wie die Unabhängigen für sich in Anspruch, während die letzteren ihnen das strittig machen. Jüngst hat nun August Winnig öffentlich erklärt, daß die alte Partei die Revolution nicht gewollt, sondern die große Auseinandersetzung mit dem alten Regime bis nach Friedensschluß hinausschieben wollte. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Die alte Partei bebte einerseits vor der Revolution zurück, weil sie in dem Falle den völligen militärischen Zusammenbruch kommen sah, anderseits trieb sie die Konkurrenzfurcht vor den Unabhängigen, die Revolution mitzumachen. Diese Furcht vor dem unlauteren Wettbewerb der Unabhängigen bestimmte übrigens seit Jahren schon die Handlungen der Partei, bestimmte sie während der Novembertage und bestimmt sie jetzt noch. Revolutionen werden nicht gemacht, sondern sie entwickeln sich mit elementarer Gewalt. So sagt man und das habe auch ich bis zur Novemberrevolution geglaubt. Das mag auch im allgemeinen richtig sein, aber schließlich sind wir doch Menschen von Fleisch und Bein, mit Geist, Verstand und Eigenwillen ausgerüstet, die nicht bloß dunklen Naturgewalten und -Trieben untertan sind, sondern auch auf Revolutionen und ihre Entstehung einen entscheidenden Einfluß auszuüben vermögen. Unter diesem Gesichtswinkel war bei dieser Revolution viel Mache; sie wurde weder aus dem ungestümen, unwiderstehlichen Drang der Volksmassen geboren, noch entsprang sie einer unbedingten geschichtlichen, politischen oder sozialen Notwendigkeit. Sie war halb Kunstprodukt, halb Frühgeburt, Kriegsersatz statt Friedensware. Und sie trat, wie Richard Dehmel bei einer Revolutionsfeier in der „Volksbühne" am Bülowplatz — bald nach dem 9. November war's — mit bewegter Stimme treffend bemerkte, zu der unglücklichsten Stunde für Deutschland ein. Das war's: Revolutionen, die ausbrechen, während grimmige Feinde das Land mit Zerstücklung und Sklaverei bedrohen, sind einem Volke noch nie zum Heil geworden, zumal wenn ihm systematisch jede Spur von

Widerstand gegen die äußeren Feinde ausgetrieben worden ist, wenn dem Neuen, das da kommen soll, keine Bahnbrecher, keine wirklichen Volksführer vorangehen, die das Zeug dazu haben, aus dem Alten, das da stürzt, aus den Ruinen neues Leben ersprießen zu lassen.

Ach, schon der Auftakt zur Revolution, die September-Oktober-vorgänge konnten einem mit düsterer Ahnung erfüllen; ich verlieh ihr bereits am 13. Oktober in der Buchbinder-Zeitung wie folgt Ausdruck:

„Deutschland befindet sich in einer gefährlichen Lage. Darüber darf es jetzt keine Täuschung mehr geben. Es steht mehr wie je einer Welt von haßerfüllten Feinden gegenüber. Es ist jetzt nicht die Zeit und hier nicht der Platz, zu untersuchen, welche Ursachen an dieser Lage Deutschlands die Schuld tragen. Lange jedoch darf diese Nachprüfung nicht aufgeschoben werden. Einkehr muß jeder einzelne, muß jede Partei halten, ob und inwieweit man mitschuldig an Deutschlands Schicksal ist.

Ein weitgehender Schritt zur Parlamentarisierung Deutschlands ist soeben getan worden. Ein neuer Reichskanzler mit einem Stab neuer Minister und einem neuen Regierungsprogramm ist in Erscheinung getreten. Das lag im Zuge der Entwickelung, denn es ist unabänderliches Naturgesetz, daß sich keine Gemeinschaft, kein großer Staat auf die Dauer absolutistisch oder halbabsolutistisch regieren läßt, daß sich die Meinung der zahlreichsten Volksklasse politisch unterdrücken läßt. Wir haben aber noch niemals die Meinung gehabt, die Parlamentarisierung Deutschlands sei die Hauptaufgabe, welche während des Krieges zu lösen sei. Wir waren vielmehr der Meinung, daß die Abwendung der äußeren Gefahr das höchste Gebot der Stunde sei. Wir hegten den felsenfesten Glauben von der unwiderstehlichen Macht der rückkehrenden Millionen Feldgrauer, die den Obrigkeitsstaat nicht mehr dulden und ihn in einen demokratischen Staat umwandeln würden. Unsere Erwartungen auf den deutschen Parlamentarismus sind keineswegs hochgespannt. Er ist ein Spiegelbild des deutschen Volkes, das außenpolitisch wenig gebildet ist. Ein Parlament, wenn es auf der Höhe seiner Aufgabe sich bewegen will, darf aber um keinen Preis bloß ein Spiegelbild der Volksstimmung sein, sondern muß wirklich führend dem Volke vorangehen. Wann hat sich aber der Deutsche Reichstag als von tiefer Sachkenntnis beseelt und tatkräftig wegeweisend während dieses Krieges erwiesen? Wo sind die großen Führer in seinen Reihen, von denen man annehmen kann, daß in ihren Köpfen mit leuchtender Klarheit sich fruchtbare Ideen losringen, und ihre schwungvolle Tatkraft die Massen des Volkes mit fortzureißen vermag? Ach, man erlasse uns die Beantwortung dieser Fragen, denn sie würde nicht Zuversicht stärkend ausfallen. Der Parlamentaris-

mus mit dem Erbgroßherzog erinnert denn doch etwas sehr an die ‚Republik mit dem Großherzog an der Spitze'. Wir sind nicht so engherzig, jeden Mann aus fürstlichem Geblüt als ungeeignet zu staatsmännischen Aufgaben zu betrachten. Nein! Zweifellos hat es auch unter den Fürsten ganz hervorragende Staatsmänner und Feldherren gegeben. Aber vom Prinzen Max weiß man doch bisher auch weiter nichts, als daß er ein paar beifällig aufgenommene Reden gehalten und daß er auch sonst ein humaner Mann ist, der den Krieg zu beendigen wünscht. Viel vertrauenerweckender wäre es natürlich gewesen, wenn der Reichstag aus seinen eigenen Reihen den ersten Mann hätte stellen können, der Deutschland einem nicht allzu drückenden Frieden entgegenführte. Aber ein Schelm gibt mehr als er hat, und — so beschämend das Eingeständnis auch ist — der Reichstag hat keinen Mann, der außenpolitisch als Sachkenner und durchaus geschickter Anwärter auf den Reichskanzlerposten gelten könnte. Das ist kein guter Anfang für den deutschen Parlamentarismus. Unsere Parlamentarier werden eben viel lernen müssen, wenn sie sich in Zukunft ein solches kennzeichnendes Eingeständnis ersparen wollen."

Mißtrauen gegenüber der eigenen Kraft und der Unbeständigkeit der Massen, Furcht vor der Lebenskraft des alten Regimes war's, wenn die Revolutionsmacher nicht bis nach Friedensschluß mit der Revolution warten wollten. Konzentrierte Einsichtslosigkeit, nationale Geschlechtslosigkeit ließ sie lieber dem äußeren Feinde Tür und Tor öffnen, als die Auseinandersetzung mit dem fast wehrlosen „inneren Feind" zu verschieben. Russisches Beispiel, russisches Geld, russische Waffen halfen das „Elementarereignis" der deutschen Revolution herbeiführen. Nicht wie Lassalle sie im Geiste gesehen: „wildwehenden Haares auf ehernen Sandalen" kam die Revolution herangezogen; ach nein, weit mehr als Tragikomödie zogen ihre Bilder auf der Drehbühne vorüber. Max von Baden verkündete die Abdankung des Kaisers — a bissel Lieb, a bissel Treu, a bissel Falschheit ist allemal dabei, denn eine wirkliche Abdankung war noch gar nicht geschehen. Automobile mit Zivilisten und Soldaten durchrasen die Straßen und werfen millionenfach die Verkündung unter das Volk. Aber in Berlin zögert man immer noch, die Revolution zu machen, weil es an dem nötigen Mut dazu fehlte. Liebknecht allein hatte bisher den Mut besessen, nicht bloß von der sicheren Parlamentstribüne, sondern auch auf der Straße für seine Überzeugung einzutreten.

Anders dagegen die meisten unabhängigen Helden der Reichstagsfraktion: reiche Rechtsanwälte, wohlhabende Buchdruckereibesitzer und Zigarrenfabrikanten und ein paar arme Schächer von Parteiangestellten, welche man durch wohlgezielte Stockschläge auf den

Magen in die unabhängige Fraktion hineingetrieben hatte. „Ja, wenn die Gesetze nicht wären!" — rief in einer Berliner Versammlung einer der forschen Unabhängigen dazwischen, als ein Redner sie einstmals fragte, warum sie denn bloß immer von der Revolution redeten und andere dazu anzufeuern suchten, während sie selbst keine zu machen wagten? Ja, das ist's: Man wartet halt, bis die Revolution sozusagen behördlich genehmigt und keine große Gefahr dabei ist. Die junge Freiheit lag zwar in Bethlehem-Berlin als Heiland in der Wiege und greinte welterlösend, allein neben dieser Wiege brüllte manch Öchslein, das dann, wenn man auf seine Hörner zählte, sich als ein sehr gemütliches Rindvieh erwies. Meuternde Matrosen in Wilhelmshaven, denen durch unablässige unabhängig-spartakistische Agitation jedes Vaterlandsgefühl restlos ausgetrieben worden war, brachten den Stein ins Rollen, als die Flottenleitung, um die deutsche Flotte nicht kampflos in die Hände Englands fallen zu lassen, einen letzten Strauß mit der englischen Flotte wagen wollte. Die Flottenleitung, die Marineoffiziere hat man ob ihres heldenhaften Entschlusses, das eigene Leben einzusetzen, schlimmer als die schlimmsten Verbrecher verunglimpft, obgleich uns die Geschichte aller seefahrenden Völker solche Männer als Helden zu verehren lehrt, die es für ihre selbstverständliche Pflicht ansahen, lieber das ihnen anvertraute Schiff und das eigene Leben der Vernichtung preiszugeben als es dem Feinde in die Hände fallen zu lassen. Dagegen begrüßte man die Meuterer als Helden, als Freiheitsbringer. Als sie sich dann aber wie eine Landplage über Deutschland ergossen, in vielen Städten eine wilde Schreckensherrschaft aufrichteten, da wird wohl mancher im stillen Kämmerlein sein Urteil über diese Revolutionshelden geändert haben.

Kaleidoskopartig sah ich die Revolutionsbilder an meinem Auge in Berlin vorüberziehen: Bleiche Erwartung in den führenden Parteikreisen dessen, das da kommen wird. Die eingerückten Naumburger Jäger versagen den Gehorsam und stellen sich der revolutionären Bewegung zur Verfügung. Aufatmen. Berlin O beherrscht die Straße. Adolf Hofmann erscheint in der Gloriole der Volkstribunen. Siegende Flammen des Ehrgeizes peitschen Ledebour, den Schauspieler der Revolution, ruhelos in Berlin umher. Die erste welterschütternde revolutionäre Begebenheit ereignet sich: die Achselstücke der Soldaten fallen der Schere zum Opfer. Heil uns! Aber die Revolution muß „weitergetrieben" werden. Am Abend des 9. November komme ich gerade dazu, wie der ehemalige „Vorwärts"-Redakteur John vermittelst Panzerautomobil, Schwerbewaffneten, Handgranaten und dergleichen geistigen Waffen vom Vorwärtsbetrieb Besitz ergreifen will.

Proletarier aller Länder verständigt euch! Von dort gehts unter die Linden. Im Kaffee Viktoria sollen reaktionäre Offiziere sich verschanzt haben. Grund genug, um es zu demolieren. Nach einigen Tagen stellt es sich heraus, daß alles erlogen war, um einigen „Hyänen" die Gelegenheit zu geben, alles Silberzeug zu rauben. Aus der schönen neuen Königlichen Bibliothek soll geschossen worden sein. Flugs wird die Fassade von revolutionären Kugeln durchlöchert. Kein Reaktionär wurde jemals in der Bibliothek gefunden. Dann heißt's: Platz für freies Schußfeld der Artillerie, im Marstall hat sich die Jugendwehr unter Leitung von Offizieren festgesetzt. Nichts war wahr von all den Schauergeschichten. Die Angst vor der Gegenrevolution ist ein Geburtsfehler der jungen Republik.

Wasser und Feuer vermählen sich: eine Regierung der vereinigten Sozialdemokraten wird gebildet — Ebert, Scheidemann, Landsberg, Haase, Dittmann, Barth. Mir schwant nichts Gutes von dieser Ehe. Barth, wer ist Barth? fragt einer den andern. Oh, ich kannte ihn, den ehemaligen Anarchisten, nur zu gut aus den Parteiversammlungen in Neukölln, wo er buchstäblich am ganzen Körper zitternd, schäumenden Mundes, mit stieren fanatischen Augen die eigenen Genossen mit Wutanfällen überschüttete. Der Mann hatte früher einen Eisenbahnunfall erlitten, war in einer Nervenheilanstalt und während des Krieges auch weit hinter der Front einige Monate zum Heere eingezogen gewesen, dann aber wegen starken nervösen Leidens entlassen worden. Das alles war auch anderen Genossen bekannt. Dazu ein ganzes Bündel Vorstrafen nicht besonders ehrenvoller Art. Und ein solcher Mann „Volksbeauftragter", einer der sechs Minister der neuen Republik! Ein Glückauf dem neuen Deutschland!

Ehrlich gesagt: von einer aufrichtigen zuversichtlichen Begeisterung über die Revolution, über die neue Republik bei den Massen, noch viel weniger aber bei dem gewerkschaftlich geschulten Teil derselben, habe ich nicht viel gemerkt. Der gesunde Volksinstinkt empfand wohl, daß man bei einer Geburtsfeier unter solchen tieftraurigen Umständen keine Veranlassung zur Freude und Begeisterung habe. War doch auch die erste Handlung der Regierung, „indem sie — eine bitterharte Notwendigkeit! — die Waffenstillstandsbedingungen des Marschalls Foch unterzeichnete", wie es im Leitartikel des nunmehrigen Regierungsblattes, des „Vorwärts", vom 11. November 1918 hieß, wahrhaftig nicht glückverheißend. Im Gegenteil: *Das war der würdige Geburtsschein einer Republik, die dem Verzicht auf die Vaterlandsverteidigung, der schlimmsten Uneinigkeit, dem Vaterlandsverrat und der Meuterei ihre Entstehung verdankte.* Als ratzekahlgeschorene Skla-

von der Entente traten wir in die neue Hungerrepublik ein, nachdem uns Spartakus die Locken unserer Kraft abgeschnitten.

Ich will nicht viel Aufhebens machen von den Spartakistenputschen, von den armen Soldaten, die auf Befehl der Regierung nicht schießen durften, auch wenn sie mißhandelt wurden, von der Knebelung der Preßfreiheit durch Wegnahme der Zeitungen und Besetzung der Druckereien, von der Niederknüttelung der freien Meinung in Versammlungen, Werkstätten, Gemeindevertretungen usw., von der Hilflosigkeit der Regierungen allen diesen Vorkommnissen gegenüber und wie sie schließlich froh sein mußten, daß bürgerliche Offiziere, bürgerliche Soldaten die Ordnung oder wenigstens eine gewisse Ordnung wiederherstellten.

Geht mir mit den Sünden des alten Regimes! Ist etwa das alte Regime allein daran schuld, daß man das alte Heer so zerfallen ließ, wir uns einen solchen schändlichen Frieden aufzwingen lassen mußten, daß Polen und Tschechen uns bedrohen, Polen entgegen dem Friedensvertrag vorzeitig ganze Stücke aus Deutschland herausreißen konnte, daß die Arbeitsunlust so um sich greifen konnte, früher blühende Staatsbetriebe jetzt grauenerregende Zuschüsse erfordern, das ganze wirtschaftliche Leben immer mehr auf den Hund kommt, trotz kurzer Arbeitszeit, weitgehender Mitbestimmung der Arbeiterschaft über Arbeitsbedingungen? Wie will man dem alten Regime die Schuld für die Mißachtung der demokratischen Einrichtungen und weitgespannter politischen Freiheiten, den Mangel an Ein- und Unterordnung in das Staatsganze aufbürden?

Ganz Deutschland, ach, in Schmach und Schmerz!

Den ersten Teil ihrer Aufgabe: Das Bestehende zu zerschlagen, hat die Revolution erfüllt; den zweiten und wichtigeren Teil: den Aufbau der neuen Staats- und Wirtschaftsordnung ist sie uns noch schuldig geblieben.

Was will das werden?

Die Erde kreist in Wehen, ein verderbenschwangerer Geist schreitet geharnischt durch die Lande. Von wilden Drohungen der Spartakisten, ermahnenden Zureden, doch endlich vernünftig und arbeitssam zu werden, sanften Bitten und jammernden Klagen der Minister und sonstiger Regierungsleute wird die Luft erschüttert. In den Gesetzesschmieden zu Weimar und sonstwo wird in rasender Eile gearbeitet, so daß die Funken stieben. Wohlmeinende Gesetzesvorlagen und Gesetze türmen sich zu wahren Bergen an, ebenso unsere Schulden in Reich, Staat und Gemeinde. Alles Papier, so wertlos wie unsere „Wertpapiere“, welche in ungezählten Mengen unsere Geldpressen ausspeien. Wir leben im Zeitalter des Papiers, trotz Papiermangel! Aber Papier macht uns ebensowenig satt noch froh, wie die wunderschönen Versprechungen, welche darauf enthalten sind.

Die Welt wird schlimmer mit jedem Tag,
Man weiß nicht, was noch werden mag!

Was soll daraus werden, wie wird das enden? — Mit dem Zusammenbruch wird das enden, wir stecken schon mitten drin; und noch ahnt das von Versprechungen aller Art umnebelte Volk kaum das ihm drohende Schicksal. Unverzügliche Ein- und Umkehr ist dringend notwendig.

Kein Vertuschen mehr. Habt den Mut zur Selbsterkenntnis: das Proletariat hat sich noch nicht als reif erwiesen, allein eine neue Staats- und Wirtschaftsordnung aufzubauen. Es ist fürwahr keine Schande, das einzugestehen. Denn um eine solche Riesenaufgabe unter den gegebenen schwierigsten Verhältnissen auszuführen, bedarf es der weitgehendsten Vorkenntnisse, die dem Proletariate fehlen, naturgemäß fehlen müssen infolge der ungenügenden Bildungsmittel, die ihm zur Verfügung standen und die es auch durchaus nicht immer im vollen Maße ausgenützt hat. Auch die Proletarier sind Menschen mit Tugenden und Fehlern behaftet und nicht diejenigen sind ihre wahren Freunde, die ihnen fortgesetzt schmeicheln und ihnen nur gute Eigenschaften andichten.

Es ist nicht wahr, daß die Besitzenden nur der Ausbeutung im übelsten Sinne, der Knechtung ihrer Volksgenossen, ihrem zügellosen, rücksichtslosen Erwerbssinn und nicht auch ihren Kenntnissen, ihrem Fleiß, ihrem wirtschaftlichen Organisationstalent ihre bevorzugte Stellung verdankten.

Viele Vorrechte der Besitzenden, das muß anerkannt werden, sind durch die Revolution beseitigt worden. Mehr wie je ist die freie Bahn dem Tüchtigen auch den Angehörigen der arbeitenden Klassen geöffnet worden. Vollkommene Gleichheit des Einkommens wird es niemals geben. Denn wo anders hätte das Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen", überhaupt einen Sinn, wenn dem Tüchtigen nur derselbe Lohn wie dem Untüchtigen winkte. Freilich soll auch für den weniger Tüchtigen der Tisch des Lebens gedeckt sein. Das ist jedoch unmöglich, wenn nichts da ist, womit man den Tisch bestellen kann. Und das ist jetzt der Fall, und wird auch nicht anders, wenn wir nicht in gemeinsamer Arbeit neue Werte aller Art schaffen, die für das Leben notwendig, nützlich und angenehm sind.

Das ganze deutsche Volk wird hart zu arbeiten haben, um sich aus den durch den Krieg und die ihm auferlegten harten Friedensbedingungen entstandenen Nöten wieder emporzuarbeiten. Keiner darf sich dieser Pflicht entziehen; auch die Kapitalisten und Leiter unserer Wirtschaftsbetriebe nicht, ganz gleich, ob sie in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Handel und Gewerbe sich betätigen. Am besten werden sie ihre Arbeitskraft in ihrem bisherigen Wirkungskreise betätigen können, sofern sie dazu fähig sind und nicht lediglich ein nichtstuendes Dasein geführt haben.

Deutschlands Volkswirtschaft war durch tausend Fäden mit der Weltwirtschaft verknüpft und wird sie wieder aufzunehmen gezwungen sein, aus Gründen, die bereits dargelegt worden sind. Hierzu gehört Sachkenntnis, die denjenigen naturgemäß mehr eigen sein muß, welche infolge ihrer geschäftlichen Beziehungen sie zu pflegen gezwungen waren, als jenen, die damit nichts zu tun hatten. Man kann von einfachen Arbeitern nicht verlangen, solche Kenntnisse zu besitzen. Ihnen ist erklärlicherweise nicht oder doch nur ungenügend bekannt, welche Waren im Auslande besonderen Absatz zu erlangen vermögen, wie die Bedürfnisse und die Geschmacksrichtung in den verschiedenen Ländern sich äußern, mit welchen Geschäftshäusern man am vorteilhaftesten Verbindungen anknüpft, wie die Verkehrsverhältnisse liegen, welche Handelsverträge und Zollbedingungen für die verschiedensten Waren in Betracht kommen, wo am besten und billigsten die Rohstoffe zu erlangen sind und dergleichen Dinge mehr.

Ihnen, den Arbeitern, fehlen auch durchweg die Sprachkenntnisse, um den Weltverkehr zu pflegen. So liegen doch die Dinge in der Wirklichkeit, und zum Wiederaufblühen des deutschen Handels ist es daher durchaus notwendig, sachkundige Unternehmer an ihren bisherigen Plätzen zu lassen, immer in der Voraussetzung, daß die freiheitliche Gestaltung der neudeutschen Verhältnisse genug Handhaben bietet, um eine Kontrolle der Unternehmer zum Nutzen der Gesamtheit ausüben zu können. Aber auch für den Inlandsmarkt treffen zum größten Teil die vorstehenden Bedingungen und Voraussetzungen zu.

Es ist unvernünftig und schädlich auch für die Arbeiter, unter ganz anders als früher gearteten Verhältnissen nur den Klassenkampf zu predigen, ganz ohne Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen, die zweifellos Arbeiter und Unternehmer gegenüber dem sie beide weit mehr als je bedrohenden und ausbeutenden feindlichen Auslande verbinden. Die englischen, französischen, belgischen, italienischen und sonstigen Arbeiter haben trotz der Gegensätze zu ihren Unternehmern verdammt wenig an Solidarität und Sympathie übrig für die deutschen Arbeiter; sie halten den uns aufgezwungenen Gewaltfrieden, der uns alle auf Jahrzehnte zu Sklaven der Entente, zu einem völlig unfreien Volk ohne Selbstbestimmungsrecht macht, der alle unsere sozialen Bestrebungen der Willkür des feindlichen Auslandes überantwortet, für einen gerechten oder wohlverdienten oder mindestens für einen solchen Frieden, um dessen Abänderung sie keinen Finger krumm zu machen brauchen. Hier und da ein Paar von ihnen gestammelte Worte, für eine Schonung des deutschen Volkes sind für die Katz, erleichtert unsere unerträgliche Last um keinen Deut. Wer's auch anders sagt, ist entweder ein blinder Irrgänger oder betrügt euch leichtfertig oder gar wissentlich.

Wie wir es früher verurteilt haben, wenn man uns als vaterlandslose Leute verschrie, obgleich wir durch unüberlegte Worte manchmal selbst eine solche Ansicht genährt haben, so würden wir in den nämlichen Fehler verfallen, wenn wir in jedem Unternehmer nur den uns todfeindlichen Ausbeuter, in jedem Anhänger der bürgerlichen Parteien nur den Bourgeois, die beide durch eine Welt von uns geschieden sind, sehen und jede Gemeinschaft mit ihnen mieden. O nein, das dürfen wir nicht tun. Zeit, Umstände, Überlegung, Blut- und Stammesgenossenschaft erfordern vielmehr, in sie auch die Landsleute zu sehen, welche uns in Art, Sprache und Sitte verwandt und letzten Endes auch Leidensgefährte sind.

Schließlich gereicht es doch allen Deutschen, ohne Unterschied der Klassen zum Heil, wenn Deutschland sich wieder aus tiefer Not

erhebt, wenn wir wieder wie ehedem ein freies Volk auf freier Erde hausen können. Nicht der Haß, nicht unüberbrückbare Klassenfeindschaft führt uns diesem Ziele zu, sondern die Erkenntnis des starken, heiligen Bandes nationaler Gemeinschaft, das uns alle umschlingt oder doch umschlingen sollte. Gemeinschaftliche Aufgaben zu lösen, Arbeitsgemeinschaften zu bilden ist eine zwingende Notwendigkeit sowohl für die deutschen Arbeiter als auch Unternehmer, sonst verschlingt uns alle der Abgrund, der sich schon gähnend vor uns auftut. Weltbürgerliche Schwärmerei allein tuts freilich nicht, nur im heimischen Boden wurzelt unsere beste Kraft. Wie in Erz gemeißelt sollten daher über dem Tor unserer Zukunft die Worte Schillers stehen:

> Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern
> In keiner Not uns trennen und Gefahr.

Vom Umlernen.

In eigener Sache.

Ich bin ein Umlerner! Das gestehe ich freimütig ein. Aber nicht erst seit gestern und heute, sondern schon lange vor dem jetzigen Kriege.

Seit dem Jahre 1906 habe ich umgelernt. Die damalige Aussperrung der Buchbinder in Berlin anläßlich der Maifeier, die verbunden mit andern Gründen, eine langdauernde Aussperrung ihrer Kollegen in Leipzig und Stuttgart nach sich zog, gaben den ersten Anstoß dazu. Die weiteren damaligen Aussperrungen in der Metallindustrie und in andern Berufen, wobei die sozialdemokratische Partei zum ersten Male im größeren Umfange für die Geldkosten mit aufkommen mußte und wobei und wonach sie wie ein Taschenmesser zusammenklappte, weil sie die Gefahr erkannte, daß Kämpfe noch viel größeren Umfanges ihr ganzes Vermögen zum Schaden ihrer sonstigen Aufgaben aufzehren konnten, bestärkten mich in dem Vorsatz, alle Schritte genau vorher zu prüfen und deren Wirkungen voraus zu berechnen.

Lehrmeister wurden mir auch die internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresse in Stuttgart 1907, in Kopenhagen 1910 und Basel 1912, denen ich als Vertreter des deutschen Buchbinderverbandes beiwohnte. Sie ließen mich erkennen, wie ungleich die Macht der Internationale auf die verschiedenen Länder verteilt war, wie wenig manche der dort anwesenden, oft recht vorlauten und bramarbasierenden Vertreter wirkliche Macht hinter sich hatten und wie wenig daher vielfach die nachfolgenden Taten den tönenden Beschlüssen der internationalen Kongresse entsprachen. Schein und Wirklichkeit!

Außerdem gewann ich mehr und mehr die Überzeugung, daß alle internationale Solidarität der Arbeiterklasse doch andrerseits die Tatsache nicht verdunkeln kann, daß das Schicksal der Arbeiterschaft an das des Vaterlandes bis zu einem hohen Grade gebunden ist und dies auch von den Arbeitern der verschiedensten Länder entweder bewußt erkannt oder instinktiv gefühlt wird, allen anderslautenden Theorien zum Trotz. Das Schillersche Wort: „Ans Vater-

land ans teure, schließ dich an, hier findest du die Wurzeln deiner Kraft" schließt noch immer eine tiefe Wahrheit in sich, wogegen kein nebelhaftes Weltbürgertum aufzukommen vermag.

Im Juni 1913 war ich als Sekretär des Internationalen Buchbinder-Sekretariats auf einer internationalen Buchbinder-Konferenz in Brüssel. Hendrik de Man, der Leiter der belgischen sozialdemokratischen Jugend, war unser Dolmetscher. Bei einem Ausflug in die Brüsseler Umgebung saß ich neben ihm. Im Laufe unseres Gesprächs meinte er: innerhalb zwei bis drei Jahren wird es Krieg zwischen Frankreich und Deutschland geben und Belgien wird der Kriegsschauplatz sein, weil die deutsch-französische Grenze so stark befestigt ist, daß ein Durchbruch ungeheure Opfer kosten würde. Ich suchte seine Befürchtungen zu zerstreuen, er blieb aber dabei. De Man war zwei Jahre lang in Deutschland in Parteiredaktionen tätig gewesen und hatte mehrmals belgische und französische Delegationen nach Deutschland begleitet; er galt als deutschfreundlich und war Antimilitarist. Derselbe de Man stellte sich bald nach Kriegsausbruch freiwillig zum Heeresdienst und er war es, der neben Vandervelde nach Ausbruch der Revolution die russischen Arbeiter und Soldaten in einer Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrats zu Petersburg aufforderte, gegen Berlin zu marschieren und den deutschen Arbeitern die Marseillaise beizubringen. Nicht viel anders machte es sein Freund Brouckere, der noch in Nr. 18 der „Neuen Zeit" vom 31. Juli 1914 die belgische Regierung des militärischen Bündnisses mit Frankreich und England anklagte, nach Kriegsausbruch Belgien aber von jeder Schuld reinzuwaschen suchte und gegen die „deutschen Barbaren" die gehässigsten Beschuldigungen erhob. Die Volksgemeinschaft ist eben kein leerer Begriff!

Von Brüssel fuhr ich nach einer Stadt Südfrankreichs und wohnte dort am 13. und 14. Juli dem französischen Nationalfeste bei. Am 13. Juli fand eine Feier im Lyzeum statt, an der der Präfekt, der Unterpräfekt, das gesamte Offizierkorps sowie die Spitzen der Behörden teilnahmen. Der Professor der deutschen Sprache mit deutschem Namen (wahrscheinlich Elsässer) sprach über Deutschland zur Zeit Schillers und Goethes. Nach ihm nahm unter anderen auch der Präfekt das Wort. Aus allen Reden zitterte es wie verhaltene Glut nach Revanche an Deutschland. Und was auf dem Nationalfeste seiner Stimmung Ausdruck gab, das hatte die Macht in Frankreich in ganz anderer Weise hinter sich als die Vertreter des französischen Proletariats auf den internationalen Sozialistenkongressen. Schon damals war der ehemalige wütende Antimilitarist Hervé ins nationalistische Lager übergegangen. Das alles mußte zum Nachdenken bewegen!

Ist das Umlernen denn wirklich eine Schande? Nein, es ist eine Ehrenpflicht, aus dem Leben zu lernen, gegebenenfalls umzulernen und seiner gewonnenen besseren Überzeugung auch mutig, ehrlich und offen Ausdruck geben. Nicht zum wenigsten hat es zur Verwirrung und zur Spaltung in unserer Partei beigetragen, daß manche Genossen, darunter leider auch solche in führenden Stellungen, diesen einfachen Bekennermut nicht aufzubringen vermochten, sondern aus alter Gewohnheit oder aus Demagogie die abgegriffenen Schlagworte veralteter Anschauungen und Überlieferungen noch immer im Munde führten, als sie damit innerlich schon lange gebrochen hatten. Besonders trifft das auf Berlin zu, wo von jeher das Demagogentum einen nährhaften Boden fand.

Eine Art des Umlernens macht freilich keinen guten Eindruck, die man als Wechselfieber des Umlernens bezeichnen kann. Gab es doch Naturen, die eine solche Anpassungsfähigkeit an ihre nächste Umgebung besaßen oder so stark von ihr beeinflußt wurden, daß sie bis zum Ausbruch des Krieges radikale Kriegsgegner waren, dann einige Monate lang hoch oben auf den Kämmen der patriotischen Wogen sich treiben ließen, darauf wie kühne Gratwanderer geschickt auf steilen, schmalen Pfaden zwischen Mehrheit und Minderheit der Partei einherwandelten, um endlich nach gefährlichen Schwankungen, äußerlich unbeschädigt, in ein weiches Bett nach links oder rechts hineinzufallen. Ist das vorbildliche demokratische Unterordnung oder Rechnungsträgerei?

Mancherlei Vorwürfe sind mir ob meines Umlernens gemacht worden. Wahrheit und Dichtung mischten sich dabei bunt durcheinander. Gewundert haben sie mich von solchen nicht, welche das Nichtumlernenwollen als ihrer Überzeugung besseres Teil betrachteten, wohl aber von solchen, mit denen im Laufe der Zeiten mancherlei Umwandlungen vor sich gegangen waren. Doch woher sie auch kamen, solche Angriffe ließen mich ziemlich gleichmütig, weil ich mir bewußt war, in meinen Grundanschauungen der gleiche geblieben zu sein. Denn seit meinem Eintritt in die sozialdemokratische Partei im Alter von 21 Jahren, zu der ich über die Gewerkschaft im Jahre 1885 gekommen, bin ich der Arbeiterbewegung treu geblieben.

Und so soll es bleiben!

Gottfried Kinkels schönes Wort aus seinem tiefempfundenen Gedicht, das er am Abend vor seiner durch standrechtliches Urteil (das dann durch die „Gnade" des Königs von Preußen in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt wurde) beschlossenen Erschießung in Rastatt 1849 gedichtet hat und welches ich gelegentlich der Ver-

büßung einer politischen fünfmonatigen Freiheitsstrafe im Leipziger Gerichtsgefängnis 1888 auswendig gelernt, hat mir dabei vorgeschwebt:

> Der müden, schwielenharten Hand ein besser Los zu werben,
> Du vierter Stand, du treuer Stand, für dich geh' ich zu sterben;
> Euch Armen treu bis in den Tod, für euch zur Tat entschlossen,
> Fall' ich ums nächste Morgenrot vom kalten Blei erschossen.

Auch ich hoffe, daß einst ein Völkerbund entstehen wird, der blutige Kriege unmöglich zu machen die Macht in sich trägt. Wilsonsche, Lloyd Georgesche und Clemenceausche Methoden führen aber sicher nicht zu diesem Ziel.

Solange die Welt noch von so schlimmen Haß aufgewühlt ist und die Völker sich wie blutdürstige Bestien gegenüberstehen wie jetzt, bleibt uns doch wahrlich weiter gar nichts übrig, als uns als Deutsche zu fühlen oder uns bedingungslos der Gnade und Ungnade unserer Feinde zu überantworten und damit unsere ganze Zukunft preiszugeben.

Die Liebe zur Menschheit wird uns Deutschen niemals verloren gehen. Aber diese Liebe muß sich zu allererst dem eigenen Volke gegenüber äußern.

Sozialdemokratie und Judentum

von

Emil Kloth

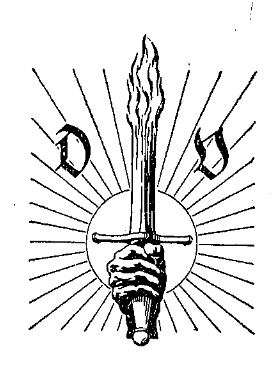
Deutscher Volksverlag · München

Sozialdemokratie und Judentum

Von

Emil Kloth

ehemaliger sozialdemokratischer Stadtverordneter
in Neukölln



Deutscher Volks-Verlag, München 1920



Druck von Dr. F. P. Datterer & Cie., München=Freising.

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort.

Die Not und Schmach unseres deutschen Volkes führte mich zur Beschäftigung mit der Judenfrage. Sie ist vorhanden und läßt sich nicht wegstreiten. Wer achtlos an ihr vorübergehen will, der ist kein Politiker. Damit ist sie nicht abgetan, indem man sie leugnet und den Antisemitismus als „die Schmach unseres Jahrhunderts" brandmarkt.

Groß und unheilvoll ist der Einfluß, den das Judentum auf die Sozialdemokratie ausgeübt hat und noch ausübt. Diese Tatsache muß sich jedem aufdrängen, der vorurteilslos die Ereignisse und handelnden Personen im öffentlichen Leben der letzten Jahrzehnte, besonders aber seit dem verhängnisvollen Jahre 1914, als aufmerksamer Zuschauer und als Mitwirkender am Webestuhle unserer Zeit beobachtet hat.

Schon in meiner, im gleichen Verlage erschienenen Schrift: ‚Einkehr, Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der Sozialdemokratie" war ich gezwungen, wenn ich nicht eine der wichtigsten Seiten der sozialdemokratischen Politik unberücksichtigt lassen wollte, in einem besonderen Abschnitt „den Einfluß der Juden und Ausländer in der Sozialdemokratie" zu behandeln. Das führte in der Folge zu dem Wunsch meines Herrn Verlegers: ich möchte in einer besonderen Broschüre das Thema: „Sozialdemokratie und Judentum" der Öffentlichkeit unterbreiten.

Ich habe diesem Verlangen durch die vorliegende Schrift entsprochen und hoffe und wünsche, daß sie auch manchem meiner ehemaligen Parteigenossen zum Nachdenken und Nachprüfen veranlassen möge.

Neukölln, Ende Januar 1920.

Emil Kloth.

Das Aussprechen dessen, was ist.

Mit feurigen Zungen hat die Sozialdemokratie bisher immer verkündet: nur sie allein besitze ein wahrhaft wissenschaftliches Programm, das auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung die Dinge nehme, wie sie sind, und an keiner Erscheinung des Lebens achtlos vorübergehe, welche auf die wirtschaftlichen Triebkräfte und den Bau der menschlichen Gesellschaft von Einfluß sei.

Diese Behauptung ist ebenso kühn als unwahr. Denn je größer die Sozialdemokratie wurde, um so starrer hielt sie an ihren Lehrern und Irrtümern fest, um so mehr glitt sie über dasjenige hinweg oder suchte es sogar zu übersehen, was nicht in den Rahmen ihrer vorgefaßten Meinungen hineinpaßte. Und klopfte hier und da einmal einer an die verrosteten Tore ihrer Parteidogmen und rief: „Sieh, was sich vor unserer aller Augen abspielt, komm heraus aus dem Turm und laß' des Lebens frischen Drang auf dich einwirken" — da schlugen alle alten Parteiweiber ob des frevelnden Ketzers die Hände wehklagend über dem Kopf zusammen und die Hohenpriester wiesen aus den heiligen Schriften von Marx, Engels und Lassalle haarklein nach, daß alles eitel Lug und Trug sei, was nicht mit den Überlieferungen der Partei übereinstimme. Zu den heiligsten Überlieferungen der Partei gehört das Dogma: Es gibt keine Judenfrage, das, was man dafür ausgibt, ist lediglich als ein Rückfall in das finstere Mittelalter zu bewerten. Sie, die Partei, wagt eben nicht auszusprechen das, was ist, obgleich sich die Tatsachen bergehoch auftürmen. Damit kennzeichnet sie sich selbst als von Kleingeisterei besessen. Hat doch kein Geringerer als Lassalle, ihr Lehrmeister, feierlichst erklärt:[1])

„Alle große politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit."

„Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist."

Mehr als je sind diese politischen Leitsätze zu beachten. Die sozialdemokratischen Parteien tun das jedoch nicht, sie stecken absichtlich

---

[1]) Siehe Lassalle, Über Verfassungswesen. Lassalles Reden und Schriften, herausgegeben von Ed. Bernstein, Berlin 1892, Vorwärts-Verlag. Bd. 1, S. 531.

den Kopf in den Sand, um nicht zu sehen, was ist. Warum das geschieht, werden wir später sehen. Vorläufig möge die Feststellung der Tatsache genügen.

Um so mehr ist es Pflicht aller derer, die nicht zu der Zinne der Partei als den Gipfel aller Wissenschaft verehrend aufblicken, festzustellen und auszusprechen, das, was ist. Denn aus dem finsteren Abgrund, dem unser Volk entgegengeführt worden ist, gibt es nur ein Entrinnen, wenn ihm zuvörderst wie mit Sturmgeläut die Wahrheit über die wahren Ursachen seines unsagbaren Unglücks verkündet wird. Dazu ist aber nötig, den Anteil des Judentums daran zu ermitteln, der von der Sozialdemokratie bestritten wird. „Wenn die Menschen schweigen, werden die Steine reden" — heißt es weisheitsvoll in der Bibel. Wir bringen noch bessere Zeugen. Das sind die Tatsachen. Lassen wir sie also reden.

Verbreitung, Zahl und Einfluß der Juden.

Der Einfluß der Juden auf die Sozialdemokratie ist nur zu verstehen im Zusammenhang mit der wachsenden Macht des Judentums im allgemeinen. Darüber hat einer unserer vielgenanntesten Nationalökonomen, dessen Name eine Zeitlang auch bei der Sozialdemokratie einen guten Klang hatte, Professor Sombart — der, beiläufig bemerkt, kein Antisemit ist — in verschiedenen Werken eingehende Untersuchungen angestellt. Unter anderm auch in seiner Schrift: „Die Zukunft der Juden." (Leipzig 1912, Verlag Duncker und Humblot.) Darin heißt es (S. 10/11):

„Im ganzen leben jetzt auf der Erde etwa 11½ Millionen Juden, davon entfallen auf Rußland etwa über 5 Millionen, auf Galizien etwa 1 Million, auf Rumänien ¼ Million, auf Ungarn 1 Million; das sind etwa 6½ bis 7 Millionen, die wir als „östliche" Juden bezeichnen können (wobei die Million ungarischer Juden, von denen ein beträchtlicher Teil in Budapest wohnt, zur Hälfte den westlichen Juden zugerechnet wird). In Westeuropa, das heißt also in Ungarn (zur Hälfte), in Österreich (außer Galizien), in Italien, den Niederlanden, Frankreich, England, Deutschland gibt es etwa 2 Millionen Juden (in Deutschland rund 600000). Zu diesen „westlichen" Juden gesellen sich nun noch die amerikanischen Juden, deren Zahl sich

ebenfalls auf etwa 2 Millionen beläuft (von denen 1¾ Millionen in den Vereinigten Staaten, über eine Million in der Stadt Neuyork leben). Der Rest verteilt sich auf Asien, Afrika und Australien."

Dennoch ist die Zahl der Juden in Deutschland verhältnismäßig klein, ihre Macht dagegen im umgekehrten Verhältnis sehr groß, größer wie in irgendeinem anderen Lande. Besonders auf wirtschaftlichem Gebiete breiten sie ihre Vorherrschaft immer weiter aus. Darüber läßt sich Sombart (Seite 34) wie folgt aus:

„Man weiß jetzt, daß ein Viertel aller Aufsichtsratsposten in den deutschen Aktiengesellschaften und über ein Achtel aller Direktorstellen Juden inne haben; man weiß, daß überall, wo man überhaupt Vergleiche anstellen kann, die Juden drei- bis viermal so reich sind wie die Christen, daß ein Viertel bis ein Drittel der Einkommensteuern in den großen Städten, wo die Juden eine Rolle spielen: in Breslau, Frankfurt a. M., Mannheim, Berlin von den Juden aufgebracht werden."

Obgleich die Juden in den sozialistischen Parteien einen starken Prozentsatz der Führerposten einnehmen, sind sie das kapitalistisch veranlagte Volk der Welt. Selbst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika schlagen sie jede Konkurrenz aus dem Felde. Hierüber heißt es bei Sombart S. 25:

„Und daß heute schon ein unerhört lebhafter Haß gegen die Juden in den Vereinigten Staaten ganz allgemein verbreitet ist, weiß jedermann. Der soziale Antisemitismus ist drüben stärker als in irgendeinem Lande Europas. Und er ist immerfort im Wachsen begriffen, naturgemäß in dem Maße wie die Zahl der Juden und ihre Wirksamkeit zunimmt. Man bedenke doch die eine Tatsache, daß in der Stadt Neuyork mehr als eine Million Juden lebt; fast doppelt so viel wie in ganz Deutschland; mehr als ein Viertel (26%) der gesamten Bevölkerung Neuyorks!"

Dabei sind die einwandernden Juden durchweg als arme Teufel über den großen Teich gekommen. Nach Sombart treffen die Einwanderungsbeschränkungen der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die einen gewissen notwendigen Geldbetrag der Einwanderer verlangen, (25 Dollar = rund 107 Mk.), vor allen Dingen die Juden, die 1901 nur durchschnittlich 8,7 Dollars mitbrachten.

Mit Recht frägt daher Sombart (S. 26): „Was wird aber dann aus den östlichen Juden, wenn Amerika seine Pforten schließt, sie aber in ihrer Heimat nicht leben und nicht sterben können. Dann scheint wahrhaftig das Programm Pobedonoszews sich verwirklichen zu sollen, der die Zukunft der russischen Juden wie folgt prophezeite: ein Drittel wird auswandern (dieser Teil der Prophezeiung ist jetzt

fast erfüllt), ein Drittel wird verhungern und ein Drittel wird totgeschlagen werden."

In Rußland und den anderen osteuropäischen Ländern gibt es freilich große Massen von armen Juden, was wahrscheinlich auf die dort noch bestehenden Gesetze gegen die Juden zurückzuführen ist. Jedoch auch diese haben das Emporkommen einer schwerreichen kapitalistischen Oberschicht nicht zu hindern vermocht, wofür die polnische Industriestadt Lodz mit ihrer bis aufs Blut ausgebeuteten Arbeiterschaft ein ragendes Beispiel ist.

Das ehemalige Österreich-Ungarn unterlag im steigenden Maße dem jüdischen Kapitalismus. Auch in Frankreich hat er seine Zelte aufgeschlagen. Der dadurch hervorgerufene Haß entlud sich seinerzeit in der Dreyfus-Affäre. Dagegen scheint er in England nicht so erfolgreich gewesen zu sein.

Wenden wir uns wiederum Deutschland zu, so finden wir das geistige Leben auf manchen Gebieten völlig vom Judentum mit Beschlag belegt. So das Theater, welches nach Schiller eine moralische Anstalt für das Volk sein soll. In Berlin sind alle Theater in jüdischen Händen oder haben jüdische Direktoren. Nur die früheren Königlichen Bühnen waren ihrer Herrschaft nicht unterworfen. Aber auch darin hat die „glorreiche" Revolution Bresche gelegt: das Schauspielhaus wurde bald mit einem jüdischen Direktor beglückt, den man sich ausgerechnet aus Königsberg verschrieb und dem man nicht nachsagen kann, er sei mit künstlerischen Eigenschaften allzu erheblich belastet. Wie es unter Leitung dieser Herren mit dem Theater als moralischer und Bildungsanstalt bestellt ist, hat ein dem halbpariser „Berliner Tageblatt" nahestehender, in Berliner Theaterkreisen bekannter Rechtsanwalt Max Epstein in der „Freien deutschen Bühne" lehrreich in folgender Weise geschildert:

„Früher war der Direktor durch die Billigung der Zensurbehörde gegen die Anklage, öffentliches Ärgernis zu geben, gesichert. Jetzt ist das Publikum versichert, fast kein Theater zu betreten, ohne daß es in sexuellen Fragen weiter aufgeklärt und angeregt wird. Unsere Direktoren verlangen ein handfestes, klares Bordell, am besten im zweiten Akt. Wedekinds ‚Büchse der Pandora' bringt das Freudenhaus in allen Formen. Sein Ableger ‚Schloß Wetterstein' ist nicht kräftig genug und wird sich darum nicht mehrere Spielzeiten halten. Die Gebrüder Rotter bringen nun schon das zweite Bordelldrama. Auf den Salon im ‚Höheren Leben' Hermann Sudermanns folgt das Freudenhaus von Wagners ‚Evchen Humbrecht'. Es ist charakteristisch, daß die beiden findigen Theater-Dioskuren das alte Drama, das gar kein Bordell gemeint hat, für die neueste Berliner

Mode umgestaltet haben. Sie servieren die alte Schwarte mit sauce bordellaise. Die moralische Verkommenheit wird als Spekulationsobjekt ausgenutzt.

Ganz widerwärtig macht sich das Spiel mit geschlechtlichen Affären an den Bühnen des Herrn Dr. Altman breit. Der Ruhm und der Kassenerfolg anderer Kollegen haben ihn wohl nicht schlafen lassen. Vielleicht hat er bei Übernahme des ‚Kleinen Schauspielhauses' gedacht, daß er dasselbe könne wie Reinhardt, der mit Wedekinds Pandorabüchse ausverkaufte Häuser erzielte. Warum sollte man da zurückstehen? Heutzutage will und muß jedes kleine Theater sein Bordellchen haben. Altman leitet zwei Bühnen und braucht deshalb zwei Bordellchen. Er kann mehr als einen Puff vertragen. Im ‚Kleinen Schauspielhaus' führt man eine Komödie in vier Akten von Max Herrmann (noch dazu aus Neiße) auf. Sie heißt ‚Albine und Aujust oder Freut Euch des Lebens'. Dort ruft der Schauspieler Dinge ins Publikum, die man sonst nur zwischen streitenden Droschkenkutschern zu hören gewohnt war. Weil aber diese Schweinerei noch nicht kräftig genug ist, wird im letzten Akt noch ein Weiber-Café vorgeführt mit üblichen Gruppenbildungen. Max Herrmann, der Dichter, sitzt in dem Café, in dem er offenbar studiert hat, und läßt sich wegen seines Buckels bemitleiden. Die Verwachsenheit seines Körpers ist aber viel weniger bedauerlich als die seiner künstlerischen und moralischen Persönlichkeit. Ein solcher Mensch tut mir aufrichtig leid, aber der Direktor, der sich durch Veröffentlichung dieses Miststückes strafbar macht, müßte zur Rechenschaft gezogen werden.

Man dachte nun, es könnte nicht übler werden. Aber es wurde doch noch übler. Nämlich im „Kleinen Theater", wo man der Polin Zapolska Drama von der „Unberührten Frau" gab. Es lohnt sich, 30 Mk. auszugeben, um den widerlichen Quatsch dieser pornographischen Dialoge einzusaugen. Wären die Damen noch sexuell suggestiv, so hätte man doch wenigstens einen vergnügten Herrenabend wie im Schwimmklub ‚Germania'. Aber diese Damen wirken so, als ob sie sagen wollten: nun seht mal her, wie wir uns schön halbnackt anziehen können, uns auf der Erde räkeln und überhaupt, wie unanständig wir sein können. Ist das nicht alles zum Totschlagen? Dazu eine große Zeit und miserable Valuta, die nur durch Höchstleistung gebessert werden kann!"

„Berlin ist nicht Deutschland", wird man einwenden. O doch in diesem Falle. Denn die Berliner Theatermache beherrscht auch die Provinz, und es gilt hier erst das als bühnengerecht, was in Berlin über die Bretter gelaufen ist. Und nach dem Berliner Schmutz beurteilt uns auch das Ausland. Ein Herr Charles Bonneson faßt seine

Berliner Theatereindrücke im „Echo des Paris“ in folgender Weise zusammen:

„Dieses Volk ist verfault, es zerfällt in Fetzen, nährt sich nur noch von Sadismus. Der größte Erfolg der Theatersaison ist ein Stück, in dem ein junger Arzt eine Frau liebt, die ihren Vater getötet hat. Das sind die Gemeinheiten, zu denen Reinhardt heruntergesunken, und es ist nicht eine Ausnahme. Alles ist im gleichen Geschmack. Der Plünderungskrieg und die Gewalttaten in Frankreich und Belgien haben dieses Volk von Parvenus entarten lassen, das schon vorher durch zu schnellen Reichtum verdorben war. Das deutsche Volk ist ohne Moral, ohne Zügel, Glauben und Gesetz. Es wäre längst reif für ein Budapester Regime, wenn zu allen Lastern, die es zernagen und entstellen, nicht auch ein totaler Mangel an physischem und moralischem Mut hinzukäme. Es ist ein Sterbender, der sich im Kot wälzt.“

Nun haben wohl die Franzosen das geringste Recht, sich über die deutsche Unsittlichkeit aufzuhalten, weil die Berliner „Theaterkultur“ eigentlich nur ein Ableger der Pariser ist, allein den jüdischen Theaterdirektoren haben wir den Mist zu verdanken, der uns in so üblem Geruch bringt. Und ein Unterschied spricht zweifellos zugunsten der Pariser Theaterdirektoren: sie wagen es nicht und dürfen es nicht wagen, den ausländischen Schund so zu begönnern und die von sittlichen Idealen getragenen einheimischen Dichter so zu vernachlässigen, wie es die Berliner tun und tun dürfen. Ja, wehren sich denn die deutschen Dichter und Schriftsteller nicht gegen solche Vernachlässigung der deutschen Bühnenkunst? Freilich geschieht das wohl hier und da, allein, wer gegen den Stachel zu lecken wagt, der ist, wie Erich Schlaikjer, der mannhaft, aber anscheinend vergeblich den Kampf gegen die Verlotterung in der „Täglichen Rundschau“ führt, einmal schrieb, verfehmt für alle Zeiten bei den jüdischen Theaterdirektoren; dessen Werke werden niemals zur Aufführung angenommen.

Die tonangebende Presse ist leider keine Streiterin für deutsche Dichter, sie befindet sich zum größten Teil fest in den Händen jüdischer Verleger. Dasselbe trifft auf den Verlagsbuchhandel zu, der besonders in Berlin immer mehr in jüdische Hände übergeht. Und der übrige Buchhandel wird mit Hilfe der Regierung kirre gemacht, die jedem Wunsche der Juden nachzukommen beflissen ist. Pfarrer Traub erzählt davon in seinen „Eisernen Blättern“, 1. Jahrgang Nr. 21, folgendes lehrreiches Geschichtchen:

„Eins der entzückendsten deutschen Kindergedichte ist Rückerts Lied vom Bäumlein, das andere Blätter hat gewollt. Wir kennen es alle aus der Schule. Nunmehr setzt uns Georg Kubatzki im

‚Israelitischen Familienblatt‘ auseinander, daß das Gedicht — antisemitisch wäre. Nämlich weil darin die Verse vorkommen: ‚Aber wie es Abend ward, ging der Jude durch den Wald mit großem Sack und langem Bart‘ und streift die goldenen Blätter in seinen Sack. Genau so unerträglich wie der Vers: ‚Schulmeisterlein, du armer Narr!‘ in Mörikes ‚Turmhahn‘, der ja auch auf Rat eines klugen Jugenderziehers gestrichen werden sollte. Also Georg Kubatzki wandte sich ‚mit einer Eingabe an das Kultusministerium in Preußen und bat um Abstellung dieses Übels‘. Er schlug vor, den ‚Juden‘ Rückerts in einen ‚Räuber‘ oder ‚Männlein‘ zu verbessern (so wie man früher aus dem ‚Liebchen‘ des Volksliedes eine ‚Mutter‘ machte)! Bald darauf erhielt er vom Provinzial-Schulkollegium die Mitteilung: ‚Auf Ihr an den Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichtetes Gesuch vom 28. März d. J. erwidern wir ergebenst, daß sich der Verlag Velhagen und Klasing, Bielefeld und Leipzig, bereit erklärt hat, das Gedicht ‚Vom Bäumlein, das andere Blätter hat gewollt‘ beim Neudruck der Fibel von Wichmann-Lange, Ausgabe B, durch ein anderes zu ersetzen.‘ Und der Verlag von Velhagen und Klasing, devot wie er ist, ‚beehrt sich‘ noch überdies, Herrn Kubatzki in folgender Weise die Stiefel zu lecken: ‚Wir danken Ihnen für Ihr gefälliges Schreiben vom 6. d. M. und beehren uns, Ihnen daraufhin mitzuteilen, daß wir bei einem Neudruck der Fibel für Beseitigung des beanstandeten Gedichtes Sorge tragen werden.‘ Das ‚Israelitische Familienblatt‘ zollt Herrn Kubatzki ‚für sein maßvolles und doch zugleich energisches Vorgehen wärmste Anerkennung‘."

Kultusminister ist bekanntlich der „treudeutsche" Herr Hänisch, der als Schriftleiter der „Glocke" mit 12 000 Mk. Jahresgehalt im Dienste des vielgenannten Herrn Parvus-Helphand steht.

Wie es auf unseren Universitäten aussieht, kommt drastisch in einem offenen Briefe von Dr. Hans Siegfried Weber an den Unterstaatssekretär Professor Dr. Troeltsch in der „Kreuzzeitung" (19. Dezember 1919, Abendausgabe) zum Ausdruck, in dem es u. a. heißt:

„Unter Ihrem Regiment findet eine nicht mehr zu überbietende Bevorzugung jüdischer Gelehrter statt. Man könnte angesichts solcher Zustände beinahe in die Versuchung kommen, den Schluß zu ziehen, daß die finanziellen Drahtzieher, wie in allen Demokratien, auch bei uns eine ausschlaggebende Rolle spielen. Es liegt mir aber vollkommen fern, herumzuschnüffeln, welche Kriterien letzten Endes für die Staatsregierung maßgebend sind.... Ich stelle mich aber Ihnen zur Verfügung, wohl hundert Fälle namhaft zu machen, aus denen klar und deutlich hervorgeht, daß ein solches Ausnahmerecht für jüdische Gelehrte ohne Verdienst und Würdigkeit geschaffen wurde."

Dagegen wird in versteckter und offener Weise in den judendienerischen Blättern der Mosse-Demokratie und Sozialdemokratie die Maßregelung aller aufrechten deutschen Dozenten an den Universitäten und höheren Schulen gefordert. Natürlich unter dem Deckmantel: sie trieben alldeutsche Politik und gegenrevolutionäre Agitation. Im Auslegen sind sie eben frisch und munter, und legen sie nicht aus, so legen sie doch unter. Zweckbewußt, wenn auch mit verschleierten Fahnen, wird auf das Ziel losmarschiert: alle geistigen Machtpositionen unter jüdischen Einfluß zu bringen. Und in der Tat, man ist auf dem besten Wege dazu. Auch darüber wollen wir Sombart (Zukunft der Juden, S. 35/36) nochmals das Wort geben:

„In den höheren Knabenschulen entfallen auf 10 000 der Gesamtbevölkerung

	christliche Schüler	jüdische Schüler
in Preußen	61	385
in Berlin	102	430

Von je 100 Schulkindern besuchen höhere Knabenschulen 3,34 christliche, 26,67 jüdische.

In Berlin, wo (1905) 31,75 % aller preußischen Juden wohnen, genossen (1906) eine bessere als Volksschulbildung von 100 Schulkindern 14,07 christliche, 67,53 jüdische.

Studierende entfallen auf 10 000: Juden 31,77, Christen 4,71.

Diesen Ziffern entspricht ihre tatsächliche Anteilnahme an unserem geistigen und künstlerischen Leben. Unnütz zu sagen, daß sie unsern Kunst-, unsern Literatur- und unsern Musikmarkt, daß sie unsere Theater, daß sie unsere große Presse, wenn nicht ausschließlich in den Händen haben, so doch ganz wesentlich, man kann getrost sagen: entscheidend beeinflussen."

Auch im politischen Leben haben sie in der kurzen Zeit, während welcher sie überhaupt sich haben betätigen können, eine hervorragende Rolle zu spielen gelernt. An der Genesis des Liberalismus und noch mehr vielleicht des Sozialismus sind sie wesentlich beteiligt.

In Frankreich sollen vor kurzem von 84 Präfekturen 21 in ihren Händen gewesen sein. In Deutschland speisen sie mit goldenen Löffeln am Tische des Kaisers.

Ob Monarchie, ob bürgerliche, ob sozialistische Republik, ist ganz gleich, überall spielen die Juden eine Rolle, die mit ihrem ziffernmäßigen Stärkeverhältnis auffallend kontrastiert. Beispielsweise ge-

langte nach dem „Türmer" Robert Wilton, ein Berichterstatter der „Times", auf Grund einer russischen Studienreise zu der Feststellung, daß unter den 384 Volkskommissaren, aus denen die Regierung Rußlands zusammengesetzt war, sich nur 63 Russen, aber 300 Juden befanden.

Lasse man sich nicht täuschen: unter welcher Maske auch die jüdischen Wortführer auftreten mögen, stets wird das nationaljüdische Interesse für sie maßgebend sein. Das ist keine falsche Unterstellung, das ist nicht einmal ein Vorwurf, sondern das ist einfach die Feststellung einer Tatsache, die von den aufrichtigen Juden selbst zugegeben und offen eingestanden wird. Demgegenüber wird sie allerdings von anderen jüdischen und judenfreundlichen Kreisen abgeleugnet oder vertuscht, besonders von der großen Mehrzahl der demokratischen und sozialdemokratischen Blätter, teils absichtlich, teils aus Unkenntnis dessen, was ist. Letzteres trifft besonders auf die sozialdemokratische Presse zu. Im allgemeinen trifft zu, — was 1912 schon Sombart in seiner mehrfach genannten Schrift (S. 38/39) wie folgt ausführte:

„Am besten daher, man spricht über ‚Thema' überhaupt nicht und schweigt alles tot, was der Vertuschungspolitik widersprechen möchte. Ich sagte schon, daß dies vor allem auch der Standpunkt der großen jüdisch-liberalen Presse sei, der es zu danken ist, daß von der nationaljüdischen Bewegung nicht einmal in der Judenschaft selber, geschweige denn in außerjüdischen Kreisen eine irgendwie genauere Kenntnis verbreitet wird.... Sie alle, die ihre geistige Tageskost in den Spalten der liberalen Zeitungen rationenweise zugewiesen bekommen, werden systematisch in Unkenntnis erhalten über die große nationale Bewegung, die in der Judenheit mächtig ihre Glieder reckt... Die Welt wird eines Tages erstaunen, wenn sie wahrnimmt, daß in der Judenheit ganz andere Kräfte rege sind, ganz andere Ziele erstrebt werden, als man nach dem Verhalten der liberalen Presse hätte vermuten sollen."

Aus der Fülle der Beispiele für den Bewußtseinsinhalt der jüdischen nationalen Bewegung will ich nur zwei herausgreifen. In den „Sozialistischen Monatsheften", Heft 19/1918, schreibt Dr. Max Rosenfeld am Schlusse eines längeren Aufsatzes über „Judenfrage, Palästina und Weltpolitik" zusammenfassend:

„Die geistigen Wurzeln des Judentums lagen auch in den beiden Jahrtausenden der Zerstreuung stets in Palästina. Daher bedeutet der Neuaufbau dieses Landes durch die Juden mehr als einen materiellen Akt. Er bedeutet, daß das Volk sein eigenes Schicksal wieder in

die Hand nimmt, und dadurch wird er zu einer Angelegenheit der Demokratie und des Sozialismus."

Die Schlußfolgerung daraus finden wir in der „Jüdischen Rundschau" vom 24. Dezember 1918 in einem Aufsatz über „Die Wahl zur Nationalversammlung". Die Teilnahme oder Nichtteilnahme daran wird völlig davon abhängig gemacht, ob jüdische Interessen dabei in Frage kommen. Unter diesem Gesichtswinkel heißt es bestimmt und scharf:

„Kein deutsches, sondern nur ein jüdisches Interesse vermag diese Teilnahme zu rechtfertigen, und wo das jüdische Interesse aufhört, da hört auch die moralische Berechtigung zur Aktivität auf."

Es unterliegt keinem Zweifel: mehr wie je haben wir es mit einer stetig anwachsenden nationaljüdischen Bewegung zu tun.

Sozialistische Theorie und Theoretiker.

Große geistige Bewegungen sind nicht das Werk Einzelner, seien diese auch noch so genial veranlagt. Der Sozialismus ist aber zweifellos eine geistige Bewegung, die sowohl die größten Geister als auch die einfachen Leute aus dem Volke in ihren Bannkreis gezogen hat. Der Verfasser der vom sozialistischen Gedankeninhalt durchströmten, 1516 erschienenen „Utopia" war Thomas More, der Kanzler Heinrichs VIII. von England, und die vom gleichen Geiste beseelte Schrift: „Garantie der Harmonie und Freiheit", die 1842 erschien, hatte den deutschen Schneidergesellen Wilhelm Weitling zum Verfasser. Beide Schriften wurden aus ihrer gärenden Zeit geboren. Im 16. Jahrhundert hatte die königliche Gewalt in England endgültig die Macht der Feudalherren gebrochen und deren bewaffnete Gefolgschaften überflüssig gemacht. Diese zusammen mit den von ihrem Land vertriebenen Bauern bildeten die ersten Ansätze zum englischen Proletariat, das beschäftigungslos im Lande umherirrte, und ihre Not veranlaßte Thomas More auf Abstellung derselben durch eine Neuorganisation der Gesellschaft zu sinnen. Und als Weitling sein Buch schrieb, da war wirklich die Lage der Arbeiterschaft eine tieftraurige, nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, wie sie fast zur selben Zeit Friedrich Engels in seiner Schrift: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" schilderte. Im „Kommunistischen Manifest" zogen sodann Marx und Engels im Auftrage

des Bundes der Kommunisten ihre bekannten sozialistischen Schlüsse. Wenn Goethe tiefsinnig sagt: „Wer den Dichter will verstehen, muß in Dichters Lande gehen", so kann man dies auch sinngemäß auf den Schriftsteller und seine Zeit anwenden.

Marx allerdings glaubte Ewigkeitswerturteile zu verkünden, wenn er die ganze bisherige Menschheitsgeschichte als eine Geschichte von Klassenkämpfen bezeichnete, welche erst durch die Verwirklichung des Sozialismus ihre Beendigung finden würde, weil mit der durch denselben bewirkten Aufhebung der Klassen naturgemäß auch die Klassenkämpfe aufhören würden. Er berücksichtigte nicht genügend, daß neben der Klassensolidarität die nationale Solidarität eine weit wichtigere Rolle als jene in der Geschichte spielt. Wenn trotzdem Marx fest an seine Lehre glaubte und diese besonders in Deutschland den meisten Anklang fand, so ist das kein Spiel des Zufalls, sondern auf besondere Zusammenhänge zurückzuführen.

Meines Erachtens sind die gemeinsamen Züge in der Geschichte des deutschen und jüdischen Volkes bei der Beurteilung des ungeheuren Einflusses der Juden in Deutschland und in der deutschen Sozialdemokratie im besonderen wenig oder gar nicht berücksichtigt worden. Und doch ergeben sie vielleicht allein den Schlüssel für die nationale Zersetzung, der unser armes Volk jetzt verfallen ist.

Man wolle es mir daher zugute halten, wenn ich durch ein paar Striche in großen Umrissen die jüdische und deutsche Geschichte hier aufzeichne. Soweit dabei die jüdische Geschichte in Betracht kommt, folge ich dabei dem im Auftrage der sozialdemokratischen Partei von dem deutsch-jüdischen Schriftsteller Wurm (M. d. N.) herausgegebenen „Volkslexikon" (Nürnberg 1894—97, Wörlein & Comp.).

Sozusagen am Eingang der jüdischen Geschichte steht der Brudermörder Kain. Die Väter der 12 Stämme verkauften ihren Bruder Josef in ägyptische Sklaverei. Der erste jüdische König Saul wird von David gestürzt. Nach seines Sohnes Salomo Tode spaltet sich das Reich unter Jacobeam, der ein Bündnis mit Ägypten abschloß, in zwei Teile: Juda und Israel. Die assyrische und später die babylonische Gefangenschaft machten für längere Zeit der Selbständigkeit des jüdischen Volkes ein Ende. Unter den Makkabäern errang es seine Freiheit wieder. Im Bürgerkrieg rufen die jüdischen Gegenkönige Hyrkan und Aristobul Pompejus als Schiedsrichter an, der 63 vor Christi Geburt Jerusalem erobert, wodurch das Judenreich unter die Botmäßigkeit Roms kam. Unter Herodes Enkel Agrippa (41—44 n. Ch.) wurde das Land endgültig römische Provinz, von Landpflegern verwaltet, die es aussogen und dadurch das Volk zur Empörung trieben. Doch diese wurde von der überlegenen römischen

Macht niedergeschlagen und endete mit der Zerstörung Jerusalems durch Titus und der Abführung des größten Teils des Volkes in die Sklaverei. Noch einmal flammte unter Bar Kochba der nationale Selbständigkeitsdrang hell im offenen Aufstand auf, doch im Jahre 135 fiel Bar Kochba, und damit hatte die Selbständigkeit für immer ihr Ende gefunden. Auch in der Verbannung hörten die inneren Fehden innerhalb des Judentums nicht auf, so sehr es gegenüber anderen Völkern sich auch für das rechtgläubige und auserwählte Volk hielt und die Blutvermischung mit ihnen vermied. Unduldsam untereinander, bauten sie durch spitzfindige Auslegungs- oder richtiger gesagt „Verdrehungskunst" der religiösen und bürgerlichen Vorschriften ihrer heiligen Schriften das „Judentum zu einem religiösen Polizeistaat" aus, wie es im „Volkslexikon" heißt, wodurch nicht wenig die „Entfremdung zwischen Juden und Christen herbeigeführt wurde".

Viele Charaktereigentümlichkeiten hat leider die deutsche Geschichte mit der jüdischen gemein. Hermann der Cherusker fiel von Mörderhand aus den Reihen der eigenen Stammesgenossen. Seit der Völkerwanderung haben Deutsche gegen Deutsche oft zum Nutzen und im Dienste anderer gekämpft. Wenn einig, unbesiegbar, fielen sie dagegen oft durch Uneinigkeit fremder Herrschaft anheim oder mußten sich alle möglichen Demütigungen gefallen lassen. Während alle übrigen großen Völker zu einem geschlossenen Nationalstaat kamen, hatte das deutsche Volk kein einheitliches Vaterland, sondern sogar noch im neudeutschen Kaiserreich zwei Dutzend Vaterländer und Vaterländchen zu verzeichnen. Ein einzig dastehendes Beispiel in der ganzen Welt! Das Stammesbewußtsein trug meistens den Sieg über das Nationalbewußtsein davon. Und dies Erbübel wurde noch verstärkt durch eine unausrottbare Vorliebe für das Fremdländische, zumal dann, wenn es gleißnerischen Scheines sich gab oder mit zungengewandter Dialektik angepriesen wurde. In ein solches Volk nun die Lehre vom alles überragenden Klassengegensatz und Klassenkampf hineingeworfen, seiner Arbeiterschaft zu sagen: die Proletarier haben kein Vaterland, die eigenen Mitbürger sind eure größten Feinde; mit tausend Zungen die internationale Klassensolidarität gepredigt — und die Zukunftsseher konnten ahnen, welche Wirkungen solche Lehren einmal für das deutsche Volk zeitigen konnten. Bismarck hat leider nur zu richtig seherisch erkannt, welchen furchtbaren Gefahren das Deutsche Reich durch das hemmungslose Ausleben der zerfressenden, durch kein Nationalbewußtsein geläuterten klassenkämpferischen Ideen entgegenginge. Das hat die Gegenwart mit erschreckender Deutlichkeit bewiesen, wenn man auch über seine Abwehrmittel, das Sozialistengesetz, sehr wohl anderer Meinung sein kann als er.

Marx ist einer der wenigen sozialistischen jüdischen Führer, welcher materiell selbstlos, unter großen Entbehrungen seine Lehre ausgearbeitet und für sie gewirkt hat. Man kann ihm auch nicht ein oft sehr treffendes Urteil über die Kraft nationalen Gefühls absprechen. Im gewissen Sinne wollte auch er ein politisch geeintes und mächtiges Deutschland, weil ihm dieses nur Gewähr bot für eine kapitalistische Entwicklung, die schließlich nach seiner Ansicht, in den Sozialismus münden mußte. Derartige Gedanken finden sich jedoch mehr in seinen politischen Schriften und Briefen, die den Arbeitern weniger zugänglich waren und vorgetragen wurden, während seine ökonomischen Schriften und seine agitatorische Tätigkeit die Arbeiter mit rotglühendem Haß gegen alles erfüllte, was nicht zum Proletariat gehörte, was nach Bourgeois roch. Von ihm lernten sie auch die zelotische Unduldsamkeit gegen Andersdenkende, ja gegen die eigenen Parteifreunde, wenn diese anders als der Meister zu denken wagten — wie sie vornehmlich in Marx's Briefen an Friedrich Engels u. a. zum Ausdruck kommt. Für das Judentum als Nation hatte Marx nicht viel übrig, man kann ihm keine besonderen national-jüdischen Bestrebungen nachsagen.

Aus ganz anderem Holze war Ferdinand Lassalle geschnitzt, ein echter Sohn seiner Rasse, von brennendem Ehrgeiz beseelt und in seinen persönlichen Lebensgewohnheiten ein Genußmensch, ein echter Bourgeois, der ausgesprochenermaßen nicht gern die schmutzige oder schweißige Hand des Arbeiters drückte. Wie sehr Lassalle sich als Jude fühlte, geht recht drastisch aus seinem Tagebuch, das er als Jüngling führte, hervor. Darin heißt es u. a.:

„Ich könnte wie jener Jude in Bulwers ‚Leila' mein Leben wagen, die Juden aus ihrer jetzigen drückenden Lage zu reißen. Ich würde das Schaffot nicht scheuen, könnte ich sie wieder zu einem geachteten Volke machen. Oh, wenn ich meinen kindischen Träumen nachhänge, so ist es immer meine Lieblingsidee, an der Spitze der Juden mit den Waffen in der Hand sie selbständig zu machen."

In Leipzig, wo er die Handelsschule besuchte, schreibt er folgendes in sein Tagebuch:

„Ich war im Theater. Loewe gab den Fiesko. Bei Gott, ein großartiger Charakter, dieser Graf von Lavagna!

Ich weiß nicht, trotzdem ich jetzt revolutionär-demokratische Gesinnung habe wie Einer, so fühle ich doch, daß ich an der Stelle des Grafen Lavagna ebenso gehandelt und mich nicht damit begnügt hätte, Genuas erster Bürger zu sein, sondern nach dem Diadem meine Hand ausgestreckt hätte. Daraus ergibt sich, wenn ich die Sache bei Licht betrachte, daß ich bloß Egoist bin. Wäre ich als Prinz oder

Fürst geboren, ich würde mit Leib und Leben Aristokrat sein. So aber, da ich bloß ein schlichter Bürgersohn bin, werde ich zu seiner Zeit Demokrat sein."

Das war nicht bloß der flüchtige Rausch eines schwärmenden Jünglings, sondern dieser unzähmbare Ehrgeiz durchpulste auch noch das Blut des gereiften Mannes. Kurz vor seinem Tode schrieb er an seine Braut Helene von Dönniges:

„Was würde mein Goldkind sagen, wenn ich es einmal im Triumph in Berlin einführen würde, von sechs Schimmeln gezogen, die erste Frau Deutschlands, hoch erhaben über alle."

„Hast Du Dir wohl eine Idee von meinen Plänen und Endzwecken gemacht? Nein? Nun so sieh mich an. Sehe ich aus, als wollte ich mich mit einer zweiten Rolle im Staate begnügen? Glaubst Du, ich gebe den Schlaf meiner Nächte, das Mark meiner Knochen, die Kraft meiner Lungen dazu her, um schließlich für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen? Sieht ein politischer Märtyrer so aus? Nein — handeln und kämpfen will ich, aber den Kampfespreis auch genießen und Dir das — nun nennen wirs fürs erste das Siegesdiadem auf die Stirne zu drücken! Und glaube mir, es ist ein ebenso stolzes Gefühl, ‚volkserwählter Präsident einer Republik' zu sein, fest und sicher auf der Gunst des Volkes zu stehen, wie als ‚König von Gottes Gnaden' auf morschem, wurmstichigem Throne zu sitzen... Wir beide haben Feinde... sie sollen noch alle die Knie beugen, wenn wir unsern ‚Einzug' halten."

Fast alle, die ihn kannten und über ihn ihre Meinung äußerten, heben das Schauspielerische im Wesen Lassalles hervor. Marx charakterisiert ihn in seinen Briefen an Friedrich Engels als lächerlichen Gelehrt- und Wichtigtuer, der „durch sämtliches Zeug aber, das er bisher losgehöckert, sich als Sextaner erweist, der mit der breitspurigsten Waschweiberei Sätze in die Welt posaunt und der in aller Hast sich als grundgelehrten Mann und selbständigen Forscher heraus marktschreien will." Selbst sein Biograph und Herausgeber seiner Schriften, Eduard Bernstein, nennt ihn in einem am 29. Oktober 1914 in der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichten Briefe an Franz Mehring „den Typus einiger ganz besonders unsympathischer Eigenschaften der deutschen Juden... Aber seine Prozeduren, sein literarisches Gebaren, das ist oft geradezu abstoßend kommödienhaft. Seine Beispiele, wenn man ihnen näher nachspürt, und ich mußte es ja pflichtgemäß, sind oft die schlimmsten Advokatentricks. Ich habe oft die schlimmsten Erfahrungen mit ihm gemacht." Nichtsdestoweniger singen die sozialdemokratisch erzogenen deutschen Proletarier unentwegt: „Der Bahn, der kühnen, folgen wir, die uns geführt Lassalle."

Marx, Engels und Lassalle waren die grundlegenden Theoretiker des Sozialismus. Engels bleibt hier unberücksichtigt, weil er nicht jüdischen Stammes ist. Höchstens wäre zu sagen, daß keiner von den Dreien so ehrlich gemeinte deutsche nationale Töne angeschlagen hat als Engels.

Die nach ihnen als Theoretiker aufgetreten, sind schwächliche Epigonen oder Scholastiker. Eduard Bernstein hat zwar in seinen „Voraussetzungen des Sozialismus" wertvolle Kritik an manchen sozialistischen Dogmen geübt, ist später aber wie ein haltloses Rohr hin- und hergeschwankt, gab mehrere Jahre bei den Unabhängigen eine merkwürdige Gastrolle, bezeichnete Karl Liebknecht als den würdigen Vertreter der sozialdemokratischen Überlieferungen, um dann wieder, als sei nichts geschehen, zu den Mehrheitssozialisten überzuwechseln. Kautsky ist ein Vielschreiber, der schon alles bewiesen und alles bestritten hat, sich aber trotzdem für den alleinseligmachenden Interpreten des reinen Marxismus hält. Sie alle, alle, mit Einschluß der Rosa Luxemburg, Hilferding, Parvus und wie sie sonst heißen mögen, sind jüdischen Geblüts und polnischer, galizischer, russischer, tschechischer oder sonstiger fremdländischer Herkunft. Es scheint demnach, als wenn der deutsche Zweig des Sozialismus der Triebkräfte ermangelt, eine eigene Theorie auszubilden. Und wie in der Theorie, so auch in der Praxis: die führenden Geister sind durchweg fremdstämmiger Art, wie wir weiter sehen werden.

Parteiführer, Schriftleiter und Minister.

Wir wollen der Wahrheit die Ehre geben: unserem Volke fehlt der feine politische Instinkt und das nationale Selbstbewußtsein. Wäre dem nicht so, dann würde es nicht so oft haltlos hin und her geworfen, dann liefe es nicht so blindlings politischen Demagogen nach und ließe sich nicht so leicht von ausländischen Lockungen betören, dann würde es nach den furchtbaren Lehren des Krieges und der Revolution wenigstens einsehen gelernt haben, von welchen Truggebildern sein Geist umnebelt wurde. Allmählich scheint ja allerdings das Erwachen zu kommen, und jeder und jede Deutsche muß an sich selbst und an den Mitbürgern aufklärend arbeiten, damit die Schmach von dem deutschen Namen genommen wird. Am meisten ist das aber nötig an unseren sozialdemokratischen Volksgenossen, die von dem

alten Irrwahn noch immer nicht lassen wollen und sich weiter einer Führung anvertrauen, die dazu wohl erwählet, aber nun einmal nicht als berufen und fähig erwiesen hat.

Blutsfremde Art wird eben von anderen Instinkten geleitet, von anderem Wollen getrieben als eigenwüchsiger Volksschlag. Das müssen auch unsere sozialistischen Volksgenossen einsehen lernen. Freilich über „Thema" darf vor ihnen nicht gesprochen werden nach der offiziellen Parteischablone. Doch: Wer die Wahrheit kennet und saget sie nicht, der ist bei Gott ein erbärmlicher Wicht!

Und die Wahrheit ist doch nun einmal, daß keine Partei Deutschlands so der jüdischen Führung untertan ist als die sozialistischen Parteien aller Richtungen, und zwar von Anfang an.

Schon die erste sozialistische Vereinigung Deutschlands, „die Arbeiterverbrüderung" des Jahres 1848 wurde gegründet und geleitet von einem jüdischen Herrn Buttermilch aus Posen, der sich Stephan Born nannte. „Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein" wählte zu seinem Präsidenten Ferdinand Lassalle. Wie er sein Amt auffaßte, sagte er in einem Briefe an den Zigarrenarbeiter Röser in Köln: „Wer auch Präsident sei, die Präsidialgewalt muß so diktatorisch als möglich organisiert sein. Sonst ist nichts vorwärts zu bringen. Die individuelle Vielschwätzerei wollen wir den Bourgeois überlassen. Wenn der Arbeiter, und zwar sogar so alte und gute wie Sie, noch nicht so weit ist, dies einzusehen, und zu begreifen, daß seine Angelegenheiten nur durch energische Diktatur vorwärts gebracht werden können, dann ist's noch zu früh."

Die Diktatur des Proletariats, soll heißen: über das Proletariat, ist also ziemlich alten Datums. Traurig genug, daß sich die deutschen Arbeiter noch immer durch Phrasen einseifen lassen.

Später schwang Paul Singer das Szepter als Parteivorsitzender über die deutsche Sozialdemokratie, dem bald nach dessen Tode Hugo Haase folgte. Und als die unabhängige Sozialdemokratie sich von der alten Partei abzweigte, da mußte es natürlich wieder ein Jude in der Person Haases sein, der den Vorsitz führte.

Noch auffälliger offenbart sich die Herrschaft der Juden in der Presse der Partei. Der in Zürich und später in London erscheinende „Vorwärts" des Sozialistengesetzes verzeichnete Eduard Bernstein als Leiter und Kautsky, den tschechichen Juden, als Mitarbeiter. Der Berliner „Vorwärts" unterstand der Leitung Liebknechts, der zwar nicht selbst Jude, aber eine Jüdin als Ehegesponst und geistige Mitarbeiterin hatte. Ihm folgte nach seinem Tode Kurt Eisner, der natürlich einen starken Stab jüdischer Mitarbeiter zur Seite hatte: Stadthagen, Rosa Luxemburg, Bernstein, Gradnäuer, Kaliski u. a. m. Als

die Palastrevolte im „Vorwärts" während des Krieges zur Entlassung der Redakteure führte, übernahm der österreichische Jude Friedrich Stampfer die Leitung des Blattes. Und als er sein Amt niederlegte, folgte ihm Erich Kuttner, unter dessen Regie der „Vorwärts" genau die Töne gegen die nationalen Parteien anschlug, wie die Unabhängigen sie wider die Mehrheitssozialdemokratie anschlugen. Daneben haben in einer ganzen Reihe von Provinzzeitungen Juden einen maßgebenden oder doch weitgehenden Einfluß.

Verstärkt wird derselbe noch durch die politischen Korrespondenzen, die gleichfalls in jüdischen Händen liegen, wie die „Sozialistische Korrespondenz" des Herrn Heilmann und die „Politischen Parlamentarischen Nachrichten" des Österreichers Hofrichter, welche die Presse mit Stoff versehen. Von den sozialistischen Zeitschriften kann man mit Fug und Recht sagen: sie sind ausnahmslos mit jüdischem Öl gesalbt und mit jüdischem Geld geschmiert. Unter dem Sozialistengesetz wurde „Die Zukunft" von Herrn Höchberg finanziert und von Kautsky redigiert. Als an ihre Stelle „Die Neue Zeit" trat, übernahm Kautsky die Leitung; seine Mitschriftleiter waren die Juden Wurm, Eckstein (Österreicher), sowie der russische Jude Ryasanoff, und seine ständigen Mitarbeiter: Bernstein, der österreichische Jude Hilferding, Rosa Luxemburg, sowie eine große Schar gelegentlicher jüdischer Mitarbeiter. Der geistige Gehalt der „Neuen Zeit" war auch danach. Unter der jetzigen Leitung Heinrich Cunows ist es damit besser geworden. Die „Sozialistischen Monatshefte" wurden von dem Schwiegersohn Bleichröders, dem mehr als fünfzigfachen, kürzlich verstorbenen Millionär Arons finanziert, der seinen Glaubensgenossen Dr. Bloch als Schriftleiter eingesetzt hat. Wer für deutsche nationale Blätter einmal schrieb, wurde als Mitarbeiter ausgeschieden, wie es auch mir erging. Für kapitalistische judenliberale Blätter, wie das Berliner Tageblatt, durfte man dagegen ungestraft Beiträge liefern. Insofern wird streng auf „Reinlichkeit" gesehen! Das helle Geläut der „Glocke" des Herrn Parvus-Sklarz hat durch die neuesten Enthüllungen einen trüben Klang erhalten. Mitarbeiter wie Leusch und Winnig haben ihr Valet gesagt, doch der übliche Judenersatz ist in der Person des Herrn Erich Kuttner vom „Vorwärts" sofort eingetroffen, der hier wie dort das Gebiet des politischen Knotentums mit besonderer Liebe pflegen wird.

Das ist ein flüchtiges Spiegelbild der „deutschen" sozialdemokratischen Presse.

Die deutschen Ministersessel duften von Knoblauch. Ein naturgetreues Abbild deutscher Zustände wäre es eigentlich gewesen, wenn auch der Stuhl des Präsidenten der deutschen Republik mit einem

Sprößling des auserwählten Volkes besetzt worden wäre. Nun, was nicht ist, kann noch werden! Vielleicht ist der Tag nicht mehr fern, wo über dem Präsidentenstuhl Judas Panier aufgepflanzt wird. Schließlich war es nur ein Zufall, daß von den sechs „Volksbeauftragten", wovon zwei Juden waren, keiner der letzteren den Präsidentenstuhl zieren durfte. Dafür haben wir aber wenigstens einen preußischen Ministerpräsidenten, der die Macht des Judentums in Neu-Deutschland verkörpert und Preußen heruntergerissen und ihm den Untergang gewünscht hat wie je einer. In welch einen Höllenpfuhl schwebenden Hasses blickt man, wenn man folgendes liest:

„Wäre Napoleon damals nicht mit weit wichtigeren Dingen beschäftigt gewesen, als daß er an Se. Majestät Friedrich Wilhelm III. allzuviel denken konnte, er hätte diesen gewiß gänzlich in Ruhestand gesetzt. Späterhin, als alle Könige von Europa sich gegen Napoleon zusammenrotteten und der Mann des Volkes in dieser Fürstenmeute unterlag und der preußische Esel dem sterbenden Löwen die letzten Fußtritte gab: da bereute er zu spät die Unterlassungssünde. Wenn er in seinem hölzernen Käfig in St. Helena auf- und abging und es ihm in den Sinn kam, daß er den Papst kajoliert und vergessen hatte, Preußen zu zertreten, dann knirschte er mit den Zähnen, und wenn ihm dann eine Ratte in den Weg lief, dann zertrat er die arme Ratte."

So zitierte der jetzige preußische Ministerpräsident Hirsch in seinem 1908 im Auftrage des sozialdemokratischen Parteivorstandes herausgegebenen Buche „Der preußische Landtag, Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler" (S. 19) den Juden Heinrich Heine, indem er ihn einen Westeuropäer und „genialen Psychologen" nannte und hinzufügte: „Heines Charakteristik des Preußentums bleibt lebendig, solange dieses Preußentum selbst lebendig bleibt." Das war selbst einem Franz Mehring zu toll und er knöpfte sich Herrn Hirsch in der „Neuen Zeit" einmal gründlich vor. Vielleicht waren solche Kraftworte aber gerade die beste Empfehlung für die Anwartschaft auf den Präsidentenstuhl. Als aber durch den Schmachfrieden von Versailles Preußen als zertretene Ratte dalag, da erließ die preußische Regierung des Herrn Hirsch am 12. Januar 1920 einen Aufruf an die verlorenen Staatsbürger, in dem von dem „jahrhundertelangen ruhmvollen Aufstieg" Preußens und dessen „hoher Stufe wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur" die Rede war. Zu spät, Herr Hirsch, kam Ihnen diese Erkenntnis! Ein Kranz von Glaubensgenossen umgab Hirsch als Ministerkollegen: Cohen, Rosenfeld, Simon.

Auch Bayern konnte sich einen jüdischen Ministerpräsidenten, des landfremden Kurt Eisner rühmen, eines größenwahnsinnigen

Literaturzigeuners, den selbst seine vertrautesten Freunde als ein politisches Kind bezeichneten. Seine würdigen Paladine oder Nachfolger waren die blutsverwandten Geiselmörder Leviné und Levien, letzterer mit Gehirnsyphilis „begabt", und die Herren Simon und Jaffé. Man bedenke: in dem urkatholischen Bayern eine solche Judenregierung! In Sachsen ist der Jude Gradnauer gleichfalls Ministerpräsident, der vorher zum Geschäftsführer „der rühmlichst bekannten Firma" Sklarz-Parvus in Berlin auserkoren war. Neben ihm thronte eine Zeit lang der „unabhängige" Jude Lipinski.

Ungemein groß ist die Zahl der jüdischen Minister, Unterstaatssekretäre usw., die sonst noch teils im Reich, teils in den deutschen Staaten zur Herbeiführung des verheißenen Paradieses berufen wurden. Ich nenne nur den als solchen völlig unfähigen Ernährungsminister Wurm, das politische Schaukelpferd Eduard Bernstein, das links und rechts schreiben und dabei sogar auf dem Kopfe stehen kann. Ein Skandal ohnegleichen war die Berufung des tschechischen Juden Kautsky zum Unterstaatssekretär, der nicht einmal Reichsangehöriger war, trotz jahrzehntelangen Aufenthalts in Deutschland, und sein Amt dazu mißbrauchte, die Schuld Deutschlands am Kriege nachweisen zu wollen und zugleich durch Verhöckerung der ihm anvertrauten amtlichen Akten ans feindliche und neutrale Ausland sich die Taschen zu füllen.

In diesem Zusammenhang sei auch auf den starken jüdischen Einschlag in den Gemeindevertretungen und -Verwaltungen hingewiesen. Im Berliner Stadtparlament ist sowohl der Stadtverordnetenvorsteher Heymann wie auch sein Stellvertreter, Dr. Weyl, jüdischen Geblüts. Letzterer führt ein derartiges Gewaltregiment, daß alle Parteien, mit Ausnahme der „Unabhängigen", ihn zur Bekleidung seines Amtes für unwürdig erklärten, was selbst das alljüdische Berliner Tageblatt bestätigte. In manchen Verwaltungszweigen bestehen die Beamten, vom Stadtrat bis zum letzten Schreiber fast nur aus Juden. So beispielsweise im Statistischen Amt der Stadt Schöneberg unter Dr. Kuczinsky.

Nach alledem ist es keine Übertreibung, wenn behauptet wird: wir werden von Juden regiert.

Schließlich könnte die Herrschaft der jüdischen Führer in Kauf genommen werden, wenn ihr besonderes Geschick zur Führung als unbestreitbar anerkannt werden müßte, sich für das deutsche Volk als segensreich erwiesen hätte.

So steht es jedoch keineswegs!

Nationalgefühl, Zionismus und Internationalismus.

Das natürlichste Gefühl ist das der Zusammengehörigkeit mit seinem Volke. Es entspringt aus der Bluts-, Sprache- und Rassegemeinschaft. Unauslöschbar hält es sich durch Jahrtausende lebendig, nach Jahrhunderten schnellt es wie eine Sprungfeder empor und schüttelt bei Gelegenheit alles von sich ab, was ihm Muskeln, Sehnen und Gehirn gelähmt hatte. Gerade die neueste Zeit bietet dafür der Beispiele genug. Auch im deutschen Volke durchdrang der treibende Frühlingssaft nationalen Bewußtseins seit den Freiheitskriegen alle Volksschichten, wenn auch nicht so stark wie bei anderen Völkern und hier und da durchbrochen von den gegenteiligen Strömungen zentrifugalen Partikularismus und erbübler Fremdsucht. Selbstquälerischer Flagellantenwahnsinn will uns trotzdem einreden, wir wären seit 1870 zu übernational gewesen, unser Nationalgefühl wäre zum Nationaldünkel und alldeutschem Imperialismus ausgeartet und hätte die anderen Völker erschreckt, sie zum Weltbündnis gegen uns getrieben. Nein, nein, wir hatten nicht zu viel, sondern immer noch zu wenig Nationalbewußtsein! Gewiß mag sich der berechtigte Stolz über das, was wir in wenigen Jahrzehnten aus eigener Kraft geworden waren, nicht immer in den richtigen Formen offenbart haben. Wer will aber behaupten, die selbstbewußte Art des Engländers als gottbestimmten Beherrscher der Welt, der krankhaft erregbare Nationalstolz der Franzosen auf seine angeblich höhere Kultur, auf Paris — „das Herz der Welt", das ungestillte Sehnen der italienischen Irredenta, der unverhüllte und stets unterirdisch tätige, rücksichtslose Ausdehnungsdrang des Panslawismus, das selbstgewisse Überlegenheitsgefühl im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten seien ohne scharfe Kanten gewesen?

Ach! es waren Imponderabilien ganz anderer Art, die gegen uns spielten: den Emporkömmling sehen die lieben Nachbarn immer mit scheelen Augen an; im Westen und Osten stießen sich eroberungslustige und -gewöhnte Völker an unseren Grenzen; den alten guten dummen Michel von früher, der mit Mitleid und Spott bedacht worden war, hatte man zweifellos lieber gehabt, als den gesundheitsstrotzenden Burschen, der auf immer zahlreicheren Gebieten des geistigen und wirtschaftlichen Lebens zum unerreichten Lehrmeister geworden war; und endlich nährten wir selbst die Schlange an unserem Busen, welche

uns umstrickte, unsere politische Unerfahrenheit als Sprungbrett benutzte und schlau ihre eigenen Ziele dabei verfolgte.

Das Judentum verführte einen immer größer werdenden Teil unseres Volkes zu einem Internationalismus, der sich selbst das höchste war und die Nation erst als zweite Potenz gelten ließ. Dem entsprach, trotz aller entgegengesetzter Äußerungen namhafter Führer, die Stimmung der verhetzten Massen. Nicht die nationale Individualität im Kreise freier Völker, sondern ein kosmopolitischer Menschenbrei wurde allmählich ihr Ideal. Um das zu erreichen, mußte das eigene Land herabgesetzt, die Mitbürger anderer Gesellschaftsschichten als die eigentlichen Feinde der handarbeitenden Klassen, als gewissen- und herzlose Nur-Ausbeuter gebrandmarkt werden. Und während man nach außen einem marklosen Pazifizismus das Wort redete und die Wehrhaftigkeit als „Moloch-Militarismus" der ewigen Verdammnis überlieferte, stiegen dumpfe Haßgesänge gegen die eigenen Volksgenossen empor, bereitete man die Massen zum blutigen Bürgerkriege vor. Während man der deutschen Arbeiterschaft jedes nationale Gefühl mit Stumpf und Stiel auszurotten versuchte, verkündete der jüdisch-sozialistische Arbeiterweltbund „Poale Zion" mit schmetternder Stimme das unaufhörliche Erwachen des jüdischen Nationalismus, gründeten die Juden nationaljüdische Turn-, Sport-, Gesang- und ähnliche Vereine, Hochschulen, eine besondere jüdisch-sozialistische Partei Deutschlands und planen die Gründung einer jüdischen Universität, für die nach dem „Vorwärts" die Vorarbeiten bereits im Gange sind. Der Weltbund „Poale Zion" reichte 1917 an die sozialistische Konferenz in Stockholm eine Denkschrift ein, welche so ziemlich alles das verlangte, was die Entente für ihren Siegfrieden wünschte.

Und wozu das alles? Uralte Charakteranlagen des jüdischen Volkes flossen zusammen mit der politischen Rechnung der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina durch die Entente. Der englischen Regierung trugen die Zionisten die Bildung jüdischer Legionen an. Die „Jüdische Rundschau" vom 2. Dezember 1919 berichtet darüber: „Im April 1917 war es Jacobinski gelungen, das englische Kriegsministerium für die Idee, jüdische Regimenter aufzustellen, zu gewinnen. Drei jüdische Regimenter wurden gebildet." Anschließend daran wird geschildert, mit welcher Begeisterung in Jerusalem das Einrücken dieser Regimenter unter dem Oberbefehl der Engländer begrüßt worden sei.[1]) Ein siegreiches Deutschland, eine siegreiche

[1]) Näheres über die zionistische Bewegung siehe in meinem Buche: „Einkehr. Betrachtungen über sozialdemokratische Politik". München 1920, Deutscher Volksverlag Preis M. 5.50.

Türkei stand selbstverständlich solchen zionistischen Plänen feindlich gegenüber, sie durften also nicht als Sieger aus dem Weltkriege hervorgehen. Die sozialdemokratischen Politiker merkten bei ihrer Verstrickung mit der Herrschaft jüdischer Führer ebenso selbstverständlich nichts von solchen Zusammenhängen oder durften öffentlich nichts davon merken lassen. Denn über „Thema" darf nun einmal nicht gesprochen werden, Totschweigen ist Parteipflicht.

Die Angst vor dem deutschen Sieg.

Die Angst vor dem deutschen Sieg ist keine Erfindung von mir, auf die mir das Patentamt den Erfinderschutz zuerkennen wird, sondern sie bestand wirklich und wahrhaftig bei unseren jüdischen Mitbürgern und ist mehr als einmal von hervorragenden Juden selbst zugestanden worden. Beispielsweise hieß es in der „Internationalen Korrespondenz", an der der Jude Ernst Heilmann hauptsächlicher Mitarbeiter war und aus der dessen „Sozialistische Korrespondenz" hervorging, wie folgt am 27. August 1917:

„Bernstein hat also wirklich einmal Tage gehabt, wo ihm der deutsche Sieg außer allem Zweifel zu stehen schien, und aus Angst vor dem Wachstum des militaristischen Geistes, das er in dieser Zeit beobachtet zu haben glaubte, ist er zur Opposition übergegangen. Bernstein hat in der Tat einmal befürchtet, daß Deutschland seine 1½ Dutzend Feinde, darunter die größten Weltreiche, so besiegen werde, daß es eine Hegemonie, eine Macht- und Schutzherrschaft über sie aufrichten und dadurch einen Revanche-Krieg herausfordern könnte. Wann ist eigentlich dieser Zeitpunkt gewesen, in dem Deutschland so übergewaltig dastand? Etwa vor der Marne-Schlacht, als die Russen vor Krakau und Königsberg standen? Oder wann sonst? Wir haben bis zur russischen Revolution immer nur die eine Furcht gehabt, daß die Übermacht der Feinde uns schließlich doch erdrücken möchte. Bernstein hingegen war nur von der Furcht beherrscht, Deutschland möchte gar zu überwältigend siegen. Dieser gänzliche Mangel an Tatsachensinn und vernünftiger Beurteilung der Kriegslage, der Bernstein im Grunde genommen unmittelbar mit den verrücktesten Annexionisten zusammenführt, erklärt allerdings die sonst unverständ-

liche Politik der Unabhängigen. Ihre einzige Sorge war die Furcht vor dem allzu großen sozialdemokratischen Sieg."

Ebenso brachte der „Vorwärts" vom 29. September 1919 einen Aufsatz mit der Überschrift: „Die Angst vor dem deutschen Sieg" eine Auslassung Hilferdings, des Schriftleiters der „Freiheit", in der Generalversammlung der unabhängigen Bezirksorganisation Berlins, worin es heißt:

„Schon vor dem Kriege hat Rußland aufgehört, der Hort der europäischen Reaktion zu sein, weil es die Revolution in sich trug. Das Land der wirklichen kapitalistischen und militaristischen Reaktion war Deutschland. Deshalb war die Parole, aus demokratischen Gründen gegen das zaristische Rußland zu kämpfen, eine verlogene Parole. Ein großer deutscher Sieg hätte eine Stärkung der Reaktion in ganz Europa bedeutet."

Noch bezeichnender ist ein Nachruf des „Vorwärts" vom 11. Oktober 1919 auf den vielfachen Millionär Arons, dem Geldgeber der „Sozialistischen Monatshefte", in dem gesagt wird:

„Seinen Schweizer Freunden, die ihn zur Übersiedelung nach der Schweiz bereden wollten, antwortete er: ‚Siegt Deutschland, so komme ich gewiß, denn dann wird für einen Mann meiner Denkart in Deutschland kein Raum sein. Unterliegt Deutschland, so muß mein Platz in meinem Vaterlande sein.'"

Wenn das am grünen Holze eines „deutschgesinnten" Führers der Revisionisten geschah, dann kann man sich vorstellen, mit welchem Grauen die jüdischen Führer der „Unabhängigen" einem deutschen Siege entgegensahen und wie sie alles zu dessen Verhinderung ins Werk setzten. Da wird es verständlich, wenn Eduard Bernstein in der „Internationalen Rundschau" (Zürich), einem Organ der bürgerlichen Friedensbewegung im Sommer 1917 sich für die Überlassung Elsaß-Lothringens an Frankreich und gegen einen Frieden ohne Eroberungen und Entschädigungen zugunsten Deutschlands wandte, vielmehr Deutschland für schadensersatzpflichtig gegenüber Frankreich und Belgien mit folgenden Worten erklärte:

„Es muß zwischen den Kriegskosten, die den einzelnen Ländern durch die wirkliche oder vermeintliche Notwendigkeit der Kriegsführung erwachsen sind und den Kriegsopfern unterschieden werden, die bestimmten Völkern durch die Art des in ihr Land hineingetragenen Krieges zugefügt worden sind. Wenn auch hierbei von jeder Haftbarkeit abgesehen werden soll, dann würde in der Tat die formale Gleichheit der Behandlung zur hochgradigen Ungerechtigkeit werden."

Dazu schrieb die sozialdemokratische „Bremer Bürgerzeitung":

„Wir freuen uns auf den ersten Wahlkampf nach dem Frieden, in den die ‚unabhängige‘ Sozialdemokratie mit der Parole zieht: wir wollten Elsaß-Lothringen den Franzosen preisgeben, wir wollten Deutschland eine Kriegsentschädigung auferlegt wissen und forderten zu dem Zweck, daß die deutsche Sozialdemokratie der deutschen Regierung in den Rücken falle, während die französischen Sozialisten Herr Ribot weiter ihr Vertrauen schenken durften. Diese ‚Deutschfreunde‘ können gewiß auf eine geradezu begeisterte Zustimmung der Wähler rechnen.“

Das und noch viel mehr haben nun in der Tat die „Unabhängigen“ mit Bernstein getan. Sie sind mit aller Kraft für den Schand- und Schmachfrieden von Versailles eingetreten, wofür sie vom „Vorwärts“ als Landesverräter und Helfershelfer der Entente gebrandmarkt wurden. Scheidemann als Ministerpräsident erklärte feierlichst in der Nationalversammlung: „Die Hand müsse verdorren, welche einen solchen Friedensvertrag unterzeichne.“ Sozialdemokratie und Zentrum ließen es trotzdem auf das Verdorren ankommen, und Scheidemann predigte nach wie vor mit der schönen Unentwegtheit, die ihn auszeichnet: „Der Feind steht rechts —“ und eine Verschmelzung mit den Landesverrätern.

O Schwachheit, dein Name ist Sozialdemokratie!

Wie der Landesverrat betrieben wurde.

Gleich nach Kriegsausbruch setzte der Landesverrat ein. Schon am 5. August 1914 veröffentlichte die sozialdemokratische Wochenschrift „Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“, einen wüsten Hetzartikel (von Rosa Luxemburg?) gegen Deutschland, betitelt: „Krieg dem Kriege“ — „Proletarische Frauen seid bereit!“ Als der Vorstand des deutschen Buchbinderverbandes gegen einen solchen Mißbrauch des Zentralorgans für Arbeiterinnen Verwahrung beim Parteivorstand einlegte und für seine weiblichen Mitglieder „Die Gleichheit“ abbestellte, nahm der Parteivorstand, gezeichnet Hermann Müller (der jetzige Außenminister) die Schriftleiterin Klara Zetkin in Schutz. Liebknechts, des Halbjuden, landesverräterische Tätigkeit, die man mit dem Schein des Idealismus umkleidete, ist

nur zu bekannt, so daß sie hier nicht weiter erörtert zu werden braucht. Bald folgten ihm die drei Juden Bernstein, Haase und Kautsky mit ihrem am 19. Juni 1915 in der „Leipziger Volkszeitung" veröffentlichten Aufruf: „Das Gebot der Stunde", der ein Pronunziamento gegen die Vaterlandsverteidigung und gegen die Politik des 4. August der Partei bedeutete. Eine Schlammflut von Verleumdungen und Verdächtigungen über Deutschland wälzte sich durch In- und Ausland. Lahme Einsprüche des Parteivorstandes und anderer Parteikörperschaften dagegen wurden mit Hohn und Spott seitens der Opposition, deren Führer durchweg jüdischen Geblüts waren, beantwortet. Und die fleischgewordene Schwachheit an der Spitze der deutschen Regierung, Bethmann-Hollweg, ließ den Knochenfraß mildgesinnt weiterwuchern. Hätten wir einen Lloyd George oder gar einen Clemenceau gehabt, dann wäre das unsagbare und für die deutsche Arbeiterschaft besonders verhängnisvolle Unglück nicht über Deutschland gekommen.

Feindliches Geld floß in Strömen zur Unterstützung des deutschen Landesverrats, der sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, aus Deutschlands Unglück Gold zu münzen. Man müßte ein dickleibiges Buch schreiben, wollte man nur einigermaßen die Mittel registrieren, mit welchen die Landesverräter den feindlichen Mächten zu Hilfe kamen. Ich will mich daher auf einige besonders krasse Fälle beschränken. Im Verlage von Payot in Lausanne erschien während des Krieges ein Buch „J'accuse" („Ich klage an"), in dem alles zusammengetragen war, was Deutschland schädigen konnte. Der Verfasser war Herr Dr. Grelling, Sprößling einer jüdischen Bankierfamilie und fünffacher Hausbesitzer in Berlin. Was das für ein Kerl ist, geht aus Folgendem hervor. In der in Genf erscheinenden Zeitung „Feuille" stellte v. Sas folgende beiden Fragen an Herrn Grelling, auf deren Beantwortung man mit Recht gespannt sein durfte:

1. Da Dr. Grelling dem Verlag Payot die Ermächtigung gegeben hat, 200 000 Exemplare seines Buches in reduziertem Format (Art der Lilliput-Wörterbücher) herzustellen, um sie während des Weltkrieges durch Flieger der Alliierten in Deutschland abzuwerfen, frage ich, welches die Summe sei, die Dr. Grelling für jedes Exemplar bezogen hat?

2. Hat Dr. Grelling — Ja oder Nein? — der alten deutschen Regierung zwei ärztliche Atteste gesandt, welche bezeugen, daß der Verfasser von „J'accuse" geisteskrank (atteint d'aliénation mentale) sei, damit die kaiserlich deutsche Regierung, nachdem sie den Namen des Verfassers trotz der Anonymität, hinter welcher Dr. Grelling sich versteckte, erfahren hatte, die Besitztümer, die Grelling

in Deutschland hat, nicht konfiszziere? Durch diese Zeugnisse hat der Schreiber des „J'accuse" selbst behauptet, daß er nicht der Verantwortliche sei und daß seine Arbeiten diejenigen eines Verrückten seien.

Endlich gibt Dr. Grelling soeben ein neues Buch über die „Belgischen Dokumente" heraus. Der einzige Kommentar, den ich dazu zu machen habe ist, Grelling möge ein drittes Zeugnis nach Berlin senden, das die beiden ersten bestätigt"...

Herr Grelling hat meines Wissens nie auf diese Fragen geantwortet. Wie sehr es ihm aber auf das Geldverdienen ankam, ergibt die Tatsache, daß er den Verleger Payot wegen Auszahlung seines Sündenhonorars verklagte. Dieser Grelling besaß die Frechheit, sich dem famosen parlamentarischen Untersuchungsausschuß der deutschen Nationalversammlung als Sachverständiger und Zeuge anzubieten. Der Ausschuß besaß wenigstens so viel Anstand, dies Anerbieten abzulehnen. Das „Berliner Tageblatt" brachte jedoch Herrn Grellings Bild mit einer schmeichelhaften Unterschrift.

Und der „Vorwärts" entrüstete sich mehrmals darüber, daß das „Buchhändler-Börsenblatt" die Aufnahme eines anpreisenden Inserats des Grellingschen Buches „J'accuse" ablehnte.

In der Schweiz saßen sie überhaupt zu Dutzenden, gut bezahlt und wohlgenährt, die Herren Landesverräter. Einer ihrer Häupter war der elsässische Jude Grumbach, Reichstagskandidat und Wortführer auf den sozialdemokratischen Parteitagen, der gleich dem jüdischen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Georg Weyl-Metz sofort bei Ausbruch des Krieges landesflüchtig wurde und von Bern aus unter dem Decknamen „Homo" die französische sozialistische Presse mit den gehässigsten Angriffen auf Deutschland versah.

In Deutschland selbst arbeitete der weitverzweigte Apparat skrupellosen Landesverrats rastlos durch Flugschriften, Zeitungen, mündliche Aufwiegelung zur minderen Arbeitsleistung, Streiks, Beschädigung von Maschinen usw. zur Behinderung der Rüstungsbetriebe, als Aufmunterung zur Meuterei und tatkräftiger Unterstützung desselben. Mit einem Worte: Die Erdolchung der Front galt als Ehrensache. Wer nicht mitmachte, wurde als Streikbrecher beschimpft und mit satanischem Haß verfolgt. In der von Juden völlig beherrschten Parteileitung der „Unabhängigen" liefen alle Fäden dieser teuflichen Verschwörung gegen das deutsche Volk zusammen, von hier aus wurden die Anweisungen zur Verhinderung des deutschen Sieges gegeben.

Den Schlußakt dieser bewußten Unterminierung war die mit feindlichem Gelde gemachte Revolution.

Die Macher der Revolution.

Einer der fähigsten Köpfe und ehrlichsten Menschen in der deutschen Sozialdemokratie, August Winnig, zweiter Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes und jetziger Oberpräsident von Ostpreußen, schrieb im August 1919 einen Brief an die „Königsberger Volkszeitung", in dem er klagend ausrief:

„Ich habe die Revolution nicht gewollt, und unsere ganze Partei hat sie nicht gewollt. Wir haben im Gegenteil vier Jahre gegen die Revolution in Wort und Schrift gekämpft, nicht weil wir mit den alten Zuständen zufrieden gewesen wären (es ist unnötig das zu sagen), sondern weil wir wußten, daß die Revolution unseren militärischen und politischen Zusammenbruch bedeuten und uns der Rachsucht und Raubgier der haßerfüllten Feinde ausliefern würde. Das ist die Wahrheit, und darum sollten wir heute nicht so tun, als wenn wir die Revolution gewollt hätten. Die Abrechnung mit dem alten Regime, die ganze und zornige Abrechnung wäre nach beendetem Friedensschluß doch gekommen, wir hätten sie vornehmen können, ohne unser Land den übermütigen Siegern auszuliefern. Wir hätten dann auch den Vorteil gehabt, uns auf zielbewußte und disziplinierte Massen stützen zu können, und hätten nicht zu besorgen brauchen, daß die Revolution zu einer Gelegenheit für Wahnsinnige und Verbrecher wurde ...

Ich will Ihnen nur meine Meinung schreiben, warum die Revolution unsere Hoffnungen enttäuschen mußte. Weil die Revolution zu einer Zeit erfolgte, wo große Massen des Volkes den moralischen Halt verloren hatten, lief sie Gefahr, ihr Ziel aus dem Auge zu verlieren und die ganze Staats- und Wirtschaftsordnung zu zertrümmern."

Zutreffend ist das zwar nicht. Denn die ganze Partei war nicht der Revolution abhold, und sehr einflußreiche Führer, wie Scheidemann beispielsweise, haben zum mindesten nichts getan, um ihr vorzubeugen. Wie anders wäre sonst auch die Tatsache zu erklären, daß die Sozialdemokratie den Revolutionstag feierlich begangen hat? Und war es nicht der maßgebende jüdische Schriftleiter des „Vorwärts", Erich Kuttner, der bereits am 11. November 1918 eine Schrift für den „Verlag für Sozialwissenschaft" der „berühmten" jüdischen Firma **Parvus-Sklarz** schrieb, betitelt „Die deutsche Revolution, des Volkes Sieg und Zukunft", in der in den höchsten Flötentönen der Sieg der Revolution bejubelt wurde? Da wurde die bisherige

Wahrhaftigkeit Deutschlands als das „entsetzliche Ungetüm des preußischen Militarismus" bezeichnet, die Meuterer der Flotte als die „mutigen Matrosen" gepriesen, da wurde in Aussicht gestellt:

„Der Sieg der deutschen Revolution bedeutet mit ziemlicher Sicherheit den baldigen Sturz der Clemenceau und Lloyd George, der Gegner des gerechter denkenden Wilson. Gott sei Dank gibt es auch jenseits unserer Grenzpfähle eine Arbeiterklasse, die der deutschen in Fühlen und Denken verwandt ist, die sich wohl einen Augenblick von den Erfolgen ihres heimischen Imperialismus blenden, aber nicht dauernd irreführen läßt ... Das Gewissen der Welt, das von den Alldeutschen verlachte und verspottete Gewissen der Menschheit, das sich gegen die Sünden des preußischen Militarismus als furchtbar rächende Macht gezeigt, es wird die gleiche Kraft auch gegen die imperialistischen Barbaren an der Spitze der Ententestaaten beweisen ... Schließlich müssen wir auch darauf hoffen, daß die Freiheitsbewegung, welche schon die halbe Welt umfaßt, nicht an den westlichen Grenzen Deutschlands haltmachen wird ... Gelangt später auch in Frankreich und England die Arbeiterklasse zur Macht, dann wird eine Revision solcher Bedingungen, die den Mangel imperialistischer Habgier tragen, nicht nur möglich, sondern ein selbstverständliches Werk sein ... Die Göttin Freiheit führt das deutsche Volk, sie führt es empor zum Glück und zum Licht!"

Die linkshändige „Leipziger Volkszeitung" gab ihren Lesern die tröstliche Versicherung, „daß die Sozialisten der Westmächte, noch ehe die Abgesandten zu den Friedensverhandlungen zusammentreten, durch das glorreiche Beispiel des russischen und des deutschen Proletariats mit fortgerissen werden, ihren Imperialisten, Gewaltpolitikern und Ausbeutern das schändliche Handwerk zu legen."

Mit solchem Gedröhn des Blödsinns wird nun die „zielbewußte" deutsche Arbeiterschaft seit der Revolution tagaus, tagein gefüttert, so wird sie belogen und betrogen. Was ist nun von all dem prophetischen Geschreibsel eingetroffen? Nichts, aber auch rein gar nichts. Nach wie vor ist aber Herr Kuttner der Held der Feder und der Versammlungen seiner Berliner Genossen. Die Herren Clemenceau, Lloyd George und der „gerechter denkende Wilson" als „Gewissen der Welt" gegen den preußischen Militarismus — auch eine schöne Gegend! Haben etwa die Alldeutschen nicht völlig recht behalten, wenn sie über ein solches „Gewissen der Menschheit" spotteten? Wurden etwa Clemenceau und Lloyd George gestürzt, weil sie unentwegt ihren Imperialismus fortsetzten und den „Völkerbund" zu einer widerlichen Teufelsfratze machten? Ja oder Nein? Sie machten das Rennen bis zum bitteren Ende und fanden dabei die Unterstützung ihrer Sozialisten.

Die französischen Sozialisten stimmten sogar für die völlige Wehrlosmachung Deutschlands, damit sich der französische Imperialismus bis zum Erbrechen sättigen kann.

In den Spalten des „Vorwärts“ dagegen toben sich Herr Kuttner und gleichgestimmte Seelen nach wie vor in schwülstiger Prosa und Kaschemmen-Lyrik gegen alles, was deutsch ist, bis zum Ekel aus. Dort wird Ludendorff als Kopf Deutschlands ein „Mann ohne Hirn“, als ein skrupelloser Geldverdiener verunglimpft, während Herr Oskar Cohn, der Russen-Cohn, mit dem Glorienschein des echten Volksvertreters, von dem der Bestand der Republik abhängt, umwoben wird. Das geschah ausgerechnet, als Helfferich diesem Landesverräter und Revolutionsmacher vor dem „glorreichen“ parlamentarischen Untersuchungsausschuß die Antwort verweigerte. Ja wahrhaftig, dieser Cohn ist ein Mann, der sich für Geld sehen lassen kann, wie er mit russischem Gelde die Revolution „gemacht“ hat. Mit zynischer Offenheit hat er letzteres selbst laut „Vorwärts“ vom 27. Dezember 1918 durch Funkspruch an den früheren russischen Botschafter Joffe folgendermaßen zugestanden:

„Meiner Tätigkeit als Rechtsbeistand der russischen Botschaft in Berlin werde ich mich mit Genugtuung erinnern. Ich denke auch oft und gern an die politischen Gespräche, die ich mit dem Genossen Joffe und meinen übrigen russischen Freunden geführt habe. Über das Ziel bestand Einigkeit; über die Voraussetzungen, die Methoden und die Formen der deutschen Revolution waren wir durchweg einer Meinung. Niemals aber war ein Streit darüber, daß die Parteien der sozialistischen Internationale einander mit Rat und Tat helfen müssen. Bedarf es also umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern angenommen habe? ... Ich habe das Geld seinem Zwecke zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution, und bedauere es nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann. Auf einen Irrtum darf ich den Genossen Joffe hinweisen: die in Deutschland hinterlegten Werte hat er mir nicht ganz, sondern nur in Höhe von 4 Millionen Rubeln für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung gestellt.“

Und dabei wurden die Massen zur Revolution von keiner wirtschaftlichen oder politischen Idee getrieben, wie der „Vorwärts“ des Herrn Kuttner in einem Leitartikel vom 8. Januar 1920 (Abendausgabe) gegen die Unabhängigen und Kommunisten wie folgt zugab:

„Eine Revolution macht man bekanntlich nicht — aber die deutsche Umwälzung ist tatsächlich gemacht und ist deshalb keine Revolution geworden. Die deutsche ‚Revolution‘ ist gemacht worden von der Furcht vor der Front. So sicher ich weiß, daß diese Furcht nicht die alleinige Ursache war, so unerschütterlich fest steht es, daß der Widerwille gegen den Mord an der Front den Hauptausschlag gegeben hat. Die Massen, die sich in den Novembertagen gegen das alte Regime erhoben, trieb keine wirtschaftliche oder politische Idee.“

So also führte — frei nach Kuttner — „die Göttin Freiheit das deutsche Volk empor zum Glück und Licht“ — soll heißen zur Diktatur unter jüdische Literaten und Advokaten! Wäre die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht systematisch des Nachdenkens und der Nachprüfung entwöhnt und zum blinden Haß gegen ihre andersdenkenden Mitbürger erzogen worden, so hätte sie längst solche Gesellen zu allen Teufeln gejagt.

Lassen wir's genug sein der grausamen Beispiele aus der unendlichen Zahl, die man sonst noch anführen könnte.

Die Unterwerfung unter den Schmachfrieden.

Nachdem die jüdische Delila dem deutschen Simson durch falsche Vorspiegelung der Locken beraubt und ihm die Sehnen seiner Kraft durchschnitten, ging sie daran, ihn willig zu machen, unter das kaudinische Joch des Schmachfriedens hindurchzukriechen oder, wie das russische bolschewistische Zentralorgan schrieb: „Die ‚Unabhängigen‘ drängen sich dazu, die Stiefel der französischen Generale zu lecken, obwohl diese Stiefel mit Arbeiterblut besudelt sind.“ Aber nicht nur die Unabhängigen fraßen den Feinden zahm aus der Hand, sondern auch die Mehrheitssozialisten, zu denen inzwischen wieder das Schaukelpferd Ede Bernstein gestoßen war, gaben ihnen darin nicht viel nach, gewöhnten sich allmählich an den Gedanken: Hunde sind wir ja doch. Ja, die bislang immer so patriotisch sich gebärenden „Sozialistischen Monatshefte“ setzten es sich sogar als Lebensaufgabe, ihren Lesern weiszumachen, daß Frankreich eigentlich eine Verständigung mit uns suche und es eigentlich nur an unserer politischen Einsichtslosigkeit liege, wenn wir nicht in die dargebotene Freundeshand einschlügen.

Das tollste Stück leistete sich jedoch Eduard Bernstein auf dem im Juni 1919 stattgefundenen Parteitage zu Weimar, wo er nochmals die alleinige Schuld Deutschlands am Weltkriege dick unterstrich und, trotzdem er selbst die Friedensbedingungen als sehr hart und zum Teil einfach unmöglich erklärte, hinzufügte: „Aber neun Zehntel erkennen wir als Notwendigkeit."

Gewiß: ehrliche Entrüstung über eine solche unwürdige Gesinnung und politische Unklugheit — denn der Friedensvertrag war noch nicht unterzeichnet — gab fast der ganze Parteitag kund, und der Vertreter für Teltow-Beeskow, der jetzige Bürgermeister Scholz von Neukölln, erklärte ausdrücklich: „Hätte Teltow-Beeskow gewußt, was Bernstein hier sagen würde, es hätte ihn nicht zum Vertreter gewählt." Wie fast immer in der Sozialdemokratie, kam auch hier die bessere Erkenntnis zu spät. Wäre den braven Genossen nur ein Schimmer politischen Instinktes zu eigen gewesen, so hätten sie nach allem Vorangegangenen ahnen müssen, daß Bernstein so und nicht anders reden würde; sie hätten ihn also auch nicht selbst als Korreferenten über auswärtige Politik vorschlagen dürfen.

Übrigens blieb das Bernstein-Vorkommnis auf dem Parteitag nur ein bald vergessener Zwischenfall, denn Onkel Ede finden wir bald hernach denselben Faden im „Vorwärts" weiterspinnen. Was ist denn auch weiter dabei: kommt es doch häufig vor, daß ein Hausierer mit seinen alten Ladenhütern aus der Vordertür hinausgeworfen wird und bald darauf verschmitzt lächelnd durch die Hintertür wieder hereinkommt, als ob nichts geschehen wäre. Sind wir Deutsche im allgemeinen auf dem Gebiete der Außenpolitik halbe Nachtwandler — und daher rührt wohl vornehmlich die schlechte Meinung, welche man im Ausland über uns hat — so steigert sich diese Eigentümlichkeit bei der deutschen Sozialdemokratie fast bis zur völligen Bewußtlosigkeit, weil hier das so wie so schon schwach entwickelte deutsche Nationalgefühl noch um einige Grade farbloser auftritt infolge des unausrottbaren Überinternationalismus, von dem sie trotz aller Stockprügel nicht zu heilen ist. Und schließlich wurde Bernstein sein „mannhaftes" Bekenntnis noch als Verdienst angerechnet. Als er daher jüngst seinen siebzigsten Geburtstag feierte, stellten sich vom sozialdemokratischen Reichspräsidenten bis zum sozialdemokratischen Nachtwächter alle Stände als Glückwünschende ein und lobten seine politischen Verdienste über den Schellendaus. Versteht sich von selbst: die unter jüdischem Einfluß stehende Presse tat natürlich alles, um ihrem Patriarchen jegliche Ehre zu bereiten.

Weil die Franzosen, Engländer, Italiener, Polen, Tschechen usw. diese saft- und kraftlose Waschlappigkeit sich nicht erklären können, für

kosmopolitische Schwärmerei in der Praxis verteufelt wenig übrig haben und es einfach nicht fassen können, wie man ob der Sehnsucht, die ganze Menschheit zu umschlingen, das eigene Volk zurücksetzen und ihm Hundedemut gegen fremde Eroberer und Ausbeuter predigen kann — eben deswegen halten sie Deutschland für einen chinesischen Kuchen, aus dem man große Stücke unbekümmert herausschneiden darf. „Auch in der Internationale gewinnt man nicht an Achtung und Ansehen, wenn man sich duckt und im Büßerhemde dasteht. Kein Franzose oder Engländer hätte jemals die alleinige Schuld auf sein Land genommen. Auch der nationale Stolz ist etwas Großes und Gewaltiges, und wir Deutsche können ihn lernen von den Franzosen, von den Engländern und allen freien Völkern. (Stürmischer Beifall.) Von ihnen müssen wir lernen, deutsch zu fühlen auch gegenüber einem Clemenceau, diesem Manne von Blut und Eisen im 20. Jahrhundert, gegen den Bismarck nur ein elender Stümper gewesen ist."

So führte unter stürmischem Beifall der Parteivorsitzende Wels auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Weimar aus. Sehr schön, aber ach, die deutschen Sozialdemokraten unter ihrer jüdischen Führung werden noch schweres Lehrgeld bezahlen müssen, ehe sie die ausländischen Sozialisten annähernd in bezug auf nationale Würde erreicht haben werden.

Der Mammonismus in der Sozialdemokratie.

Wie man auch zur Sozialdemokratie stehen mag, ob man ihr auch schwere Irrtümer und unverzeihliche Fehler nachweisen mag, nichtsdestoweniger bleibt bestehen: große Massen sind ihr aus ehrlicher Überzeugung gefolgt und uneigennützige Führer sind ihr erstanden. Das gilt vornehmlich von jener Zeit, wo die Lage der Arbeiterschaft eine sehr traurige war, die bürgerlichen Kreise dafür nicht das nötige Verständnis und die erforderliche Hilfsbereitschaft aufbrachten und eine genügende wirtschaftliche und politische Vertretung des Arbeiterstandes tatsächlich fehlte. In diesem leidenden Heldenzeitalter entwickelte sich eine, trotz aller ungesunden Auswüchse und radikaler Übertreibungen berechtigte Arbeiterbewegung, die tiefe sittliche Werte in sich trug. Wohl zu unterscheiden ist der mit eisernem Fleiß sich ausbildende, opferwillige, unter Not und Entbehrungen unermüd-

lich wirkende kleine Drechslermeister — und der allmählig zum halben Millionär gewordene, ein freundliches Landhaus am lieblichen Züricher See besitzende Bebel. Der die schlecht bezahlten armen Teufel von Gewerkschaftsangestellten als Leute „in gehobener Lebensstellung", denen das proletarische Empfinden abhanden gekommen, den Genossen preisgab, wenn sie weit nüchterner und richtiger als er die Wirklichkeit beurteilten und über seine Phantasieflüge spöttelten.

Mit der wachsenden Macht der Sozialdemokratie änderte sich die spartanische Einfachheit der Lebensführung mancher ihrer Führer. Die parlamentarischen und anderen Mandate waren nicht bloß Ehrenämter, sondern nicht zu verachtende Nebeneinnahmequellen. Gab es doch eine erkleckliche Zahl von führenden Genossen, welche ähnlich wie manche Aufsichtsratsmitglieder recht viele „Ehrenämter" auf sich zu vereinigen wußten, die neben ihrem Hauptberuf als Redakteure, Arbeiter- oder Gewerkschaftssekretäre noch als Reichstags-, Landtags- und Stadtverordneter, als Aufsichtsrat im Konsumverein, Beisitzer beim Gewerbegericht, in den Landesversicherungsanstalten usw. tätig waren und Diäten bezogen. Virtuosen unter ihnen verstanden alle solche Mandate auf sich zu vereinen, natürlich alles nur zum Wohle des Volkes, nicht zum eigenen Vorteil; wie wenigstens der Anschein zu erwecken versucht wurde. Der frühere „Vorwärts"-Redakteur Heinrich Ströbel war freilich anderer Meinung und erklärte einstmals in der „Neuen Zeit" des Herrn Kautsky: Manche der Herren hätten ihre Lebenshaltung auf solche Nebeneinnahmen eingerichtet und verzichteten daher ungern darauf. Auch der sozialdemokratische Unterstaatssekretär a. D. Dr. August Müller erklärte in der „Vossischen Zeitung" vom 7. Mai 1918 in seinen „Randglossen zum parlamentarischen System": „Ich habe lange genug als sozialdemokratischer Redakteur mit dem Parteileben zu tun gehabt und darf mir darüber ein Urteil gestatten ... Der Parteiapparat hat auch sonst noch allerlei unangenehme Dinge an sich: er fördert jede Demagogie; es gibt da den Kampf um die Krippe und sonstige Dinge, auf die ich hier nicht näher eingehen will."

Weit schlimmer trat der Drang zur Futterkrippe nach der Revolution hervor. Schon der unvergleichliche „Volksbeauftragter" Barth hatte im Anfang der Revolution beklagt, daß diese zu einer großen Lohnbewegung geworden sei. Ähnlich, ja noch schärfer sprach sich Noske in einer Versammlung der Großberliner Parteifunktionäre aus. Im Bericht des „Vorwärts" vom 29. September 1919 heißt es diesbezüglich von den Novembersozialisten:

„Sie haben die Revolution zu einer reinen Lohnbewegung degradiert, aber ich bin sicher, sie legen die Hand wieder an die Hosen-

naht, sobald sie die Faust der Reaktion wieder im Nacken spüren. (Lebhafte Zustimmung.) Unbegreiflich schön und großartig wäre die deutsche Revolution gewesen, wenn die großen Massen wirklich soziales und sozialistisches Gefühl gehabt hätten, statt nur für sich möglichst viel herausschlagen zu wollen. (Sehr wahr!) Für Hunderte und Tausende war die Revolution nur eine Gelegenheit zum Beutemachen. (Sehr wahr!)

Von oben herab wurde freilich auch nicht das beste Beispiel gegeben. Politik und Geschäft wurden nicht auseinandergehalten, was unter dem Regime des Geschäftspolitikers Erzberger kein Wunder ist. Dem jüdisch-preußischen Finanzminister, unabhängiger Observanz, Simon, waren beispielsweise von der „Deutschen Zeitung" dahingehende Vorwürfe auf Grund von Börsengerüchten gemacht worden. Er klagte, aber es erfolgte Freisprechung mit folgender Begründung: „Unzweifelhaft ist es ein Mißstand, wenn ein Finanzminister Mitinhaber eines Bankgeschäfts ist, und es gehört eine fast übermenschliche Moralität dazu, die amtlichen Kenntnisse nicht zu verwerten. Jeder Staatsbürger hat das gute Recht, einen solchen Mißstand mit seinen Folgen zu rügen, um so mehr der Beschuldigte als Börsenberichterstatter."

Ein naher Verwandter Simons, ein ehemaliger Litograph, wurde „Beauftragter des preußischen Finanzministers zur Verwaltung der Königlichen Schlösser". — „Freie Bahn dem Tüchtigen!"

Erhebend und vorbildlich war es auch gerade nicht, wenn ausgerechnet nicht ein einziger von den vielen sozialdemokratischen Ministern Miene machte, auch nur auf einen Pfennig von den früher so gern befehdeten Ministergehältern zu verzichten, sondern wenn sie daneben noch in aller Seelenruhe ihre 12000 Mark Abgeordnetendiäten einstrichen; wenn als sinniges Seitenstück dazu, Herr Matthias Erzberger dem Volke Sparsamkeit predigte und gleichzeitig seiner Familie in den teuersten Hotels der Schweiz „Sparsamkeitskuren" verordnete; wenn man das Gehalt des Reichspräsidenten Ebert zuerst mit 1200000 Mark ansetzte, dann auf 600000 Mark herabsetzte, und schließlich fand, daß auch mit 300000 Mark seine Tätigkeit hoch genug bewertet sei.

Nun ist es freilich blühender Unsinn, für den Minister wie für den Handlanger dieselbe Entlohnung zu fordern, allein schon um des guten Beispiels wegen hätten die sozialdemokratischen Minister sich etwas ihrer früheren Reden erinnern und bescheiden sein sollen, zumal den arbeitenden Massen noch in Erinnerung war, was Bebel in seinem weitverbreiteten Buch „Die Frau und der Sozialismus" geschrieben hatte: „Ist jemand von der Natur so stiefmütterlich

behandelt, daß er bei dem besten Willen nicht zu leisten vermag, was andere leisten, so kann ihn die Gesellschaft für die Fehler der Natur nicht strafen, hat umgekehrt jemand durch die Natur Fähigkeiten erhalten, die ihn über die anderen erheben, so ist die Gesellschaft nicht verpflichtet zu belohnen, was nicht sein persönliches Verdienst ist."

Wie in einem Brennspiegel vereinigten sich aber alle Strahlen mammonistischer Korruption in der Verhökerung amtlicher Akten an das feindliche Ausland durch den „bescheidenen Gelehrten" Kautsky, schnöden Gewinnes wegen. „Die Moral von der Geschicht? Auch der tugendhafte Hund, er frißt. Er wollte dick verdienen" — schrieb dazu der jüdische Millionär Parvus-Helpfand in der „Glocke". Und selbst die „Parlamentarisch Politischen Nachrichten" des Juden Hofrichter, welche der Sozialdemokratie Gefolgschaft leisten, konnten sich nicht enthalten zu schreiben: „Herr Kautsky protestiert öffentlich, wäscht seine Hände in Unschuld, aber im stillen wird im politischen Klub des Herrn Cassirer ein Freudenfest gefeiert werden, wo sich rührender Geschäftsgeist und unabhängige Überzeugungskraft harmonisch vereinigen." Das hinderte den „Vorwärts" nicht, Kautsky in Schutz zu nehmen, und die Juden Sinzheimer und Cohn fanden kein Fehl an ihm und plädierten für sein Weiterverbleiben im parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Während also das arme betrogene Volk unter der jüdischen Mißwirtschaft bittere Not litt, schnitt Kautsky Riemen aus seiner blutig geschundenen Haut und sackte mit schmunzelndem Behagen Hunderttausende von Mark an Sündenhonorar ein.

Wen wundert es da noch, wenn die „Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft und des Kapitalismus" an der reichbesetzten Tafel des russischen Gesandten Joffe schwelgten, in den Salons jüdischer Millionäre zu Gast gingen, von den Herrn Parvus und Sklarz sich reiche Geschenke machen ließen, von den schwellenden Klubsesseln des Millionärs Cassirer „die Revolution weiter trieben" und die irregeleiteten Arbeitermassen in den Kugelregen der Maschinengewehre hineinjagten.

Zu alledem schrieb Herr Theodor Wolf im alljüdischen „Berliner Tageblatt" der Mosse-Demokratie seine feuilletonistischen Politikastereien, das sich schon während der letzten Kriegsjahre als „freiwilliges Zentralorgan der Unabhängigen" gegeben hatte. Das jüdische Kapital für seinen Teil tritt eben, wenn es das Geschäft so mit sich bringt, den Beweis für die Kennzeichnung des Kapitals durch Karl Marx an: „Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es beide fördern." Darum hat Erich Schlaikjer recht, wenn er „das Spiel des Hauses Mosse" in der „Täglichen Rundschau"

vom 26. Januar 1920 also kennzeichnete: „Wo haben die Mühsam, Landauer, Toller, Hasenclever usw., kurz eben die Herrschaften, die im sicheren Versteck ihre Umsturzpläne schmiedeten und schmieden, im Theaterteil ein warmes Nest gefunden? Wo wurden die talentlosen Aufführungen der unabhängigen Tribüne in rosenroten Feuilletons besprochen? Wo wurden die Bilder der Münchener Geißelmörder dem Publikum als Zeitgrößen dargeboten? Wer brachte an hervorragender Stelle die Erklärung des unabhängigen Millionärs Rosenfeld, in der der hingerichtete Schurke Leviné-Nissen als vornehmer Idealist gepriesen wurde? Wenn das „Berl. Tagebl." bemüht ist, im Interesse der höheren Sittlichkeit den Krieg zu verpöbeln, begreift man am Ende, daß es die heroischen Taten unserer Truppen vergißt, die Gedächtnisschwäche sollte aber nicht gern so weit gehen, daß ihm auch die eigenen Taten abhanden kommen. Die Wahrheit ist, daß es in seinem Theaterteil gerade die Revolutionsliteraten begönnert und gefördert hat, die in den luxuriösen Klubräumen des unabhängigen Herrn Cassirer oder anderswo ihre Umsturzpläne ausheckten. Es hat auf diese Weise vollkommen planmäßig die Hetze gefördert, die Deutschland zerrütten sollte, um in dem etwa ausbrechenden Chaos seine wirtschaftlichen und politischen Raubzüge zu unternehmen. Als die betörten Massen dann so weit aufgestachelt waren, daß sie zu Tausenden vor den Reichstag zogen, hat es sie den Salven der Sicherheitswehr bedingungslos preisgegeben, um die politische Verantwortung nicht übernehmen zu müssen, ja, es hat es sogar fertig gebracht, bei dieser Gelegenheit einige wehmütige Tränen über eben die literarischen Anstifter zu vergießen, die von ihm selber großgezogen worden waren. Als der Umsturz vor dem Reichstag dann zum Scheitern kam, als der Sozialdemokrat Noske aus Gründen einer höchst notwendigen Sicherheit die „Freiheit" unterdrückte, besann es sich sofort wieder auf seine alte Liebe und verlangte, daß das Verbot so bald wie möglich aufgehoben werde, damit die giftigen Artikel von neuem erscheinen konnten. Was soll man dazu sagen? Soll man die geschickte Aufmachung bewundern, die hier Theater und Politik ineinanderspielen läßt? Oder soll man über die namenlose Dreistigkeit erstaunt sein, die im literarischen Teil das Bürgertum an die Unabhängigen verrät, um dann im entscheidenden Augenblick die unabhängigen Massen an die Salven der Sicherheitswehr zu verraten? Es ist wohl am besten, daß man sich aller gefühlsmäßigen Wallungen entschlägt und einfach feststellt, daß dieser in System gebrachte Verrat unter

Umständen sehr gefährlich werden kann. An dem Tage, an dem er in beiden Lagern mit Sicherheit erkannt ist, dürfte das Spiel des Hauses Mosse verloren sein."

Wer eine bessere Gesellschaftsordnung schaffen will, der muß mit reinen Händen an's Werk gehen können.

Man liefert die deutschen Unternehmer der aufgestachelten Wut betörter Massen aus, um für die jüdischen Kapitalisten und ihre Schützlinge und Söldlinge Schonung zu erlangen.

Wie lange noch, o deutsches Volk, wirst du dir ein solch freveles Spiel gefallen lassen?

Kusch dich, Deutscher!

Gründen wir einen Bund zum Schutze der Deutschen, zur Emanzipation von der Judenherrschaft. Aber schnell, denn Eile tut not. Wir waren schon Fremdlinge auf heimischer Erde geworden, bevor die Frohnvögte des Vielverbandes bei uns ihr Quartier aufschlugen.

„Wir sind der Kehricht unter den Völkern, aller ‚Prinzipien edler Menschlichkeit' bar. ‚Recht, Güte, Großmut, Milde, Gerechtigkeit' haben wir ‚mit egozentrischem Deliranten-Wahnsinn von uns gewiesen, und ‚wie ein toll gewordener Renner' sind wir ‚dem Prestige, dem Nutzen, dem Erwerb, dem Erfolg, der Macht in überheblicher Selbsteinschätzung nachgejagt'." „Und die deutschen Frauen? Seit man nach der Vernichtung der ‚Lusitania', dem bestialischsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte, sogenannte Damen der sogenannten gebildeten Stände vor Freude tanzen sehen konnte, daß so viele amerikanische Frauen und Kinder getötet seien — seit jener Zeit ist klar, daß die deutsche Seele krank, schwer krank ist, und daß nur eine schier uferlose Dummheit, Unwissenheit und Urteilslosigkeit das Megärentum dieser Huldinnen erklärt."

So bezeugt es uns der „J'accuse"-Mann Grelling in der „Weltbühne" des Herrn Jakobsohn. Aus dem gleichen Holz sind unsere Führer geschnitzt. Hindenburg ist ein „alter Regimentskommandeur, in Zivil, hilflos". Ludendorff „hatte kein Gehirn". „Wir müssen die Illusion fallen lassen, daß Deutschland im Weltkrieg große Männer besessen hat" — also ließ sich im Leitaufsatz des „Vorwärts" vom 19. November Herr Erich Kuttner vernehmen. Und nach ihm haben sie den „Ausschußsaal zum Kasernenhof" gemacht, als sie

vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß den Herren Cohn und Sinzheimer das Konzept verdarben. „Alldeutsche Lausbuben" waren diejenigen, welche, anders denkend, ihren großen Feldherren Ovationen darbrachten. Ohne Untersuchung aus Amt und Würden gejagt werden, sollten nach dem Willen des Ministerialdirektors von Revolutionsgnaden Franz Krüger, des Sekretärs Eberts, diejenigen Schuldirektoren, welche es gewagt hatten, der dankbaren Jugend Urlaub zu erteilen, um unsern Hindenburg zu sehen.

Kusch dich, Deutscher!

Oberst Reinhard, der Retter Berlins aus den Händen der tollwütigen Spartakisten, mußte über die Klinge springen, weil der Führer des „Republikanischen Führerbundes", Erich Kuttner, es so befahl.

Hunderttausend Ostjuden, unter ihnen Verbrechergesindel der schlimmsten Art, fanden auf widerrechtliches Geheiß des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch gastfreundliche Aufnahme in Groß-Berlin, trotzdem die Wohnungsnot grenzenlos war, ehrliche deutsche Arbeiter bitterer Arbeitslosigkeit überantwortet wurden und Gemeinden, Gesellschaften sowie die deutsch gesinnte Presse deswegen Widerspruch erhoben.

Kusch dich, Deutscher!

Sprachkundige, arbeitslose Deutsche, die in Rumänien für Deutschland geblutet hatten, wurden als Dolmetscher für die Gefangenenlager zurückgewiesen zugunsten rumänischer Juden.

Polnisch-jüdische Sudelfritzen befruchteten das Feuilleton des „Vorwärts" mit „proletarischer Kunst". Und was für welcher! Klagend rief der Kunstkritiker des „Vorwärts", Konrad Schmidt, aus: „Die Volksbühne, bei deren Gründung vor drei Jahrzehnten solche Hoffnungen anfeuernd mitgeholfen und die heute solcher neuen Kunst die stärkste Resonanz verleihen könnte, hat bisher all die Zeit vergebens darauf geharrt. Mit Surrogaten, die für den Mangel eigenen Gehalts durch Pochen auf Tendenz entschädigen wollen, kann jedenfalls der Sache nicht gedient sein. Eine Dramatik, die über Tendenzen, Gedanken und Polemik nicht hinauskommt, die das gedankenmäßig Allgemeine nicht in die Wärme seelischen Erlebens umzusetzen vermag, führt abseits, wird in der Regel nicht erhöhend, nur verwirrend wirken."

Grauen packt einen, wenn man mitansehen muß, wie die Volksseele von volksfremden und fremdstämmigen Elementen systematisch vergiftet und verdorben wird. Und wagt es hier und da einer, gegen den Stachel zu lecken, so wird er entweder totgeschwiegen oder mit Schmutzkübeln so übergossen, daß er das Wiederkommen vergißt.

Der Genosse Fritz Spiegelberg erkühnte sich einmal im „Vorwärts“ über die „Grenzen des Gastrechts“ gegenüber den Ostjuden zu schreiben; gleich stürzten sich ein paar der Klopffechter des auserwählten Volkes über ihn her und sein Name verschwand auf immer als Mitarbeiter aus den Spalten des „Vorwärts“. „Du sollst keine anderen Götter haben neben mir!“ spricht Juda.

Und als ich selbst einmal ingrimmig über eine solche Mameluckenwirtschaft einen Aufsatz in einem bürgerlichen Blatt mit der Überschrift „Kusch dich, Deutscher!“ veröffentlichte, da erhielt ich alsbald die seidene Schnur zugeschickt, und aus war's mit meiner mehr als dreißigjährigen Parteimitgliedschaft, für die ich zweimal im Gefängnis gebüßt hatte.

Die antisemitische Welle.

Allzuviel wurde dem deutschen Volke von den jüdischen Eindringlingen geboten. Lauter und lauter beginnt sich der Widerstand zu regen. Auch in den sozialdemokratischen Kreisen bis hinauf in die höchsten Spitzen. Zwar versucht man die aufkommende Flamme mit giftgefüllten Spritzen zu ersticken, allein allmählig fällt es wie Schuppen von den Augen des betrogenen und gebüttelten Volkes. Es will heraus aus dem Roten Meer von Haß Deutscher gegen Deutsche und es will nicht vierzig Jahre in der Wüste umherirren, bis es das gelobte Land seiner Sehnsucht, bis es ein wirklich freies Vaterland wiedergefunden hat. Es sieht, wie ringsherum die Völker die nationale Gemeinschaft als ihr höchstes Gut betrachten, es mit Nägel und Zähnen verteidigen, nur dem deutschen Volk soll das verwehrt werden. Doch schon mehren sich die Stimmen gegen diese Selbstentmannung. Denn wahr bleibt das Schiller'sche Wort: „Nichtwürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre.“ Kommen wird die Zeit, und sie ist nicht mehr fern, wo auch in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die tapferen und begründeten Worte August Winnigs, des sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Ostpreußen (in der „Glocke“ Nr. 16/1919) ununterdrückbaren Widerhall finden werden: „Man müßte sich schämen, ein Deutscher zu sein, wenn es zuträfe, daß die heute amtlich verlautbarte Gesinnung wirklich und für alle Zeit vom deutschen Volke geteilt würde. Wenn die Masse des Volkes zu den amtlichen Friedensreden schweigt, so

tut sie das nur, weil sie nach der furchtbaren Anspannung der fünf Leidensjahre wirklich, aber nur vorübergehend zu jener Stufe nationaler Gleichgültigkeit herabgedrückt ist, wo ihr aller Sinn für die eigene Würde fehlt. Diese Stimmung ist für uns, die wir die Masse auf allen ihren Leidenswegen begleitet haben, nur allzu verständlich; aber es ist auch nur eine aus der heutigen Geistesverwirrung der Masse geborene Stimmung — nichts weiter. Daß sich auch nur ein erheblicher Teil des Volkes zu jenem Glauben an die Gerechtigkeit im Völkerleben bekennt, von dem die offiziellen Redner singen und sagen, ist einfach nicht wahr. Die Überzeugung, daß im Leben der Völker wie im Leben der Klassen in letzter Linie die Macht und nur die Macht entscheidet, ist durch das schwere Erleben gerade dieser letzten Wochen selbstverständlich nur noch fester geworden. ... Jeder Versuch, dem Volke das heutige Verlegenheitsgestammel als Ausfluß einer neugewonnenen Erkenntnis darzustellen, kann gar nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Es erscheint in dieser Hinsicht nötig, einmal ein offenes Wort über das Gebaren der nichtdeutschen Mitglieder unserer Partei zu sagen. Wir haben eine ganze Anzahl solcher Männer und Frauen an führenden Stellen der Partei, wir haben sie von Haus aus und haben sie durch die Gastfreiheit, mit der wir Emigranten aus dem Osten bei uns aufnahmen. Sie haben uns als Agitatoren und Literaten manchen guten Dienst geleistet, und sie mögen es weiter tun. Aber sie sollen, das gebietet ihnen auch ihr eigenes Interesse, sich in allen Fragen, die nationale Gefühle berühren, zurückhalten und darauf verzichten, dem deutschen Volke da ihren Rat zu erteilen, wo ihnen durch ihre volksfremde Abstammung der Weg zum Verständnis für das Fühlen des Volkes versperrt ist. Sie können, wie Max Brod in der „Neuen Rundschau" (Dezember 1918) schrieb, ein Freund des Volkes sein, in dessen Kulturkreis sie leben, aber sie können sich nie diesem Volke so assimilieren, daß sie ein berufener Interpret jener Regungen des Volkes wären, die letzten Endes doch in dunklen Geheimnissen des Blutes ihren Ursprung haben."

Dem „Vorwärts" gefiel solches natürlich nicht, und es fanden sich in ihm auch sofort einige dienstwillige Federn, die Winnig als Antisemiten denunzierten; ja, in einem Wahlkreis wurde sogar dessen Ausschluß aus der Partei gefordert.

Tränenden Auges mußte der „Vorwärts" jüngst eingestehen, daß in einer sozialdemokratischen Versammlung der „unabhängigen" Hochburg des Berliner Vorortes Lichtenberg, der jüdische Agitator

Heilmann am Reden verhindert wurde durch den Gesang des Liedes: „Schmeißt ihn raus den Juden Itzig." Und der sozialdemokratische „Volkswille" in Königshütte veröffentlichte im August 1919 einen Aufruf der kommunistischen Partei Oberschlesiens, in dem es u. a. hieß: „Wir sind selbstverständlich keine Antisemiten, schon weil wir Kommunisten sind. Aber es ist leider klar, daß der Kommunismus in Gefahr schwebt, vom internationalen jüdischen Kapital für seine Zwecke ausgebeutet zu werden."

Auch das Zentrum redet in seinen parteiprogrammatischen „Leitsätzen" vom November 1918 von den „kulturzersetzenden Elementen des Judentums". Ein alter Demokrat stellte im „Sprechsaal" der linksgerichteten „Elbinger Zeitung" die Frage: „Wer züchtet Antisemiten?" und bemerkte dazu:

„Es ist unverkennbar, daß eine große Welle des Antisemitismus durch ganz Deutschland geht, und die Presse stellt tiefsinnige Betrachtungen über die eigentliche Ursache an, allen voran das „Berl. Tageblatt". Dabei liegt gerade bei diesem Blatte das Böse besonders nahe. Man braucht nur dessen Beilage „Ulk" ab und zu zu lesen, um selbst als alter Demokrat einen wahren Abscheu vor der Hetze zu gewinnen, die dort getrieben wird. Der Chefredakteur Dr. Tucholsky, der unter dem Decknamen Theodor Tiger schreibt, tobt sich dort in einer Weise aus, die doch unseren jüdischen Mitbürgern zu denken geben müßte, namentlich zu einer Zeit, wo die Stimmung im Reiche recht gereizt ist."

Das Eingesandt führt als Beispiel den Teil eines Hetzgedichtes an, das sich in den gröbsten Verunglimpfungen der Offiziere gefällt, und fährt dann fort:

„Die Hinterbliebenen der im Weltkrieg gefallenen Offiziere, von denen 83 v. H. gefallen oder verwundet worden sind, werden wohl die Gegenfrage tun, wie hoch der Prozentsatz der im Kriege gefallenen oder verwundeten jüdischen Soldaten und Reklamierten war,[1]) und mit was sich die jungen Leute jüdischer Konfession in den Berliner Nacht- und Tanzlokalen beschäftigen, die dort infolge ihrer „Verdienste im Kriege" jetzt zu 83 v. H. anzutreffen sind? Überlegt der „Berl. Tagebl."-Redakteur nicht, daß solche Beleidigungen im Kriege gefallener Offiziere den Antisemiten stets neuen Agitationsstoff liefern müssen? Was sagen nun die deutschen Offiziersverbände dazu, wenn Herr Tucholsky in der „Berliner Tageblatt"-Beilage auffordert: „Reißt ihnen die Achselstücke in Fetzen!"

---

[1]) Antwort darauf gibt das Buch: Die Juden im Heer, eine statistische Untersuchung nach amtlichen Quellen. Deutscher Volksverlag, München. Preis M. 4.—.

Braucht das „Berl. Tageblatt" da noch groß die Ursache der rapide anwachsenden Antisemiten zu untersuchen."

Aus Anlaß jenes nämlichen Hetzgedichtes, dessen beleidigender Ton den Reichswehrminister Noske zur Stellung eines Strafantrags gegen den Verfasser veranlaßte, schrieb auch die Nationalliberale Korrespondenz:

„Im übrigen möchten wir an die Kreise derjenigen Organisationen, die sich die Bekämpfung des Antisemitismus zur Aufgabe machen, die Mahnung richten, nicht lediglich hinter antisemitischen Flugblättern herzulaufen, sondern sich einmal die Frage vorzulegen, ob der Antisemitismus durch derartige Unverschämtheiten, die bei Blättern vom Schlage des „Ulk" an der Tagesordnung sind, nicht tausendmal mehr gefördert wird, als es durch seine eigenen Anhänger geschehen kann."

Der „Vorwärts" müßte nicht der „Vorwärts" des Herrn Kuttner sein, wenn er nicht den „Dichter" Tucholsky gegen den Reichswehrminister Noske, also seinen eigenen Parteigenossen, unter seine schützenden Fittiche genommen hätte. In der Beschränktheit erwies sich auch sonst der „Vorwärts" als Meister gegenüber der antisemitischen Welle. Er ließ ausgerechnet den Genossen Neumann aus Allenstein, den Gott wohl im Zorn zum Mitglied der Preußischen Landesversammlung gemacht hat, gegen den Antisemitismus antreten, der diesen in einem Aufsatz: „Die Judenhetze" mit den urältesten Ladenhütern totzuschlagen sich abmühte. Friedrich Engels hat in einer polemischen Schrift gegen Dühring den Antisemitismus einstmals den „Sozialismus der dummen Kerle" genannt, erstände er jedoch aus seiner Asche und beobachtete er seine heutigen „Jünger" bei ihrer Verballhornung des Sozialismus, sähe er, wie wenig sie soziale und politische Erscheinungen und Veränderungen zu verstehen und zu würdigen verstehen, mit welchem unübertreffbaren Ungeschick sie die Politik verjuden und verpöbeln, so würde er die Hände über dem Kopf zusammenschlagen ob des neumodischen Sozialismus der dummen Kerle, welcher im „Vorwärts" und in geistesverwandten Blättern sein Wesen treibt.

Ja, wenn auch zehnmal der Vorstand der sozialdemokratischen Partei durch einen Beauftragten, wie es am 27. Januar 1920 in einer Versammlung der Groß-Berliner Ortsgruppe des Zentralverbandes deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens geschah, den Antisemitismus mit dem großen Kirchenbann belegen läßt, so bleibt trotzdem wahr, was Winnig und andere über das Unverständnis der volksfremden Elemente geschrieben haben, wenn diese nicht endlich in sich gehen und unsere Gastfreundschaft mit besserem lohnen, als

mit Herabwürdigung unseres Volkes, mit dem Säen von Haß und Zwietracht unter uns Deutschen.

Ich bin kein Antisemit, und ich wiederhole daher, was ich in meinem Buche: „Einkehr. Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der deutschen Sozialdemokratie" (München 1920, Deutscher Volksverlag) geschrieben habe:

„Ich denke selbstverständlich nicht daran, die Juden als solche staatsrechtlich oder von Partei wegen ihrer bürgerlichen Rechte zu entkleiden. „Freie Bahn dem Tüchtigen!" soll auch für sie gelten. Ich wende mich lediglich gegen jene unter ihnen, die ihre Bevorzugung mehr den ihnen eigenen Eigenschaften vordrängender Unbescheidenheit und ausgesuchter Demagogie als ihrer Tüchtigkeit verdanken."

Das scheint mir auch der richtige Weg zu sein, um den immer mehr überhand nehmenden schädlichen Einfluß des Judentums zu brechen. Gestehen wir es doch nur ein: wir sind allzumal Sünder und sind selbst schuld daran, daß es so weit gekommen ist, daß wir nicht mehr Herr im eigenen Hause sind. Jammerndes Klagen tut's freilich nicht, sondern die Losung muß heißen:

Wehr dich, Hundsfott!

Lassen wir uns das zur Mahnung sein. Denn: Wer eig'ner Kraft vertraut und feste um sich haut, der hat auf keinen Sand gebaut!



